

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Winter '99/2000
• Start ins Heft

Bitte veröffentlichen bzw. an die Presse geben!

Presseinformation (Kurzform)

Ö-Punkte 4/99: Umweltbildung von unten

Bildung kann das Selbstbestimmungsrecht von Menschen fördern - aber auch ein Machtmittel sein. Ökopädagogik war und ist vor allem zweites. Im Mittelpunkt stehen Manipulation und unhinterfragtes Anreichern von Wissen oder Erlebnissen. Im Themenschwerpunkt der neuen "Ö-Punkte" (Winter 1999/2000) sind verschiedene Ansätze der Umweltbildung zusammengetragen und kritisch durchleuchtet. Die Redaktion hat zudem Anforderungen an Veränderungen entwickelt.

Anti-Expo-Kalender

Ein weiteres Highlight bieten die "Ö-Punkte" auf den letzten Seiten. Erstmals ist eine komplette Übersicht über die bisher geplanten Aktivitäten gegen die Expo 2000 vorhanden. Ein hervorragender Service für alle LeserInnen, der weitergeführt werden soll.

Ohnehin gehört die neugebildete Redaktion "Expo, Weltwirtschaft, Neoliberalismus" wieder zu den Stärken des Heftes - Interviews mit aktiven UmweltschützerInnen füllen die Rubrik neben einem Bericht vom vierten Anti-Expo-Bundestreffen und verschiedenen Kurzmeldungen. Darüberhinaus gibt es die bewährten sonstigen Rubriken von Anti-Atom über Politik von unten bis Chemie oder Verkehr. 64 Seiten voller Informationen, Debatten, Terminen und Hintergrundtexten.



Das aktuelle Heft und alle bisher erschienen Titel (kleine Bilder) mit spannenden Schwerpunkten sind nachzubestellen (7,- DM einschl. Porto in Briefmarken für das erste, je 2 DM für jedes weitere Heft) bei der Redaktion Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.

Der nebenstehende Pressetext macht Werbung für diese Ö-Punkte und das Projekt überhaupt. Wir würden uns freuen, wenn er an möglichst vielen Stellen abgedruckt werden kann. Wer Platz für weitere Texte oder auch Freianzeigen für die Ö-Punkte hat, sollte sich bei der Redaktion melden.
Internet "Umweltschutz von unten"
<http://www.thur.de/philo/uvu.html>

Eigentumsvorbehalt
Gefangenen ist diese Zeitung direkt auszuhändigen. Zurhabenahme ist keine Aushändigung dieser Art. Bei Nichtaushändigung bitten wir um Rücksendung mit Begründung.



Spende
Wir bitten um Spenden für die "Ö-Punkte". Das Projekt ist nachwievor finanziell gefährdet - leider. Denn als Diskussionsblatt ist es sehr wichtig geworden. Und als Infodienst unersetzlich.
"Förderverein/Ö-Punkte", Nr. 928820.O4
Volksbank Gießen, BLZ 51390000
Spendenbescheinigung auf Wunsch.

20x jährlich 1000 DM
Um auch eine dauerhafte Grundlage zu schaffen, suchen wir Einzelpersonen oder Gruppen, Institutionen, ASTAs oder andere, die jährlich 1000 DM für die Ö-Punkte geben. Dann wäre die Hälfte der Kosten gedeckt - den Rest schaffen wir dann (hoffentlich)!



PraktikantInnen gesucht!
Die "Ö-Punkte" brauchen kreative und engagierte Leute in der Endredaktion ... für Layouten, Textrecherchen, das Zusammenhalten des ganzen Ladens, die fehlenden Rubriken, Anzeigenakquise und das technische Drumherum. Auch Zeit für eigene Ideen. Standort: Die Projektwerkstatt in Saasen. "Lohn": Unterkunft, Verpflegung und das Lernen, wie so eine Zeitung entsteht. Infos und Verabredung zum Kennenlernen unter 06401/903283 oder 0171/8348430.



PR-Arbeit

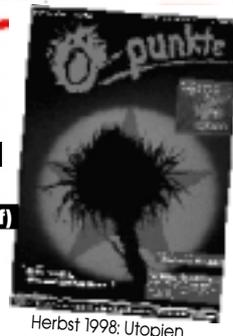
Die "Ö-Punkte" erreichen inzwischen ca. 12.000 Kontaktadressen. Die Informationen werden von 20 Einzelredaktionen gesammelt - ein jetzt schon einzigartiges Vernetzungsprojekt. Aber: Wir sind noch lange nicht am Ende. Weitere Verteiler, z.B. Fachmagazine, Rundbriefe usw. sollen angesprochen sowie weitere Mitwirkende geworben werden.

Die Ö-Punkte bekannter machen - das ist eine der Aufgaben. Daher bitten wir um Veröffentlichung des nebenstehenden Textes oder Weitergabe an die Presse.



regelmäßig ... die drei Varianten:

- 1. Mit anderen Rundbriefen, Zeitschriften, über Verbände und Netzwerke (siehe Seite 63 sowie in allen Rubriken rechts oben)
- 2. Als Perspektiven-Abo (4x Ö-Punkte plus 4-6mal Perspektiven-Rundbrief) für 40 DM/Jahr (bzw. Förder-Abo ab 60 DM).
- 3. Als Normal- (20 DM/Jahr) oder Förder-Abo (ab 40 DM/Jahr).



Impressum 62
 Presstext 2
 Inhalt, Vorwort 3
 Debatten 4

Aus aller umWelt

Bevölkerungspolitik 6
 REVUE mit Jutta Dittfurth 7
 Klimakonferenz 8
 Kurzmeldungen 8

Umweltbildung

Einstieg 10
 Multimedia 11
 Geschichte und Defizite 12
 Statements 13ff.
 Perspektiven 14
 Humane Alternativen 15
 Kinder-Waldfreizeiten 16
 Beispiele politischer Bildung 18
 Agenda 21 20
 Fazit: Flach 20
 Kunst und Natur 22
 Beispiel: Takatuka 23

Rubriken

Abfall 24
 Anti-Atom 26
 Chemie & Industrie 28
 Energie 30
 Freiräume 32
 Gentechnik 34
 Landschaft und Naturschutz 36
 Local economy 38
 Ökologischer Landbau 40
 Politik von unten 42
 Tierrechte/Tierschutz 43
 Über den Tellerand 46
 Umweltbildung 48
 Umwelt&Entwicklung 39
 VerbraucherInnenpolitik 50
 Verkehr 52
 Wasser 33

Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit 54

Widerstand international

Widerstand 56
 Expo, Weltwirtschaft, Neoliberalismus 58
 Anti-Expo-Kalender und-Infos 60
 Ö-Punkte-Verteiler, Zeitschriftenliste 63

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Winter '99/2000

Start ins Heft



Hinweise

Alle Themenredaktionen sind autonom und für ihre Texte und Abbildungen selbst verantwortlich. Dazu gehört auch der Stil sowie die Wahl der männlichen, weiblichen oder geschlechtsneutralen Sprachform.

Ausnahme sind alle mit (*) gekennzeichneten Texte, die während der Endredaktion direkt an diese geschickt und von dieser bei ausreichendem Platz in den Rubriken eingefügt wurden.

Mühsam ...

Die Debatte um politische Aktionsstrategien ist eine Runde weiter. Das dritte bundesweite Anti-Expo-Treffen hatte den Versuch gestartet, eine breite emanzipatorische Bewegung einzufordern und auf andere Gruppen zuzugehen mit einem Vorschlag für einen gemeinsamen Aktionsstrang.

Der globale Aktionstag am 30. November sollte der erste Schritt, sozusagen die erste Treppenstufe auf dem mühsamen Weg hin zu einem breiten Widerstand und zu kreativen Aktionskonzepten bieten. Wenn diese Zeitung in Paketen oder Briefumschlägen unterwegs ist, wird sich zeigen, wie weit alles gediehen ist. Berichten können wir erst in der nächsten Ausgabe – wenn dann schon die nächsten Schritte bevorstehen.

Die "Ö-Punkte" haben sich an der Entwicklung der Aktionsideen beteiligt. Es ist unser Selbstverständnis, Teil der Bewegung zu sein – selbstorganisiert, unabhängig und eine Gruppe unter vielen. Wir wollen mit unseren Möglichkeiten beitragen zum Ganzen. So haben wir in der letzten Ausgabe zum globalen Aktionstag aufgerufen, eine Redaktion dazu gebildet und zudem Mitte Oktober eine Mobilisierungszeitung organisiert – die "Bewegungsmelder(in)".

Leider haben wir festgestellt, daß viele Organisationen das alles ganz anders sehen: "Linke" und ökologische Zeitungen wollten Geld von uns, wenn sie für diese Ideen mitmobilisieren wollten. Die verkrusteten Verbände und anderen NGOs sowie hierarchistische linke Organisationen wie die Ökoli griffen die "Ö-Punkte" an. RedakteurInnen stiegen aus, Verteiler gingen verloren. Die, die durch politische Bewegung zu lukrativen Posten und Positionen gekommen sind, wollen offenbar ihre Pfründe sichern.



Die "Ö-Punkte" ergreifen Partei: Für eine kreative Diskussion um den Aufbau neuer politischer Bewegung und auch neuer Umweltbewegungen, die nicht von oben regiert werden, sondern aus vielen Basisgruppen und Initiativen, couragier- die ihre Fahne nicht in ner Bewegung, die Wi- Wir wollen keine len" politischer Arbeit. werden, schlagen wir dem Stand der Dinge.

weg den Tod*.

Dafür haben in den vergangenen Wochen finanzielle Unterstützung. Beides kann gerne

* Leitspruch der Kommune Niederkaufungen zu Gründungs-



Frühjahr 1998: Agenda 21

Frühjahr 1999: Weltwirtschaft

auch viele neue MitsreiterInnen gewonnen, auch noch mehr werden.

zeiten.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Winter '99/2000

● Echo und Diskussion

Briefe

Debatten sind gern gesehen. Die "Ö-Punkte" wollen nicht nur ein Infodienst sein, sondern auch hinterfragen, als selbstverständlich geltende Positionen überprüfen und neue Ideen vorstellen.

Leider können wir nicht seitenweise Debattenbeiträge darstellen.

Verwiesen sei gerade für die Diskussion um Perspektiven auf das Perspektiven-Abo der "Ö-Punkte" (40 DM/Jahr, mit Perspektiven-Rundbrief zusätzlich zu den Ö-Punkten) und auf unsere Internetseite:

www.thur.de/philolo/uvu.html

LeserInnenpost bitte schicken an: Ö-Punkte Ludwigstr. 11 35447 Reiskirchen Fax 06401/903285 oe-punkte@gmx.de

Wir behalten uns Kürzungen vor, die jedoch gekennzeichnet sind.

Wie bitte?

Zum LeserInnenbrief "Mehr Wut und Contra als konstruktive Vorschläge" in den Ö-Punkten 3/99.

Das ist ja unglaublich. Da legen die Kölner DominanzkünstlerInnen einen Gipfelsturm hin, der nicht einmal ein laues Lüftchen ist – und dann sollen daran die radikalen Gruppen schuld sein, die von den MacherInnen kraß ausgegrenzt wurden. Das allein ist schon grotesk.

Und dann gibt es, selten genug für die aktuelle politische Bewegung, mal eine detaillierte Auswertung (über einzelne Ansichten läßt sich natürlich streiten, aber der Köln-Reader war ja auch eher zur Diskussion bestimmt) – und schon ist das auch nicht recht. Bis ins Detail sind die Aussagen des LeserInnenbriefes Nonsens, z.B. die Annahme, daß bei hoher Polizeipräsenz nur langweilige Latsch-Demos möglich sind. Nein: Gegen gepanzerte Polizei-Rambos kann nur eine Bewegung agieren, die vielfältig ist, kreativ, spontan, ohne Hierarchie und aus autonom handlungsfähigen Teilen besteht. Das haben die leider wenigen kreativen Aktionen außerhalb der Bündnisse in Köln gezeigt.

Schlicht gelogen ist zudem die Kritik, die "Gruppe Landfriedensbruch" hätte keine Perspektiven entwickelt. Wenn jemand in den letzten Wochen genau damit mehrfach auftrat, dann diese Gruppe – auch schon im Köln-Reader. Mehrere Seiten sind dort Vorschläge für Perspektiven der Bewegung entwickelt worden. ...

Leider bleibt die Person, die den LeserInnenbrief geschrieben hat, anonym. Vielleicht Ihr Glück – ich habe selten so einen Schwachsinn gelesen. Ich hoffe, die Person ist nicht auch noch FunktionärIn in Köln gewesen und schiebt jetzt peinlicherweise den radikalen Gruppen und KritikerInnen die Schuld für ihr eigenes Versagen und ihr eigenes Ausgrenzungsverhalten zu.

Astasia Gerinow, Halberstätten

Anmerkung der Ö-Punkte-Redaktion:

Der LeserInnenbrief war nicht anonym. Es war der Fehler der Endredaktion, den Namen nicht abgedruckt zu haben. Entschuldigung! Wir holen das Versäumte nach. Die Schreiberin war Jutta Sundermann aus Verden, Funktionärin des Bündnisses Köln 99 und bis September 1999 RedakteurIn der Ö-Punkte.

Linksradikal

Auszüge aus dem Ausstiegsbrief der Local-economy-RedakteurIn Jutta Sundermann:

... ich kehre den Ö-Punkten den Rücken. Zum einen aus persönlichen Gründen. Es sind genug persönliche Verletzungen gewesen und ein Klima in der Redaktionsgruppe wie ich es in noch keinem Projekt erlebt habe. ... Eine Rolle spielen jedoch auch politisch-inhaltliche Gründe. Jörg wird nicht müde zu betonen, dass die Ö-Punkte offen seien und die Breite der Umweltbewegung abdecken sollen. Ein solches Magazin finde und fand ich eine wichtige Ergänzung, wertvolle Arbeitshilfe für viele Menschen und mehr.

Die Ö-Punkte entwickeln sich jedoch in Riesenschritten weg davon. Zwar schreiben noch immer recht viele verschiedene Themenredaktionen, aber wer die Ö-Punkte durchblättert, behält doch den Eindruck von Jörgs Fingerabdrücken bzw. eben von den Positionen linksradikaler Teile der Umweltbewegung. Ich will solche auch in den Ö-Punkten haben. Aber z.B. die herausgehobenen Perspektivenseiten stellen nicht meine Perspektiven dar. Auch die neue Mega-Rubrik Weltwirtschaft, Expo & Co ist für mich nicht mehr so wertvoll wie die breitere sachlichere Bearbeitung der Themen es in den anderen Rubriken ist. Es ist die Sicht Weniger, die hier unhinterfragt jedesmal daherkommt.

Viele Attacken gegen Mehr Demokratie, gegen Köln 99 etc. gehen mir zu weit. Teile der Kritik sind berechtigt, aber die Form der Auseinandersetzung haben dazu geführt, dass die Ö-Punkte Kampfblatt einer linksradikalen Strömung geworden sind. Ich kenne viele Menschen, die aus diesen Gründen immer weniger mit unserer Publikation anfangen können.

Finanziell sind die Ö-Punkte nicht aus den knallroten Zahlen herauszubringen. Die Diskussion ums Layout brauche ich hier nicht aufgreifen, da haben wir es auch nicht geschafft, mehr Klarheit zu entwickeln. Das ist schade und für mich in Kombination mit o.g. persönlichen Gründen Grund genug, "Ade" zu sagen.

Ich wage keine Prognose für die Ö-Punkte. Meiner Ansicht nach sind sie auf einem schweren Weg, der mir sehr wenig zusagt. Vielleicht ergeben sich aber daraus neue Chancen. Ich bin dann allerdings wieder in der Situation, ein vernetzendes informatives Medium zu vermissen, eines das vielfältig zusammenbringt, was sich an gesellschaftsverändernden, ökologischen (und darüber hinaus) Dingen so tut. Mit dem Abdriften der Ö-Punkte ist diese Chance vertan und viel Kraft verbraucht worden.

Jutta Sundermann

Bauern sind Betonköpfe

Kommentar zum Nationalpark Eibtalau in Ö-Punkte 3/99 (S.34)

Wer auch immer den Kommentar geschrieben hat, sollte seine/ihre Denkschablonen etwas erweitern, anstatt vom "Selbstbestimmungsrecht der Bauern" und "faschistoiden Ansätzen im Naturschutzgesetz" zu fabulieren. Ich habe jetzt drei Jahre lang als Naturschützer den Kampf um die Novellierung des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer miterlebt. Die Rolle der Bauern war mit das ätzendste, was ich in bisher 20 Jahren Naturschutzarbeit erlebt habe. Ihr Auftreten reichte von kackdreist und verlogen bis zu dumpfbrutal und betonköpfig. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit tauchten Horden von Bauern und Jägern auf, die auch schon mal tätlich auf Naturschutz-DemonstrantInnen losgingen. Aufgewiegelt von Bauernverbandsvorsitzenden und anderen CDU-Größen zogen die Bauern gegen den Wattenmeer-Nationalpark zu Felde – in dem kein Quadratmeter Acker liegt und keine einzige Kuh steht. Sie haben sich willig von der CDU instrumentalisieren lassen und wesentlich dazu beigetragen, daß zentrale Naturschutzbelange mal wieder den Interessen von Fischern, Seglern, Deichbauern und der Tourismusbranche zum Opfer gefallen sind. In einem Staat, in dem Grundeigentümer sehr weitreichende Handlungsfreiräume haben, sind es gerade Bauern mit ihren großen Landflächen, die große Naturschutzprobleme verursachen.

Wenn 1000 kleine Bauern an 1000 kleinen Orten 1000 kleine Dinge tun, können sie das Angesicht der Welt verändern. Hier ein Tümpel zu, da eine Hecke weg, dort eine Wiese zu Acker ... Mehr als die Hälfte aller in Deutschland gefährdeten Arten geht auf das Konto der Landwirtschaft. Als die Bauern sich zu Dienern der Agrochemie machen ließen, haben sie ihre Unschuld verloren. 5 % Ökobauern haben am destruktiven Einfluß der heutigen Landwirtschaft auf die Artenvielfalt noch nichts geändert. Und wer tatsächlich glaubt, arme Bauern gegen den mächtigen Naturschutz in Schutz nehmen zu müssen, sollte sein Realitätsbild dringend überprüfen. Fast jeder Bauer nimmt sich das Selbstbestimmungsrecht, einen Froschtümpel auf seiner Wiese zuzuschütten. Da braucht keiner die basisdemokratische Schützenhilfe gegen diktatorische Naturschützer, die die unbeschränkte Herrschaft der Bauern über Leben und Tod von Kiebitz, Laubfrosch und Sumpfdotterblume einschränken wollen.

Rainer Borchading, Schutzstation Wattenmeer

1x 30.000 oder ... 1.000 x 30 Leute?

Köln im Juni 1999 – eigentlich hätte es die wichtigste politische Aktion des Jahres werden sollen. Aber es wurde ein laues Lüftchen. Warum? Pech oder Absicht? Wo ergäben sich Zentralismus, Dominanz und desorganisierte Basisgruppen?

Dieser Reader zeigt die Hintergründe, läßt viele AktivistInnen zu Wort kommen und versucht, Perspektiven aus dem Desaster von Köln zu entwerfen.

Notwendige Grundlage der Debatte um eine unabhängige, politische Bewegung – die erst noch entstehen muß!

10-DM-Schein an (plus 4 DM je weiterem Reader):

Gruppe Landfriedensbruch, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen



Debattenbeiträge – kurz und knackig ist uns lieb.

Strategiedebatte

Zuschrift und Nachfrage zu den "Ö-Punkten" allgemein

Hallo Ö-Punkte, gut dass es euch gibt. Ich habe eine Frage: Gibt es eine Mailing-Liste, über die Naturschutzinteressierte sich austauschen können. Ich selbst bin Mitglied im NABU und in Berlin aktiv. Die im Verband geführten Diskussionen um die Zukunft und strategische Fragen der Naturschutzbewegung reichen mir nicht. Ein Buch von Jörg Bergstedt (Agenda, Expo, Sponsoring; Recherchen...) hat mir ausgezeichnet gefallen. Einmal habe ich die Zeitschrift Ö-Punkte zugestellt bekommen, vermutlich aufgrund einer Spende an eine gewisse Organisation. Der in dieser Zeitschrift genannte A-Laden war aber noch nie geöffnet, egal wann ich dort hinkam. Wie gesagt, ich wäre an einer Mailing-Liste sehr interessiert. Außerdem möchten ein Freund und ich einen unabhängigen Naturschutz-Stammtisch gründen. Sowas ließe sich auch sehr gut über das Netz verbreiten.

Hans-Wilhelm Hassenpflug, eMail

Antwort aus der Redaktion:

Hallo, hier mal die Möglichkeiten, die es gibt, einfach so tabellarisch runtergeschrieben ... ich würde mich freuen, wenn Ihr Lust habt, da mitzumischen:

1. Ö-Punkte Wird mit anderen Infodiensten mitverteilt. Kann aber auch abonniert werden (20 DM pro Jahr, Förderabo ab 40 DM)
2. Ö-Abo "Perspektiven" Ö-Punkte plus den unregelmäßigen Perspektiven-Rundbrief – das ist ein kopierter Infodienst zur Debatte über Naturschutzstrategien, wäre also eigentlich das richtige. Abo für 40 DM (Förder-Abo ab 60 DM), Ö-Punkte sind dabei eingeschlossen.
3. Mailingliste "Umweltschutz von unten" Jawoll, sowas gibt es. Das ist eine interne Strategie- und Inhaltsdebatte, aber offen für alle neuen Leute. Ist aber nicht öffentlich einsehbar, mensch muß sich anmelden und dabei auch kurz schreiben, wer wer ist. Anmeldung siehe Internetseite (Punkt 4).
4. Internet Guck mal auf <http://www.thur.de/philo/uvu.html>
5. Naturschutz von unten und Umweltbildung von unten Für diese beiden Bereiche gibt es spezielle Runden von Leuten, die das diskutieren. Naturschutz von unten koordiniert der Naturschutz- und Landschaftsredakteur Jörn Hartje (Adr. siehe Ö-Punkte). Es geht dabei um die klassischen Naturschutzbereiche. Umweltbildung von unten ist ganz neu im Entstehen ... alles weitere in diesen Ö-Punkten und dem Schwerpunkt dort.
6. Veranstaltungen organisieren Wir machen auch gerne Veranstaltungen mit Kritik am mainstream-Umweltschutz oder zu den Ideen eines Umweltschutz von unten, wenn Basiszusammenhänge dazu einladen. Nähere auf Rückfrage.

Tierrechts-Debatte

Zu den letzten Ö-Punkten mit dem Beginn einer Auseinandersetzung um Tierrechte.

Diese Debatte freute mich von daher besonders, weil ich es für notwendig halte, Herrschaftsverhältnisse zu thematisieren, um einer herrschaftsfreien Gesellschaft auch nur ansatzweise näherzukommen. Leider bin ich von der Auseinandersetzung – insbesondere vom Beitrag Andreas Hechlers, enttäuscht, weil er in meinen Augen keinen konstruktiven Beitrag darstellt (...) Ich werde im Folgenden anhand des Textes zeigen, wie eine Auseinandersetzung nicht laufen sollte, um dann zu verdeutlichen, wohin sie in meinen Augen gehen würde, um für eine emanzipatorische Politik zu kämpfen.

Der Haupttext beginnt mit der Behauptung "Ob es Menschen dabei besser oder schlechter geht, spielt keine Rolle". Worauf sich das in dem nicht begründeten Satz enthaltene "dabei" bezieht, bleibt mir unklar. Da der Autor jedoch im Folgesatz ableitet, daß es "daher auch kein Wunder (ist), daß gerade die Tierrechtsszene besonders anfällig für antiemanzipatorische Inhalte ist" ist davon auszugehen, daß sich auch der zitierte Satz auf eben diese Szene bezieht. Nach diesem Muster ist der gesamte Text gestrickt, es wird behauptet "die Tierrechtsszene" oder Tierrechte an sich seien antiemanzipatorisch, was weder für die Gesamtszene noch für den Tierrechtsbegriff schlüssig begründet wird und werden kann, um dann aus dieser Behauptung die gleiche Behauptung anders formuliert abzuleiten.

"In der Szene hat sich die Ideologie des Speziesismus voll durchgesetzt und wird mittlerweile nicht mehr diskutiert", heißt es im Text. In welcher Szene? In der Tierrechtsszene bestimmt nicht.

(...) Speziesismus heißt, aus den biologischen Unterschieden zwischen verschiedenen Spezies eine allgemeingültige Wertigkeit zwischen ihnen ableiten zu wollen. Es gibt also gute Gründe, den Speziesismus zu kritisieren, bedeutet er doch den biologischen Versuch, aus einem biologischen Unterschied eine soziale Wertigkeit zu konstruieren. Dies ist ein Punkt mit dem sich eine emanzipatorische Bewegung auseinandersetzen muß, wenn das Emanzipatorische in ihr an mehr als einzelnen Punkten auftreten soll.

Dann zum Umgang von Bewegungen mit Widersprüchen, die sie nicht vorrangig thematisieren.

"Solange Menschen für sich beanspruchen, im Interesse von Tieren (und Pflanzen) aktiv zu werden, (...) werden sie zwangsläufig – zumindest teilweise – Menschen aus dem Blickfeld verlieren."

Diese Behauptung ist, so allgemein formuliert, Quatsch. Sich mit einem Thema auseinanderzusetzen, heißt nie zwangsläufig, ein anderes Thema zu vernachlässigen und es gibt viele TierrechtlerInnen, die durch ihre Existenz das Gegenteil beweisen, die den Kampf für Tiere als einen Kampf neben anderen betrachten und in verschiedensten Bereichen politisch arbeiten. (...) Sicherlich heißt das nicht, das alle TierrechtlerInnen einen weitergehenden emanzipatorischen Anspruch haben. Sicherlich gibt es TierrechtlerInnen, die sich mit Herrschaftsanalysen nicht auseinandersetzen und sich wenig mit anderem als Tierrechten beschäftigen. (...) Das ist meiner Einschätzung nach ein Problem, das sich in allen sozialen Bewegungen stellt, die ein Hauptthema haben. So könnte mensch genausogut vielen

Antifas vorwerfen, sie würden sich wenig mit Antisemitismus oder einer fundierten Kapitalismuskritik auseinandersetzen. Auch aus den Texten Andreas Hechlers geht eine solche Auseinandersetzung nicht hervor. Ich denke jedoch daß es okay sein muß, sich Arbeitsschwerpunkte zu setzen, da der Kampf gegen verschiedene Widersprüche gleichermaßen seine Berechtigung hat. (...)

Verschiedene Herrschaftsformen lassen sich nicht voneinander ableiten, sondern haben ihre eigene Geschichte und müssen als eigenständige thematisiert werden. Auch die Herrschaft über Tiere läßt sich nicht vom Kapitalismus ableiten, wie es in der linken manchmal versucht wird. Tierunterdrückung ist ein eigenständiger Widerspruch und schon älter als der Kapitalismus. Die Existenz z.B. von Zoos läßt sich auch nicht ökonomisch ausreichend begründen. Klar ist jedoch auch, daß verschiedene Herrschaftsformen miteinander wechselwirken und auch dies zu thematisieren ist. Problematisch wird eine Themenfestlegung erst dann, wenn die Auseinandersetzung mit anderen Herrschaftsformen nicht mehr stattfindet, und dann müssen die entsprechenden Menschen dafür kritisiert (...) werden.

Zum Herrschaftsbegriff: "Herrschaft wird komplett verkannt. Tiere sind nicht in der Lage, ungehorsam zu sein (Gehorsam ist bei einem Herrschaftsverhältnis das entscheidende Kriterium) oder sich anderweitig zu emanzipieren" – sehr merkwürdige Aussage. Erstens wird aus dem Text wieder nicht klar, wer Herrschaft komplett verkennt. Zweitens kenne ich durchaus Tiere (z.B. Hunde), die auch mal ungehorsam sein können. Drittens bewegt sich der Autor bei dem Versuch, die Unfähigkeit, sich zu emanzipieren als Begründung für das Nichtvorhandensein von Herrschaft zu konstruieren, in einem Ideologiegebäude, wo ihm mancher Utilitarist auf die Schulter klopf und noch ergänzt, daß es auch Menschen gibt, die sich nicht selbst emanzipieren können. Viertens frage ich mich, warum gerade Gehorsam bei einem Herrschaftsverhältnis das entscheidende Kriterium sein soll. Hieß das nicht, das wir den Massenmord an JüdInnen im Nationalsozialismus oder eine Vergewaltigung auf der Straße nicht mehr als Herrschaftsverhältnis begreifen dürften, wenn die Opfer nicht gehorsam waren? So eine Definition halte ich für falsch und gefährlich. Ich habe den Herrschaftsbegriff immer als einen Begriff verstanden, der ein feststehendes Machtverhältnis beschreibt. Daß es ein solches Verhältnis zwischen Menschen und Tieren gibt, ist offensichtlich

(...) Plumpe Anmachen einer Gesamtszene gegenüber (die es in meinen Augen so auch gar nicht mehr gibt) bringen die Auseinandersetzung wenig voran, sondern negieren Unterschiede zwischen Menschen, nämlich zwischen tendenziell linken, bürgerlichen und rechten TierrechtlerInnen. Für eine wirkliche emanzipatorische Bewegung ist das Thematisieren aller Herrschaftsverhältnisse notwendig.

Florian Busch

Zum Leserbrief

Dieser Text ist um ca. 35% gekürzt. Die Ungekürzte Version gibt es bei Interesse bei:

Florian, c/o Jump,
Postfach 306137
20327 Hamburg



Kleinanzeigen

Die Infobörse für politische Projekte, Gruppen und Einzelpersonen – jede Anzeige erreicht 12.000 Umwelt-AkteurInnen!

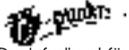
Preise: Grundeintrag (bis 5 Zeilen a ca. 30 Zeichen) für 10 DM, jede weitere Zeile 3 DM.

Arbeitsausrüstung gesucht! Achtung: Wir vermitteln ständig Arbeitsgeräte und Aktionsausrüstungen für politische Zentren. Wer etwas übrig hat, sollte sich melden. Zur Zeit sind u.a.: **Faxgeräte, VGA-Großbildschirme (ab 17 Zoll), SCSI-Karten für PCs, ZIP-Laufwerk und CD-ROM** (möglichst immer als SCSI). Bitte melden unter 0171/8348430.

Neue **politische WG** im Aufbau .. in biologisch ausgebautem Wohnhaus plus Tagungshaus. Nähe Gießen. Gesucht sind Leute, die politisch was losmachen wollen, aber auch Bock haben auf eine gleichberechtigte, spannende WG. Infotelefon: 06401/903283.

PraktikantInnen für die "Ö-Punkte" gesucht. Angesagt ist die Mitarbeit bei Layout, Vertrieb, Koordination und Finanzierung. Zudem können unbesetzte Themenredaktionen übernommen werden.

Überall reinschnüffeln. Blicke hinter die Kulissen und vielleicht ja auch dauerhafte Mitwirkung für dieser Zeitung.
Info: 06401/903283 oder 0171/8348430, oe-punkte@gmx.de



Der Infodienst für UmweltfaktoreInnen



Winter '99/200

• Aus aller umWelt

Kungelrunde zur Bevölkerungspolitik

Rot-grüne Rhetorik und alte Inhalte

Wer wollte nicht an das Klischee von der "Zeitbombe Bevölkerungswachstum" denken, wenn an dem Anmeldungsstand des 'Forums Globale Fragen' Anfang August in der Berliner Humboldt-Universität ein Apparat mit einem Zählwerk angebracht ist, daß jede Sekunde drei Ziffern weiterspringt und das Wachstum der Weltbevölkerung dokumentieren soll?

"6 Milliarden Menschen – Bevölkerungswachstum als eine zentrale Herausforderung", lautete der Titel der zweitägigen Konferenz. Niemand kann genau sagen, wann diese Zahl wirklich erreicht ist. Nach Meinung einiger Bevölkerungsexperten auf jeden Fall irgendwann in der zweiten Hälfte dieses Jahres. Das war für den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) Anlass genug, den 12. Oktober zum "Tag der 6 Milliarden" auszurufen. Doch während auf dem Forum 'Globale Fragen' in Berlin Politiker und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NGO) talkten wurde auch die Öffentlichkeit in diese Akzeptanzwerbung für die Bevölkerungspolitik einbezogen.

Im Mittelpunkt der Öffentlichkeitskampagne der Deutschen Stiftung für Weltbevölkerung (DSW) stand die am 10. Oktober beginnende CinemaxX-Aktion. Bis Ende Februar 2000 sollen in 23 Grosskinos in Freiburg, Stuttgart und Hamburg Filme unter dem Motto "Die Bevölkerung wächst. Die Erde nicht" zu sehen sein. Die Botschaft ist aller grüner Rhetorik zum Trotz eindeutig. "Übervölkerung sei die Hauptursache für die Probleme der Umweltzerstörung und das Bevölkerungswachstum habe "höchst nachteilige Folgen für die Umwelt", wie die UNFPA schon 1991 in ihren Veröffentlichungen schrieb. In dieser Diktion sind auch die Texte der aufwendig gestalteten Hochglanzbroschüren gehalten. "Momentan wächst die Weltbevölkerung etwa alle zwölf bis 15 Jahre um eine weitere Milliarde Menschen. Das Bevölkerungswachstum findet zu 98% in den Entwicklungsländern statt ...". Die Bewältigung des rapiden Wachstums der Weltbevölkerung ist eine globale Herausforderung für die Zukunft der Menschheit", heißt es dort.

Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Ulrich von Weizsäcker, einer der Referenten auf dem Forum Globale Politik schrieb nach Angaben der Publizistin Jutta Dittfurth: "Ja, in der Tat, die Bevölkerungsexplosion ist eines der größten Umweltprobleme." Noch offenere Worte kennt die Öffentlichkeit von der Forums-Teilnehmerin Charlotte Höhn. Die Leiterin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung machte 1994 bundesweit Schlagzeilen, als sie in einem Interview mit der Historikerin Susanne Heim, das die TAZ im September 1994 veröffentlichte, über Denkverbote klagte, die sie sogleich souverän ignorierte: "Es ist leider statistisch nachweisbar, daß es zum Beispiel Unterschiede in der Intelligenzverteilung gibt. Die durchschnittliche Intelligenz der Afrikaner ist niedriger als die anderer", behauptete sie. Auf die Frage, warum sie sich noch immer hinter den NS-Bevölkerungstheoretiker Gerhardt Mackenroth stelle, der mit für das "nationalsozialistische Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchts" verantwortlich war,

stellte Höhn die Gegenfrage, "ob es wohl gut ist, wenn sich kranke Menschen auch noch vermehren". Der damalige SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duve titulierte Höhn daraufhin laut TAZ als "Hitlers Erbin". Auch die damalige bildungspolitische Sprecherin der SPD und heutige Bildungsministerin Edelgard Bulmahn hielt Höhn nach diesen Äußerungen für untragbar in ihrem Amt. Weil der Druck zu groß wurde, suspendierte Bundesinnenminister Kanther die vorlaute Bevölkerungsexpertin kurzzeitig von ihrem Posten. Auch ein Lehrauftrag an der Giessener Universität wurde nicht verlängert. Schadensbegrenzung war angesagt, stellten doch einige Publizisten geschärft durch Höhns Sprüche die Tradition der deutschen Bevölkerungspolitik in den Mittelpunkt ihrer Kritik. So bezeichnete der Hamburger Publizist und Wissenschaftsgründer Ludger Weiß die Gründung des Instituts für Bevölkerungsforschung im Jahre 1975 als "Sieg einer verschwiegenen, aber hartnäckigen Lobby. Sie bestand aus einschlägig vorgebelasteten Bevölkerungspolitikern, Anthropologen und Statistikern des NS-Regimes." Der Rassenhygieniker Otmar von Verschuer gehörte ebenso zu diesem Kreis wie der Asozialenforscher Siegfried Koller, der an der statistischen Erfassung der Juden beteiligte Friedrich Burgdörfer und der in Zwangssterilisationen verwickelte Sozialhygieniker Hans Harmsen", schrieb Weiß am 8.9.94 in der TAZ.

Fünf Jahre später haben Grüne und SPD gegen Höhns Referat auf dem Forum Globale Politik nichts mehr einzuwenden und bis auf die Transparentaktion einiger Studenten und zwei kritische Flugblätter gab es keine Protesten. Das hat Gründe. Was sich schon auf der letzten Internationalen Konferenz zur Bevölkerungspolitik 1994 in Kairo abzeichnete, wurde unter rot-grüner Ägide jetzt auch im nationalen Rahmen nachvollzogen. Nichtregierungsorganisationen, Frauengruppen und Bürgerinitiativen werden mit Foren und Konferenzen in die politische Verantwortung genommen. Die politische Einflusslosigkeit solcher Kungelrunden brachte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Ludger Volmer, der als langjähriger Linksgrüner initiativenerfahren ist, auf der Abschlußpressekonferenz des Forums klar zum Ausdruck: "Beide Seiten bleiben unabhängig. Wir mischen uns nicht in die Politik der NGO und die mischen sich nicht in die staatlichen oder wirtschaftlichen Dinge." Nicht die Politik des Staates, aber das Agieren der NGO verändert sich, wie es der Präsident der Deutschen Stiftung für Weltbevölkerung Hans Fleisch ausdrückte. "Vor 10 Jahren beharrten die NGO auf Unabhängigkeit von Staat und Wirtschaft. Heute ist Kooperation angesagt."



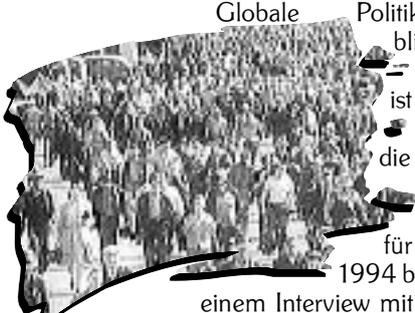
Redaktion Aus aller umWelt

Die Redaktion wird im Rahmen der Endredaktion zusammengestellt.

Koordination: Jörg Bergstedt

AUTOR

Peter Nowak, Berlin



Sex, Crime und Rechte als Partner? Jutta Diefurth in der Neuen Revue

Debatten um Stil und Strategie von Bewegungen sind nötig. Dafür waren oft auch die kritischen, politischen Positionen von Jutta Diefurth und der Ökologischen Linken sehr wertvoll. Eine solche Debatte ist nun nötig um die Ökoli selbst bzw. zu Jutta Diefurth persönlich. Dabei geht es nicht um ihre Dominanzbemühungen und die ihre unakzeptable Taktik, Bewegungszusammenhänge zu ihrem Vorteil zu instrumentalisieren (u.a. im linksradikalen Plenum für die Gegengipfel in Köln im Juni, bei der Vorbereitung zum 3.10. in Wiesbaden sowie im Anti-Expo-Bündnis jetzt), sondern um ihre politischen Positionen selbst sowie um die Wahl ihrer Mittel.

Jutta Diefurth kooperiert mit der Neuen Revue. Sie benutzt diese Zeitung, um eine (zudem platte) Auseinandersetzung mit Joschka Fischer zu führen (sowie z.T. auch den Grünen insgesamt). Klar ist, daß auch die Neue Revue ein Interesse an der Kritik an den Grünen hat – aber von rechts. Dieses Bündnis mit sexistischen und rechten Kreisen ist Jutta Diefurth bewußt eingegangen – sie läßt sich instrumentalisieren von rechts.

Um einen Eindruck von der "Neuen Revue" zu geben, will ich kurz einen Blick in die Ausgaben Nr. 44 und 45 werfen, in der sich Teile von Jutta Diefurths Texten befinden.

Heft Nr. 44:

Seite 6: "Nackte Frau ans Kreuz gebunden" (natürlich mit Foto)

Seite 10ff (Hauptartikel im Heft): "Wehrmachtsausstellung: Gelogen, gefälscht, geschwiegen. Also doch! Die umstrittene Informationschau der deutschen Nachkriegsgeschichte ist in Wirklichkeit eine verlogene Propagandaveranstaltung aus kommunistischen Quellen."

Seite 26ff: "Standort Deutschland: Sogar die Knackis sind zu teuer" (es folgt dann ein Text, der zeigt, daß Gefangene in Deutschland wie im Hotel leben und es in anderen Ländern viel billiger geht).

Seite 40ff: "Porno oder praktisch" ... (noch Titel!) Kann denn Strumpfhose Sünde sein? Das aktuelle Werbeplakat, daß Frauenrechtlerinnen empört. NEUE REVUE-Enthüllung: So bezau-bernd sieht Inga von vorn aus – bisher kannten wir nur ihre süße Rückseite" (natürlich alles mit Fotos)

Dazwischen Sex, Crime, Horoskope und mehr.

Kommentar

Es gibt genügend schwarze Schafe: Ökos, die mit Staat, Wirtschaft, Ecos oder Rechten kokettieren. Die bisher schärfste (wenn auch nicht immer scharfsinnigste) Kritikerin all dieser Verfillung war Jutta Diefurth. Wenn genau sie nun die Seite wechselt und etliche Tabus in der Zusammenarbeit mit den sexistischen, rassistischen und rechten Teilen der gesellschaftlichen Mitte bricht, ist das ein bemerkenswerter Vorgang. Sie diskreditiert damit sich selbst, läßt sich von rechts instrumentalisieren, verharmlöst sexistische und rechte Positionen. Es kann nur eine Konsequenz geben: Das wars für Jutta Diefurth als Promi in politischen Zusammenhängen.

Spannend wird das Ganze aber noch aus einem anderen Grund. Jutta Diefurth ist die Leitfigur der Ökologischen Linken. Die treten seit Jahren als Sittenpolizei in politischen Gruppen auf. Die Vorwürfe des Sexismus oder Faschismus benutzen sie manchmal gerechtfertigt, meist aber als Machtmittel, um mißliebige Personen auszuschalten. Wie gehen sie damit um, die in den letzten Jahren krassste Kooperation mit rechten und sexistischen Kreisen in den eigenen Reihen zu haben? Ist jetzt plötzlich alles harmlos, was vor wenigen Wochen noch geeignet war, im Ringen um die eigene Dominanz in der Bewegung als Waffe eingesetzt zu werden? (jb)

Und im Heft 45:

Titel: Diesmal gleich ein Porno auf dem Titel. Titelstory: Harald (Schmidt) war nicht der erste (gemeint: Anbagger der abgebildeten Frau). Nebentitel: "Elvis, Roy, Rex – schöne Männer sterben zweimal"

Und noch ein bißchen und mehr Sex überall verteilt: "Superknappe Blusen zeigen alles (Fi.). Oh, la, la – das wird heiß" (S. 8, natürlich mit Nacktfoto).

Oder sowas: "Wenn die englische Geister-Jägerin Julie Hunt nicht geschummelt hat, sehen Sie rechts das 1. Foto eines Gespenstes" (S. 9) Und zu 10 Jahren Deutschland so tiefesinniges wie: "Herzlichen Glückwunsch, Deutschland" (S. 11) Oder zur Abwechslung mal zum Klimaschutz: "Müssen wir jetzt, mit der neuen Erkenntnis, umdenken? Ist das nur halb so schlimm wie befürchtet? Könnte es sogar sein, daß der von den Menschen verursachte Treibhauseffekt letztlich das Erklärma für uns angenehmer als heute macht?" (S. 19) Und ein bißchen Olympiawerbung ... Und dazwischen Jutta Diefurth.

Immerhin hat Jutta Diefurth in der Zeitung "tagesspiegel" auf die Frage, warum sie für ein Sexblatt schreibt, eine ganz schön tiefesinnige Antwort gefunden: "Im "Spiegel" werden Frauen nicht mal Ressortleiterinnen. In "Stern" sind heute vermutlich mehr Aktfotos als in der "Neuen Revue"." Nach dieser Logik werden selbst biologische Tiererklärungen wohl in Zukunft sagen können Die NPd ist rechter als wir. Alles gut – wenn mensch sein eigenes Verhalten darüber legitimiert, daß es noch Schlimmeres gibt ...

Wer mit einer solchen Zeitung partizipiert läßt sich instrumentalisieren für das, was wir kritisieren und/oder bekämpfen. An der eigenen Meßlatte der Ökologischen Linke wäre ein Sturm der Entrüstung und direkte Gewalt bei weiteren Auftritten der Person, die so etwas macht angemessen. Inzwischen haben einige Gruppen von der Ökoli eine Erklärung und den Rauswurf von Jutta Diefurth gefordert. Zudem muß geklärt werden, ob Auftritte von Jutta Diefurth überhaupt noch akzeptiert werden sollte oder zumindest unter einer klaren Kritik und Entstanzierung von ihrem Verhalten zu stellen sind

Geänderte BUND-Führungsstruktur

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat einen neuen Bundesgeschäftsführer. Dr. Gerhard Timm leitet jetzt die Geschäftsstelle des Umweltverbandes in Bonn. Der 42-jährige arbeitete zuvor als Hauptgeschäftsführer der Kassenärztlichen Vereinigung in Berlin. Nach den Wünschen des BUND-Vorstandes soll Timm insbesondere die Präsenz des BUND auf dem bundespolitischen Lobby-Parkett und in der Öffentlichkeit stärken.

Mit dem Start Timms als Bundesgeschäftsführer vollzieht der BUND-Vorstand auch eine Reform der Führungsstruktur in der BUND-Bundesgeschäftsstelle. Zuvor leiteten dort drei Geschäftsführer die Bereiche Fachpolitik, Kommunikation und Verwaltung. Künftig übernehmen diese Aufgaben drei Bereichsleiter, die dem Bundesgeschäftsführer unterstellt sind.

Neue Bereichsleiterin Kommunikation des BUND ist Manuela Kikillus (43). Sie arbeitete zuletzt als Mitglied der Geschäftsleitung beim Deutschen Komitee für UNICEF, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen. Ihre Leitungskollegen beim BUND sind Olaf Bandt für den Bereich Fachpolitik sowie Matthias Enge in der Verwaltung.

Quelle: BUND-Pressestelle, Fon (0228) 40097-25, Fax: -49; presse@bund.net

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Winter '99/2000

Aus aller umWelt



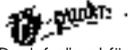
Ö-Punkte-Verteile "Umwelt allg."

- BSÖ: Hochschul-Umwelt-Info
- BUND:
 - Niedersachsen
 - Nordrhein-Westf.
 - Thüringen
- BUNDJugend: Delegiertenpost
- Grüne Liga
 - Sachsen
 - Thüringen
- NABU Saarland
- Naturschutzjugend Baden-Württemb.
- Dt. Jugendbund für Naturbeobacht.
- Grün-alternatives Jugendbündnis
- JANUN

Jetzt wird mir klar, warum schon lange keine ÖKOLINX mehr erscheint. Vielleicht bekommen ja demnächst alle ÖKOLINX-AbonnentInnen die "Neue Revue"...

(Kommentar aus dem ComLink)





Der Infodienst für
UmweltakteurInnen



Winter '99/2000

● Aus aller
umWelt

Greenpeace:

Klimakonferenz läßt zu viele Fragen offen

Die UN-Klimakonferenz in Bonn ist nach Auffassung von Greenpeace deutlich hinter den an sie gestellten Erwartungen zurückgeblieben und hat wesentliche Aufgaben nicht erfüllt. Die erreichten Fortschritte sind zu gering. Vor allem die Diskussionen über die sogenannten flexiblen Mechanismen, mit denen Klimaschutz-Ziele umgesetzt werden sollen, brachten nicht die klare Grundlage, die für die nächste Klimakonferenz in Den Haag notwendig ist. Ein wichtiges positives Ergebnis ist die erstmalige Bereitschaft vieler Staaten, darunter auch Deutschland und weitere Industrieländer, das Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz bis 2002 in den jeweiligen Parlamenten in Kraft zu setzen.

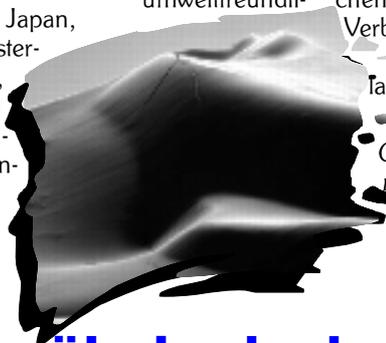
„Der Weg zur nächsten Klimakonferenz ist jetzt steiniger als nötig“, sagt Greenpeace-Klimaexperte Karsten Smid. „In den nächsten Monaten müssen schwere Brocken aus dem Weg geräumt werden. Vor allem die technischen Fragen, die den politischen Sprengstoff bergen, sind noch ungelöst.“ So ist der Anteil der Kohlendioxid-Emissionen, den die Industriestaaten im eigenen Land einsparen müssen, noch nicht geklärt. Außerdem fehlt die Grundlage, inwieweit gemeinsame Klimaschutzprojekte zweier Staaten als tatsächliche Kohlendioxid-Minderung einem Land angerechnet werden können. „Die optimistische Einschätzung von Umweltminister Trittin, dass das alles schon klappen wird, teilen wir nicht,“ so Karsten Smid.

„Der“, erklärt Smid. Damit das Klima-Abkommen in Kraft treten kann, müssen 55 Staaten ratifizieren. „Die Länder, die nun vorangehen, müssen nun aber erklären, wie sie die Einsparungen bei sich zuhause erreichen wollen. Auch in Deutschland müssen jetzt Vorschläge auf den Tisch, wie die Treibhausgase reduziert werden sollen. Der neue Streit um die weitere Gestaltung der Ökosteuer zeigt, dass die Regierung noch überhaupt keine klare Vorstellung hat.“ Deutschland muss dem Kyoto-Protokoll zufolge seine Kohlendioxid-Emissionen bis spätestens 2012 um 21 Prozent gegenüber 1990 reduzieren.

Im Rahmen der Klimakonferenz appelliert Greenpeace aber auch an die Verbraucher, beim Klimaschutz nicht auf eine bessere Politik zu warten. „Durch einen bewußteren Umgang mit Flugreisen und Autofahrten und durch den Wechsel zu einem umweltfreundlichen Stromanbieter können die Verbraucher mehr zum Klimaschutz beitragen als jahrelange Klimaverhandlungen“, so Karsten Smid.

Quelle: Greenpeace-Pressemitteilung

Einen politisch wichtigen Schritt haben einige Länder mit ihrer Bereitschaft getan, das Kyoto-Protokoll von 1997 bis zum Jahr 2002 zu ratifizieren, darunter Deutschland, England, Japan, Schweden, Dänemark, Österreich, Griechenland, Italien, Frankreich, Spanien, Irland und Neuseeland. „Das hat Signalwirkung für andere Län-



Abbau ökologisch schädlicher Subventionen

Zum Text

Rückfragen, ein Hintergrundpapier und Grafiken zum Thema bei: Matthias Seiche, BUND-Finanzexperte bzw. BUND-Presesprecher Rüdiger Rosenthal (0171-8311051), Fon (0228) 40097-54/25, Fax: -49; presse@bund.net;

Presse-Archiv im Internet: www.bund.net/aktuell

Der Abbau und die Umschichtung ökologisch schädlicher Subventionen in Höhe von rund 32 Milliarden Mark im Jahr kann Staatshaushalt und Umwelt spürbar entlasten.

Der BUND hat errechnet, dass in Deutschland mehr als 85 Milliarden Mark ökologisch problematische Subventionen im Jahr gewährt werden. Darin sind auch die EU-Agrarsubventionen in Höhe von 28,7 Milliarden Mark sowie die Eigenheimzulage für den Wohnungsbau (12,3 Milliarden) enthalten. Beide Subventionen sollen nach ökologischen Kriterien neu gestaltet werden. Durch Steuerermäßigungen für die Luftfahrt entgehen dem Fiskus zudem jährlich 13,3 Milliarden Mark. Der BUND fordert deshalb die EU-weite Einführung einer Kerosinsteuer.

32 Milliarden Mark ökologisch schädliche Subventionen können im nationalen Rahmen und in kürzerer Frist abgebaut werden. Die höchsten Einsparpotenziale in Deutschland existieren im Verkehrsreich und beim Kohlebergbau. 7 Milliarden Mark können durch eine Umwandlung der Kilometerpauschale zu einer gesenkten verkehrsträgerunabhängigen Entfernungspauschale eingespart werden. Eine Angleichung der Dieselsteuer an die Steuer auf Normalbenzin (heutige Differenz: 36 Pfennig/Liter) bringt zusätzlich 10,6 Milliarden Mark. Bei den Kohlesubventionen schlägt der BUND ein schnelleres Auslaufen vor. Mit einem Teil der freiwerdenden Mitteln soll der Strukturwandel in den Bergbauregionen unterstützt werden.

Positive Ansätze in der Politik der Bundesregierung sieht der BUND in der geplanten Abschaffung der Gasölbeihilfe für die Landwirtschaft (835 Millionen Mark) und in der Reduzierung der Einkommensgrenzen bei der Eigenheimzulage (von 120 000 Mark für Ledige bzw. 240 000 für Verheiratete auf 80 000 bzw. 160 000 Mark).

Der BUND schlägt vor, die eingesparten Gelder zu je 15 Prozent bei der Altbauanierung und für eine ökologische Verkehrswende einzusetzen. Für die Förderung erneuerbarer Energien schlägt der BUND rund 10 Prozent des Einsparvolumens vor. Je 5 Prozent sollen in die Umweltforschung und internationale Klimaschutzmaßnahmen fließen.

Grüne wollen ÖDP schlucken Unstillbarer Hunger nach Mittelmaß

Sie treffen sich in der Mitte ... die ÖDP von rechts und die Grünen von links. "Politische Mitte" ist vor allem ein Inbegriff von Opportunismus, von Mitsegeln in den Strömungen der Zeit und der Anerkennung der jeweils bestehenden Machtverhältnisse. Diese Mitte besteht aktuell aus dem neoliberalen Gesellschaftsumbau (Öffnung der Märkte, ungehemmter Zugang zu Rohstoffen und Freigabe menschlicher Arbeitskraft für die profitable Verwertung), aus der neuen NATO-Doktrin und aus dem Willen, die zunehmende Entsozialisierung der Gesellschaft mit innerer Sicherheit zu kontern. In diese Mitte streben seit Jahren die ÖDP und die Grünen. Erstere haben sich dabei vor allem profilierter Konservativer bis Rechter entledigt. Parteiprogramm und Personal wurden entpolitisiert. Die Grünen haben vor zehn Jahren die "Fundis" herausgedrängt, inzwischen sind sogar die Ex-"Realos" (Trittin & Co.). Durchgesetzt haben sich die, die gar nichts mehr verändern wollen. Zwei solche Parteien passen gut zueinander. Politische Inhaltslosigkeit gepaart mit dem Willen zur Machtbeteiligung. Und so überrascht nicht, daß inzwischen ernstzunehmende Versuche laufen, aus beiden Parteien eine zu machen.

Die folgenden Zitate stammen aus einem Brief des Landesvorstandes der bayerischen

Grünen an die bayerische ÖDP vom 26.10.99. Der dortige ÖDP-Chef Suttner äußerte sich gegenüber der Süddeutschen Zeitung interessiert an der Offerte der Grünen, ihm schwebt aber gleich mehr vor – er will ein Bündnis aus ÖDP, Grünen, ökologisch orientierten Freien Wählern und Ex-CSU-Mitgliedern.

"Viele von uns und bei Ihnen haben die Existenz zweier ökologischer Parteien in Bayern mehr oder minder nach der Devise: getrennt marschieren – vereint schlagen gerechtfertigt (der etwas militärische Sprachstil sei uns verziehen). (...) Wir finden es an der Zeit, in ein offenes und ehrliches Gespräch darüber einzutreten, ob sich dieses Vorgehen in den letzten 20 Jahren bewährt hat oder nicht. (...) unsere Parteien haben sich in der Zeit ihres Bestehens erheblich verändert. (...) Sowohl in der konkreten politischen Praxis als auch durch kritisches Studium der vorliegenden Programme unserer Parteien ist unserer Auffassung nach zu überprüfen, ob die gegenseitigen Vorbehalte weiterhin durch tatsächliche Differenzen in der Sache getragen werden. Dabei wagen wir eine Prognose: die Unterschiede zwischen Bündnis 90/Die Grünen und ÖDP sind heute bei weitem nicht mehr so groß, wie sie scheinen und als liebgewonnene gegenseitige Vorurteile sorgsam gepflegt werden. Haben Sie Lust, diese Prognose dem praktischen Test zu unterziehen? Wir machen Ihnen den Vorschlag zu einem offenen Dialog (...). Dabei verhehlen wir nicht, dass wir der Überzeugung sind, dass Ökologinnen und Ökologen Ihrer Sache mehr nützen, wenn sie geeint marschieren und schlagen. (...)"

[Unterschieden von Margarete Bause und Jerzy Montag]

Koalition macht Weg für ökol. Steuerreform frei

Der Weg für die ökologische Steuerreform ist frei. Mit den Stimmen der Koalition billigte der Finanzausschuss des Bundestages in einer Sondersitzung am Freitag in Berlin die nächsten Schritte der Reform. Erst am Vorabend hatten SPD und Grüne ihren neuesten Streit über die Ökosteuer beigelegt, so dass die Regierungspartner ihren Zeitplan doch noch einhalten können. Der Ausschuss verabschiedete zugleich das Gesetz zur Besteuerung von Kapitallebensversicherungen ab dem nächsten Jahr.

Kernstück der zweiten Stufe der Ökosteuerreform ist eine Erhöhung der Spritsteuer ab 1. Januar 2000 in vier jährlichen Stufen um jeweils sechs Pfennig. Die Stromsteuer wird im gleichen Zeitraum auf vier Pfennig je Kilowattstunde verdoppelt. Mit den Einnahmen will die Koalition die Rentenversicherungsbeiträge niedrig halten. Das Gesetz soll am kommenden Freitag im Bundestag verabschiedet werden. Der Bundesrat kann die Ökosteuer nicht kippen. Die Opposition stimmte im Finanzausschuss geschlossen gegen das Vorhaben.

Hocheffektive Gaskraftwerke, die nach Meinung der Grünen umweltfreundlicheren Strom herstellen als Anlagen auf Kohlebasis, werden – wie von den Grünen gefordert – von der Mineralölsteuer befreit. Der Wirkungsgrad muss allerdings jetzt bei 57,5 Prozent liegen, einen halben Prozentpunkt höher als bisher vereinbart. Moderne effiziente Blockheizkraftwerke mit bis zu zwei Megawatt Leistung müssen ebenfalls keine Mineralölsteuer zahlen.

Darauf verständigten sich die Koalitionspartner erst am Donnerstagabend in einem Krisengespräch. Ohne diese Einigung hätte das Gesetz erst am 1. April 2000 in Kraft treten können. Der öffentliche Personennahverkehr wird weitgehend geschont. Bundesumweltminister Jürgen Trittin sprach im ZDF von einem großen Gewinn für die Umwelt.

Die Union kritisierte, wegen der Sonderregelungen für Kraftwerke werde das bürokratische Monstrum Ökosteuer noch komplizierter und beschäftigt wieder ein paar Beamte mehr. Außerdem sei damit eine weitere finanzielle Belastung für Bürger und Unternehmen verbunden.

Umweltschützer gegen Olympische Spiele in Graubünden

Die Promotoren für eine Olympia-Kandidatur Graubündens können nicht auf die Unterstützung der Umweltorganisationen zählen. Die Dachorganisation der Bündner Umweltorganisationen gab am Mittwoch bekannt, Olympischen Winterspiele in Graubünden seien nicht mit den Zielen des Umweltschutz, Natur- und Landschaftsschutzes vereinbar. Eine Durchführung wäre aus ökonomischer Sicht nicht nachhaltig. Zudem würde die Olympia-Kandidatur umweltschonende Tourismusprojekte in verschiedenen Tal-schaften in Frage stellen. Die Umweltorganisationen lehnten deshalb die Einladung der Arbeitsgruppe Olympische Winterspiele Graubünden zur Mitarbeit ab. Die Arbeitsgruppe will zusammen mit dem Tourismusverband Graubünden Ferien bis im kommenden Januar einen Grundsatzentscheid über die Kandidatur für die Winterolympiade 2010 fällen.

Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

Winter '99/2000

• Aus aller
umWelt

Literatur

Michael Hauth
Vom Bauleitplan zur Baugenehmigung (1998, dtv in München, 362 S., 16,90 DM) Das Buch behandelt Schritt für Schritt den Weg zu einer Baugenehmigung. Dabei werden die einschlägigen Gesetze zitiert. Es geht um Erschließung, die Zulässigkeit von Vorhaben, einstweiligen Rechtsschutz, Nachbarschaftsrecht, Teilungsgenehmigungen und weitere Einzelpunkte, die in der Praxis von Bedeutung sind.

Michael Zschiesche
Autoland? (1997, UFU in Berlin, 36 S.) Die Broschüre behandelt die Rechte von AnwohnerInnen gegen Autolärm und Abgase. Nach einer Einleitung werden unter verschiedenen Fragestellungen Möglichkeiten erörtert, sich gegen den Verkehr zu wehren.

Klas Ewert Ewerwyn
Der Dormagener Störfall (1997, Schmetterling Verlag in Stuttgart, 135 S.) Ein Roman über einen Störfall eines Chemiekonzerns – offenbar so realistisch, daß sich der BAYER-Konzern dadurch angegriffen fühlte und die Veröffentlichung jahrelang durch Prozesse blockierte. Im vorliegenden Buch ist neben dem Roman auch ein Teil der Korrespondenz rund um den Rechtsstreit enthalten.

Waldgütesiegel

WWF & NABU lehnen das soeben verabschiedete PEFC-Zertifikat (pan-europäisches Waldgütesiegel) ab. Das erstmals auf europäischer Verbandsebene entworfene Gütesiegel zeichnet nachhaltig bewirtschaftete Forstbetriebe aus und soll Absatzmärkte sowie umweltorientierten Waldbau fördern!!

Kontakt: Daniel Wippermann, Journalist, Tel.: 0221-4994275, infopool@netcologne.de

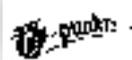


Naturschutztage am Bodensee 2000

Dreikönigskongress der
Naturschutzbewegung
Thomas Giesinger, BUND Naturschutzzentrum
Mögglingen, Mühlbachstr. 2, D-78315
Radolfzell, Tel. 07732-1507-0, Fax: 77, Internet:
www.bund.net/bawue

Ö-Punkte unterstützen, damit sie bleiben!

Wir suchen aktive MitsreiterInnen und
regelmäßige FördererInnen!



Der Infodienst für
UmweltfaktoreInnen

10

Winter '99/2000

● Schwerpunkt

Vorbemerkungen

Bei unserer Recherche zum diesmaligen Schwerpunkt Umweltbildung ist wenig Überraschendes zutage getreten. In der Umweltbildung wird natürlich weitaus mehr geboten, als in diesem Schwerpunkt dargestellt werden konnte. Wir meinen aber, der Gesamteindruck spiegelt durchaus die derzeitige Situation der Umweltbildung wider. Drei Aspekte sind uns bei der Arbeit besonders aufgefallen:

1) Über die Wirkung von Umweltbildung wird gestritten. Sichtbare Erfolge bisheriger Bildungsbemühungen sind gemessen an der Situation in Umwelt und Gesellschaft rar. Die Motivation der Beteiligten sinkt.

2) "Die" Umweltbildung gibt es nicht. Vielmehr existieren viele Strömungen, mit unterschiedlichen Ausrichtungen und Zielen. Welchen Umweltbildungsstile und welche Methoden sind effektiv und sinnvoll? Umweltbildung ist keine Einheit, auch wenn sie von Außenstehenden als solche wahrgenommen wird.

3) Umweltbildung findet zunehmend mehr im Rahmen der Agenda 21 statt. Selbstbestimmte, von Staatsmitteln unabhängige Umweltbildungsprojekte sind Nadeln im Heuhaufen. Eine Agenda kritische Haltung, wie sie in anderen Umweltkreisen bereits wächst, ist in der Umweltbildung nicht wahrnehmbar.

Ö-Punkte Schwerpunkt "Umweltbildung":

Naturverbunden



Redaktion des
Schwerpunktes
"Umweltbildung"

Jörn Hartje
Institut für Ökologie
Turmstr. 14a
23843 Bad Oldesloe

Uschi Leifeld
Brückenstr. 47
42799 Leidlilingen

Johannes Richter
& Thomas Schmiat
Umweltwerkstatt
Lübeck
Willy-Brandt-Allee 9
23554 Lübeck

Peter Szekeres
Presseclub Marburg
Liebigstr. 50
35307 Marburg

Gestaltung:
Jörg Bergstedt

Autorin

Uschi Leifeld

Probleme und Perspektiven

Anfang der 80'er sah Vieles noch anders aus: Friedensbewegung, Bürgerinitiativen zu Umweltthemen und an allen Ecken sich gründende Naturschutzzentren ließen hoffen, daß demokratische Prozesse nun wirklich auch von den Menschen in die eigenen Hände genommen werden könnten, statt sie den Berufspolitikern zu überlassen ... Doch schnell halten sich die Aktiven ausgepowert – alles bewegte sich zu langsam, wo doch Klima&Verkehrskollaps drohten!

15 Jahre Umweltbildung – alles umsonst? Gute Frage, warum hat sich, trotz all unserer Bäume-Streichelaktionen und Gewässergüte-Bestimmungen mit Kindern, eine größere Distanz der Gesellschaft zur Natur entwickelt, als je zuvor? Waren wir wirklich zu harmlos, zu naiv, zu glauben, positive Naturerlebnisse führen zu einem anderen, verantwortungsbewußteren Handeln?

Einige Antworten auf solche Selbstzweifel hat Joseph Cornell gefunden, auf den ja die Idee der Naturerlebnispädagogik hauptsächlich zurückzuführen ist. Er schreibt Folgendes (Auszugsweise inhaltlich nicht wortgetreu übersetzt):

Ich möchte etwas zu der Feststellung sagen, daß die Leute unsensibel und achtlos mit der Natur umgehen, daß all unser Bemühen nichts auszurichten scheint, wenn man die alltäglichen Zerstörungen in Betracht zieht. Ich fühle, wie wichtig es ist, sich immer aus der eigenen Mitte heraus zu verhalten. Wir müssen unseren eigenen höchsten Prinzipien treu bleiben. Weil einzig die Treue zu unserer Wahrheit, so wie wir sie für richtig halten, Sinn macht. Mutter Theresa wurde einmal gefragt "Ist es nicht frustrierend zu wis-

sen, daß nicht allen, die Hilfe nötig haben, geholfen werden kann?" Sie sagte etwas sehr Grundsätzliches: "Ich möchte nicht erfolgreich sein, sondern wahrhaftig!"

Jeder von uns sollte sich seinen eigenen Grundsätzen gegenüber wahrhaftig verhalten. Wir können nicht daß, was andere tun oder nicht tun, über uns bestimmen lassen. Früher oder später würden wir enttäuscht werden. Hören wir etwa dadurch auf, an die Richtigkeit unserer Werte zu glauben? Menschen haben verschiedene Verständnishorizonte, sie werden nicht immer fähig sein, unsere Sichtweise zu begreifen. Unglücklicherweise bedeutet das, daß sie Zeit benötigen, um uns zu verstehen. Und keine noch so große Wut oder Anstrengung auf unserer Seite, wird diese Zeit verkürzen!

Aus diesem Grund bin ich so interessiert an Erziehung. Ich glaube, daß ein enger Kontakt zur Natur das Bewußtsein der Menschen verändern kann, somit auch ihre Ansprüche und Verhaltensweisen ...

Ich weiß, wie schwer es ist diese Geduld aufzubringen, besonders, wenn es uns schmerzt, Fehlentwicklungen nicht aufhalten zu können. Mein Schlüssel zum Weitermachen ist, einerseits unbeirrt für meine Ideale zu arbeiten, andererseits von den Ergebnissen unberührt zu bleiben. Wenn wir uns mehr auf die Art und Weise unserer Botschaftsvermittlung konzentrieren, unsere Energie bündeln, werden wir auch ansprechend und wirkungsvoll auftreten können – eben weil wir nicht haßerfüllt, verkrampt oder ideologisch verbohrt sind!

Soweit der Brief von Cornell. Er mahnte mich an die 3 Haupttugenden des politischen Widerständlers: Beharrlichkeit, Geduld und Gelassenheit ... Die Frage lautet nun, wie geht es weiter? Welche Perspektiven hat die Umweltbildung? Zweifellos haben die Konsum/Wirtschafts-/Industriefreunde mehr Anhänger gefunden als gedacht. Sie haben die Medien auf ihrer Seite und wollen glauben machen, es gäbe bald eine "schöne, neue Technikwelt" – mit VW als größtem Umweltverband ("Fahre Auto, dann schonst du die Umwelt"). Nun wird alles Schön- oder Wegreden von Umweltproblemen uns nicht vor den Konsequenzen bewahren, wodurch auch eine politisch-kritische Bildungsarbeit neue Argumente geliefert bekommen wird.

Bis dahin gilt es, innerlich konsequent weiterzuarbeiten, an der Vision einer postindustriellen Öko-Gesellschaft. Eines Tages wird so ein Modell überlebenswichtig sein!




& entpolitisiert?

Umweltbildung durch Multimedia

Konsum ohne Ende?

Multimedia in der Umweltbildung findet zwar bisher nur mit wenigen Pilotprojekten statt, aber eine weitere Ausbreitung ist zu erwarten, da auch immer mehr Fördergelder in der Umweltbildung in Richtung neue Medien ausgegeben werden. So gibt es seit längerem einige CD-ROMs, wo Natur simuliert wird und durch zusätzliche Informationen und Sounds erklärt wird. In Informationszentren gibt es Schautafeln, die durch Drücken bestimmter Tasten ihr Aussehen verändern oder auch das Internet bietet Ansätze virtuellen Naturerlebens. Als besonders herausragendes Umweltbildungsprojekt wird zur Zeit das Multimar-Wattforum abgefeiert, ein mit Computern vollgestopfter Betonklotz soll das Ökosystem Wattenmeer simulieren. Abgesehen von den meist immensen Kosten dieser Projekte, ist die Wirkung für ein aktives Umwelthandeln meist eher kontraproduktiv. Dabei sind die genannten Projekte nicht unbedingt schlechter, als das sonstige Mainstream in der Umweltbildung, das entscheidende Problem bleibt aber bestehen oder wird

noch verschärft: Die Menschen werden nicht zum politischen Handeln animiert. Das entscheidende Argument für Multimedia in der Umweltbildung ist, daß für die meisten Kinder und Jugendlichen heute Computer im Zentrum ihres Lebens stehen. Sie werden nicht nur für die Erstellung von Schularbeiten oder zur Lösung komplexer Probleme genutzt, sondern sind zu Alltags-Werkzeug und ständigen Begleiter geworden. Wie schon vorher der Fernseher ist der Computer heute aus den meisten Haushalten kaum noch wegzudenken. Genauso wie durchs Fernsehen können über das Internet sehr viele Menschen erreicht werden. Sicher ist es schwierig sich in der Umweltbildung neuer Technik komplett zu verschließen, wenn nur darüber die Menschen zu erreichen sind. Darüber hinaus ist es immer noch besser Natur Erlebnis Spiele als Gewaltspiele am Computer zu spielen. Aber auch das Fernsehen hat gezeigt, daß Umweltbildung, auch wenn sie viele Menschen erreicht, noch lange nicht die Menschen zu einem geänderten Verhalten be-

wegen kann. Viele Umweltsendungen führten eher zu Frust, als zu aktiven Handeln. Die entscheidende Frage ist also nicht, ob Umweltbildung neue Medien nutzen sollte, sondern wie sie diese nutzt. Umweltbildung sollte daher auf keinen Fall Konsumhaltung noch unterstützen, sondern Anregungen zum selber Aktivwerden liefern. Die neuen Medien sind dann nur Mittel zum Zweck eines selbstbestimmten eigenverantwortlichen Handelns. Umweltbildung mit Multimedia muß also die NutzerInnen wieder aus dieser Scheinwelt des Internets herausführen in die Realität und hier Verbindungen herstellen. Das klingt noch ein wenig theoretisch und mir ist bisher kein Multimediaprojekt in der Umweltbildung bekannt, welches die Menschen wieder zu den Handelnden macht. Da wir selber überlegen, wie dies mit der Natur-Erlebnis-Mappe, der Aktionsmappe Umwelt und anderen Publikationen möglich sein könnte, wären wir an einem Austausch mit Umweltbildungsprojekten interessiert, die ähnliches überlegen.

Autor

Jörn Hartje

JUPI, Turmstr. 14a,
23843 Bad Oldesloe,
Tel.: 04531/4512, Fax:
04531/7116, eMail:
jup@inihaus.de

Fachlich ein Chaos und politisch ein Nichts

Einblicke in Geschichte und Defizite Hauptrichtungen der Umweltbildung

Die Flut von umweltpädagogischen Veröffentlichungen und Konzepten ebbt nicht ab. Mittlerweile stehen die unterschiedlichsten Ansätze zumeist unverbindlich nebeneinander. Allgemein akzeptierte Grundlagen und ein Überblick über die Gesamtsituation sind absolute Mangelware.

Autor

Thomas Schmidt

Kontakt- adressen I

ANU e.V., Dachverband von Umweltbildungsrichtungen c/o Hamburger Umweltzentrum Karlshöhe, Karlshöhe 6Od, 22175 Hamburg O4O / 64 94 O2-19, Fax: 29, anu@vosnet.de, www.umweltbildung.org/anu

DGU - Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung e.V. DGU, Ulmenstr. 19, 22299 Hamburg, Tel: O4O / 41 O6 921, Fax: 45 61 29

bfub - Bundesverband für Umweltberatung e.V., Dachverband der UmweltberaterInnen bfub, Richard-Wagner-Straße 11-13, 28209 Bremen, Tel: O421 / 34 34 OO, Fax: 34 99 267

GbU - Gesellschaft für berufliche Umweltberatung e.V. GbU, Universität Lüneburg, Scharnhorststr. 1, 21335 Lüneburg, Tel: O4131 / 78 2O-63, Fax: -69

BANU Dachverband der staatlichen Umweltbildungsakademien c/o Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz, Hof Möhr, 2964O Schneverdingen, Tel: O 51 99 / 989-O, Fax: -46, naturschutzakademie-ana@t-online.de

Trotz dieses Durcheinanders lassen sich 5 Hauptrichtungen ausmachen, die als die bislang bedeutendsten gelten können. Dazu zählen Umwelterziehung, Ökopädagogik, Ökologisches Lernen, Naturerleben und Nachhaltige Umweltbildung. Die Abgrenzung dieser Ansätze zueinander und ihre Bedeutung sind allerdings seit ihrem Bestehen umstritten. Mittlerweile ist man derartiger Auseinandersetzungen jedoch müde geworden und versucht, Umweltbildung als Oberbegriff für alle existierenden Richtungen zu etablieren. Sein Gebrauch vertuscht nunmehr gravierende Unterschiede, derer man sich jedoch bewußt sein sollte. Denn die einzelnen Ansätze gehen von völlig unterschiedlichen Grundannahmen aus bzw. ziehen deutlich abweichende Konsequenzen für die Bildungsarbeit.

Kritische Einflußnahme chancenlos

Der Begriff Umwelterziehung stellt selbst eine Sammelbezeichnung dar. Hierzu werden alle diejenigen Bildungsansätze gezählt, die zur Lösung der Probleme auf eine erhöhte Verantwortungsbereitschaft des Einzelnen sowie einen verbesserten Einsatz von Technik setzen, ohne das vorhandene Wirtschafts- und Gesellschaftssystem verändern zu wollen. Eine kritische Aufarbeitung politischer Hintergründe, profitorientierter Wirtschaftsinteressen und zerstörerischer naturwissenschaftlicher Denktraditionen ist im Rahmen dieses Ansatzes lange Zeit überhaupt nicht beabsichtigt gewesen. Und noch immer wird Umwelterziehung in erster Linie als Mittel zur Akzeptanzbeschaffung der jeweils aktuellen Umweltpolitik verstanden.

Demgegenüber geht die Ökopädagogik von der Überzeugung aus, daß an einem weitergehenden radikalen gesellschaftlichen Wandel kein Weg vorbeiführt. Das Konzept sieht allerdings lediglich vor, den Einzelnen dazu anzuregen, sich um alternative Lebens Einstellungen zu bemühen. Ob und wie es unter diesen Umständen zu einem gesamtgesellschaftlichen Wandel kommen kann, bleibt offen. In theoretischer Hinsicht hat das Konzept viele Anstöße gegeben, die in den letzten Jahren auch in umwelterzieherische Ansätze aufgenommen worden sind. Beide Hauptrichtungen haben sich somit auf der Basis einer Förderung der Verantwortungsübernahme des Einzelnen einander an-

genähert, ohne dessen politische Einflußnahme unterstützen zu wollen.

Lediglich das Ökologische Lernen setzt auf letztere. Entstanden in der Bürgerinitiativ- und Umweltbewegung verbindet es Lernen mit praktischem Widerstand gegen umweltzerstörerische Projekte vor Ort. Bildungsinteressen und politische Mitsprache gehen Hand in Hand. Ohne dies ist sozialer Wandel dem Konzept nach gar nicht vorstellbar. Es gibt ihn nur, wenn eine Minderheit eigene Vorstellungen konsequent solange gegenüber den vorherrschenden Verhältnissen durchsetzt, bis diese selbst zu letzteren geworden sind. Mit einer solchen Ausrichtung hatte das Ökologische Lernen jedoch keine Chance, sich zu etablieren. Ende der Siebziger Jahre entdeckte die Umweltpolitik die Möglichkeit, mit Hilfe der Umwelterziehung und der sie prägenden Forderung nach dem privaten Engagement des Einzelnen vom Ausbleiben eigenen konsequenten Handelns ablenken zu können. Aufgrund entsprechender staatlicher Förderpraxis sind die beiden anderen Hauptrichtungen in fast völliger Bedeutungslosigkeit versunken.

Manipulative Tendenzen

Einerseits Betroffenheit und Handlungsbereitschaft zu erzeugen, andererseits an den entscheidenden Ursachen der Probleme in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft jedoch nichts zu verändern, erzeugt Frustration und Existenzängste. Infolgedessen wurde der Ruf nach Änderung der bisherigen 'Katastrophenpädagogik' laut. An ihre Stelle ist zunehmend das Element des Naturerlebens getreten. Dabei soll das faszinierend-positive Erlebnis von Natur die Entfremdung von ihr und die rein rationale Betrachtung der Probleme beheben. Doch auch wenn auf diese Weise ein Wandel der inneren Einstellung zur Natur erzielt werden kann, bleiben die sozialen und politischen Rahmenbedingungen unverändert. Dem Bildungsziel einer umfassenden Vermittlung von Kompetenzen zur Lösung der globalen Probleme wird der Ansatz nicht gerecht.

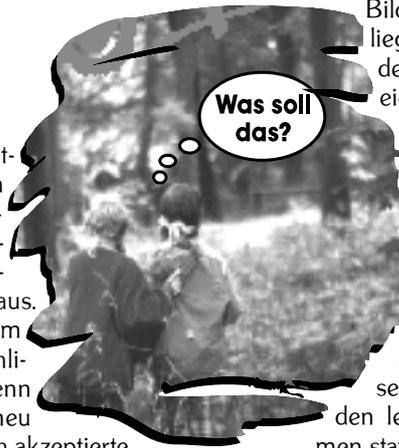
Seit 1992 geht der Einfluß der Politik daher dahin, die auf dem Umweltgipfel von Rio beschlossene Agenda 21 und mit ihr das Leitbild der Nachhaltigkeit auch als dasjenige der Umweltbildung zu etablieren. Bislang ist dies fast problemlos gelungen. Von einer



breiten kritischen Debatte um das neue Leitbild, welches Wirtschaftswachstum, Atomenergie und Gentechnik anstatt als Ursachen der Probleme als ihre Lösungen begreift, kann keine Rede sein. Dabei ist in pädagogischen Fachkreisen unumstritten, daß Leitbilder egal welcher Couleur äußerst problematisch sind. Denn sie drohen das Gegenteil von Selbständigkeit und differenzierter Urteilsfähigkeit zu bewirken. Insbesondere solange nicht offen und umfassend um Leitbilder gestritten wird, gehen von ihnen manipulative Tendenzen aus. Anstatt sich jedoch mit diesem Problem zu befassen, startet man mit Hilfe der Nachhaltigkeitsidee ungeniert den Versuch, Bewußtsein und Privatverhalten von Menschen noch intensiver zu beeinflussen als bisher schon. Niemand scheint zu fragen, inwieweit das aus pädagogischer Sicht überhaupt vertretbar ist.

Fachliches Chaos und Frust vor Ort

Die Geschichte der Umweltbildung zeichnet sich alles in allem durch ein Hinterherhecheln hinter den Forderungen der gerade herrschenden Umweltpolitik aus. Dies hat ganz wesentlich zum derzeit herrschenden fachlichen Chaos beigetragen. Denn in dem Bemühen, immer neu und möglichst rasch politisch akzeptierte Konzepte zu entwerfen, ist die Klärung grundlegender fachlicher Fragen vernachlässigt worden. Beispielsweise besteht keinerlei Klarheit darüber, welche Zusammenhänge zwischen ökologischer Einstellung und Verhalten als für die Bildungsarbeit gegeben angenommen werden können. Bis noch vor wenigen Jahren haben alle Konzepte versprochen, über das Bewußtsein das Verhalten verändern zu wollen. Mitt-



lerweile ist deutlich geworden, daß zwischen beidem eine große Kluft besteht. Nunmehr herrscht Ratlosigkeit, wie mit dieser Erkenntnis weiter umzugehen ist. Zeitgleich geht den Aktiven vor Ort langsam aber sicher die Geduld aus. Es steigt die Frustration über ausbleibende Erfolge. In dieser Situation scheint die Nachhaltigkeitsidee für fast alle Beteiligte der letzte Strohalm zu sein. Doch mit der unkritischen Übernahme einer wieder einmal neuen Grundidee sind die fachlichen Defizite der Umweltbildung nicht gelöst. Und politische Interessen, die hinter der Förderung bestimmter Konzepte und der Ausgrenzung anderer stehen, werden nach wie vor nicht diskutiert. Aber möglicherweise ist es ja noch nicht zu spät, sich den Sinn von Bildung in Erinnerung zu rufen. Er liegt darin, Menschen angesichts der Probleme auf dieser Erde zu eigener Orientierung, Selbstbestimmung und Entfaltung anzuregen, anstatt sie gemäß den gerade aktuellen wirtschaftlichen und politischen Interessen zu bestimmten Verhaltensweisen zu drängen. Die Bezeichnung 'Umweltbildung' dürfte so gesehen mit Sicherheit nur auf einen Bruchteil dessen angewandt werden, was in den letzten 25 Jahren in ihrem Namen stattgefunden hat.

Institut für Ökologie



**Natur nahe bringen
Politik begreifbar
machen**

**Sie suchen ein Konzept
für Ihre Angebote in
der Umweltbildung?
Das Institut für
Ökologie berät sie
gerne.**

Institut für Ökologie
Turmstraße 14a
23843 Bad Oldesloe
Tel.: 0170 / 55 23 923

Wohin wird sich die Umweltbildung in Deutschland entwickeln? Ansichten eines Praktikers

Das Kölner Ökobilidungswerk macht seit 17 Jahren Umweltbildung. Zu Beginn der 80-er-Jahre bestimmten Anti-AKW-Workshops und Lehmbauwochenenden unser Programm. Naturkundliche Exkursionen kamen hinzu. Fulminanter Höhepunkt waren die Ereignisse um Tschernobyl. Das Bildungswerk wurde als kompetent und kritisch wahrgenommen. Für ein paar Wochen rannte man uns die Bude ein. Das ließ nach und es mußten in den Jahren danach immer aufwendigere Inhalte, Methoden und auch Orte gefunden werden, um Menschen in Umweltbildungsangebote zu locken. Anfang der 90er-Jahre boten wir Bildungsurlaube in Nationalparks und andere Regionen an, wo es Nutzungskonflikte zwischen Naturschutz, Landwirtschaft und Tourismus gab (Alpen, Müritz, Watt usw.). Aber auch das wurde schwerer, weil die Ansprüche

an Komfort bei Unterbringung, Verpflegung und Anreise immer höher wurden. Uns schien die Luft und die Kunden auszugehen ..., da kam die Agenda 21 über uns. Der Rio-Folgeprozeß hat uns als ökologisch und politisch ambitioniertes Bildungswerk neues Leben eingehaucht. Weil wir flexibel sind und um unsere Arbeitsplätze kämpften, haben wir eine Mischung aus Umwelt- und Eine-Welt-Themen, Kommunikationstechniken unter der Überschrift "Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung" erarbeitet, haben öffentliche Mittel dafür beantragt und bekommen. Derzeit laufen in Köln Qualifizierungen für Agenda-Moderator/innen, Zukunftswerkstätten für Bevölkerungsgruppen, die noch nicht in den lokalen Agenda-Prozeß einbezogen sind, und der Versuch, mit den zahlreichen Partnerstädten in einen Austausch über die jeweiligen

Aktivitäten für nachhaltige Entwicklung zu treten. Liverpool (GB), Klausenburg (Rum), Kattowitz (Pol). In diesem Typ von Aktivitäten liegt möglicherweise die Zukunft von Umweltbildung und deren Einrichtungen. Zu allererst müssen die traditionellen Themen um "globale Verantwortung" und "soziale Gerechtigkeit" ergänzt werden. Dann sollte sich die Rolle der Dozenten und der Einrichtungen wandeln. Weder das Bildungswerk noch die Dozenten dürfen weiter als Überbringer der reinen Lehre agieren. Beide müssen die Rolle der Moderation und eines "Sekretariats" übernehmen. Bildung scheitert selten an geeigneten Themen und Inhalten, öfter sind methodische Mängel, Unkenntnis über Fördermöglichkeiten, der fehlende Kopierer oder der Tagungsraum das Problem.

Tabelle

Ziele, Lernorte und Defizite umwelpädagogischer Haupttrichtung

Statement 1:

Gotthard Kirch
Ökobilidungswerk
Herwartstr. 22
50672 Köln
0221/952949-54

Erfolglosigkeit ist kein Schicksal

Perspektive durch Trendwende

Trotz der großen Menge unterschiedlichster Konzepte gibt es in der Umweltbildung pädagogische Grundsätze, die übergreifend Anerkennung finden. Zu ihnen gehören das Prinzip der Handlungsorientierung und dasjenige, die gesellschaftliche Dimension der Probleme zu bearbeiten. Sinn des ersteren ist es, rein theoretisches Arbeiten zugunsten ganzheitlicher Erfahrungen zu verhindern. Das Ziel des zweitgenannten Prinzips liegt darin, die TeilnehmerInnen zu politischer Mitbestimmung anzuregen. Denn ökologische Probleme hängen eng mit sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen zusammen. Sie lassen sich letztlich nur mit Hilfe konsequenter politischer Entscheidungen einer Lösung näher bringen. Und diese fallen nur, wenn sich eine Mindestanzahl von Menschen aktiv für sie einsetzt.

Autor

Thomas Schmidt

Üblicherweise werden die beiden genannten Prinzipien jedoch keineswegs aufeinander bezogen und gemeinsam umgesetzt. Ursächlich dafür ist die in der Umweltbildung vorherrschende, einseitige Ausrichtung auf eine Erhöhung der Verantwortungsbereitschaft des Einzelnen [siehe dazu S. 15]. Dies hat gravierende negative Folgen. Zwar werden individuelle Betroffenheit und Handlungsbereitschaft geweckt. Doch Erfahrungen, wie man gemeinsam die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen verändern kann, werden nicht vermittelt. Folglich ändert sich nichts an dem gerade im Rahmen der Umweltdebatte in der Bevölkerung immens gestiegenen Eindruck, den Problemen gegenüber ohnmächtig zu sein. Man ist bzw. bleibt überzeugt, in den entscheidenden Punkten nichts bewegen zu können. In dieser Lage sind die mit dem gestiegenen Umweltbewußtsein verbundenen Existenzängste für den Einzelnen jedoch nur auszuhalten, indem er es als 'wahrscheinlich ja doch nicht so schlimm' verdrängt. Umweltbildung trägt also aufgrund ihrer Ausrichtung anstatt zum Handeln dazu bei, die bestehenden Verhältnisse zu stabilisieren. Der Preis dafür ist nicht nur eine fortschreitende Umweltzerstörung, sondern auch eine solche des inneren Empfindens bereits sensibilisierter Menschen.

Konzepte sind vorhanden

Bei alledem mangelt es nicht an entsprechenden fachlichen Erkenntnissen. Grundsätzlich bestreitet niemand die Wichtigkeit, Umweltbildung auch mit politischen Inhalten handlungsorientiert umzusetzen. Es liegt auch nicht am Fehlen eines entsprechenden Konzeptes. Denn das bereits vorhandene sieht vor, anhand einer umfassenden Aufarbeitung politischer und wirtschaftlicher Hintergründe zu alternativen Gesellschaftsmodellen zu kommen und aktiv zu versuchen, diese zu verwirklichen. Dazu gehört das Sammeln konkreter Erfahrungen mit persönlicher Einmischung in aktuelle umweltpolitische Konflikte, was im Zweifelsfalle auch die Erprobung von Mitteln des zivilen Ungehorsams einschließt. Denn es ist wissenschaftlich unbestritten, daß konkrete politische Betätigung, wie sie im Rahmen der Bürgerinitiativbewegung entwickelt worden ist [Stichwort Ökologischen Lernens,

siehe Seite ...], in weitaus größerem Umfang zu den so dringend notwendigen Lernerfolgen führt, als die üblichen Varianten entsprechender rein theoretischer Bildung. Auf die andererseits vorhandenen Nachteile, wie insbesondere die geringe Distanz zwischen individuellen politischen Interessen und Bildungsinhalten, geht das genannte Konzept ein, indem es [im Gegensatz zum Ökologischen Lernen] u.a. eine grundlegende und über die aktuellen Tätigkeiten weit hinausgehende Reflexion vorsieht. Nicht das Erlernen von Tricks aus der politischen Widerstandsarbeit ist die entscheidende Intention, sondern Fähigkeit und Bereitschaft zu selbständigem und langfristigem gesellschaftlichen Engagement.

Angst bewirkt Ignoranz

Ein Konzept ist also vorhanden und die generelle Wichtigkeit solch eines Ansatzes wird nicht bestritten. Doch aus Angst vor politischen Folgen wird dieses Konzept in Fachkreisen weitestgehend ignoriert und in der Praxis nicht umgesetzt. Initiativen, die es trotzdem versuchen, werden von Behörden, Politikern und Medien unter Druck gesetzt. Akzeptanz und Unterstützung sind gleich Null. Davon, daß die Teilnahme an einer Castor-Sitzblockade mindestens genauso wertvolle Bildungsarbeit sein kann wie die Renaturierung eines Baches, will im entscheidenden Moment scheinbar niemand etwas wissen. In der Umweltbildung gibt es keine nennenswerte Tradition, politische Einmischung einzuüben, obwohl es lediglich um die konsequente Umsetzung als wichtig erkannter pädagogischer Prinzipien und um die Nutzung völlig legaler Mittel geht.

Wenn die systemstabilisierenden und kontraproduktiven Konsequenzen dieser Ignoranz ein Ende haben sollen, ist eine Trendwende weg von der Ausgrenzung kritischer politischer Konzepte unumgänglich. In einem Fachgebiet, dessen Anspruch die umfassende Reflexion und Bearbeitung von Problemen ist, stellt alles andere ohnehin einen Skandal dar. Außerdem bleiben genug Fragen, die zu klären sind. Denn die Entwicklung ist längst vorangeschritten. Selbst das Einüben noch so konsequenten Widerstandes gegen irgendein Bauprojekt vor Ort hat angesichts weltweiter profitorientierter Firmenzusammenschlüsse heute längst nicht mehr das Gewicht, welches ihm noch bis vor kurzem zukam. Auch im Erfolgsfalle läßt sich allein auf diese Weise den globalen Auswirkungen der zunehmend im Namen der Nachhaltigkeit betriebenen Zerstörung nicht mehr sinnvoll begegnen. Immerhin aber könnte man ja endlich beginnen, konsequent nach weitergehenderen Ansätzen kritischer politischer Umweltbildung zu suchen, anstatt weiterhin ein längst überfälliges Konzept komplett zu ignorieren.

Adressen II

Umweltbibliotheken
öffentlich zugängliche
Umweltbibliotheken
(und Infozentren)
<http://umweltbibliotheken.de/>

Selbstverwaltete Umweltzentren
c/o Jugend-Umwelt-Projekterwerkstatt,
Turmstr. 14a,
23843 Bad Oldesloe
Tel: 04 531 / 45 12,
Fax: 71 16,
jup@inihaus.de

BSÖ Bundesverband
studentische Umweltarbeit
c/o ASfA der Uni
Münster,
Schloßplatz 1,
48149 Münster

Institut für Ökologie
Beratungsinstitut
Turmstr. 14a,
23843 Bad Oldesloe,
Tel: 0170 / 55 23 923,
petersz@apg.lahn.de

Tabelle

Bildungspotentiale
handlungsorientierter
Umweltbildung im
Vergleich.

Bei längerfristiger
Beschäftigung mit dem
Thema bedeutet: X =
Lernen möglich. XX =
besonders intensives
Lernen möglich.

Dreigespann "Umwelterziehung, -bildung und -lernen" Humane Alternativen

Wird die Welt durch Erziehung und Bildung besser? Als Lehrer an Hauptschulen und später an der Regensburger Universität war ich davon überzeugt und versuchte, junge Menschen für das "richtige" Handeln zu motivieren. In den achtziger Jahren hatte ich dann in der Begegnung mit engagierten Vertretern der Nicht-Erziehungs-Bewegung mein Damaskuserlebnis.

Bessere Menschen durch Erziehung?

Ist unser Kanzler Gerhard Schröder einfach unerzogen, wenn er sich als Auto-Mann versteht und eine entsprechende Politik betreibt? Sind es die zig-Millionen Menschen, die bei der Fahrt in den Urlaub im Riesen-Stau stehen? Oder die Millionen Deutsche, die jährlich per Flugzeug ihre Urlaubsorte aufsuchen?

Erziehung hat etwas mit Ziehen am Kind, mit Ab- und Ausrichten, mit Manipulieren, Drohen und Strafen zu tun. Erziehung als gewaltsamer Weg für eine friedliche Welt? Die Vertreter der Nicht-Erziehungs-Bewegung haben andere Vorstellungen: Kinder auf ihrem Lebensweg einfühlsam und solidarisch begleiten; entsprechende Buchtitel sind "Zeit für Kinder" (E. v. Braunmühl), "Unterstützen statt erziehen" (H. v. Schoenebeck). "Ich liebe Dich so, wie Du bist": Ich will Dich nicht – durch Erziehung – ändern. Klar: Die Zeit der antiautoritären Erziehung ist vorbei. Wir haben nicht die Nerven – und brauchen sie auch nicht zu haben – um uns von Kindern auf dem Kopf herumtrampeln zu lassen. Wir ziehen Grenzen – vor allem aus Gründen des Selbstschutzes.

Eine Öko-Welt durch Bildung?

Ist der Ministerpräsident von Bayern, Edmund Stoiber, einfach ungebildet, weil er sich für Atomkraftwerke engagiert einsetzt? Sind es die Industriekapitäne und -manager, die jährlich Hunderte Millionen Tonnen Umweltgifte in der Luft, dem Wasser und Boden "entsorgen"? Mit Bildung verbinden wir vor allem Wissen. Haben Menschen, die sich naturzerstörerisch verhalten, kein ausreichendes Umweltwissen? Das Problem ist doch vielmehr, daß wir uns wider besseres Wissen unökologisch verhalten. Ich bin nunmehr über 30 Jahre im Naturschutz tätig und habe immer wieder die leidvolle Erfahrung machen müssen, daß Vertreter aus Verwaltung und Politik – trotz meiner Naturschutz-Kompetenz – mir gegenüber Barrieren aufbauten und mich ins Leere laufen ließen.

Zudem: Bildung – Umweltbildung ist integrativer Bestandteil – bedeutet in unserer Gesellschaft vor allem berufliche Aufstiegschancen, soziales Prestige. Dies hat Auslese zur Konsequenz. Damit diese jeden erfaßt, wird sie durch Schule zwangsweise betrieben. Zwangsprüfung hat Schulzwang, Zwangsbelehrung und Lernzwang zur Voraussetzung. Zwangsweise verordnete Bildung ist möglich, weil Kinder als nur beschränkt rechtsfähig angesehen werden.

Statt Erziehung und Bildung: sinnvoll leben

In meinem Buch "Naturbezogene Pädagogik" habe ich als Konsequenz der kritischen Aufarbeitung von Erziehung und Bildung folgendes Motto gewählt: naturbezogen leben und andere Erwachsene, Jugendliche und Kinder an diesem Leben teilhaben lassen. Natur e r l e b e n spielt in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle. Die Einladung zu dieser Art von Mitleben schließt Selbstbestimmung mit ein: mitmachen wollen bzw. ablehnen können. Diese Einladung kann nicht nur von Erwachsenen ausgehen: Kinder fordern uns oft zum Mitmachen auf, und indem wir auf ihr Angebot eingehen, bereichern wir unser Leben und verändern es.

Selbstverständlich schließt ein

so verstandenes Leben vielfältiges Wissen über die Natur ein; ja die Erfahrung eines solchen Lebens dürfte die Neugierde bis ins hohe Alter wachhalten. Wissen steht aber nicht im Dienste von (isolierten und repressiven) Bildungssystemen.

Die Glaubwürdigkeits-Lücke

Solange Funktionäre von Naturschutzverbänden – Ähnliches gilt für (professionelle) Erzieher – die Begriffe Erziehung und Bildung positiv verwenden, machen sie genau das, was sie anderen vorhalten: Sie interpretieren die Wirklichkeit selektiv, mißachten die Leiden und Nöte von Menschen, sind mitleidlos, integrieren sich aus Eigennutz in ein – von ihnen nur unter bestimmten Gesichtspunkten kritisiertes – ausbeuterisches System. Zudem: Auch die Vertreter des organisierten Naturschutzes interpretieren Naturschutz oftmals selektiv, lassen den engagierten Mitstreiter ins Leere laufen, schützen vor allem "ihre" Biotope und kennen keine solidarische Zusammenarbeit. Ganz andere menschliche Fähigkeiten sind gefragt!

Institut für Ökologie



Bilder für die Ohren

faszinierend
preiswert gut

Wir erstellen

Ton-Diashows
ab 5 900 DM.

Institut für Ökologie
Turmstraße 14a,
23843 Bad Oldesloe
Tel: 0170 / 55 23 923

Zum Foto:

Der Autor, Hans Göpfert, im Müritz-Nationalpark – klein vor dem großen Baum.

Kontakt:
Hans Göpfert
Gschwandfeldweg 1
93053 Regensburg
Tel. 0941/75160





Der Infodienst für
UmweltfaktoreInnen

16

Winter '99/2000

• Schwerpunkt

Ferienangebot und Medium der Umweltbildung

Kinder-Waldfreizeiten

Mitten im Wald stehen sechs Zelte. Fünf grüne Schlafzelte und ein schwarzes Kochzelt, aus dem weißer Rauch wabert. Eingetaucht in einen Rauchsleier hat die ganze Szene etwas unwirkliches. Eine Handvoll Kinder sitzen ruhig in der Sonne und basteln an einem Bogen. Wenn man genauer hinschaut, so kann man verteilt um das Lager weitere Kinder entdecken, die ihre Mittagspause damit verbringen Hütten zu bauen, geheime Wege zu entdecken oder das Schleich- und Versteckspiel vom Vormittag zu spielen.

Zum Autor:

Stefan Schulz
Geschäftsführer der
Arillus GmbH und Do-
zent in sozialpädagogischen Maßnahmen.

Arillus - Umweltbil-
dung
Beratung und Na-
turerlebnis GmbH
Im Beeke 17
37075 Göttingen
Tel. 0551/2099686
Fax. 0551/2099685

Praktika in der Umweltbildung

Commerzbankprakti-
kum: c/o Europark,
Kröllstr. 5, 94481 Gra-
fenau, euro-
park.deutschland@t-
online.de

Öko-Projektikum: Ju-
gend-Umwelt-Info-
Stelle, Pf 18 18, 36228
Bad Hersfeld, Tel: 06
621 / 41 581, oekos@
juis.insider.org

FÖJ: Bundesministeri-
um für Frauen und Ju-
gend, Rochusstr.
8-10, 533123 Bonn

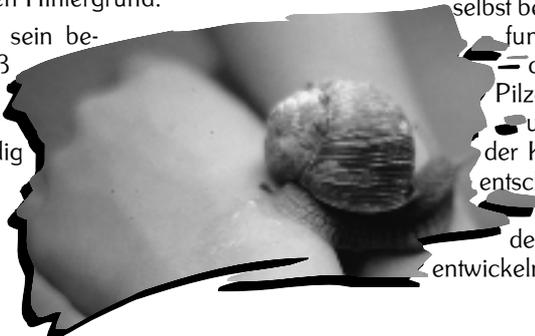
EVS: Jugend für Euro-
pa, Hochkreuzallee
20, 53175 Bonn,
jfe@ijab.de

Dies ist nur eine von vielen schönen Augenblicken bei einer Kinder-Wald-Freizeit. Unter einem Motto wie Robin Hood oder Mittelalter Walddorf können Kinder mit uns für vier bis sechs Tage in ein Waldzeltlager ziehen. Spätestens nach dem Einrichten der Zelte wird es spannend, denn dann steht der erste Erkundungsgang an. Schließlich braucht man ja einen Ort für den Kompost, einen Feuerplatz, viel Feuerholz und ein Klo. Jedes Kind hilft dabei mit, die für das Lagerleben nötigen Dinge zu organisieren und zu bauen, so daß unser Waldlager Stück für Stück gemeinsam entsteht. Bereits beim Einrichten des Lagers und dem Erkundungsgang gibt es Raum für die ersten Entdeckungen und Erfahrungen. So läßt sich eine Kompostgrube nun einmal nicht am Stammfuß eines dicken Baumes errichten, egal für wie geeignet die Kinder den Ort halten. Eine Erfahrung, die sie sehr schnell machen und plötzlich wird ein anderer Platz zur neuen Kompostgruben-Baustelle. Beim Graben der Kompostgrube stößt man dann nicht selten auf einen Käfer, Engerling oder Regenwurm. Das muß natürlich erforscht werden und somit rückt die eigentliche Aufgabe sehr schnell in den Hintergrund.

Durch das ständige draußen sein bekommen die Kindern mit, daß Natur sehr spannend sein kann. Kein Wunder, denn Natur macht sich nun einmal ständig selbst interessant!

Abgesehen von der Möglichkeit des eigenständigen Entdeckens, gibt es aber an jedem Tag der Waldfreizeiten auch zwei angeleitete inhaltliche Blöcke. Vormittags findet ein Walderlebnisprogramm statt, in dem die Kinder gezielt mit der Natur vertraut gemacht werden und in dem sich alle Elemente der Umweltpädagogik wiederfinden. Nachmittags beschäftigen wir uns dann intensiv mit dem Freizeitthema. Es werden z.B. Bögen gebaut und das geheime Robin-Hood-Lager errichtet, aber auch Mehl für Stockbrot gemahlen oder Kräuter für die Waldsuppe gesammelt. Natürlich geht es auch um das Schleichen und Spuren lesen, denn das gehört nun einmal dazu, wenn man im Wald leben will.

Ziel unserer Waldfreizeiten ist es, die Kinder mit Spaß an die Natur heran zu führen und eine positive emotionale Bindung aufzubauen. Durch die eigenen Erfahrungen und die angeleiteten Aktionen entwickelt sich ein Verständnis für die ökologischen Zusammenhänge und ein eigenes Wertebewußtsein. Ein wichtiger Baustein unserer Waldfreizeiten ist dabei die Vorbildfunktion der Betreuer. Wenn der Betreuer selbst beim Graben vorsichtig mit gefundenen Tieren und bei Expeditionen umsichtig mit den Pilzen sowie Pflanzen umgeht und sich geduldig den Fragen der Kinder stellt, dann ist das ein entscheidender Schritt damit Kinder bewußt ihr Verhalten ändern bzw. ein Verhalten bewußt entwickeln.



Wohin wird sich die Umweltbildung in Deutschland entwickeln?

Leitbild Nachhaltigkeit

Ein Resümee wird immer dann gezogen, wenn mit dem Alten gebrochen werden soll und Neues Raum greift. Der Rückblick soll auf dem weiteren Weg helfen, Gelungenes zu bewahren und Erfolgloses nicht zu wiederholen. So verhält es sich letztlich auch, wenn man über den Stand der Umweltbildung nachdenkt, über die Effekte, die die bisherigen Bemühungen gemacht haben. Daß das Ergebnis nicht so erfreulich ist und die klassische Umweltbildung nicht unbedingt als besonders erfolgreich gelten kann, wird von den Akteuren selbst beklagt. Schulische Umweltbildung z.B. ist letztlich eine Marginalie geblieben, auch wenn es durchaus herausragende Einzelaktivitäten gibt.

Wohin wird sich die Umweltbildung entwickeln? Soll diese Frage keine prophetische Antwort nach sich ziehen, dann wird die Antwort darauf nur eine mehrfache sein können. Da sind zunächst die Akteure selbst; ihre Visionen und Kompetenzen sind die ersten Bedingungen für eine veränderte Zukunft. Leider legen sie sich darüber aber zu selten Rechenschaft ab.

Zweitens aber und zentral wird man sich mit Trends und Entwicklungen seit der Rio-Konferenz 1992 beschäftigen müssen. Mit der Hinwendung zu einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung ist eine weitere Bedingung gegeben, denn diese bietet alle Voraussetzungen für einen gelungenen Neuanfang angesichts veränderter Herausforderungen. Dieses 'Programm' steht in der Verpflichtung der

Agenda 21, indem es die Fragen der Ökologie, der Ökonomie und des Sozialen miteinander verbindet. Es trägt damit zur gesellschaftlichen Entwicklung hin zur Nachhaltigkeit bei.

Schließlich kann Umweltbildung Schulentwicklung befördern, indem Unterrichtsformen durch methodische Innovation verändert werden. Sie kann Profilbildungen in Richtung Nachhaltigkeit vorantreiben und die Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren: Bildungseinrichtungen, Kommunen und Unternehmen sowie Forschungsinstitutionen und Massenmedien fördern. Das aber erfordert Reflexion, Verbreiterung und Verankerung der innovativen Ideen und Aufgabenfelder. Das sind die dringlichsten Aufgaben der kommenden Zeit.

Statement 2:

Gerhard de Haan
Freie Universität Berlin
Fachbereich Erzie-
hungswissenschaften
14195 Berlin
Tel. 030/8383054

Wohin wird sich die Umweltbildung in Deutschland entwickeln? Ist die Umweltbildung erfolgreich?

Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

Winter '99/2000

•Schwerpunkt



Zuschreibungen zur Wirkungsweise von Umweltbildung, die es als homogenes Konzept nicht gibt, sind problematisch. Man muß zunächst einmal feststellen, daß im allgemeinen Aus- und Weiterbildungskonzept die Umweltbildung auf der Marge von 1% mitspielt, was sowohl in der schulischen und beruflichen Ausbildung unter dem Soll liegt. Auf diesem gesellschaftlichen Durchdringungsniveau sollte niemand erwarten, daß man mit Umweltbildung massenhaft Umweltbewußtsein und Umwelthandeln erzeugen könne. Schaut man auf den Adressat bzw. auf die erreichten Zielgruppen, dann wendet sich das Blatt. Die außerschulische Umweltbildung erreicht die engagierten Minderheiten, die durch ihren persönlichen Einsatz modellhafte, innovative Lebensformen praktizieren und öffentlichen und umweltpolitischen Druck auf Administration und Gesetzgebung ausüben. In der

Bürgerinitiativphase waren Umweltbildungsangebote häufig Orte, wo man sich gegenseitig bestärkte und neue Informationen für weitere Aktivitäten persönlicher und politischer Art sammeln konnte. Gegen Ende der 80er änderte sich aber die Situation. Die Ziele der Umweltbewegung erschienen in der Rhetorik aller Parteien, wirtschaftliche Probleme schoben sich in den Vordergrund, Umweltinformationen waren so gut greifbar, daß sie nicht mehr durch organisierte Bildungsangebote bereitgestellt werden mußten. Die UmweltpädagogInnen tun sich seit dieser Zeit etwas schwer damit, vom früheren

richtigen 'Erweckungskonzept' zu einem neuen Profil zu finden. Die Chance besteht darin, wesentlich der Professionalisierung des umweltpolitisch engagierten Umfeldes zu dienen. Gute Ansätze liegen in der Prozeßbegleitung von Agendaaktivitäten. Fragen der Organisationsentwicklung (von Bildungseinrichtungen, Umweltschutzvereinen, Initiativen), des Projektmanagements und Kooperationen zwischen Umweltschutzverbänden und Umweltbildungsträgern werden noch zu wenig angegangen. Hier herrscht Entwicklungsbedarf, der den Wirkungskreis von außerschulischer Umweltbildung erheblich verbessern kann. Die schulische Umweltbildung muß vom Biologismus entkernt werden und sich mehr entwicklungspolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragestellungen widmen, um den neuen Anforderungen einer 'Nachhaltigkeitsbildung', die letztlich eine politische Bildung für eine zukunftsfähigere Gesellschaft darstellt, gerecht werden zu können.

Statement 2:

Heino Apel, DIE Clearingstelle Umweltbildung Hansaal-lee 150
60320 Frankfurt
Tel. 069/956260
(http://www.rz.uni-frankfurt.de/die/clear.html)



Materialien zur Umweltbildung

Aktionssmappe Umwelt 29,80 DM	Natur-Erlebnis-Mappe 24,80 DM		•Umweltbildung •Natur-Erlebnispfade je 12.- DM

zuzüglich 6 DM Porto Verpackung

Institut für Ökologie, Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe, Fon: 04531/4512

Fax: 7116, eMail: institut@inihaus.de

Internet: http://www.projektwerkstatt.de

Wohin wird sich die Umweltbildung in Deutschland entwickeln? Wildnis willkommen

Mit der Ausweisung von Nationalparks sind zwei große Aufgaben verbunden. Die Naturschutzaufgabe, in deren Mittelpunkt der Verzicht auf wirtschaftliche Nutzung und das Zulassen der natürlichen Eigendynamik ("Natur Natur sein lassen") steht, dient dem Schutz und der Entwicklung charakteristischer Großlandschaften und wertvoller Ökosysteme. Die Bildungsaufgabe soll die Menschen aktiv an die Natur heranführen und ihnen vermitteln, daß Natur und Umwelt unsere Lebensgrundlagen sind, mit denen wir respektvoll, verständnisvoll und nachhaltig umgehen müssen.

Das wichtigste Leitbild der Bildungsarbeit in Nationalparks ist der Begriff Wildnis – ein Begriff mit dem sich unterschiedlichste Emotionen und Wertvorstellungen verbinden. Wildnis ist nur im Kontrast zu menschlichem Wirken und Gestalten wahrzunehmen und wird primär

emotional erfahren. Aber muß es ein Besuch unberührter Landschaften Nordnordwegens, kanadischer Wälder oder der Urlandschaft Patagoniens sein, um Wildnis zu erleben und verstehen zu lernen? Wildnis auch in der vom Menschen geprägten Landschaft Deutschlands zu vermitteln, ist eine herausfordernde aber nicht unlösbare Aufgabe. Die Umweltbildung in Deutschland erfährt dank der Nationalparke eine Erweiterung und Bereicherung durch die Wildnis-Pädagogik, die das Leitbild "Natur Natur sein lassen" erzieherisch umsetzen soll.

Die Erfahrungen nach vier Jahren Bildungsarbeit im Nationalparkhaus Altenau – Torfhaus zeigen, daß eine große Nachfrage nach Naturerlebnis – Programmen, geführten Wanderungen und Exkursionen besteht. Darüber hinaus interessieren sich viele Harzbesucher für die Nationalpark-Idee und informieren sich in der Aus-

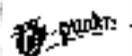
stellung des Nationalparkhauses. Es besteht somit die große Chance, viele Menschen zu erreichen und sie durch eine innovative Bildungsarbeit dazu anzuregen, die Natur kennen und verstehen zu lernen und somit mögliche Änderungen in ihrem Verhalten gegenüber der Umwelt auszulösen. Das dies zeigt, zeigt eine Studie der forstlichen Fakultät der Uni Göttingen. Die Wahrnehmung und Einschätzung eines totholzreichen, naturnahen Waldbildes findet bei Jugendlichen nach Teilnahme an einer Bildungsveranstaltung im Nationalpark mehr Zustimmung als vorher. Sicherlich steht die Wildnispädagogik erst am Anfang. In den Nationalparks wird sie eine Zukunft haben und Teil einer facettenreichen, modernen Umweltbildung in Deutschland werden.

Statements zur Umweltbildung

Wir haben PraktikerInnen und nahmatte Personen aus der Umweltbildung um eine grundsätzliche Einschätzung der Gesamtsituation aus ihrer Sicht gebeten: "Ist Umweltbildung erfolgreich? Wohin wird sie sich entwickeln?" Auf diese Fragen kam verschiedene Antworten zusammen die wir hier wiedergeben.

Statement 3:

Autorin: Dr. Maret Heydenreich
BUND-Nationalparkhaus, Torfhaus 21
38667 Torfhaus
Tel. 05320/263



Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

18

Winter '99/2000

• Schwerpunkt

Anleitung zum Handeln

Beispiele für politische Umweltbildung

Video

GipfelstürmerInnen
(1999, Medienprojekt
der Stadt Wuppertal,
60min)

Köln Ende Mai und im
Juni 1999: Viele Men-
schen kommen in die
Stadt, um gegen den
EU- und Weltwirt-
schaftsgipfel zu pro-
testieren. Alles zu do-
kumentieren, ergäbe
einen langen (und
angesichts der zen-
tralistischen Organi-
sationsstrukturen auch
langweiligen) Film.
Die Filmteams aus
Wuppertal haben ein-
en anderen Weg
gewählt: Sie begleite-
ten vier junge Wup-
pertalerInnen zu den
Orten, wo sie an Ak-
tionen teilnahmen –
aber auch bereits bei
ihrer Vorbereitung,
bei den Anfahrten
und in der jeweiligen
Stimmung nach den
Aktionen. Dadurch
wird vieles deutlich,
was die Köln-Akti-
vitäten auszeichnet:
Enttäuschende Aktio-
nen, entsprechend
oft frustrierte Kom-
mentare der Aktivi-
stInnen, aber ebenso
deutlich sichtbar das
eigene Unvermögen,
Ideen und Aktions-
strategien zu entwer-
fen.

Bestelladresse:
Fax 0202/4468691,
borderline@
wuppertal.de

Aus der gleichen
Filmschmiede stammt
der Video "Trainstop-
ping" – eine Doku-
mentation über den
Castor-Widerstand im
März 1998 rund um
Ahaus.

Im Gegensatz zu den heute vorherrschenden Umweltbildungskonzepten versucht die politische Umweltbildung Kinder und Jugendliche zum aktiven Handeln zu bewegen. Daraus ergeben sich einige Charakteristika politischer Umweltbildung: – sie ist Anleitung zur Selbsthilfe – nicht das Konsumieren vorgedachter ökologischer Zusammenhänge steht im Mittelpunkt, sondern das Selbermachen – politische Umweltbildung ist nicht Selbstzweck, sondern gibt Anregungen, an denen Kinder und Jugendliche weiterarbeiten können – Politische Umweltbildung stellt die Bildungsinhalte in einen gesellschaftlichen Zusammenhang

Der Unterschied politischer Umweltbildung zu anderen Umweltbildungskonzepten liegt daher weniger im Inhalt, sondern vielmehr darin, "wie" die Inhalte vermittelt werden. So kann z.B. Naturerlebnis politisch sein, wenn es nicht beim reinen Naturerleben bleibt, sondern die Beteiligten sich für den Erhalt ihres Erlebnisraumes einsetzen. Dagegen müssen hochgradig politische Themen (z.B. Anti-Atom oder Gentechnik) nicht zwangsläufig zum politischen Handeln führen, sondern erzeugen häufig entweder Ablehnung, Frust oder reine Konsumhaltung. Politische Umweltbildung schafft Freiräume, in denen Engagement und politisches Handeln von Kindern und Jugendlichen geübt werden kann und natürlich auch in der großen weiten Welt angewendet werden kann. Dabei ist natürlich die Orientierung an tatsächlichen politischen Geschehnissen sehr sinnvoll so können

z.B. Seminare auf besetzten Genfelder stattfinden oder während des Castortransportes auch über andere Gesellschaftsformen nachgedacht werden. Nun einige Beispiele für politische Umweltbildung:

Energiesparaktionen an Schulen

Während die Klimaschutzkonferenz sich wieder auf keine klaren Vorgaben einigen konnte, heißt es an Deutschlands Schulen: Klimaschutz praktisch. Verschiedene Kampagnen haben zu einer deutlichen Reduzierung von klimaschädlichen Gasen und zu vielfältigen Energiesparmöglichkeiten geführt. Das so eingesparte Geld wurde häufig wieder in neue Energiesparmaßnahmen gesteckt. Die BUNDjugend hat dann auch eine Wette gegen die Bundesregierung gestartet: "Wetten, daß... wir Schülerinnen und Schüler an unseren Schulen in 7 Monaten 10 % der CO₂-Emissionen einsparen und damit das Klimaschutzziel der Bundesregierung für die nächsten 7 Jahre erreichen?" Die Wette wurde mittlerweile gewonnen. In vielen Schulen haben Lehrer den Anstoß zu diesen Aktionen gegeben, aber die SchülerInnen haben dann selbstständig Energiesparmöglichkeiten ausfindig gemacht. Sie mußten sich nicht trocken über alternative Energien informieren, sondern konnten den Erfolg "ihrer" Energiesparmaßnahmen selbst miterleben und in vielen Schulen wurde dies durch Visualisierung gleich auch anderen SchülerInnen vermittelt.

*BUNDjugend, Rothenburgstr. 16,
12165 Berlin, dort gibt es auch ein Buch
mit diversen weiteren Tips und Kontak-
tadressen*

Weidenflechten

Weidenflechten gehört sicher eher zu klassischen Ansätzen von Umweltbildung. So sprießen fast in jedem Kindergarten Weidentunnel oder Weideniglus aus dem Boden. Wer Weidenflechten nicht nur als klassisches Handwerk betreibt, merkt schnell, daß es ganz viele Bezüge zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekten gibt. Schon die Herstellung des Flechtmaterials ist vielerorts ein Politikum, so werden alte Kopfbäume gefällt oder nicht gepflegt, Planungen beseitigen gewachsene Kopfbaumalleen oder auch das Anpflanzen neuer Kopfweiden aus Gründen der zu erwartenden Arbeit verhindert. Die Verwendung des Flechtmaterials ist sehr wichtig, da nur so auf Dauer der Erhalt der Kopfweiden sinnvoll erscheint, meist wird das abgeschnittene Weidenmaterial leider verbrannt. Bei der Verwendung von Flechtmaterial aus Weiden wird z.B. deutlich, wie aufwendig die Herstellung eines Korbes ist und wie lange mensch daran sitzt. Gehen wir in einen Laden und kaufen einen Weidenkorb aus Polen oder 3.Welt-Ländern, kostet er uns höchstens 10,- DM. An dem Beispiel Kopfweiden lassen sich also auch wirtschaftliche Zusammenhänge sehr gut selber erleben. Ziel wäre nun, eine regionale Vermarktung und Nutzung von Weiden und Weidenprodukten wieder neu zu beleben.

*Institut für Ökologie, Steinfeld 61,
23858 Feldhorst, Tel.: 04533/792259,
Fax: 04533/792286, eMail: institut@in-
ihaus.de (eine Broschüre über Weiden
kann hier bezogen werden)*

Herausgegeben von der
Jugend-Umwelt-Projektwerkstatt Bad Oldesloe



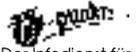
NATUR ERLEBNIS MAPPE

Fahrten in die Wildnis
Spiele in der Natur
Basteln und Bauen

Schutzgebühr: **24,80 DM** zuzüglich 6 DM Porto Verpackung

148 Seiten
im A4-Ordner

MaterialAuswahl UmweltSchutz, Dippelstr. 10, 36251 Bad Hersfeld, Fon: 06625/7244
Fax: 5285, eMail: maus@juis.insider.org Internet: http://www.projektwerkstatt.de



Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

Winter '99/2000

●Schwer-
punkt

19

Webseiten

[www.umwelt.org/
Umweltgruppen](http://www.umwelt.org/Umweltgruppen)

[www.umwelt.org/
umweltbildung/
ANU](http://www.umwelt.org/umweltbildung/ANU)

[www.oneworld-
web.de/](http://www.oneworld-web.de/)
Friedens- und Um-
weltbewegung

[www.umweltbil-
dung.at](http://www.umweltbil-
dung.at)
Umweltbildung in
Österreich

www.nna.de
Alfred Toepfer Aka-
demie Schneverdin-
gen

[www.rz.uni-frankfurt.
de/die/clear.html](http://www.rz.uni-frankfurt.de/die/clear.html)
Clearingstelle Um-
weltbildung Frankfurt

[www.
projektwerkstatt.de](http://www.projektwerkstatt.de)
Homepage der Pro-
jektwerkstätten

[www.thur.de/philo/
uvu.html](http://www.thur.de/philo/uvu.html)
Umweltschutz von
unten

Freiräume schaffen statt Pseudo-Beteiligung

Überall sprießen Beteiligungprojekte, Jugendparlamente oder Jugendbeiräte aus dem Boden. Leider sind ihre wirklichen Entscheidungsmöglichkeiten gleich null, da sie nur Vorschläge machen können, die dann von PolitikerInnen entschieden werden. Häufig dienen diese Einrichtungen auch nur dem Erlernen von Taktieren und ähnlichem, wie in der "großen" Politik üblich. Hier bietet die Schaffung echter Freiräume für Kinder und Jugendliche wirkliche Entscheidungskompetenzen. In Selbstverwalteten Zentren, Projektwerkstätten, Kinderbüros oder auch von Jugendlichen selbstorganisierten Projekten übernehmen Kinder und Jugendliche selber Verantwortung.

Stiftung Freiräume, Turmstr. 14a,
23843 Bad Oldesloe, Tel.: 04533/
792259, freiraeume@inihaus.de

Ökojobs

Für viele Jugendliche ist der Ein- und meist auch der Ausstieg aus der aktiven Umweltarbeit das Freiwillige Ökologische Jahr, Zivildienst oder ähnliche Dienste. Spätestens bei Eintritt ins Berufsleben endet für die meisten der Traum, sich für den Umweltschutz zu engagieren. Auch eine ökologisch orientierte Berufsausbildung bietet meist keine wirkliche Alternative und die Sachzwänge führen häufig zur Vernachlässigung der eigenen Ziele. Einzige Alternative ist es, seine eigenen Ideen alleine oder mit anderen selbstständig umzusetzen – seinen Job selber zu organisieren. Hier kann Umweltbildung Anleitungen und Know How bieten.

Öko-Job-Börse, Turmstr. 14a, 23843
Bad Oldesloe, Tel.: 04531/4512, Fax:
04531/7116, eMail: jup@inihaus.de,
demnächst auch im Internet: [www.oeko-
jobs.de](http://www.oeko-
jobs.de) (ein Buch "Unterwegs für die
Umwelt – Ökojobs in Europa" mit zahl-
reichen Tips um Öko-Jobben kann hier
auch für 19,80 DM erworben werden)

Widerstand

Wer heute noch Aufsehen mit der eigenen (Umwelt-) Aktion erregen möchte, der muß sich schon etwas Besonderes einfallen lassen – Phantasie ist angesagt! Aber das alleine reicht nicht, denn immer stärker wird jeglicher Widerstand durch staatliche Repression verhindert. Die extreme Präsenz von Polizei verhindert dann Phantasie und es kommt zu reinen Gewaltanwendungen, Frust und "No Future"-Stimmung. Es können auch im Rahmen von Bildungsveranstaltungen bestimmte Methoden von Widerstand, z.B.

Baumklettern, Sitzblockaden, Spontiaktion oder auch Sabotage geübt werden. Dies hat nicht damit zu tun, daß dabei "Terroristen" trainiert werden, wie dies häufig in der Presse behauptet wird. Vielmehr können Jugendliche ihre legalen Mittel und Möglichkeiten, Widerstand zu leisten kennenlernen. Dabei werden sie im Rahmen von Planspielen auch mit der Situation der Polizei konfrontiert und stehen selber auf der "anderen" Seite.

Ö-Punkte Redaktion Widerstand: DABS
c/o ASTA Braunschweig, Katharinenstr.
1, 38106 Braunschweig.

Autor

Jörn Hartje
JUP Bad Oldesloe

Autor

Ralf Strobach, Bürgerinitiative Umweltschutz BIU, Stephanusstr. 25, 30449 Hannover, Tel. 0511/443303

Der Originalartikel ist nachzulesen in:

"Die Agenda 21 und Versuche der Umsetzung in den Kommunen"

Die Broschüre kann gegen 7 DM in Briefmarken angefordert werden bei: BIU Hannover, Stephanusstr. 25, 30449 Hannover

"Nachhaltige Weltbilder"

Reader zum Kongreß über Ökologie und Autonomie Das Buch ist für 7 DM beim ASIÄ Uni Hannover, Am Welfengarten 1, 30167 Hannover

Umweltbildungshit: Alle reden davon, aber ...

Agenda 21 - (K)eine Bildungsperspektive

Die Agenda 21 wird zunehmend als Leitbild für die Umweltbildung diskutiert. Eine Bildung zur Nachhaltigkeit soll die Umweltbildung ablösen. Doch was steht eigentlich drin? Im folgenden geben wir dazu einen Artikel von Ralf Strobach aus "Die Agenda 21 und Versuche der Umsetzung in den Kommunen" gekürzt wieder.

Auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung, die 1992 in Rio de Janeiro stattfand, wurde von 179 Staaten die Agenda 21 beschlossen. Sie hat eher den Charakter einer unverbindlichen Absichtserklärung. Zu beachten ist aber, dass dies für viele Staaten der erste Ansatz einer Umweltpolitik ist.

Die Kapitel der Agenda

Die Agenda 21 ist in vier Teile, dann noch mal in insgesamt 40 Kapitel untergliedert.

In Kapitel 2 (Internationale Zusammenarbeit zur Beschleunigung nachhaltiger Entwicklung in den Entwicklungsländern und damit verbundene nationale Politik) setzt die Agenda 21 auf eine völlig liberalisierte Welthandelsordnung: "Die Liberalisierung des Handels (soll) auf globaler Ebene und unter Einschluss aller Wirtschaftssektoren erfolgen und so einen positiven Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten".

Kapitel 16 (Umweltverträgliche Nutzung der Biotechnologie) beschreibt die Biotechnologie als ideale Fortschrittstechnologie. "Als innovativer, wissensintensiver Forschungsbereich bietet sie eine Vielzahl nützlicher Verfahrenstechniken für vom Menschen vorgenommene Veränderungen der Desoxyribonukleinsäure (DNS), oder des genetischen Materials in Pflanzen, Tieren und Mikroorganismengruppen, deren Ergebnis überaus nützliche Produkte und Technologien sind".

In Kapitel 22 (Sicherer und umweltverträglicher Umgang mit radioaktiven Abfällen) wird das Problem der "kerntechnischen Anlagen" auf die sichere Zwischen- und Endab-

gerung der Abfälle reduziert. Hingegen wird nicht problematisiert, dass sowohl bei Betrieb dieser Anlagen als auch bei Herstellung und Transport der Brennelemente und anderer verwendeter Materialien sowie insbesondere bei Unfällen Gefahren für Gesundheit und Umwelt bestehen.

Der Teil III der Agenda 21 behandelt die Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen (Frauen, Kinder und Jugendliche und die indigenen Bevölkerungsgruppen) "Ein wesentlicher Faktor für die wirksame Umsetzung der Ziele, Maßnahmen und Mechanismen ... ist das Engagement und die echte Beteiligung aller gesellschaftlicher Gruppen. Eine der Grundvoraussetzungen für die Erzielung einer nachhaltigen Entwicklung ist die umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit an den Entscheidungsprozessen".

Artikel 28 (Initiativen der Kommunen zur Unterstützung der Agenda 21): Die Kommunen seien die dem Bürger nächste Politik- und Verwaltungsstelle und spielten bei der angestrebten "Information und Mobilisierung der Öffentlichkeit und ihrer Sensibilisierung für eine nachhaltige Entwicklung" eine entscheidende Rolle. Die Kommunalverwaltungen sollen mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft in einen Dialog treten und eine kommunale Agenda 21 beschließen.

Kapitel 30 (Stärkung der Rolle der Privatwirtschaft): Dort wird die "zentrale Rolle" der Privatwirtschaft einschließlich transnationaler Unternehmen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes betont. Die privaten Unternehmen sollen "gleichberechtigte Partner bei der Umsetzung und Bewertung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Agenda 21 sein". Bei keiner Bevölkerungsgruppe geht die Formulierung so weit, wie bei der Definierung der Einbeziehung der Privatwirtschaft.

Die "Möglichkeiten zur Umsetzung", die in Teil IV der Agenda 21 beschrieben werden, nehmen einen eher kleineren Teil der gesamten Agenda 21 ein.

Fazit

Die Inhalte der Agenda 21 sind wesentlich kritischer zu sehen, als das in den meisten Diskussionen um die Agenda geschieht. Oft wird sie als das Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert bezeichnet. Gleichwohl kann der kleinste gemeinsame Nenner von 179 Staats- und Regierungschefs kein ideales Handlungsziel der bundesdeutschen umwelt- und entwicklungspolitisch engagierten Gruppen und Verbände sein.

Die Festschreibung der beiden Leitmotive der Agenda 21, Nachhaltigkeit und Bürgerbeteiligung, könnte sich als nützlich erweisen. Allerdings wird der Begriff der "Nachhaltigen Entwicklung" zunehmend der Beliebigkeit ausgesetzt.

Ob es gelingen kann, die Agenda 21 dazu zu benutzen, um in den Städten zu einer ernsthaften Diskussion um eine soziale und ökologische Stadtentwicklung zu gelangen, darf angesichts der beschriebenen Beispiele bezweifelt werden. Trotzdem sollte es versucht werden, da viele andere Versuche bereits gescheitert sind. Als Problem wird sich dabei erweisen, dass Strukturen und Politik von teilweise denselben Akteuren geändert werden müßten, die für die ökologischen und sozialen Probleme mitverantwortlich sind.

Umstrittene Agenda 21

Sinn und Unsinn der Agenda-Arbeit sind umstritten, die Spanne reicht von euphorischen Erwartungen (vor allem bei Regierungen und den etablierten Umweltbänden) über kritische Mitarbeit (z.B. der Text oben) bis zur grundsätzlichen Ablehnung. Letztere wurde in den "Ö-Punkten" bereits dokumentiert. Verschiedene Umweltgruppen haben einen Aufruf gegen die Agenda 21 unterzeichnet.

Nähere Informationen gibt es ...

- Im Internet unter <http://www.thur.de/philu/uvu.html>,
- Im Reader "Agenda 21 - Chance oder Mythos" (12 DM)
- Im Buch "Agenda, Expo, Sponsoring - Recherchen im Naturschutzfilz" (39,80 DM)
- Im Schwerpunktheft der "Ö-Punkte" zur Agenda 21 (/ DM einschl. Porto) beim Institut für Ökologie, Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe.

• Sprachrohr von Natur- & Umweltschutz sein

- Menschen zum Umwelthandeln veranlassen
- Menschen in ihrer Persönlichkeitsbildung unterstützen
- Akzeptanz für umweltpolitische Verordnungen schaffen
- Menschen zur Beteiligung am politischen Leben anregen

Die Aufgaben der Umweltbildung werden nur mangelhaft erfüllt. Eine Richtungsänderung ist nötig, aber nicht in Sicht. Die Hauptkritik an der Umweltbildung ist, daß sie nicht kritisch genug sowie uneffektiv sei.

Die Umweltbildung hat sich viel vorgenommen. Folgende Ziel und Aufgaben lassen sich ausmachen:

- Umweltbildung ist uneffektiv
- Umweltbildung ist unpolitisch
- Umweltbildung hat die falsche Zielgruppe
- Umweltbildung ist ein Herrschaftsmittel
- Umweltbildung arbeitet mit unzureichenden Methoden

Uneffektiv: Es ist nicht abzustreiten: trotz Bemühungen geht die Natur weiter den Bach runter: mehr Waldrodungen, mehr CO₂, mehr Straßen, ... Die VerbraucherInnen eine primäre Zielgruppe der Umweltbildung sind überfordert mit den vielen Umweltschutzanforderungen: „Was ist denn nun ökologischer?“. Diesem Defizit wird die Umweltbildung nicht gerecht. Sie schafft es nicht, die komplexe Situation in verständlichen Bildern zu erklären und eindeutige Antworten zu geben. Desinteressierte werden überhaupt nicht erreicht. Umweltbildung wendet sich primär an diejenigen, die eh schon für Umweltfragen sensibilisiert sind.

Unpolitisch: Umweltbildung ist unkritisch den herrschenden Verhältnissen gegenüber. Die Ursachen für Umweltzerstörung - Kapitalismus und Neoliberalismus - werden nicht in Frage gestellt und nur selten thematisiert.

Die AkteurInnen der Umweltbildung sind abhängig vom öffentlichen Geldhahn und von Sponsorengeldern. Durch diesen Finanzdruck macht man lieber gefällige Projekte. Umweltbildung ist Arbeitsplatzbeschaffung statt Problembewältigung. Die (verständliche) Angst und Sorge um den eigenen Arbeitsplatz führt zu einem (unverständlichen) Verrat an der Sache. Die Ideale werden der Götze Geld geopfert. Es kommt zu der grotesken Situationen, daß man sich einerseits für den Schutz der Umwelt einsetzt aber gleichzeitig z.B. bei der Agenda 21 mitmacht, die sich für Gentechnik und Atomenergie ausspricht.

Ökologisches Lernen heißt die Bedingungen der Herrschaft von Menschen über Menschen anzugreifen. H. Dauber

Betrachtet man die Umweltbildungsbewegung als Ganzes, muß jedoch festgestellt werden, daß sie diese Aufgaben nur mangelhaft erfüllt:

Autor

PresseClub Marburg
Peter Szekeres
Liebigstr. 50
35037 Marburg

Die Umwelterziehung sorgt für ein Minimum an politischer Reibung. J. Hasse

Umweltbildung ist langweilig und brav. Es gibt effektiv keinen Protest und keine Konfliktsuche aus der Umweltbildungsbewegung heraus. Umweltbildung bewegt nichts. Umweltbildung fördert auf diese Weise kein politisches Denken.

Falsche Zielgruppe: Indem die Umweltbildung sich stark auf Kinder und Jugendliche konzentriert, nimmt sie eine Problemverlagerung vor. Die Probleme, die die jetzige Generation verursacht hat, wird auf die nächste abgewälzt.

Befragungen zeigen, daß nur ein Bruchteil der Umweltbildung auf Erwachsene ausgerichtet ist. Das ist, als ob ein Haus brennt und man den Kindern sagt, sie sollen aufgehörs Papierkügelchen ins Feuer zu werfen. Die Brandstifter sind andere!

Herrschaftsmittel: Umweltbildung soll die Menschen zur Problemlösung in komplexen Systemen befähigen. Die Persönlichkeitsbildung, vor allem die Selbständigkeit, soll wachsen. Tatsächlich wird aber die Umweltbildung genutzt, Menschen zu formen, statt ih-

nen die Möglichkeit der Selbstbestimmung zu geben. Umweltbildung ist in der Vergangenheit somit vor allem ein Mittel von Herrschaft gewesen.

Sie sehen den jungen Menschen als Objekt, den sie an die moderne Welt anpassen wollen. H. Göpfert

Ungenügende Methode: Seit langem hat sich die Umweltbildung die Pestalozziformel „mit Kopf, Hand und Herz“ auf ihre Fahnen geschrieben. Nur: Sie wird nicht umgesetzt. Die Methoden sind einseitig. Naturerfahrung ist der Renner in der Umweltbildung. Sie ist eine gute Methode – aber ungenügend, wenn sie nicht durch „Kopf und Hand“ ergänzt wird.

Umweltbildung wirkt auf die Menschen immer noch belehrend. Doch die Menschen wollen nicht belehrt sondern unterhalten werden. Will man sie erreichen und die eigenen Position transportieren, muß die entsprechende Form gewählt werden.



Umweltbildung in die Allgemeinbildung integrieren. W. Klafki

Umweltbildung ist losgelöst von Alltagserfahrungen. Umweltbildung darf, wenn sie langfristig erfolgreich sein will, keine separierte Stellung haben. Sie muß ein selbstverständlicher Bestandteil des Alltagslebens sein, neben all den Dingen, die unser Tun ausfüllen. Sie muß Teil eines ganzheitlichen Lernprozesses sein, bei der Umweltbildung als solche letztlich gar nicht auftaucht.

Wege aus der Krise

Wenn die Umweltbildung ernsthaft der Umweltzerstörung entgegenwirken soll, muß in ein neues Konzept folgendes integriert werden:

- Alle Bevölkerungsgruppen ansprechen
- Die Zielgruppe Entscheidungsträger mehr einbinden
- Umweltbildung als Teil der Alltagsbildung gestalten
- Naturerfahrung kombinieren mit politischer Bildung
- Erlebnis verschaffen statt belehren
- Selbstbestimmtes Lernen fördern

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Winter '99/2000

Schwerpunkt



Institut für Ökologie



durch Wald und Flur

Sie wollen einen Naturlehrpfad einrichten oder überarbeiten: aktuell und ansprechend soll er sein?

Das Institut für Ökologie erstellt für Sie das passende Konzept und begleitet die Ausführung.

Institut für Ökologie
Turmstraße 14a
23843 Bad Oldesloe
Tel: 0170 / 55 23 923

Wohin wird sich die Umweltbildung in Deutschland entwickeln?
Schlickrutschen für die Umweltbildung

In der Umweltbildung werden neue Wege gesucht. Eine Idee ist, Umweltbildung dort zu anzubieten, wo die Menschen freiwillig und in bester Laune sind: im Urlaub.

Urlaub an der Nordsee. Die Sonne strahlt, Austernfischer trillern, vom Deich trägt der Wind das Blöken der Schafe zu uns. Der Blick schweift über die Weite des Watts und bleibt an einer Menschentraube hängen, die sich um einen jungen Mann scharf. Er steht barfuß und braungebrannt vor den stauenden Gästen und schildert die Zusammenhänge zwischen dem übermäßigen Algenwachstum im Watt und dem Stickstoffausstoß der Autos, dem Fleischkonsum und phosphathaltigen Waschmitteln. Die Wirkung des eigenen Verhaltens auf die Natur ist sichtbar.

Urlaub an der Nordsee. Ein idealer Ort für Umweltbildung? Die Umweltbildungsarbeit mit Urlaubsgästen hat mehrere Vorteile: die ZuhörerInnen sind entspannt, sie sind in einer fremden Umgebung offen für neue Anregungen und nehmen freiwillig an den Veranstaltungen teil. Gute Laune und einprägsame Erlebnisse sind zwischen Strandkorb und Ringelgans leicht zu erzeugen.

An der Reaktion der Gäste, kann man ablesen, daß der moralische Zeigefinger nur wenig bewirkt. Sie wollen fasziniert und informiert, aber nicht belehrt werden. Das ist zu akzeptieren, das ist die Handlungsgrundlagen, wenn man in dem Bereich arbeiten und was erreichen will. Aufmerksamkeit erregen vor allem lebende Tiere aller Art. Intensive Reaktionen lösen auch knietiefer Schlick oder vollgelaufene Gummistiefel aus. Hier hat Umweltbildung in demselben Maße Unterhaltungs- und Freizeitwert.

Ein weiterer Vorteil von Umweltbildung im Urlaub: man erreicht auch Erwachsene. Während die meiste Umweltbildungsarbeit auf Kinder und Jugendliche sowie MultiplikatorInnen ausgerichtet ist, werden hier auch Erwachsene in breiter Masse erreicht. Seit die ersten Naturschutz-Zi-vis 1972 bei der „Schutzstation Wattenmeer e.V.“ in Nordfriesland ihren Dienst antraten, haben über eine Million Men-

schen an Wattführungen der Naturschutzverbände teilgenommen.

Aber ist das, was den TeilnehmerInnen einer Wattwanderung gefällt, auch das Richtige? Schließlich ist die Umweltbildungsarbeit nur dann erfolgreich, wenn sie bei vielen Menschen zu Verhaltensänderungen und einer besseren Ökobilanz führt. Spaß haben ist kein Kriterium für erfolgreiche Umweltbildung. Pure Unterhaltung ist eine verschenkte Chance. Umweltbildung im Urlaub kann aber auf geschickte Art und Weise die positive Naturerlebnisse mit einer angemessenen Dosis von Informationen und Handlungsempfehlungen verknüpfen. Umweltschutz muß mit positiven Gefühlen verknüpft werden, wenn er nicht als permanentes schlechtes Gewissen einem im Nacken sitzen soll. Die Verknüpfung von Urlaubsgefühlen mit Umweltaspekten scheint für den Umweltschutz ein guter Weg zu sein.

Statement 4:

Rainer Borchering
Schutzstation
Wattenmeer e.V.
Norderstr. 1
25813 Husum



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

22 Winter '99/2000
● Schwerpunkt

Autor

NaturArte
Werner Henkel
Bückerstr. 46
28205 Bremen
Fon&Fax
0421/442322

Das große Foto stammt vom Autor.

Performance
"Ursprung"

Kunst kommt aus der Natur ... des Menschen

Wir können nur schützen, was wir lieben! Die Beziehung des Menschen zur Natur ist m.E. das dringlichste Anliegen einer Umwelt-Bildung. Aber nur in der Verbindung von Wissen und Erkenntnis mit der Freiheit der Sinne und der Aufmerksamkeit der Gefühle entsteht eine lebendige Beziehung zur Natur.

Kunst übernimmt hierbei eine zentrale Aufgabe: Kunst bringt Genuß, Sinnlichkeit, Zweckfreiheit ins Spiel; akzeptiert Unwissenheit und Geheimnis. In dieser Akzeptanz liegt ein Impuls für eine Neu-

bestimmung der Beziehung Mensch – Natur.

Im künstlerischen Prozeß selbst geht es um ein sinnlich-sujektives Sich-Einlassen auf einen Natur- und Erfahrungsraum und die eigenen Wahrnehmungen und Empfindungen darein: ein Dialog meiner selbst mit dem mich umgebenden Naturraum. Dabei wird die persönliche Erfahrung in und mit der Natur durchformt und gestaltet, d.h. sie nimmt Gestalt an in einem Kunstwerk.

Kunst wird so zur Praxis der Erkenntnisgestaltung. Dieser Weg will körperlich, seelisch und geistig gegangen sein – wir müssen mit Leib und Seele hindurch, um zu einem authentischen künstlerischen Ausdruck zu finden.

Der poetisch-künstlerische Weg vertieft die achtsame Beziehung zur Natur, fördert die Selbsterkenntnis und die Gestaltungskompetenz und er verfeinert die ökologische Sensibilität. Der Weg ist Grundlage einer ästhetischen Bildung, wie ich sie in meinen NaturArte-Seminaren praktiziere.

Geld ist nicht das Problem

Was würden Sie in der Umweltbildung machen, wenn Sie unbegrenzte finanzielle und personelle Mittel zur Verfügung hätten? So fragten wir Heinrich Benjes. Seine Antwort: Geld ist nicht das Problem. Kinder bräuchten praktisch nix, außer das, was sie schon immer hatten. Auch benötigen wir nicht mehr Leute in der Umweltbildung, denn: die Kunst sei es, sich als ErzieherIn zurückzunehmen und Kinder ihre Freiräume selbst entdecken zu lassen. Als Beispiel für diese Vision beschreibt Benjes seine Idee der Holunderschule.

Vision Holunderschule

Ganz ohne Visionen geht es nicht. Seht ihr die Kleinen? Sie suchen ihren Weg. Der Weg in die Welt hat immer im Dunkeln gelegen. Nun haben wir ihn grell beleuchtet. Die Kleinen kneifen die Augen zu. Sie wollen nicht sehen, sie wollen suchen. Das Spiel heißt Blindenkuh! Haben die Großen das vergessen? Das Spiel! Und wenn im Spiel der Kleinen die Visionen lägen? Die Sonntagskinder unserer Träume...

Ein Traumbild hat mich wach gemacht. Ich war im Auf und Ab des Grundschul-Lehrerlebens ein bisschen matt und müde geworden. Da sehe ich im Traum die große Welt, die große, weite Welt, bewegt und buchtig wie ein gelpapptes Riesenblatt. Und mitten darin ein kleines Feld mit geraden Kanten, ein Kasten für die Kinder. Nun spielt mal schön! Sie spielen nicht, sie zappeln herum und prügeln sich und stoßen sich die Köpfe am kantigen Rand. Muss denn das Stück in der Mitte der Welt ein Kasten sein? Mit dieser Frage bin ich aufgewacht. Die Antwort kann ich mit Händen greifen: Ich setze in die Mitte der Welt ein Stück der Welt – einen kleinen Busch. Ich pflanze für die Kinder einen Holunderbusch! Und mit diesem Busch beginnt das Spiel, und dieses Spiel macht Schule: Holunderschule.

Holunderschule! Ich gebe den Kindern ein kleines Stück Welt und trete als Lehrer einen Schritt zurück. Sie sind mit sich und der Welt allein und – spielen! Sie

spielen mit Händen und Füßen, mit Stöcken und Steinen, mit Lena und Jan, mit Wörtern und mit Wolken, sie spielen mit ihrer Eigenart, sie spielen sich selbst: Lena ist die Königin, sie trägt eine Krone aus Ahornblättern; Jan zieht das Brett über die Modderkuhle, er ist der Brückenbauer; Ole ist einer, der an die Zukunft denkt, er sammelt Feuerholz für den Winter; Lorchen liebt Ordnung, sie fegt mit einem Zweig die Erde blank...

Ich schaue ihnen zu und sehe auf einmal den Schlüssel blitzen: Hier können sie werden, was sie sind, hier können sie spielen, was sie sind und – wie sie spielen, so werden sie!

Sollte das der Schlüssel sein? Im Spiel mit Stöcken und Steinen und Modderhänden, zwischen Huckeln und Kuhlen und Butzen im Gebüsch erschließt sich den Kindern das uralte Zauberreich, wo die Welt sie einfach in die Arme nimmt – so, wie sie sind von den Zehen bis zur Nasenspitze, mit all ihren Träumen, Wünschen, Fragen, mit all ihrem Witz und ihrer Trotteligkeit – sie einfach in die Arme nimmt! Sollte das die Schule sein? Ich habe den Schlüssel aufgenommen und weitergegeben, und was sich dann erschlos-

sen hat, ist wirklich eine Schule geworden – Holunderschule!

Diese Schule hat kein Haus und keinen Stundenplan, sie hat den Grashüpfer als Zeichen und muntere Menschen, die mal hier, mal da sich auf die grauen Platten wagen und wissen und sagen, dass noch etwas bewegt werden kann in der kantigen Welt der Kinder: Die unter Bodendeckern erstarrte Rabatte, der DIN-genormte Kletterbogen, der Bauamtsleiter, der Hausmeister und der hässliche Haufen der grellen Bedenken und Vorurteile.

Die Bewegung geht mit erfrischenden Wellen über Asphalt und Teppichrasen, über Aufsichtsangst und Unterrichtsplan bis in die dunkelsten Nischen der Bildungswelt – und kommt zurück mit einem Schwall von Lern- und Lebensfreude! Aus der Vision ist Wirklichkeit geworden.

Art d' Eco – Kunst als Medium in der Umweltbildung
(1997, Wissenschaftsladen Bonn, 131 S. 32 DM) Der Leitfaden bietet Beiträge über Kunst und Umwelt und von Selbstdarstellungen von KünstlerInnen. Es werden leider wenig Praxistipps gegeben, wie man Kunst in der Umweltbildung selber einsetzen kann. Dafür geben die Fotos viele Anregungen und über eine umfangreiche Adressenliste kann man Kontakt zu KünstlerInnen aufnehmen, die Kunst-Einheiten gestalten.

Autor

Heinrich Benjes
Auf dem Brande 13
27369 Hellwege
Tel/Fax 04264/ 9301



Selbstbestimmte ökologische Kinderfreizeiten

Auf nach Takatuka!

Das TAKATUKA Projekt ist mehr als eine ganz normale Kinderfreizeit: Es tritt mit dem Ziel an, daß die teilnehmenden Kinder und Jugendlichen ohne Hierarchien zusammenarbeiten und Entscheidungen nicht nach Mehrheit, sondern möglichst im Konsens fällen. Kinder werden nicht bevormundet, sondern entscheiden selbstständig.

Auf den Vorbereitungstreffen mit allen wird die Freizeit geplant, denn das Ziel besteht, daß die Kinder ihre Wünsche umsetzen können. Die Kids sollen ihr Programm gestalten und nicht einfach ein Programm von den Jugendlichen vorgesetzt bekommen, an dem sie nur noch teilhaben können. Die "Großen" sind letzten Endes nur dafür da, den Kindern bei der Umsetzung ihrer Wünsche als AssistentInnen zu helfen. Der Grundgedanke ist nicht nur Umweltbewußtsein und Naturerlebnis Kindern zu vermitteln, sondern dabei auch gleichzeitig zu aktivem umwelt- und sozialkritischen Handeln anzuregen.

Das TAKATUKA-Projekt hat das klassische "Zeltlagerfeeling" und dauert 2 Wochen, in denen 30 Kinder zwischen 9 und 13 Jahren teilnehmen. Als Lernorte wurden alternative Projekte ausgewählt, an dem etwas bleibendes "gebastelt" werden kann, alternative Lebensentwürfe kennengelernt und vor Ort mit den BewohnerInnen ein Austausch stattfinden kann.

Ausschlaggebend für die Durchführung des TAKATUKA Projekts war die Unzufriedenheit mit den üblichen Kinderfreizeiten, wie sie in fast jedem Ort bzw. in beinahe jeder Kirchengemeinde angeboten werden, die gekennzeichnet sind durch:

- ✓ Mangelnde Selbstbestimmung der Kids
- ✓ Unangemessene Behandlung der Kinder mit klaren Hierarchien zwischen Kids und TeamerInnen, Sanktionierungsmaßnahmen und unreflektiertes Ablehnen von Kinderwünschen.
- ✓ Ungenügende Berücksichtigung von ökologischen und sozialkritischen Aspekten. Viel zu oft stehen bloßes Konsumieren oder reine Naturerlebnisveranstaltungen im Vordergrund.

Aus diesen Erfahrungen wurde ein neues Konzept für selbstbestimmte ökologische Kinderfreizeiten entwickelt worden mit den 6 Hauptzielen: Spaß haben und Gemeinsinn fördern als klassische Ziele, Selbstbestimmung fördern, Bewußtsein wecken, Umwelt erleben und aktives Handeln fördern.

Klein- und Großplena

Auf zwei Schwerpunkte gehe ich kurz ein. Einen großen Raum nehmen die Entscheidungsfindungsprozesse ein. Nach verschiedenen Versuchen erscheint uns am besten eine Struktur mit Klein- und Großplena, in denen die Entscheidungen im Konsens gefällt werden. Die Kleinplena haben den Sinn, daß

dort jedes Kind die Möglichkeit hat, zu sagen, wie es sich fühlt, was es für Probleme hat und was es machen will, was sich sonst sicherlich nicht jedes Kind vor der gesamten Gruppe trauen würde. Hier brachten auch die Jugendlichen anfänglich ihre Ideen ein, die allerdings nach zwei Tagen von den Kids aufgefordert wurden, sich rauszuhalten. Nach den morgendlichen Kleinplena treffen sich alle in einem Großplenem, wo die Ergebnisse der Kleinplena zusammengetragen, die Tagesplanungen und Aktivitäten festgelegt und über etwaige Probleme diskutiert werden. Die Jugendlichen moderieren nur das Plenum und achten darauf, daß alle Kinder, die etwas sagen wollen, auch dran kommen.

Die Großplena waren anfangs sehr lang und anstrengend für die Kinder, da diese Form der Selbstbestimmung für die meisten neu war. Nach ein paar Tagen wurden die Kinder jedoch immer vertrauter mit dieser Form, so daß die Plena kürzer und effektiver wurden. Selbst die Moderation wurde nach einigen Tagen auf den Wunsch der Kids von jeweils zwei Kindern übernommen, da den Kindern die Moderation der "Großen" zu langatmig und zu starr erschien. Die Jugendlichen hatten zum Schluß nur noch die Aufgabe, bei der Umsetzung der für den Tag gewünschten Aktivitäten, Hilfestellung zu geben.

Inhaltliche Akzente

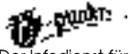
Neben dem reinen Erleben von Alltagsökologie und Natur wird sich mit verschiedenen Themen inhaltlich auseinandergesetzt. Dazu bieten sich Planspiele sehr gut an um z.B. das Wirtschaftssystem in unserem Lande zu begreifen oder das Thema Fleisch zu bearbeiten. Die Kinder interpretieren diese Darstellung auf ihre Art. Dabei stellte sich bspw. heraus, daß tatsächlich einige der Kinder schon Vegetarier waren und es dabei nicht immer leicht haben, so daß es ihnen gut tat, in der Gruppe Unterstützung zu finden. Gegen Atomkraft bzw. Autobahnbau wollten die Kids auf Eigeninitiative etwas machen (Gorleben bzw. die Baustelle A20 waren in der Nähe). Nach einer Exkursion zum Ort des Geschehens, waren die Kinder erschreckt. Spontan entwickelten sie ein Theaterstück und eine kleine Demo durchs Dorf zur Baustelle mit Plakaten und einem Lied. Briefe an verantwortliche PolitikerInnen wurden geschrieben. Die TeamerInnen als offiziell Verantwortliche sahen dem Treiben skeptisch zu, da sie eigentlich keine Demo, sondern lieber ein thematisches Theaterstück gesehen hätten.

Autor

Johannes Richter
Kontakt über:
Umweltwerkstatt,
Willy-Brandt-Allee 9,
23554 Lübeck,
0451/70 70 646.

Literaturtip

I. Becker-Textor u.a.
Ohne Spielzeug.
(1997, Herder Verlag,
174 S., 26 DM)
Kinder sollen im spielzeugfreien Kindergarten die Möglichkeit bekommen, sich wieder auf eine Beschäftigung zu konzentrieren. Chancen und Grenzen des Projekts werden praxisnah und fundiert vorgestellt. Leider ist die fotoarme Gestaltung dieses ansonsten spannenden Buches wenig einladend.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

24

Winter '99/2000

● Kurz notiert

Die Texte auf den Abfallseiten sind Auszüge aus Artikeln der Zeitungen:

DAS BESSERE MÜLL-KONZEPT des gleichnamigen Bundesverbandes, Ausgabe

4/99

Themen der Ausgabe u.a.

● EU-Deponierichtlinie Altlasten

● Biogasgewinnung

● Deutschlands größte bebaute Altlast

Bezug:

DAS BESSERE MÜLLKONZEPT

c/o Landesverband Bayern

Feldstr. 6, 82282 Unterschweinbach

Abfallwirtschaftlicher Informationsdienst, Ausgabe 4/99

Themen der Ausgabe u.a.:

● TASI&Trittin

● Altfahrzeugverordnung

● Elektroaltgeräte

● Andienungspflicht in Niedersachsen

● Abfallbilanz Baden-Württemberg

● Stand der Technik bei MBA-Anlagen

Bezug (auch Müllmagazin):

Rhombos-Verlag

Kurfürstenstr. 17

10785 Berlin

Tel. 030 / 261 68 54

Fax 030 / 261 63 00



Themenredaktion "Abfall"

Neue Adresse:

Christian Ohly

Alt-Moabit 41

10555 Berlin

Tel./Fax

030/3936827

muellkonzept-

redaktion@gmx.de

Trittin will TASI für alternative Behandlungsverfahren öffnen

In Deutschland soll ab dem Jahr 2020 kein Hausmüll mehr auf Deponien abgelagert werden. Auch die Deponierung von Schlacken aus der Müllverbrennung soll dann beendet werden. Das Bundesumweltministerium geht davon aus, daß bis zu diesem Zeitpunkt die Verwertungs- und Behandlungstechniken soweit entwickelt sind, daß eine vollständige und umweltverträgliche Verwertung der Siedlungsabfälle möglich ist. Hierbei soll verstärkt auch die mechanisch-biologische Vorbehandlung von Abfällen zum Einsatz kommen. Dies geht aus einem neuen Konzept für Siedlungsabfälle hervor, das Bundesumweltminister Jürgen Trittin am 20. August in Berlin vorstellte.

BMU will Fehlentwicklungen bei der Mülleinlagerung unter Tage unterbinden

Bundesumweltminister Jürgen Trittin will die Ablagerung von teilweise gefährlichen Industrieabfällen in leeren Tagebaustollen unterbinden. Trittin will zudem die juristischen Grundbegriffe "Beseitigung" und "Verwertung" im Kreislaufwirtschaftsgesetz strenger fassen, damit es nicht mehr als Verwertung gelten kann, wenn Abfall zum Verfüllen der Restlöcher verwendet wird. Wie Trittins Sprecher Thomas Elsner mitteilte, wird derzeit eine Bergversatz-Verordnung vorbereitet, mit der künftig die Verwertung von Abfällen unter Tage an eindeutige und einheitliche Umweltauflagen geknüpft werden soll. Ein entsprechender Verordnungs-Entwurf, so der Sprecher, könnte bereits zum Jahreswechsel vorliegen.

Grüne sehen Aufbruch in eine neue Kreislaufwirtschaft

Als ein "klares Signal für technisch anspruchsvolle Abfallbeseitigung auch abseits der bisherigen Pyromanie" bewertete der stellvertretende Vorsitzende des Umweltausschusses im Bundestag, Winfried Hermann (Bündnis 90/Die Grünen), das UBA-Gutachten zur Entsorgung von Siedlungsabfällen und zur Änderung der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASI). Das Gutachten des Umweltbundesamtes, das am 20. August vorgestellt wurde, leitet nach Auffassung des Grünen-Abgeordneten das Ende "des teuren und unökologischen Müllverbrennungszwangs" ein. Den Kommunen eröffnet sich laut Hermann "endlich die Möglichkeit, Abfälle vor der Deponierung auch mechanisch-biologisch zu behandeln".

Plakat zu Abfalltrennung in Mehrfamilienhäusern Hof

Ein Plakat zur Abfalltrennung in Mehrfamilienhäusern hat der Abfallzweckverband Stadt und Landkreis Hof entworfen. Das Plakat mit dem Motto "Trennt's" hat die Maße 24 x 57 und kann am schwarzen Brett im Hausflur angebracht werden. Es informiert darüber, welche Abfälle in die Restmüll-, Papier- oder Biotonne gehö-



ren. Weitere Informationen betreffen die Wertstoffentsorgung über die Wertstoffcontainer, -höfe und -mobile sowie wichtige Adressen. Angegeben wird ebenfalls, was zu Problemüll gehört und wo dafür Abgabemöglichkeiten bestehen. Die Plakate gibt es in deutscher wie auch in russischer und türkischer Sprache.

Kontakt: Abfallzweckverband Stadt und Landkreis Hof, Kirchplatz 10, 95028 Hof, Tel. 09281/ 72590

Rot-Grüne Hoffnungen?

TASI-Änderungen frühestens 2001

Der lang gehegte Optimismus, dass sich über die neue Bundesregierung ökologische und wegweisende Veränderungen nicht nur für die Zukunft der Abfallwirtschaft ergeben werden, haben sich zum Bedauern der Umweltbewegung bislang nachhaltig nicht bestätigt. Dies belegen u.a. die Pressekonferenz des BUND im Juli 99 sowie des NABU im Aug. 99 in Bonn, mit der zentralen Aussage, das in vielen Bereichen von Rot-Grün noch nicht einmal die Koalitionsvereinbarungen eingehalten wurden. Statt dessen wird auch von der neuen Bundesregierung an alten, oft falsch aus-

gerichteten Zielen festgehalten. Nach Aussagen der Parlamentarischen Staatssekretärin im BMU, Simone Probst, (Erfurt Mai 1999) kann mit einer möglichen Änderung der TASI erst nach Abschluß der laufenden Untersuchungen gerechnet werden. Da die TASI ebenfalls noch an die neue EU-Deponierichtlinie angepasst werden muß, kann eine Änderung des Abfallgesetzes/TASI frühestens Anfang 2001 umgesetzt werden.

VisdP: Klaus Koch, Ausführungen aus BMU-Umweltmagazin 6 / 99 und Briefwechsel BMU / Trittin mit dem Umweltministerium Thüringen 7 / 99

Forderung nach kleineren Anlagen

Keine weiteren Verbrennungsanlagen notwendig

Die derzeit zur Verfügung stehenden Anlagen für die Behandlung des Restabfalls werden nach Ablauf der gesetzlichen TASI-Fristen "bei weitem" nicht ausreichen. Deshalb müssen in Zukunft vor allem kleinere alternative Behandlungsmethoden realisiert werden. Dies hat jetzt der Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. (bvse) in einem Gutachten mit dem Titel "Die zukünftige Behandlung von Restabfällen" untermauert.

Die Konsequenz zur Zulassung alternativer Restabfallbehandlungsanlagen ergibt sich laut Fischer auch aus den gesetzlichen Vorgaben. So müsse nach dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz immer die weitestgehende Verwertung angestrebt werden. "Auch aus wirtschaftlichen Erwägungen ist eine langfristige Abfallwirtschaftsplanung bei der ange-

spannten Haushaltslage der öffentlichen Entsorgungsträger nur noch unter Einbeziehung von dezentralen Mechanisch-Biologischen-Abfallbehandlungsanlagen zu rechtfertigen", zitiert der bvse-Geschäftsführer weiter aus dem aktuellen Gutachten. In diesen Anlagen sollten die Restmüllmengen nicht nur weiter reduziert, sondern auch Wertstoffströme gewinnbringend eingeschleust werden.

Weitere Informationen zum Gutachten "Die zukünftige Behandlung von Restabfällen" gibt es beim Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. (bvse), Hohe Straße 73, 53119 Bonn, Telefon 0228-988 49-0, Fax 0228-988 49-99.

VisdP: Klaus Koch, 6 / 99





Absender: Naturschutzbund NRW, Landesfachausschuss Energie-Abfall-Chemie, Stellv. Sprecher: Willi Hennebrüder, Liebigstr. 92 A, 32657 Lemgo, Tel. 05261/970975 Fax 05261/970976

ofes (EuGH), der Verstöße Deutschlands gegen die Umweltinformations-Richtlinie der EU feststellte. Nach diesem Urteil stehe Deutschland in der Pflicht, die Möglichkeiten der Bürger zu verbessern, umfassender und günstiger an Informationen über umweltrelevante Daten zu gelangen, so der BUND am 09.09.1999 in Bonn.

Vertraulichkeit von Beratungen der Behörden berühren. Künftig muss geregelt sein, unter welchen Bedingungen dennoch ein rechtlicher Anspruch auf Teilmittelung in der Sache besteht. Der Europäische Gerichtshof entschied zudem, dass die Behörden künftig keine Gebühren erheben dürfen, wenn sie ein Informationsersuchen ablehnen.

BUND: Umwelt-Informationsgesetz muss novelliert werden

Eine schnellstmögliche Novellierung des Umwelt-Informationsgesetzes hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) von der Bundesregierung gefordert. Anlass ist das heutige Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), der Verstöße Deutschlands gegen die Umweltinformations-Richtlinie der EU feststellte. Nach diesem Urteil stehe Deutschland in der Pflicht, die Möglichkeiten der Bürger zu verbessern, umfassender und günstiger an Informationen über umweltrelevante Daten zu gelangen, so der BUND am 09.09.1999 in Bonn.

Nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes muss die Bundesrepublik jetzt Bestimmungen festlegen, die den Zugang zu Umwelt-Informationen auch in Auszügen garantieren. Bislang können Informationsträger generell abgelehnt werden, wenn sie beispielsweise die



Die Erblast mit der Altlast
NABU besorgt um Rüstungsaltlasten in NRW

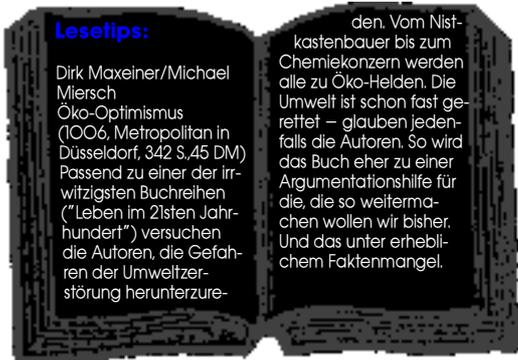
Der NABU Landesfachausschuss Energie-Abfall-Chemie in Nordrhein-Westfalen (Naturschutzbund Deutschland) ist besorgt, dass die Sanierung von Rüstungsaltlasten in NRW nicht ordnungsgemäß erfolgt und hier Langzeitrisiken für Boden und Grundwasser schlummern. In einem Brief an NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn bittet der Dr. Wulf Nägel, Vorsitzender des NABU-Landesfachausschusses, deshalb um die Beantwortung von acht Fragen, die die Situation der Rüstungsaltlasten klarstellen soll.

Bodenbelastungen durch einen Sachverständigen durchführen. Das Gutachten wies hohe Konzentrationen der Schwermetalle Blei, Kupfer und Antimon nach. Sorge bereitet dem NABU die Tatsache, dass seit Mitte 1999 das Gelände als Reitplatz genutzt wird und dem Pächter erlaubt wurde, Munitionsreste selbst auszusieben. Eine Fortsetzung der "offenen Ausübung" durch eine Entsorgungsfirma konnte mit Unterstützung des NABU vom Staatlichen Amt für Arbeitsschutz Detmold in letzter Minute gestoppt werden. Da der Pächter nicht über das Risiko in Kenntnis gesetzt wurde, besteht ein klarer Verstoß gegen Arbeitsschutzbestimmungen.

Anlass für die Anfrage waren Unregelmäßigkeiten und Verstöße auf zwei ehemaligen Schießplätzen im Kreis Lippe. Auf einem der beiden, dem Schießplatz Detmold-Hakedahl, der bis 1994 von Niederländischen Truppen genutzt wurde, ließ der NABU Untersuchungen der

Weitere Auskünfte und Unterlagen: Dr. Breuker, NABU-Landesfachausschuss Energie-Abfall-Chemie, 05231/300920

Rückfragen: Lucian Haas, BUND-Pressesprecher, Fon: 0228 - 40097- 25, Fax: -49; presse@bund.net; Presse-Archiv im Internet: www.bund.net/aktuell



Institut für Ökologie

Suchen Sie ReferentInnen?

in Themen wie Naturschutz Abfallwirtschaft Ökonomie&Ökologie Umweltpädagogik?

Institut für Ökologie
Turmstr. 14A, 23843 Bad Oldesloe
institut@inihaus.de

Der Infodienst für UmweltakteurInnen
Herbst '99/2000
● Kurznotiert **25**



Ö-Verteiler "Abfall"

- Das Bessere Müllkonzept
- LV Baden-Württ
- LV Bayern
- LV Schleswig-H.
- Müllnetz Berlin

Die Firma Amort Farbband-Recycling begann 1990 in Konstanz mit der Entwicklung von Wiederbefüllungstechniken für Tintenpatronen, Tonern und Farbbandkassetten. Über der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Qualitätsstandards und der Erweiterung der Produktpalette steht die Philosophie der - seit 1995 unter neuem Namen geführten - Firma Amort Recycling-International: Schluß mit der Einwegtaktik - hin zu qualitativ hochwertiger Wiederverwertung!

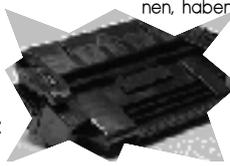


Unser Angebot umfaßt neben dem Recycling von Druckerzubehör auch den Vertrieb von umweltverträglichen Computer-Reinigungsmitteln und die Entsorgung nicht recyclingfähiger Farbbandkassetten. Als Großhändler beliefern wir Recycling-unternehmen mit Tinte für Tintenstrahldrucker sowie mit selbst gefärbtem Nylongewebe als Rohstoff für neue Farbänderer. Gellefert wird der recycelte Rohstoff als Rollenware, die Tinte im Faß oder Kanister.

Vom Recycling-Service machen nicht nur mittlere und große Unternehmen Gebrauch; zu unserem Kundenkreis gehören in steigender Zahl auch Privatkunden sowie Anwender mit aussergewöhnlichen Aufgaben.



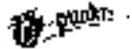
Telefon: +49 7531 915076
Telefon: +41 71 6728353
Telefax: +49 7531 915078
E-mail: amort@amort.de
http://www.amort.de



Da wir Ihnen ein breites Sortiment an Markenartikeln anbieten können, haben Sie die Möglichkeit, alles aus einer Quelle zu beziehen. Unsere Firma ist seit 1997 Lexmark und Epson Vertragspartner.

Rebbergstr. 30, 78464 Konstanz

Wir danken allen "Ö-Punkte"-LeserInnen, die bereits mit uns kooperieren oder dieses vorhaben und wünschen einen guten Jahrtausendwechsel!



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

26

Winter '99/2000

• Kurz notiert

Zeitschriften-schau

anti atom aktuell

(Bestellung/ Aba-
aaa, Helgenstockstr.
15, 35394 Giessen)
Nr. 105, Oktober 99
• Castor, Grenze und
Nation
Nr. 106 November 99
• Verfahren politi-
scher Entmündigung

graswurzelrevolution
für eine gewaltfreie,
herrschaftslose Ge-
sellschaft

Jahresabo 35 DM
GWR, Kaiserstr. 24,
26122 Oldenburg Fax:
0441/2489661 Inter-
net: http://www.com-
link.de/graswurzel/

**Mailingliste zum Thema
Liberalisierung/Grüner Strom**

Seit Beginn der Liberalisierungswelle steht die ganze Republik "Unter Strom". Der Strom hat plötzlich Farbe bekommen, die Preise sinken, Stadtwerke und Arbeitsplätze sind bedroht und es wird über die Farbe des Stroms diskutiert. Gelb-(Atom)-Strom oder Grüner Strom (regenerativ, Kraft-Wärme-Kopplung)? Sinn und Zweck dieser Liste ist es, über die durch die Liberalisierung aufgeworfenen Fragen für Umwelt- und andere soziale Bewegungen zu diskutieren. Schwerpunkte der Diskussion können sein:

- Die Folgen für Stadtwerke, Alternative Energien und Atomausstieg
- Glaubwürdigkeit und Wirkungsmöglichkeiten Grüner Stromangebote
- Kampagnen für Alternativenergien, gegen Atomstrom
- Strategien und Alternativkonzepte

Diese Mailingliste ist im Rahmen einer Diskussion auf der Mailingliste der Kampagne "X-tausendmal

quer – überall", der gewaltfreien Blockade des nächsten Castor-Transports, entstanden. Die Zahl der Beiträge zum Thema Liberalisierung des Strommarktes nahmen so überhand, daß wir eine eigene Liste zum Thema eingerichtet haben. Falls Du die Mailingliste von X-tausendmal quer nicht kennst, kannst Du unter www.x1000malquer.de nachlesen, worum es geht und wie Du in die Mailingliste kommst.

Eine Nachricht an die Liste koennt Ihr an die Adresse <Unter-Strom@Listi.LINK-VER.de> schicken. Sie wird dann automatisch an alle BezieherInnen der Liste verteilt. Bitte beachtet dabei, dass über die Liste keine Dateien oder mit MIME oder HTML kodierte Daten versandt werden sollen.

Ein- und Austragen aus dieser Liste geht wie folgt: Sendet eine Nachricht an <Majordomo@Listi.LINK-VER.de>. In den Nachrichtentext schreibt Ihr: "subscribe Unter-Strom" (fürs Eintragen) oder "unsubscribe Unter-Strom" (fürs Austragen). Falls Ihr damit ein Problem habt, schreibt im Nachrichtentext "help" für eine ausführliche Anleitung. Werbung machen für diese Liste ist übrigens erwünscht.



Berliner Erklärung

1. Die Bereitschaft aller Atomkraftwerke muß ab dem 1. Dezember 1999 verringert werden. Die atomaren Sprengköpfe sind von Ihren Trägersystemen zu entfernen, so daß sie nicht sofort gestartet werden können.

2. Alle Atomanlagen müssen ab dem 1. Dezember 1999 stillgelegt werden. Sie dürfen nach dem 1. Januar 2000 erst dann wieder in Betrieb gehen, wenn sie getestet wurden und ihre J2K-Festigkeit transparent nachgewiesen wurde. Außerdem muß das Stromnetz wieder voll funktionstüchtig sein.

3. Es müssen in jedem Atomkraftwerk zum 1. Dezember 1999 zuverlässige und mehrstufige (redundante) Notstromsysteme mit ausreichender Brennstoffversorgung installiert werden, die auch längere Ausfälle des Stromnetzes kompensieren können. Es muß sichergestellt werden, daß der Betriebszustand kritischer Atomanlagen stabil und unter Kontrolle ist.

4. Für jede Kommune, die sich im Einzugsbereich von Atomanlagen befindet, müssen Vorsorgepläne aufgestellt werden. ...

5. Ab dem 1. Dezember müssen weltweit alle Transporte von radioaktivem Material eingestellt werden.

6. Um die weltweite Situation im Hinblick auf die J2K-Vorbereitungen kontinuierlich zu überwachen, zu bewerten und zu beeinflussen, muß eine fortwährende Diskussion und Evaluation zwischen offiziellen und unabhängigen Expertengremien stattfinden. Diese Diskussion muß im Internet und über Printmedien öffentlich gemacht werden.

(Hinweise: Es handelt sich um Auszüge, die Anti-Atom-Konferenz kritisierte den fehlenden Totalausstieg)



Themenredaktion "Atom"

Bernd Hanewald
Hermann-Levi-Str. 9
35392 Gießen
Tel.&Fax 0641/29125
bernd.hanewald@
med.uni-giessen.de

**Hilfreicher Druck für Schröder: Massenzeitung für den Ausstieg
Jetzt oder nie! Macht mit!**

Endlich! Die Umweltverbände und die Anti-Atom-Bewegung ziehen an einem Strang, um Druck für den Ausstieg aus der Atomenergie zu machen. Mit einer "Zeitung für den Atomausstieg", die millionenfach in der breiten Bevölkerung verteilt werden soll, möchte das "Aktionsbündnis Atomausstieg" einen Stimmungswandel in der Bevölkerung für den Atomausstieg erzeugen und den ausstiegswilligen Kräften in der rot-grünen Bundesregierung den Rücken stärken. "Nach dem monatelangen Trommelfeuer der Atomwirtschaft mit Drohungen, Halb-

Argumente nicht hinreichend berücksichtigen, müssen wir uns selbst mit einer Massenzeitung an die Bevölkerung wenden, wenn wir nicht einfach zusehen wollen, wie der Atomausstieg Stück für Stück demontiert wird. Für den 'Medienkanzler' Gerhard Schröder wird das ein hilfreicher Druck sein, denn unsere Argumente werden die Bevölkerung überzeugen."

Die Zeitung setzt sich kritisch mit der seit Monaten währenden juristischen Auseinandersetzung um die Möglichkeiten eines Atomausstiegs auseinander, kritisiert die beabsichtigte Finanzierung neuer Atomkraftwerke im benachbarten Ausland durch die Bundesregierung und den Import von Atomstrom, macht die Realisierbarkeit einer Energiewende deutlich, dokumentiert die vielfache Subventionierung der Atomenergie, veranschaulicht die sicherheitstechnischen Schwächen der (deutschen) Atomkraftwerke, analysiert den geplanten "Konsens" zwischen Regierung und Atomwirtschaft, zeigt Handlungsmöglichkeiten für den Atomausstieg und die Energiewende ... und fordert die Bevölkerung auf, diese Zeitung nachzubestellen und selbst wei-

terzuzerteilen. Der Ausstieg kann gelingen – mit Eurer Hilfe: Bestellt die Zeitung und verteilt sie in Eurem Wohnort. Selten zuvor wurden so viele Menschen der Umwelt- und Anti-Atom-Bewegung aufgefordert, eine gemeinsame Zeitung in der Bevölkerung zu verteilen. Wenn viele Menschen wenige Zeitungen und wenige Menschen viele Zeitungen verteilen, haben wir die Chance, einen immensen Druck aufzubauen. Helfen Sie mit, diese Zeitung zu verteilen – millionenfach. Macht doch einfach demnächst einen kleinen Abendspaziergang und verteilt 100 Zeitungen in die Briefkästen in Eurer Nachbarschaft. Vielleicht habt Ihr sogar ein wenig mehr Zeit und könnt 500, 1000 oder sogar 2000 Zeitungen verteilen. Entscheidend ist weniger, wieviel Ihr verteilt. Entscheidend ist, daß Ihr mitmacht. Einfach jetzt gleich bestellen!

Bitte legt Eurer Bestellung die notwendigen Geldscheine bei und schickt sie an das "Aktionsbündnis Atomausstieg", Körstr. 10, 10967 Berlin.

Die Kampagne kostet viel Geld! Spendenkonto: IPPNW, Konto-Nr. 60042447, Sparkasse Rastatt, BLZ 665 500 70, Stichwort "Atomausstieg".

Bitte schickt mir (zu folgenden ermäßigten Preisen inklusive Versand):

- o 50 Zeitungen für 10 DM
- o 100 Zeitungen für 20 DM
- o 500 Zeitungen für 40 DM
- o 1000 Zeitungen für 70 DM
- o 2000 Zeitungen für 120 DM

(Name) _____

(Straße) _____

(PLZ, Ort) _____

Berliner Erklärung zum Jahr-2000-Problem

Der Anlaß: Die G8-Staaten (Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Rußland, Großbritannien, U.S.A.) trafen sich am 21. und 22. September 1999 in Berlin zu einem Arbeitstreffen zur Vorsorgeplanung für den bevorstehenden Jahrtausendwechsel. Dies ist ein Zeichen dafür, daß sie ihre Verantwortung gegenüber der Weltgemeinschaft ernst nehmen. Der Titel der Tagung zeigt, daß die G8-Staaten die Tatsache akzeptiert haben, daß eine vollständige Jahr 2000-Festigkeit aller Systeme bis zum Jahreswechsel 1999/2000 nicht sichergestellt werden kann. Bürgerinnen und Bürger aus aller Welt sind besorgt darüber, daß die möglichen Folgen eines Versagens von Systemen in atomaren Anlagen aufgrund des Jahr 2000 (J2K)-Problems eine besondere Gefahr für die Weltgemeinschaft und für das Leben auf diesem Planeten darstellt. Daher sind wir am Tag vor dem G8-Treffen zu einem Forum Atomkritischer BürgerInnen zusammengelassen, um so unserer Besorgnis über diese kritische Angelegenheit Ausdruck zu verleihen. Weil wir der Meinung sind, daß die Regierungen ihre Autorität von uns Bürgern bekommen, bestehen wir, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Forums, darauf, daß die G8-Staaten die Bedrohung für atomare Anlagen wegen des J2K-Problems auf die Tagesordnung des Arbeitstreffens setzen. Wir werden daher die folgenden Beschlüsse den Vertreterinnen und Vertretern der G8-Staaten übermitteln und sie dazu aufrufen, diese unverzüglich umzusetzen.

Der Hintergrund: Das Atomzeitalter ist beinahe so alt wie das Computerzeitalter. Atomwaffen und ihre Trägersysteme benötigen genauso wie Atomkraftwerke und andere Atomanlagen Computer, um funktionieren zu können. 4.400 Atomwaffen werden in aller Welt auf höchster Alarmbereitschaft gehalten. Frühwarn- und Kommunikationssysteme können jedoch schwer vom J2K-Problem betroffen werden, wodurch die Gefahr besteht, daß Daten über Atomwaffen fehlinterpretiert werden. So wächst die Gefahr eines nicht autorisierten oder versehentlichen Einsatzes dieser Atomwaffen. Die über 1.000 Atomanlagen (433 kommerzielle Reaktoren, 591 Forschungsreaktoren, alle Anlagen, die mit Atombrennstoff umgehen und eine signifikante Menge radioaktiven Inventars aufweisen sowie alle atomgetriebenen U-Boote), die weltweit betrieben werden, sind auf die Versorgung mit elektrischer Energie angewiesen. Wie auch von Aufsichtsbehörden und unabhängigen Fachleuten bestätigt wird, kann ein Versagen bei Computersystemen oder sog. "embedded systems" zu einem Zusammenbruch des Stromnetzes führen. Dies wiederum könnte Atomunfälle bis hin zur Kernschmelze nach sich ziehen. So hat die

französische Atomenergiekommission mitgeteilt, daß alle Anlagen, die mit Atombrennstoff arbeiten, während des Jahrtausendwechsels und bis zum 3. Januar 2000 stillgelegt werden; die U.S.-amerikanische Atomaufsichtsbehörde hat im Juli 1999 mitgeteilt, daß 6 der 8 großen Atombrennelementfabriken in den U.S.A. während des Jahreswechsels außer Betrieb genommen werden. Die Notstromsysteme für Atomanlagen sind auf Versorgung mit Treibstoff angewiesen, die ebenfalls vom J2K-Problem betroffen sein könnten.

Das Risiko: Kein Mensch weiß, was am 1.1.2000 oder danach wegen des J2K-Problems passieren wird. Das Potential für menschliche und ökologische Katastrophen ist offensichtlich. Wir können es uns nicht erlauben, Risiken einzugehen, die sich als unumkehrbar oder gar katastrophal erweisen könnten. Obwohl einige Vorsorgeplanungen eingeleitet wurden, braucht die Öffentlichkeit den dokumentierten Nachweis, daß sie vor solchen möglichen Katastrophen geschützt ist.

Die Lösung: Wir rufen daher alle Regierungen, die internationale Atomwirtschaft und alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, die Forderung nach einem weltweiten Atomsicherheits-Urlaub zu unterstützen und gemeinsam an der Umsetzung der folgenden Schritte zu arbeiten:

Die Gelegenheit: Die Herausforderungen, denen wir bei der Bewältigung des J2K-Problems begegnen, eröffnen uns allen die Gelegenheit, uns erneut die Gefahren der Atomtechnik bewußt zu machen, mit denen wir jeden Tag leben. Das J2K-Problem macht deutlich, daß die menschliche Kontrolle über die Technik begrenzt ist und daß Unfälle passieren können. Die Regierungen müssen sich – auch für die Zukunft – die immerwährenden Gefahren der Atomenergie vor Augen halten. Diese werden bestehen, solange Atomwaffen und Atomenergie existiert. Gemeinsam können wir in den nächsten Tagen und Wochen weitere Schritte auf dem Weg hin zu einer sichereren Welt gehen, Vorsorge für unsere gemeinsame Sicherheit treffen und das Risiko für eine atomare Katastrophe minimieren.

Für weitere Informationen: IPPNW-Deutschland, Xanthe Hall, 030-693 0244 ipnw@oln.comlink.apc.org

"Vielleicht einmal in fünf Tagen wache ich nachts schweißgebadet auf und denke, das Jahr 2000-Problem ist viel größer als wir glauben, und an den anderen 4 Tagen glaube ich wieder, daß wir alles im Griff haben. Alles ist so miteinander verwoben; es ist schwer, eine genaue Aussage darüber zu treffen, ob wir es geschafft haben oder nicht."

John Hamre, stellvertretender US-Verteidigungsminister

Ö-termine

Regelmäßige Termine:

jeden Sonntag:

Gorlebener Gebet
14 Uhr an den Gorleben-Kreuzen, zwischen Erkundungswerk und Salinas-Claims

am 6. jeden Monats:

Mahnwache am AKW Brokdorf
zwischen 14 und 17 Uhr Kontakt: A. Dreckmann, Lange Reihe 20, 25541 Brunsbüttel, Tel: 04852 - 54193

jeden 1. Sonntag im Monat:

Spaziergang Rossendorf
13 Uhr am Tor zum Forschungszentrum
Tel: 034 25 - 817765

Spaziergang UAA Gronau
14 Uhr, am Zufahrtstor Röntgenstraße
Kontakt: AKU, Siedlerweg 7, 48599 Gronau,
Tel: 02562 - 23125

Spaziergang Garching
14 Uhr, Bushaltestelle Atomel Garching

jeden 3. Sonntag im Monat:

Spaziergang Ahaus
14 Uhr, Brennelemente-Zwischenlager
Kontakt: BI Ahaus, Tel: 02561 - 961101
oder: WlGA Münster, Tel: 0251 - 521110

Jeweils nach dem Sonntagsspaziergang
Delegiertentreffen in Ahaus

Spaziergang Rheinsberg
13:30 Uhr, Bahnhof Rheinsberg
Kontakt: Atomplenum Greifswald,
Tel: 03834 - 89 75 14

Hoch die Internet-ionale Solidarität

Norberts Bookmarks für engagierte Leute mit über 15000 gutsortierten Links u.a. zu den Themen: Anti-Atom, Atomwaffen, Umwelt, Menschenrechte, 3. Welt, Soziales und Politik...
<http://www.dfg-vk.de/links/bookmark.htm>

Jahr-2000-Fehler, Aktionsvorschläge
<http://www.geocities.com/mothersaler/>

Aktuelle Anti-Atom-Informationen der letzten 30 Tage
<http://www.oneworldweb.de/castor/aktuell.html>

Gorleben - TICKER der CASTOR-NIX DA-Kampagne mit den aktuellsten Informationen!
http://www.oneworldweb.de/castor/bi_ticker.html

Anti-Atom-Kontakt (sortiert nach Alphabet)
<http://members.aol.com/JueSiebert/adressal.htm>

Anti-Atom-Kontakt (sortiert nach Postleitzahlen) <http://members.aol.com/JueSiebert/adressen.htm>

aktualisierte Nachrichten zum Atomausstieg
<http://www.yahoo.de/schlagzeilen/politik/atomausstieg.html>

Das Jahr-2000-Problem und die AKW's
<http://www.oneworldweb.de/castor/diskus/pc2000/pc2000.html> (incl. Linkliste)

Siemens-Boycott
<http://www.siemens-boycott.de>

Anti-Atom, Soziale Verantwortung

Der Infodienst für Umweltakteurinnen

Herbst '99/2000

● Kurz notiert

27

Literatur

Hermann Falk/Dieter von Lüpke
Energie und Wohnen
(1998, dtv in München, 224 S., 18,90 DM)
Ein grundlegendes Buch für alle, die den Einsatz regenerativer Energien im Haus überlegen. Im Mittelpunkt steht die Wirtschaftlichkeit sowie technische Voraussetzungen. In den abschließenden Kapiteln werden Fördermöglichkeiten, rechtliche Bedingungen und besondere Umsetzungsformen vorgestellt.



Ö-Verteiler "Atom"

• anti atom aktuell

Presse-Taschenbuch Energie 2000
(1999, Kroll-Verlag in Seefeld, 608 S., 48 DM)

Adressen, Adressen, Adressen ... von Medien über Behörden, Firmen und Verbände sind hier ca. 12.000 Kontakte niedergeschrieben. Die Autorinnen kommen aus dem Umfeld der Großkonzerne, jedoch ist die Liste eine riesige Fundgrube. Neu: Mit kleinem Expo-Heftchen voller Adressen.

Amory Lovins/
Peter Hennis
Voller Energie
(1999, Campus in Frankfurt, 265 S., 36 DM)

Das Buch trägt recht systematisch Strategien für eine veränderte Energiepolitik zusammen. Mit Texten zur Lage in verschiedenen Ländern der Erde. Das Buch gehört zur Expo-Buchreihe.





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

28

Winter '99/2000

• Kurz notiert

BAYER down!!

Das hat BAYER in seiner 136-jährigen Geschichte noch nie erlebt: Indische LandarbeiterInnen demonstrierten zu Hunderten in Leverkusen vor den Toren der Konzernverwaltung in Leverkusen. Ihre grünen Fahnen wehten über der Demonstration, die zornigen Sprechchöre "BAYER down, down!" brachen sich an den Werksmauern. Was die Sache für die Konzern-Leitung noch verschärfte:

Hier ist die Kritik – Wo ist die Aktion?

Wie Euch beim Lesen dieser Rubrik in vorhergehenden Ausgaben wahrscheinlich schon aufgefallen ist, wird in "Chemie und Industrie" relativ wenig über konzern-kritische Aktivitäten berichtet. Das hat einen ganz einfachen Grund: Es gibt in Deutschland offensichtlich kaum Aktivitäten in diesem Bereich. Ausnahmen sind die kritische BAYER-Arbeit der Coordination gegen BAYER-Gefahren und die Gentechnik, der ihre eigene Rubrik in den Ö-Punkten hat. Meldet euch bei uns, falls ihr Aktionsgruppen, Termine, Arbeitstreffen usw. kennt, die hier noch nicht erwähnt werden!

Die Demonstration war u.a. organisiert von einer kritischen Belegschaftsliste und der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG). Entsprechend sprachen auf der Kundgebung auch ein Betriebsrat des Werkes und ein CBG-Vertreter. Es ging um "BAYER-Gen-Diktatur", um Ausbeutung und Vergiftung. Traurig, dass die Evangelische Kirche in Leverkusen einmal mehr ihre BAYER-Hörigkeit unter Beweis gestellt hat. Der Superintendent höchstpersönlich zog die Unterschrift unter die ge-

meinsame Erklärung zurück, verweigerte den für eine Veranstaltung mit den indischen LandarbeiterInnen vorgesehenen Raum und verbot dem kirchlichen Sozialreferenten jede weitere Beteiligung an der Aktion. Die Ev. Kirche in Leverkusen entsolidarisierte sich derart öffentlich mit den Opfern ausbeuterischer BAYER-Politik in Indien!

Prozess gegen Anti-IG-FARBEN-AktivistInnen

Im Dezember 1998 besetzten mehrere AntifaschistInnen das Büro der IG FARBEN in Frankfurt, darunter das Vorstandsmitglied der Coordination gegen BAYER-Gefahren, Axel Köhler-Schnura. Die BesetzerInnen wollten mit ihrer Besetzung den Forderungen nach sofortiger Auflösung der "Mordgesellschaft" IG FARBEN und nach gerechter Entschädigung der Opfer des IG FARBEN-Terrors Nachdruck verleihen. Nun wurde von der Staatsanwaltschaft Frankfurt gegen Axel Köhler-Schnura Klage erhoben. Solidarität ist gefragt.



Proteste an Staatsanwaltschaft Frankfurt, Seilerstr. 16, 60313 Frankfurt.

Bitte schickt Kopien an die CBG. Dort gibt es auch weitere Infos: Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon 0211 - 33 39 11, Fax 0211 - 33 39 40, EMail: CBGnetwork@aol.com

Aktionsleitfaden für Nachbarn von Chemiefabriken

Wer in der Nachbarschaft einer chemischen Fabrik lebt und das Gefühl nicht los wird, dass diese Fabrik die Umwelt verschmutzt, sollte aktiv werden. Für diesen Fall gibt es jetzt ein Handbuch: den Polluting Factory Campaign Guide. Herausgeber ist die Kampagne factory watch der britischen Friends of the Earth. Die Broschüre (in Englisch) ist zwar vor allem von ihrer rechtlichen Seite auf britische Verhältnisse zugeschnitten, sie ist aber dennoch ein guter Leitfaden, wie im konkreten Fall vorzugehen ist.

Zu bestellen für 15 brit. Pfund bei Friends of the Earth, 26-28 Underwood Street London, N1 7JQ oder kostenlos im Internet zum Herunterladen: www.foe.co.uk/factorywatch/faq.html#m



Themenredaktion "Chemie/Industrie"

Coordination gegen BAYER-Gefahren Postfach 150418, 40081 Düsseldorf 0211/3339-11, Fax -40 co_gegen_bayer@nadeshda.gun.de

&

Christian Wagner Umweltmagazin Global 3000, Radio Dreyeckland Adlerstr.12, 79098 Freiburg, 0761/31868 wagner@sapphire.chemie.uni-freiburg.de

Hinweis

Dem größten Teil unserer Auflage liegt ein Buchkatalog bei. Dort ist auch das vorgestellte Buch (siehe rechts) zu beziehen (auf Wunsch mit Signatur des Autors): MENSCH+UMWELT-Versand Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf

MCS – Krankheit des Chemiezeitalters?

Wir sind einer Vielzahl von Umweltgiften ausgesetzt. Dazu kommen Belastungen durch Amalgam und Wohngifte, Formaldehyd, Lösungsmitteldämpfe, Vinylchlorid aus PVC, Ausdünstungen von Weichmachern aus Kunststoffen, Pestizide – für viele Menschen bedeutet das den Zusammenbruch ihres Immunsystems. Sie leiden unter MCS, der Multiplen Chemikaliensensibilität. Schon unter Einwirkung niedrigster Konzentrationen von Chemikalien reagieren die Betroffenen mit schlimmen Symptomen, die häufig in Unkenntnis der Ursache eine jahrelange Arbeitsunfähigkeit und hohe finanzielle Verluste zur Folge haben. Es gibt kein typisches und einheitliches Krankheitsbild. Die Beschwerden reichen von Kopfschmerzen, Müdigkeit, Gedächtnisschwäche, Atemwegsproblemen, Hautproblemen und Störungen im Verdauungsbereich bis hin zu Wesensveränderungen und Intelligenzschwund.

In den USA ist MCS seit einigen Jahren als Krankheit anerkannt, die deutsche Medizin sträubt sich in weiten Bereichen immer noch dagegen. So schreibt der Umweltrat in seinem neuen Sondergutachten "Gesundheit und Umwelt": "Gesundheitsrisiken durch das Krankheitsbild der Multiplen Chemikalien-Überempfindlichkeit (MCS) werden häufig überschätzt." Immerhin wird hier MCS nicht an sich als Krankheit abgelehnt.

Das Hauptproblem liegt darin, dass MCS sich nicht mit den klassischen Modellen von Medizin und Toxikologie erklären lässt. Das Auftreten von MCS ignoriert gesetzlich festgelegte Grenzwerte für bestimmte Giftstoffe, die Betroffenen können schon bei kleinsten Mengen zusammenbrechen. Für die Schulmedizin fehlt hier ein klarer Mechanismus von Ursache und Wirkung. MCS ist mit der klassischen Krankheitsdiagnostik nicht in den Griff zu bekommen. Untersuchungen der üblichen Laborwerte zeigen oft keine Abweichung von der Norm. Auch die beliebten Allergietests sind oft negativ, da die MCS-Symptomatik durch einen anderen Mechanismus ausgelöst wird als bisher bekannte Allergien.

So gilt das Motto: Was nicht sein kann, darf nicht sein. MCS-Kranke werden psychologisiert und als Hypochonder, Ökochonder oder Simulanten in psychologische Behandlung gedrängt. Jahrelange Odysseen zu Dutzenden von ÄrztInnen deprimieren die Betroffenen. Diese Erfahrung potenziert sich mit den psychischen Veränderungen, die durch die Krankheit selbst bedingt sind. Die Konsequenzen sind vernichtend. Jahrelange, selbstfinanzierte Behandlungskosten und nicht anerkannte Arbeitsunfähigkeit ruinieren die Kranken finanziell. Sie werden zusehends aus dem gesellschaftlichen Leben gedrängt – Verlust von Freundes-

kreis und oft auch der Familie sind die Folge. Alles nur eingebildete Kranke? Inzwischen hat sich eine umfangreiche umweltmedizinische Forschung entwickelt, die neue Wege beschreitet. Es wurde eine Diagnostik entwickelt, neue Therapiemöglichkeiten etablieren sich. Auch in Deutschland gibt es inzwischen spezielle Umweltkliniken, die Hilfe anbieten.

Was kann bei MCS getan werden?

Erster Schritt ist die Diagnostik durch kompetente UmweltmedizinerInnen. Dazu gehört auch die Lokalisierung möglicher MCS-Auslöser im Wohnumfeld. Dann folgt die Therapie, die im wesentlichen aus drei Teilen besteht: der Entgiftung des Körpers, der Wiederherstellung gestörter Körperfunktionen und der Verbesserung des persönlichen Lebensumfelds. Obwohl viele neue Methoden der Diagnose und Therapie erfolgreich sind, werden sie in den meisten Fällen nicht von den Krankenkassen bezahlt!

Kontakt und weitere Informationen: SHG Chemikalien- und Holzschutzmittelgeschädigter, M.+B.Hennek, Rudolf-Clausius-Str. 4, 97080 Würzburg, Tel 0931/93627, Fax 0931/960888, home.t-online.de/home/bruno.hennek/



Der Infodienst für Umweltdaerinnen

Herbst '99/2000

● Kurz notiert



Zeitschriften-schau

ICEM 2/99:
Berufskrankheiten durch Chemikalien. Die Zeitschrift der Int. Föderation der Chemie-gewerkschaften (ICEM) ist im Vergleich zu den Werken der Industrie-anbieternden deutschen Gewerkschaften ein wahres Lesevergnügen. Bezug der deutschen Ausgabe: ICEM, Avenue Emile de Béco 109, B-1050 Brüssel, Belgien

BBU-Wasserrundbrief 5/17+5/21:
Ein Schlagabtausch mit der BASF über ihre Informationspolitik. Bezug: AK Wasser im BBU, Rennerstr.10, 79106 Freiburg

Wirken Umweltgifte wie Hormone?

An dieser Frage wird seit einiger Zeit mit zunehmendem Eifer geforscht. Von inzwischen geächteten Giftstoffen wie den polychlorierten Biphenylen (PCBs) oder dem Pestizid DDT ist bekannt, dass sie im Körper ähnlich wie das Hormon Östrogen wirken. Es stellt sich die Frage, ob nicht viele andere Umweltgifte ebenfalls eine hormonähnliche Wirkung haben. Insgesamt wird bei 250 bis 1000 Stoffen damit gerechnet, dass eben dies der Fall ist. Dazu gehören aber nicht nur Umweltgifte, sondern auch Stoffe natürlichen Ursprungs. Da diese Stoffe den Hormonhaushalt beeinflussen, können sie prinzipiell die menschliche Gesundheit beeinträchtigen und einen Einfluss auf die Biosphäre haben (z.B. die Fortpflanzung wildlebender Tiere). In diesen Zusammenhang gehört auch die Frage, ob Umweltgifte für ein Sinken der männlichen Fruchtbarkeit verantwortlich sind. Wie ist der Stand der Forschung? Das Sondergutachten des Umweltrats: Umwelt und Gesundheit kommt zu dem Fazit: "Bisherige Untersuchungen zeigen, dass die Belastung des Menschen mit hormonähnlich wirkenden Stoffen [...] von Stoffen natürlichen Ursprungs stärker als durch synthetisch erzeugte Substanzen ist." Toxikologische Unbedenklichkeitsbescheinigungen bei Umweltgif-

ten sind mit Vorsicht zu genießen. Das zeigt die Erfahrung mit käuflichen Gutachten beim Holzschutzmittelprozess (siehe Buchtip) oder die Gutachter-Odyssee vieler MCS-Kranker. Immerhin: der Umweltrat betont, dass insgesamt noch ein sehr großes Forschungsdefizit besteht. Dass die bisherige Forschung zu diesem Thema äußerst mangelhaft ist, stellte jetzt auch eine Gruppe kalifornischer Biologen fest. Großteils werden die Untersuchungen anhand von Tierversuchen durchgeführt. Aus praktischen Gründen werden dazu meist sog. "CD-1-Mäuse" verwendet, da diese eine äußerst hohe Vermehrungsrate haben. Denn sie sind unsensibel gegen das weibliche Hormon Östrogen. Und ausgerechnet mit diesen Mäusen werden Umweltgifte auf ihre hormonähnliche Wirkung getestet ...

Quelle:
Umweltrat,
Sondergutachten Umwelt und Gesundheit (1999) C&I 6.9.99

Lesetip:

Erich Schöndorf, Von Menschen und Ratten. Über das Scheitern der Justiz im Holzschutzmittelkandal. Verlag Die Werkstatt 1998. 288 Seiten, DM 24,80
Was passiert, wenn Tausende Menschen durch ein Handelsprodukt vergiftet werden? Was geschieht mit Managern, die das Produkt trotz Warnungen von Ärzten weiterhin verkaufen? Dieses Problem sollte der spektakuläre Holzschutzmittelprozess lösen. Erich Schöndorf schildert in seinem Buch Von Menschen und Ratten die Geschichte dieses Verfahrens. Das Besondere an diesem Buch: der Autor ist der Mann, der für die Staatsanwaltschaft die Anklage gegen

die Manager der Holzschutzmittelhersteller vertreten hat. So entsteht zum einen ein aufschlussreicher Insider-Blick in die Mühlen der deutschen Justiz. Geschildert werden die Probleme einer neuen Strafjustiz, die nicht mehr die "kleinen Bankräuber" verfolgt, sondern "rechtschaffene Bürger", die mit ihrer Arbeit in der Gesellschaft geachtet werden - die Manager. Schonungslos schildert Schöndorf die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft, Umweltkriminalität und Macht. Aber auch ein Mythos wird zerstört: käufliche und befangene Experten, die Krankheiten beurteilen, ohne je einen betroffenen Patienten gesehen zu haben.

ASPIRIN: 100 Jahre alt - und neue Kritik

Aspirin ist das Flaggschiff des BAYER-Konzerns. Nicht umsonst hat BAYER anlässlich des Jubiläums seine Konzernzentrale in eine überdimensionale Aspirin-Schachtel verpackt. Kaum ein Medikament ist weltweit so berühmt wie dieses Schmerzmittel. Aspirin steht synonym für Schmerzmittel. Aber Aspirin wirkt nicht nur gegen Schmerzen. Sein Wirkstoff Azetylsalicylsäure (ASS) hat auch viele Nebenwirkungen. Werden Nebenwirkungen ansonsten negativ beurteilt, so geschieht bei Aspirin gerade das Gegenteil: sie werden vermarktet. Immer wieder werden neue Anwendungsbereiche des Medikaments beworben. Z.B. wirkt es blutverdünnend (für SchlaganfallpatientInnen) und fiebersenkend (bei Erkältungen). Aspirin wird immer mehr zum Allroundmedikament. Stark in die Kritik geraten ist die Werbung für die vorbeugende Einnahme von Aspirin als Schutz gegen Erkältungen. Denn Aspirin stärkt weder das Immunsystem, noch wirkt es gegen Viren.

Die Vermarktung als ASPIRIN JUNIOR musste aufgegeben werden, als sich herausstellte, dass Aspirin bei Kindern das tödliche Reye-Syndrom auslösen kann. In Argentinien, wo BAYER 7% des Weltumsatzes mit Aspirin macht, sind die ASPIRINETAS immer noch als Kinder-

medizin im Handel. Die Diskussion um das Flaggschiff von BAYER nimmt kein Ende. Immer noch ein Thema: ASS kann Magenbluten und Magengeschwüre auslösen. Welche Ausmaße das annimmt, ergab jetzt eine Studie der Boston University School of Medicine: jährlich sterben 16.500 AmerikanerInnen an Magenblutungen, die durch den Aspirin-Wirkstoff ASS verursacht werden (zum Vergleich: 16.685 AIDS-Tote in den USA 1997).

Aber immer noch herrscht bei vielen ÄrztInnen und PatientInnen ein mangelndes Risikobewusstsein. Eine im New England Journal of Medicine veröffentlichte Untersuchung ergab, dass 75% aller PatientInnen, die regelmäßig Aspirin einnehmen, die Risiken nicht kennen oder ignorieren. Bücher wie Michael Castlemans "Jeden Tag ein Aspirin" fördern den unsinnigen routinemäßigen Gebrauch und suggerieren, dass auch gesunde Menschen regelmäßig ASS einnehmen sollten. Die Coordination gegen BAYER -Gefahren (CBG) fordert eine Rezeptpflicht für Aspirin. Zudem sollte die Werbung für Schmerzmittel untersagt werden, damit der sorglose Umgang mit den risikobehafteten Pharmaka nicht gefördert wird.

Quelle: Stichwort BAYER 3/99

Wer gehört wem?

Im globalen Geflecht der Konzerne ist leicht der Überblick zu verlieren. Für den besseren Durchblick wollen wir hier zwei Quellen vorstellen. Speziell für den Bereich Agrochemie und Saatgut hat die RAFI (Rural Advancement Foundation International) eine neue Übersicht herausgegeben: <http://www.rafi.org>. Einen aktuellen Überblick zu allen Veränderungen der Konzernlandschaft bietet die Zeitschrift Chemistry&Industry. Herausgeber ist die britische Society of Chemical Industry (SCI). Für eine Industrie-Zeitschrift ist die Berichterstattung erstaunlich selbstkritisch. Es wird ständig über Gerichtsverfahren, Klagen und Urteile berichtet. Aktuelle politische Diskussionen über die Chemieindustrie werden dokumentiert. Fundierte Kritik an der Industrie wird in Leitartikeln viel Platz eingeräumt. Politischer Schwerpunkt ist zwar Großbritannien, aber die Probleme dort sind wie in Deutschland. Chemistry&Industry erscheint zweiwöchentlich. Abo 42 Pfund.

SCI, 15 Belgrave Square London, SW1X8PS United Kingdom (Tip: in der Uni- oder Chemiebibliothek suchen, ...). Leitartikel u.ä. unter <http://ci.mond.org>.



Ö-Verteiler "Chemie/Industrie"

● Stichwort Bayer

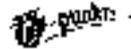
Stichwort BAYER 3/99:

- Störfälle in BAYER-Werken
 - Protest indischer Bauern gegen BAYER
 - Risikomedikament ASPIRIN
- Bezug: Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf

Pharmabrief 5-6/99:

- Preisgünstige Medikamente für die ganze Welt?
 - Mit Zwangslizenzen gegen Monopole von Pharmakonzernen
- Bezug: BUKO-Pharmakampagne, August-Bebel-Str.62, 33602 Bielefeld

Ö-termin
13.12.99: in Berlin
Hauptversammlung der BEWAG
Kontakt: Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Schlackstr.16, 50737 Köln, Tel. 0221/5995647



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

30 Winter '99/2000
• Kurz notiert

Grüner Strom: Chaos statt Markttransparenz

Viele umweltbewußte Menschen spielen mit dem Gedanken, den Stromanbieter zu wechseln und zukünftig nur noch ökologisch unbedenklichen Strom zu verbrauchen. Diese Erwartung ist jedoch weitgehend illusorisch, denn aus der heimischen Steckdose kommt weiterhin der herkömmliche braun-graue Strommix. Und trotzdem ist jeder gekündigte Vertrag ein Schlag ins Gesicht der Atomlobby. Welche Aspekte es dabei zu beachten gibt, wird nachfolgend aufgezeigt.



Themenredaktion "Energiewende"

umschalten e.V.
Nernstweg 32,
22765 Hamburg
Tel.&Fax 040/394078

Der Vertrag mit dem Ökostrom-Händler in NRW ist unterschrieben, die dazugehörige Windkraftanlage steht aber an der Westküste. "Wir kommt jetzt der Strom zu mir?", fragt sich der verwirrte Neukunde. "Gar nicht!", wäre die ehrliche Antwort. Tatsächlich ist das Geschäft eher virtueller Art, denn es wird nur so getan, also ob der Strom am einen Ende der Leitung eingefüllt und am anderen Ende wieder herausgeholt wird. In Wirklichkeit wird der Kunde weiterhin vom nächstgelegenen Kraftwerk versorgt. Aber ist damit die ganze Sache ein Schwindel und ohne ökologischen Vorteil? Nein, denn der von der Windkraftanlage erzeugte Strom verdrängt am Ort der Einspeisung ja tatsächlich den Schmutzstrom. Ein anderes Kraftwerk mit konventioneller Befuerung wird deshalb seine Leistung drosseln müssen, wenn die Windkraftanlage anläuft. Die

Umweltentlastung ist also unbestreitbar, und wenn sich viele Menschen daran beteiligen würden, würde der Ökostrom-Anteil im öffentlichen Stromnetz erheblich ansteigen. Aber ist das zu erwarten?

Lesetip

Holger Flaig u.a. Biomasse - nachwachsende Energie (1998, expert in Renningen, 210 S.) Nach einer Übersicht zu Beginn, wo alle Energieträger aus Biomasse virgestellt werden, finden sich drei ausführliche Kapitel zu Holz, Stroh und Biogas. Abschließend finden sich technische, ökologische und ökonomische Hinweise.

Markt für grüne Stammwähler

Das Marktpotential für Ökostrom wird von Fachleuten auf 0,5-3% der Stromkunden geschätzt. Es liegt damit noch unter dem Anteil der grünen Stammwähler und kann problemlos mit den vorhandenen Kapazitäten der regenerativen Energien in Deutschland (ca. 5%) abgedeckt werden. Das bedeutet, im ungünstigsten Fall brauchen gar keine neuen Anlagen entstehen. Die bisherigen Potentiale werden nur anders vermarktet und teurer verkauft! Mögliche Mehrkosten werden nicht mehr von der Allgemeinheit getragen, sondern von den Ökos, die auch noch freiwillig bereit sind, dafür einen höheren Preis zu zahlen. Spätestens hier wird es politisch absolut fragwürdig, denn der Umweltschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe und nicht Hobby derjenigen, die es sich leisten können! Wie in vielen anderen Bereichen wird die Gesellschaft entsolidarisiert, und die sich daraus ergebenden Probleme hat der Staat zu bewältigen.

Michael Müller
Der Ausstieg ist möglich.
(1999, J.H.W./Dietz in Bonn, 192, 19,80 DM)
Der Autor ist Vize-Chef der SPD im Bundestag. In Buchform plädiert er für den Atomausstieg und kann das gut begründen. Das in der realen Politik handelt Müller anders, kleinlaut zwischen den Genossen der Bosse. Das ist Realpolitik. Das Buch ist nützlich als Begründungshilfe zum Atomausstieg. Den Perspektiventeil hätte sich Müller lieber schenken sollen. Er ist ein Fan der Nachhaltigkeit und sucht in technokratischen Lösungen sein Heil. Die Machfrage stellt er nicht. Lesetips.

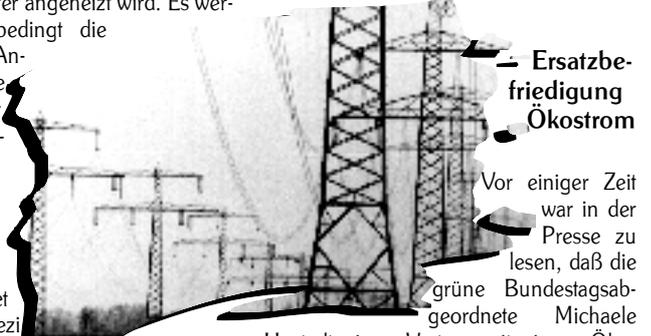
Greenpeace kontraproduktiv

Ärgerlicherweise besteht aber nicht einmal in der Ökologiebewegung Einigkeit über das Vorgehen. So soll es vorgekommen sein, daß Windanlagenbetreiber auf die gesetzliche Einspeisevergütung verzichtet haben, nur um als Ökostromanbieter von Greenpeace akzeptiert zu werden. Die Konsequenzen sind klar: Die Netzbetreiber können auf die Zahlung der höheren Vergütung verzichten und ihren Schmutzstrom damit um so günstiger anbieten. Die – unnötig hohe Mehrbelastung zahlt der dumme Ökoku. Auch ansonsten tut Greenpeace alles, um das Geschehen weiter zu chaotisieren: War den vom Ökokonzern erwählten Anbietern in Aussicht gestellt worden, die Interessenten der "Aktion Stromwechsel" versorgen zu dürfen, wird nun die Greenpeace Energy e.G. gegründet mit dem Erfolg, das der ruinöse Wettbewerb zwischen den Ökostromern noch weiter angeheizt wird. Es werden nicht unbedingt die schlechtesten Anbieter sein, die dabei auf der Strecke bleiben.

Dubiose Angebote

Ausgerechnet der Atomspezialist Bayernwerk bietet Strom aus Wasserkraft zu Spitzenpreisen an, den er aber aus abgeschriebenen Wasserkraftwerken für nur ca. 6 Pfg./kWh erzeugen kann. Mit Ökologie hat das wenig zu tun, mit einem riesigen Reibach neben dem Atomgeschäft schon eher. Auch der Hamburger Anbieter HEW kann angeblich Wasserkraftstrom aus dem Pumpspeicher Kraftwerk Geesthacht liefern, verschweigt aber, daß das Wasser des nachts mit Atomstrom den Berg hinaufgepumpt wird. Weniger gravierend fallen da die Kritikpunkte aus gegenüber der Firma Lichtblick, die tatsächlich einen hohen Anteil an Kraft-Wärme-Kopplung hat, bedauerlicherweise aber größtenteils Strom von einem Tochterunternehmen des schwedischen Atomkonzerns Vattenfall bezieht. All diese Vorkommnisse schaden der Glaubwürdigkeit der gesamten Branche.

Höhe standardisierter Lastkurven analog dem Verbrauchsverlauf der Kunden. Weichen diese Kurven voneinander ab, muß Strom aus herkömmlichen Kraftwerken dazugekauft werden, was Fundamentalisten der Branche als Verrat an der Sache werten. Bei der mengengleichen Einleitung wird am Ende des Jahres gesehen, ob die Summe der Verbräuche aller Kunden mit der Erzeugung übereinstimmt. Nun haben regenerative Energieanlagen das Problem, nicht konstant zur Verfügung zu stehen. Andere Kraftwerke, insbesondere Gasturbinen, haben den Vorteil, kurzfristig regelbar zu sein. Beides ergänzt sich praktisch wunderbar. Beide Segmente energiewirtschaftlich künstlich voneinander zu trennen, istbarer Unsinn! Der Preis für den Ökostrom erhöht sich unnötigerweise, wenn die ÖkoverSORGER auch Kapazitäten vorhalten müssen, die anderswo bereits vorhanden sind. Dieses Konzept ist deshalb abzulehnen!



Ersatzbefriedigung Ökostrom

Vor einiger Zeit war in der Presse zu lesen, daß die grüne Bundestagsabgeordnete Michaela

Hustedt einen Vertrag mit einem Ökostrom-Händler abgeschlossen hätte und nunmehr direkt von einer Windkraftanlage mit Strom versorgt würde. Nicht nur, daß den Menschen damit falsche Vorstellungen vermittelt werden, daß dies der Weg zur energiepolitischen Wende sei. Die gleiche Politikerin äußert sich dann sehr zurückhaltend zu der Novellierung des Stromeinspeisungs Gesetzes und meint in einem besonders krassen Fall vorausweisend Gehorsams, eine Neuregelung sei gegen den Widerstand der Stromkonzerne nicht zu bewerkstelligen. Und aus der Hamburger GAL ist zu hören, die GRÜNE Stromkampagne sei der Kernpunkt der GAL-Energiepolitik für die nächste Zeit. Keine Auseinandersetzungen mehr darüber, daß der örtliche Stromkonzern stillschweigend die Wind- und Wasserkraftförderung gekippt hat. Kein Wort darüber, daß Solaranlagenbetreibern der wirtschaftliche Betrieb weiterhin verwehrt wird und Blockheizkraftwerke von den AKW-Betreibern stillgelegt oder verhindert werden. Es scheint die Illusion vorzuherrschen, daß nun ein Weg gefunden sei, die Energiewende herbeizuführen, ohne den Konflikt mit den herrschenden Kräften aushalten zu müs-

Anbieter	Telefon	Pf/kWh	Grundg.	regen.
Natur Strom	0211/779 00 44	+9,28	wie vor	100%
Nordstrom	0461/14 43 00	32,94	125,28	100%
Bunter Strom	0180/500 22 60	27,90	77,64	10%
Greenpeace	040/30 61 80	34,95	118,80	50%
Lichtblick	0180/2660 660	27,87	112,25	50%
EWS Schönau	07673/93 15 78	29,58	111,36	50%

Zeitgleichheit überflüssig

Mit geradezu ideologischem Eifer werden die verschiedenen Versorgungskonzepte diskutiert: Zeitgleiche Versorgung oder mengengleiche Einleitung? Ersteres meint die Erzeugung des Stroms in der



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst '99/2000

● Kurz notiert

31

Zeitschriften-schau

Photon Nov/Dez 99

- Solarindustrie in Japan
- Sonnige Weihnachtsgeschenke
- Shell-Solarfabrik Gelsenkirchen
- Marktübersicht Ökostrom

Solarzeitalter 3/99

- H. Scheer: Solare Weltwirtschaft
- Energierechtsreform in Dänemark
- Stromlieferverträge und BHKW
- Infos Grüner Strom Label e.V.



Ö-Verteiler "Energiewende"

- Leider keiner.

Neue Energie 11/99

- Wenig Windkraft in Japan
- Biogas aus Hühnermist
- Probleme durch Methanels
- BHKW in Oerlinghausen

Erneuerbare Energien 11/99

- Vergütung für Windstrom
- Windbeteiligungen im Internet
- Windpark in Österreich
- Weltmarkt für Solartechnik

Geothermische Energie 2/99

- Interview mit MdB H.-J. Fell
- Geothermie in Oberösterreich
- Geothermiepotential Rumänien
- Geothermieanlagen der Azoren

bei 10-15% und nicht bei den befürchteten 30%. Insgesamt hat die deutsche Produktion stagniert, obwohl die Produktionskapazitäten deutlich gewachsen sind.

Solarindustrie fordert Vergütung

Würde bundesweit eine kostendeckende Vergütung für Solarstrom eingeführt, könnten problemlos Solaranlagen mit einer Leistung von 1 GW installiert werden, ohne daß die derzeitigen Strompreissenkungen auch nur annähernd ausgeglichen würden. Deshalb haben die Top Ten der deutschen Solarindustrie – darunter Antec, ASE, BP und Shell solar sowie Solon – ein Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister aufgesetzt, in welchem einer erhöhte Vergütung von Solarstrom von rund 1 DM/kWh gefordert wird. Zusammen mit dem 100.000-Dächer-Programm könne so eine Solaranlage fast wirtschaftlich betrieben und der dringend benötigte Absatzmarkt geschaffen werden. Als Köder wurde die Senkung der Modulkosten um die Hälfte in Aussicht gestellt. Von den Großen der Solarbranche hat lediglich die Firma Siemens das Schreiben nicht unterzeichnet.

Solar-Luft-Kollektor getestet

Im Nürnberger Tiergarten erzeugt seit dem 25. Juni eine Photovoltaik-Luft-Anlage gleichzeitig 115 kW thermische und 8,4 kW elektrische Leistung. Hinter der Modulfläche von 210 qm weht ein frischer Wind, der dazu führt, daß der Wirkungsgrad der Module bei 12% gehalten werden kann. Die Innenluft des Gebäudes wird dabei geheizt und gleichzeitig entfeuchtet. Die Investition von einer halben Million DM finanziert sich unter anderem durch die Einsparung von ca. 15.000 Litern Heizöl pro Jahr, d.h. 15% des Heizbedarfes werden über diese Anlage gedeckt. In Serie werden diese Module jedoch noch nicht gebaut.

Keine Solarlampen in Deutschland

In Deutschland brennt noch keine einzige von der EU geförderte Solarlampe. Dabei ist selbst ein 6.600 DM teurer Lichtgeber schon bei 52 Metern Entfernung vom Stromnetz wirtschaftlich zu betreiben. Mit dem Förderprogramm PROFESSA sollen insgesamt 300 kW derartiger Projekte außerdem in den Niederlanden und in Spanien gefördert werden. Bis Ende des Jahres gibt es Zuschüsse in Höhe von 2 DM pro Watt. Förderberechtigt sind Kommunen, Firmen und Privatpersonen.

Infos: *Ecofys, Eupener Straße 137, 50933 Köln, Tel. 0221/947 36 60*

Warentest prüfte Solaranlagen

In der September-Ausgabe der Zeitschrift "test" veröffentlicht die Stiftung Warentest einen Test von 13 Solarmodultypen sowie 10 Wechselrichtern. Geprüft wurden die Komponenten vom TÜV Rheinland. Als bestes Modul schnitt das 300 Watt-Modul von ASE ab, bester Wechselrichter wurde der Sunny Boy SWR 1500 von SMA. Die Modulpreise pro Watt liegen zwischen 11,80 DM (BP) und 8,60 DM (Isofon).

Produktionszahlen für 1998

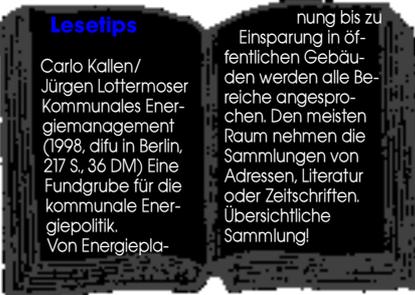
Die Produktionskapazitäten für Solarmodule betrug in 1998 insgesamt 25 MW. Allerdings wurden hierauf lediglich 6,4 MW tatsächlich gefertigt, d.h. die Auslastung betrug ca. 25%. Einzelne Solarzellen wurden in einer Größenordnung von 2,4 MW produziert. Installiert wurden 12 MW Solaranlagen, davon 9,5 MW netzgekoppelt. Dies wurde im Auftrag der Internationalen Energieagentur festgestellt. Der Einbruch zwischen den Jahren 1997 und 1998 liegt somit eher

sen. Dies wird sich aber über kurz oder lang als Fehleinschätzung herausstellen – möglicherweise, wenn es schon zu spät ist!

Unterschiedliche Anbieter

Nichtsdestotrotz werden auch neue Anlagen der regenerativen Energienutzung entstehen können, wenn die entsprechenden Anbieter gewählt werden. Auch hier gibt es viele verschiedene Herangehensweisen. Die Naturstrom AG zum Beispiel schlägt dem bisherigen Strompreis lediglich 8 Pfg./kWh auf und fördert damit Neuanlagen. Ärgerlich daran ist, daß der alte Stromversorger davon keinen wirtschaftlichen Nachteil hat: er bekommt das, was er vorher auch kassiert hat. Die Aktion "Bunter Strom" vom Bund der Energieverbraucher wiederum hat nur 10% Ökostrom im Programm. Nordstrom liefert aus bestehenden Wasserkraftwerken, ohne Neuanlagen zu fördern. Die Elektrizitätswerke Schönau aber geben 1 Pfg./kWh für die Förderung der Solarenergie aus. Man sieht: Die Auswahl ist vielfältig, und es kommt auf die persönlichen Präferenzen an, für welches Angebot das richtige ist.

Weitere Infos im Internet: strommagazin.de + stromtarife.de



Lesetips

Carlo Kallen/
Jürgen Lottermoser
Kommunales Energiemanagement
(1998, difu in Berlin, 217 S., 36 DM) Eine Fundgrube für die kommunale Energiepolitik.
Von Energiepla-

nung bis zu
Einsparung in öffentlichen Gebäuden werden alle Bereiche angesprochen. Den meisten Raum nehmen die Sammlungen von Adressen, Literatur oder Zeitschriften.
Übersichtliche Sammlung!

Institut für Ökologie

i

Unsere Beratungsangebote:

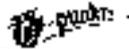
Gründungstips für Gruppen, Projekte und "FreiRäume"

Ökologische Pläne und Umsetzungsstrategien

Öffentlichkeitsarbeit, Broschüren und Umweltpädagogik

Gegen 2,20 DM in Briefmarken schicken wir Ihnen unsere ReferentInnenlisten zu.

Institut für Ökologie
Turmstr. 14A, 23843 Bad Oldesloe
institut@inihaus.de



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

32 Winter '99/2000
• Kurz notiert



Themenredaktion "FreiRäume"

Nicht besetzt. Wer hat Lust, regelmäßig aus Zentren, Häusern, politischen Kommunen oder von Wagenplätzen zu berichten? Von reisen den Projekten oder solchen im Aufbau?

Diesmal stellte Jörg Bergstedt in der Endredaktion die Rubrik zusammen.

Ö-Verteiler "FreiRäume"

• FreiRäume-Verbund (im Aufbau)

Energiesparende Haushaltsgeräte

Der Detmolder Energiebeauftragte hat eine neue Liste der besonders sparsamen Haushaltsgeräte herausgegeben. Verglichen wurden die Daten von 2.300 Kühl- und Gefriergeräten, 680 Wasch- und 530 Spülmaschinen sowie 275 Wäschetrocknern. Ein Unterschied im Stromverbrauch von 0,52 kWh am Tag erhöht die Betriebskosten z.B. um 854 DM und schlägt mehr zu Buche als die um 300 DM höheren Anschaffungskosten.

Erhältlich ist das Verzeichnis gegen 4 DM in Briefmarken bei: Umschalten e.V., Nernstweg 32, 22765 Hamburg

Bürger-Windpark Pattensen

In Winsen (Luhe) – Ortsteil Pattensen wird im Herbst diesen Jahres ein Bürger-Windpark mit drei Windkraftanlagen von jeweils 600 kW entstehen. Der Windpark liefert Strom für über 1.000 Haushalte. Mindestbeteiligung 5.000 DM bei laufenden Ausschüttungen und kontinuierlich ansteigende Rendite.

Infos: Winsen Wind Kraftanlagen Verwaltung GmbH, Pestalozzistraße 37, 21423 Winsen

Solarförderung in Niedersachsen

Die niedersächsische Landesregierung will in den kommenden 5 Jahren 23 Mio. DM zur Förderung der Solarenergie bereitstellen. Im Gegensatz zu den bisherigen Förderprogrammen werden künftig auch an private Bauherren zinsgünstige Darlehen für den Einbau thermischer Solaranlagen vergeben.

Infos: Wirtschaftsministerium, Friedrichswall 1, 30159 Hannover

Solarteure für Bosnien

In Tuzla soll eine Ausbildungs- und Produktionsstätte für Solartechnologie entstehen, an der arbeitslose jugendliche Rückkehrer Beschäftigung finden sollen. Dafür werden zwei Flüchtlinge am Elektro-Technologie-Zentrum in Stuttgart ausgebildet. Langfristig soll von hier aus der Mittelmeerraum versorgt werden. Gespendete Materialien und Werkzeuge wurden bereits im Juli nach Bosnien transportiert. Zur weiteren Finanzierung werden aber noch Spenden benötigt.

Infos: Gesellschaft Kultur des Friedens, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen

PV-Fassadenanlage in Berlin

In einer Neubausiedlung am östlichen Stadtrand Berlins liefert seit Anfang April das größte Fassadenkraftwerk Europas Strom. An der Südfassade eines Hochhauses sind auf 426 qm 480 polykristalline Module installiert. Sie ist damit 70 Meter hoch und liefert maximal 48 kW. Realisiert wurde das Projekt von der Wohnungsbaugesellschaft Marzahn, die Kosten von 1 Mio. DM teilen sich der Stromversorger BEWAG und die Investitionsbank Berlin.

FreiRäume: Informationen aus der Stiftungsgründung

Inzwischen sind die rechtlichen Gegebenheiten geklärt. Die Stiftung könnte jederzeit formal ins Leben gerufen werden, wenn das für ein Projekt hilfreich ist. Uningeschränkt gilt das Ziel, hier eine Plattform zu schaffen, die die Autonomie von autonomen Zentren, offenen Häusern, Wagenplätzen und Kommunen mit öffentlich-politischem Raum sichert, gleichzeitig aber auch die politischen Räume gegen Privatisierung oder Kommerzialisierung schützt. In mehreren Debatten mit Projekten z.B. in Bochum, Bremen, Hamburg und anderswo sind noch etliche neue Ideen zu dem schon bestehenden Konzept hinzugekommen, so unter anderem die Möglichkeit, aus der jetzt in Gründung befindlichen Stiftung in andere Trägerstrukturen umsteigen zu können, wenn diese gleiche Sicherungen garantieren können.

Informationen gibt es bei der Stiftung FreiRäume (i.Gr.), Turmstr. 14A, 23843 Bad Oldesloe.

Diplomarbeit zu Kommunen

Eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Kommunen und Politik bietet eine Diplomarbeit aus Berlin. An einigen Fallbeispielen wurde untersucht, ob und wie Kommuneleben politische Arbeit unterstützt oder gefährdet.

Infos: BAOBAB Infoladen, Berlin

Ö-termine

14.-16.12.2000
Seminar "Energie und Lebensstil"
Kosten: 180 DM (inkl.)

18.-19.2.2000
Seminar "Energie-Check an Schulen"
Kosten: 120 DM (inkl.)

Ö-termine

26.12.–21 in Saasen
FrauenLesben-Kommunegründungstreffen
Infos: Kommuneprojekt, c/o MAFALDA, Bremen

Literatur

Michael Franken Rauher Wind (1998, Alano in Aachen, 224 S.)
Ein Buch, das einiges klarstellte in Sachen Windenergie und dem Widerstand dagegen. Der Autor enthüllt die Praktiken von Stromversorgern, der von ihnen oft abhängigen Gruppen gegen Windenergie bis hin zu Sabotagegruppen, die Windmühlen beschädigen. Nicht alles, was gegen Windenergie eingewendet wird, ist interessengeleitet - aber das Buch darf empfohlen werden, um intrigante Politik von Argumenten künftig unterscheiden zu können.

Dieses Haus sucht neue BewohnerInnen!

Biologischer Ausbau **500qm in 3 Gebäudeteilen** **649qm Grundstück**
Solar- und Regenwasseranlage **Zentralheizung** **Tagungshaus**

Wir träumen davon, daß eine politische WG dieses Haus als politisch-autonomes Zentrum weiterführt und mit eigenen Ideen füllt. Für alle, die politische Aktion und selbstorganisiertes Leben verbinden wollen:

Das Haus besteht aus Scheune, Zwischengebäuden und Haupthaus. Alle sind baubiologisch renoviert, gedämmt und eingerichtet.

Wohnhaus mit ...
... großen Dachraum
... Küche, Bad, WC getrennt
... Keller
... großer Terrasse (im Bau)
Tagungshaus mit ...
... Seminar- und Arbeitsräumen
... Platz für Bibliothek, Archive usw.
... 2 Bettenräumen mit 18 Betten
... Gruppenküche und -sanitärräume
... schallisolierter Feten-/Probenraum
... Werkstatt

Alles mit ...
... neuen Elektro- und Sanitärinstallationen
... Telefonanlage
... Zentralheizung (Solar und Holzkessel)
Gärten mit ...
... Sitzecken, Liegewiese
... Gewächshaus, Wohnhütte
Das Dorf ...
... mit eigenem Bahnanschluß
... 18km östlich von Gießen

Aktueller Stand: Das Wohnhaus ist fast, 2-3 Stellplätze für Bauwägen sind verwaist. Verschiedene Projekte von den "Ö-Punkten", der Gruppe Landfriedensbruch und einige andere nutzen die Projektträume aber weiter. Alles Näheres wäre zu besprechen, auch z.B. Ratenzahlung oder noch andere Finanzierungsmodelle.
Kontakt: Projektwerkstatt, O6401/903283

Der "Lebensader Elbe"...

wurde am 22. bis 24. Oktober in der Evangelischen Akademie Meißen gedacht. Eine Annäherung an diese "Vielfalt, Veränderung und Vernetzung" fand über naturwissenschaftliche Vorträge und Yoga unterstützte Körpererfahrung statt. Ein Vortrag über den Einsatz von Kunst zur Renaturierungsbeförderung des Dresdener Katzbachs durfte nicht fehlen, ebenso Gottesdienst, gemeinsamer Gesang sowie das "Om". Urteil: toller Ansatz, Fragmente bringen keine Gesamtheit, verbaute Flußufer keinen geruhsamen Ort für Meditation. Die Vielfalt lockte auch Menschen, die nicht wegen der Elbe kamen.

Tributylzinn im Visier von GREENPEACE

Der Meeresvergiftung durch fischtoxische Schiffsanstriche widmet sich eine GREENPEACE-Kampagne, die gesetzwidrige Praktiken deutscher Werften an der Nord- und Ostsee aufspürt. Am 8. November pumpten die Umweltfreunde giftigen, stinkenden, mit bis zu 9.170 g/kg TBT verseuchten Schlamm in die Docks der Kieler Lindenuwerft zurück. Auch die MTW-Werft in Wismar und die Flensburger Schiffbau Gesell-

schaft gehören zu den Einleitern. Organische Zinnverbindungen wie TBT schädigen bereits in Konzentrationen von 0,05 bis 0,3 Mikrogramm je Kilogramm Seeschnecken, Muscheln und Fischlarven.

Deutsche Hermesbürgschaft für Maheshwar-Staudamm?

Gegen dieses und andere Staudammprojekte am Indischen Narmada Fluß zieht die indische Bestseller-Autorin Arundhati Roy zu Felde. Derzeit tourt sie durch unser Land, um zu verhindern, daß die rot-grüne Bundesregierung die Vertreibung von ca. 20.000 Menschen mit Hermesbürgschaften, sprich aus deutschen Steuergeldern absichert. Die Umweltgruppe Urgewald begleitet die Vortragserie mit einer Postkartenaktion an das Bundeswirtschaftsministerium.

Kontakt: Heffa Schücking, (02583) 1031, urgewald@koeln.netsurf.de

Verkehrs-Investitionsprogramm der Bundesregierung

Inzwischen hat das Kabinett das Investitionsprogramm 1999-2002 des Bundesverkehrsministeriums verabschiedet, das alle bis 2002 zu beginnenden Baumaß-



Gerichtsentcheid Emsperlerwehr: Umweltverbände enttäuscht

Die niedersächsischen Umweltverbände BUND, NABU und die Umweltstiftung WWF-Deutschland zeigten sich über die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Oldenburg zum Emsperlerwehr äußerst enttäuscht: "Damit wurde eine große Chance für den Schutz der Natur an der Ems vertan. Auch wenn das Gericht Pauschalaussagen der Bezirksregierung weitgehend gefolgt ist, bleibt der Staufall ein tödlicher Störfall für die Ems," erklärte eine Sprecherin der Umweltverbände. Das Gericht bestätigte allerdings die Auffassung der Verbände, dass Küstenschutz durch Deicherhöhungen ökologisch und ökonomisch wesentlich günstiger sei. Es widerlege außerdem, dass sich das Sperrwerk allein aus Küstenschutzgründen rechtfertige: Diese Gewichtung erscheint fehlerhaft und gekünstelt, heißt es in dem Urteil. Ungeklärt blieb die Frage nach dem Sauerstoffmangel beim Emsaufstau: Dies müsse zu einem späteren Zeitpunkt erörtert werden, so die Richter. "Später ist für die Natur vielleicht zu spät", so die Sprecherin der Verbände.

Das weitere Vorgehen wollen BUND, NABU und WWF erst beschließen, nachdem sie die schriftliche Urteilsbegründung ausgewertet haben: "Wir prüfen, beim Oberverwaltungsgericht in Lüneburg eine Zulassung der Beschwerde gegen den heutigen Beschluß zu beantragen", so die Verbändevertreterin. BUND, NABU und WWF würden auch weiterhin alle Möglichkeiten ausschöpfen, um zu verhindern, daß der Emsaufstau in der geplanten Form durchgeführt wird. "Massenfischsterben und eine Verödung der Lebensader des Emslandes darf es nicht geben", erklärten die Umweltverbände.

Originaltext: WWF Im Internet recherchierbar: <http://www.newsaktuell.de>

Verantwortlich: Robert Exner, BUND-Pressereferat Tel. 0511/96569-16

Rückfragen: Vera Konermann, BUND-Niedersachsen, 0511/96569-32, Ulrich Thüre, NABU-Niedersachsen, 0511/91105-27, Holger Wesemüller, Umweltstiftung WWF-Deutschland, 0421/65846-10

nahmen auflistet. Bauvorhaben in Höhe von 64,5 Mrd. DM wurden als hochprioritär eingestuft, weitere 2,85 Mrd. DM als prioritär. Darin sind vor allem die Verkehrsprojekte "Deutsche Einheit" enthalten. In der entsprechenden Presseerklärung bezeichnete es Herr Klimmt als "selbstverständlich, daß im Programm befindliche noch nicht planfestgestellte Projekte, unter ökologischen Gesichtspunkten geprüft werden." Wir dürfen gespannt sein ...

Renaturierung der Unteren Havel läuft an

Derzeit werden die ersten Studien über die Möglichkeiten der Querschnittsverengung der Havel im Naturpark Westhavelland vergeben. Ziel ist, durch die Verringerung des Abflußvermögens, der Auendynamik mehr Raum zu geben. Auch Entwässerungsgräben werden auf die Möglichkeit der schrittweisen Außerbetriebnahme untersucht. Noch hat das Land Brandenburg sich nicht abschließend zur Entwidmung als Bundeswasserstraße geäußert.

6-termine

29. - 30.11.99 in Berlin
Nährstoffemissionen in die Oberflächengewässer
Stickstoff- und Phosphor-Eintrag in die Flüsse vor dem Hintergrund der 50% Reduktionsverpflichtung aus den Meeresschutzabkommen. Kostenloser UBA-Workshop.
Dr. Heike Herata, Tel.: (030) 8903-2053, e-mail: heike.herata@uba.de

30.11.99, 18:30 Uhr in Berlin
Wassergruppe der GRÜNEN LIGA Berlin e. V.
voraus.: Naturpark Westhavelland, Loire-Kooperation, Informationsmaterial Havelbündnis
Kontakt: siehe links

112.99 in Berlin
Aktionsbündnis gegen den Havelausbau
Kontakt: siehe links

2.-3.12.99 in Brüssel
Workshop on the Water
Framework Direktive Positionen vor der 2. Lesung im Europäischen Parlament. Mit Chemie-Experten des EEB.
Martijn Peijs, Tel.: 00-32-2-289 1090, e-mail: eu.policy@eeb.org

26.1.99 in Berlin
Gesprächskreis Umweltverbände und Wasserwirtschaft
Schwerpunkte: Kampagne zur Privatisierung, Wasserrahmenrichtlinie, TVO Novelle
Kontakt: siehe links

10. - 11.2.2000 bei The Senate, Paris
Water, town-and-country-planning, and sustainable development
Internationales Seminar der Academie de l'Eau zu Wasser- und Landschaftsplanung. FF 1000,00.
Informationen bei Academie de l'Eau, Fax: +33 1 41 20 16 09, e-mail: academie@oleau.fr

10. - 11. März 2000 in Clermont Ferrand
Lachse in der Loire und Allier
Treffen französischer Flußaktivisten, abgehalten in der Landessprache



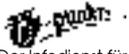
Themenredaktion "Wasser"

Nicht besetzt.

Infos auch aus dem
AK Wasser
Michael Bender,
GRÜNE LIGA Berlin
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin
Tel: d. (030) 44 33
91-44 Fax: -33
gl.wasser@ipn-b.comlink.apc.org

Ö-Verteiler "Wasser"

• Leider keiner.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

34

Winter '99/2000

• Kurznotiert



Themenredaktion "Gentechnik"

Thomas Schmidt c/o Umweltwerkstatt Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck Tel.&Fax 0451/7070646 jupluebeck@t-online.de

Zeitschriften-schau:

BioSkop September 1999

•Gentechnik: EU-Patentamt erlaubt Gen-Patentierung S. 11 •Humangenetik: Technologie für Massen-Genests S. 14-15

GiD 134 August/September 1999

Schwerpunkt: Gen-diagnostik •Genests aus dem Internet S. 3-5 •Der Bevölkerungs-Check wird bezahlbar S. 11-14 •"Verunsicherungen und Ängste werden geschaffen" (offener Brief an die Bundesärztekammer) S. 21-22

Landwirtschaft und Lebensmittel

•Rot-Grüne Gentech - Politik S. 24 •Strengere Zulassungsregeln für genmanipulierte Organismen in der EU S. 25

Politik und Wirtschaft

•Rot-Grün macht sich stark für Gentechnik S. 44 •Konzernprofile "grüner" Gentech-Unternehmen S. 45-49

Aufruf zur bundesweiten Aktionswoche gegen Gentech

Für den Spätsommer 2000 ist eine bundesweite Aktionswoche gegen Gentechnik im Gespräch. Ziel: Bündelung der kritischen Kräfte und Mobilisierung gegen die Ignoranz der Politik. Konkret könnte eine zentrale Veranstaltung an einem Freisetzungsort eine Woche voller Einzelaktivitäten im ganzen Land beenden. Die Aktion ist also auf entsprechende dezentrale Beteiligung angewiesen. Gesucht sind Gruppen und Initiativen, die Ideen und Tatkraft in die Vorbereitung und Umsetzung einbringen mögen. Erstes Vorbereitungstreffen soll am 27.11.99 in Kassel sein. Die Diskussion der bisherigen Ideen läuft über die GeN-Mailingliste genForum.

Informationen bei: GeN, Brunnenstr. 4, 10119 Berlin, Tel. 030-6858030, Fax 030-6841183, gen@gen-ethisches-netzwerk.de, Internet: http://www.gen-ethisches-netzwerk.de

oder: Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche, c/o Dosto, Breitscheidstraße 43 a, 16321 Bernau, Tel. und Fax: 03338-5590, aktionsbuednis@bernaunet.net,

http://www.bernaunet.net/home/dosto/gengruppe.htm

Patente auf Leben zugelassen – Rot-Grün aktiv für Gentechnik

Entgegen der Koalitionsvereinbarung, die vorsieht, daß Gentechnik nur soweit gefördert werden soll, wie dies der Schutz von Mensch und Umwelt zuläßt, treibt die Bundesregierung die Entwicklung auf EU-Ebene voran. Gegen die Bedenken anderer europäischer Staaten preschte Umweltminister Trittin im Juni mit dem Vorschlag vor, das Genehmigungs- und Zulassungsverfahren für Freisetzungen und Gentechprodukte drastisch zu beschleunigen. Demnach soll es einem zentralen Amt übertragen werden, ohne daß die einzelnen Mitgliedsstaaten noch Einsprüche erheben können. Zeitgleich hat das Europäische Patentamt entgegen seiner bisherigen kritischen Haltung beschlossen, daß ab 1. September 99 gentechnisch veränderte Tiere, Pflanzen und Teile des menschlichen Körpers patentiert werden können. Dem steht eine wachsende Zahl europäischer Staaten entgegen, die angesichts der jüngst aufgetauchten Bedenken ein Moratorium bei der Freisetzung genmanipulierter Organismen fordern.

Quellen: GiD 134 August/September 1999 und BioSkop Nr. 7 September 1999

Protest belohnt

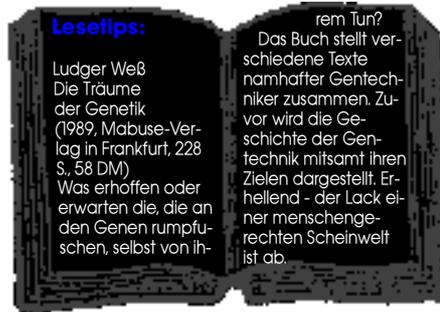
Die Firma AgrEvo hat den Versuchsstandort Schönfeld aufgegeben. Über drei Jahre wurden hier genmanipulierte Mais, Raps- und Zuckerrübenpflanzen freigesetzt. Die Genehmigung dafür läuft noch bis 2006. Während AgrEvo behauptet, es habe einen 'erfolgreichen Abschluß' ihrer Aktivitäten gegeben, aber nicht erklären kann, wieso die benachbarten Standorte beibehalten werden, vermutet das Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche massive Proteste als Grund der Aufgabe. Presseerklärungen, Podiumsdiskussionen, Postwurfsendungen und zuletzt ein Camp von bis zu 50 Personen inklusive öffentlicher Ernteaktion haben unermüdlich den Widerstand deutlich gemacht. Das Aktionsbündnis will sich jetzt um Nachbarstandorte kümmern und die bundesweite Vernetzung kritischer Inis voranbringen.

Quelle: Pressemitteilung des Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche vom 28.10.99

"Butterfinger" hat's nicht gebracht

Nestlé hat Mitte Juli seinen Gen-Schokoriegel "Butterfinger" vom Markt genommen. Begründung: schlechte Verkaufszahlen. Was als Kulturprodukt gedacht war, um insbesondere die Jugend davon zu überzeugen, daß Gennahrung heutzutage in ist, mußte sich damit vorerst der Realität geschlagen geben.

Quelle: GiD 134 August/September 1999



Leselips:

Ludger Weiß Die Träume der Genetik (1989, Mabuse-Verlag in Frankfurt, 228 S., 58 DM) Was erhoffen oder erwarten die, die an den Genen rumpfuschen, selbst von ihnen?

Das Buch stellt verschiedene Texte namhafter Gentechniker zusammen. Zuvor wird die Geschichte der Gentechnik mitsamt ihren Zielen dargestellt. Erhellend - der Lack einer menschengerechten Scheinwelt ist ab.

Supermarktketten steigen aus

Immer mehr Supermarktketten wollen ihre Hausmarken von Gentechnik freihalten und von ihren Zulieferern die Zusage, daß sie keine genmanipulierte Ware angeboten bekommen. Dazu gehören jetzt nach Tengelmann, Rewe und Edeka auch Spar, Lidl und Aldi. Nur Metro verweigert noch eine klare Stellungnahme. Mit dem Unternehmen Bremke & Hoerster, Betreiber der Ketten Familia und Combi, kennzeichnet erstmals eine Firma in Deutschland, Teile seines Lebensmittel-sortiments mit der Aufschrift "Ohne Gentechnik" (entsprechend der vor einem Jahr in Kraft getretenen Kennzeichnungsverordnung).

Quellen: @grar.de Aktuell vom 13.8.99; 26. Gentechnik-Informationen von Greenpeace vom 30.9.99 und Meldung in den meisten Tageszeitungen vom 14.10.99

Gentech-Grenzwert für Nahrungsmittel – die Lösung?

Seit auch kleinste Mengen veränderter Eiweiße in Labors nachgewiesen werden können, wird um die Einführung eines Grenzwertes gestritten, ab dem eine Kennzeichnung genmanipulierter Lebensmittel zu erfolgen hat. Diskutiert wird derzeit, den Wert bei 1% festzulegen. Eine Kennzeichnung hätte also dann zu erfolgen, wenn mehr als 1% der Lebensmittelinhaltsstoffe genmanipuliert sind. Doch damit wären die entscheidenden Probleme nach wie vor ungelöst: Ökologische und gesundheitliche Risiken sind nicht von der Menge abhängig. So reicht auch weniger als 1% aus, um Allergien auszulösen. Und die Gefahr der Ausbreitung veränderter Gene in der Umwelt besteht wie zuvor.

Quelle: 27. und 28. Gentechnik-Informationen von Greenpeace vom 8. und 21.10.99

Genmedizinische Massentests Aktion Ethik-Charta

Die kritische Auseinandersetzung mit Gen-Medizin, Embryonenforschung, Reproduktionsmedizin und vorgeburtlicher Diagnostik sucht jetzt die Initiative "Aktion Ethik-Charta". Angesichts der Steuermilliarden, die weltweit in die Entschlüsselung des menschlichen Erbgutes gesteckt werden, so daß in Fachkreisen bereits offen über Massengentests der Bevölkerung diskutiert wird, ist eine solche Initiative von zunehmender Wichtigkeit. So werden für das

Jahr 2001 die ersten Gendiagnose-Automaten auf dem Markt erwartet. Noch nicht in Sicht sind gesetzliche Regelungen, die dem Nützlichkeitsdenken Grenzen setzen und Persönlichkeitsrechte wahren, z.B. damit "TrägerInnen riskanter Erbanlagen" nicht gegen ihren Willen "aufgespürt" werden.

Informationen bei: Martin Britsch unter 07072-4890;

Quelle: BioSkop Nr. 7 September 1999



Der direkte Draht zu Tausenden von Basisgruppen

... eine Anzeige oder Kleinanzeige ... Immer in der passenden Rubrik!!!

Anzeige: Pro Spalte und mm: 2,40 DM!

Datenbank über gentechnikfreie Lebensmittel

Unter "www.infoXgen.com" soll noch in diesem Jahr eine Datenbank online gehen, die über Lebensmittel und ihre Vorprodukte informiert, wenn sie denn gentechnikfrei sind. Hinter der Initiative steht die Arbeitsgemeinschaft Lebensmittel ohne Gentechnik aus Erfstadt in Nordrhein-Westfalen.

Quelle: 25. *Gentechnik-Informationen von Greenpeace vom 3.9.99*

Protest auf Genfeldern dient Volksgesundheit in England

Im April hat ein britischer Richter das Entwurzeln von Genpflanzen auf Versuchsfeldern von Monsanto geduldet. Statt wegen Wiederholungsgefahr eine einstweilige Verfügung gegen die Protestgruppe zu erwirken, war er der Meinung, sie könne sich darauf berufen, die Volksgesundheit schützen zu wollen. Die Hauptverhandlung steht noch aus. Hintergrund: Nach einer Lawine "direkter Aktionen" gegen Testfelder mit Gen-Saatgut in England droht die dortige Industrie damit, ihre Flächen auf's europäische Festland zu verlegen, wenn die Regierung sie nicht besser gegen zunehmende Sabotage schützt.

Quellen: 24. *Gentechnik-Informationen von Greenpeace vom 20.8.99; GiD 134 August/September 1999*

Leseflip:

BUKO Agrarkoordinations-Saatgut (1998, Schmetterling in Stuttgart, 96 S., 14,80 DM) Übersichtlich und präzise werden hier die Veränderungen im Saatgutmarkt

zusammengestellt, von der Marktdominanz nur weniger Konzerne bis zum Einfluß der Gentechnik. Gesetze werden ebenso wie Initiativen und Organisationen, die in diesem Bereich arbeiten, vorgestellt.

Keine Vorteile durch "Grüne Gentechnik"

Eine Studie des US-Landwirtschaftsministeriums widerspricht jetzt den Versprechen der Genfirmen. Entgegen deren Prognosen stiegen durch den Gentechneinsatz bislang weder die Ernteerträge noch sank der Pestizidverbrauch. Ausgewertet wurden Daten vom Anbau von Mais, Baumwolle und Soja aus den Jahren 1997 und 1998. Dennoch besteht mittlerweile die Hälfte des amerikanischen Sojaanbaus (16 Millionen Hektar) aus genmanipulierten Pflanzen.

Quelle: *GiD 134 August/September 1999*

RoundUp vor dem Ende?

RoundUp ist die Bezeichnung des Totalherbizids der Firma Monsanto, welches nur Soja- und Maissorten überleben können, die eine entsprechende Genmanipulation durchlaufen sind. Nun haben Gutachter der EU herausgefunden, daß der Hauptwirkstoff von RoundUp (Glyphosat) nicht nur alle nicht genmanipulierten Pflanzen sondern auch Spinnen und nützliche Kleinstinsekten abtötet. Folge: Auf Dauer führt der Einsatz von RoundUp zu wachsendem Ausbreiten von bisher durch die nützlichen Insekten kurz gehaltenen Schädlingen und damit zu einem noch stärkeren Gifteinsatz. Empfehlung der Gutachter: RoundUp sollte nicht in die Liste der in der EU zuge-

lassenen Agrargifte aufgenommen werden.

Quelle: @grar.de Aktuell vom 14.10.99

Japan investiert – Deutschland auch?

Japan will seine Investitionen in die Gentechnik in den nächsten 5 Jahren verdoppeln. Schwerpunkte sollen dabei die Gründung von 1000 neuen Biotechnologiefirmen sowie die Identifizierung menschlicher Gene sein. Unterdessen hat auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) eine Milliarde DM zusätzlich für die Genomforschung gefordert.

Quelle: *GiD 134 August/September 1999*

Leseflips:

Michael Emmrich Im Zeitalter der Bio-Macht (1999, Mabuse-Verlag in Frankfurt, 480 S., 48 DM) Ein umfassendes Buch voller Fakten und Hintergründe.

Die verschiedenen Pro- und Contra-Argumente und Abwägungen werden deutlich. Zu Wort kommen vor allem PolitikerInnen und andere Persönlichkeiten - radikale GentechnikgegnerInnen fehlen leider.

Termine

10. - 11.12.99 Düsseldorf
Schöne, heile Welt?
 Biomedizinische Forschung und Formen des Sozialrassismus
 Tagung der Arbeitsstelle Neonazismus der FH Düsseldorf (0211)8114625

9.12.99 Berlin
Nahrungsmittel aus dem Genlabor
 Vortrag, Informationen unter (030)75603511



Ö-Verteiler "Gentechnik"

• Leider keiner.

Mensch und Medizin
 ● Neue internationale Euthanasie-Debatte S. 34-39
 ● Stellungnahme der DFG zur Genomforschung S. 40-43

GiD 135/136 Oktober/November 1999
 Schwerpunkt 1: Bioethik-Konvention
 ● Kein Grund zur Entwarnung S. 3-5

Schwerpunkt 2: Gentechnik-Monitoring
 ● Effektives Warnsystem oder ergebnislose Beobachtung? S. 15-19

Landwirtschaft und Lebensmittel:
 Gerichtsurteile: Freisetzungen vor Gericht S. 29
 Gentechnische versus biologische Weinforschung S. 32-35

Politik und Wirtschaft:
 ● Biotech-Aktien sind out S. 48
 ● Widerstand weltweit S. 54-56

Das Tagungshaus für Umweltgruppen

und alle anderen politischen Initiativen

Seminarräume Arbeitsräume Bibliotheken Umwelthaus



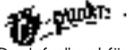
Das Tagungshaus, das optimal auf politische Aktionsgruppen zugeschnitten ist ...
 ... für Seminare und Kurse
 ... für Projekttreffen
 ... für Aktionsvorbereitungen

Genutzt werden können:
 ... das Tagungshaus (18 Betten, mehr möglich)
 ... Seminarräume mit Projektoren usw.
 ... Selbstversorgerküche
 ... Öko-Lebensmittel aus der Region
 ... Arbeitsräume mit Kopierer, Computer usw.
 ... Politische und Umweltbibliotheken
 ... Kinder-Spiel- und Chaos-Ecke
 ... Schallgeschützter Feten-/Übungsraum
 ... Werkzeug
 ... Hof und Garten

Bei den Kosten lassen wir mit uns handeln: Politische Gruppen zahlen 10-16 DM/Nacht nach Selbsteinschätzung, in besonderen Fällen nur 6 DM (bei Mitarbeit). Essen für 12 DM/Tag bei eigener Zubereitung. Hinweis: Wir haben einen Bahnanschluß im Ort!



Infos gegen 2,20 DM in Briefmarken: Projektwerkstatt/Tagungshaus, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

36

Winter '99/2000

● Kurz notiert



Themenredaktion "Landschaft/ Naturschutz"

Jörn Hartje, Institut für Ökologie Turmstr. 14A, 23843 Bad Oldesloe Tel. 04533/792259 Fax 04531/7116 joern@inihaus.de

Zeitschriften-schau

Natur und Landschaft (9/99)

● Landschaftsfunktionen als Grundlage von Leitbildern für Naturräume
● Umsetzung der Vogelschutzrichtlinie in Niedersachsen (11/99)

● Prüfung von Projekten und Plänen nach BNatSchG
● Aaskröhe, Elster und Eichelhäher – ihre Rolle im Naturhaushalt

Faunistisch-Ökologische Mitteilungen

● Schwerpunkt Küstendünen

Informationsdienst Naturschutz in Niedersachsen (3/99)

● 90 Jahre amtlicher Naturschutz in Niedersachsen

LÖBf-Mitteilungen (2/1999)

● Kriterien zur Auswahl der FFH- und Vogelschutzgebiete für das europäische Schutzgebietssystem "Natura 2000"
● Die Bedeutung der Vögel als Indikatoren in der ökologischen Flächenstichprobe

Grünstift (11-12/1999)

● Sanierung im Lausitzer Revier: "Nahezu immer zu Lasten der Natur"

Die Vogelwelt (3/99)

● Forum: Großstrappen – Schutz in Deutschland

Endgültiges Aus für den Nationalpark Elbtalau

Das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Lüneburg über den Nationalpark Elbtalau ist vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt worden und damit rechtskräftig. Ein weiteres rechtliches Vorgehen gegen dieses Urteil ist damit nicht mehr möglich. Den Nationalpark Elbtalau gibt es damit an sofort nicht mehr, stattdessen treten alte Regelungen über Naturschutzgebiete wieder in Kraft. Das Land Niedersachsen fordert nun klarere rechtliche Bestimmungen für Nationalparke.

Natur und Landschaft 11/99

Naturschutzwarte gesucht

Der Mellumrat sucht für die Betreuung seiner Schutzgebiete Insel Mellum, Minsener Oog und Wangerooge ehrenamtliche Naturschutzwarte. Der Dienst sollte mindestens 3 Monate dauern, Unterkunft und Fahrtkosten sind frei und es gibt einen Unterhaltszuschuß.

Mellumrat, Zum Jadebusen 179, 26316 Varel, Tel. 04451/84191

Auch in Niedersachsen Naturschutzstationen erfolgreich

Auch Niedersachsen wertet seine fünf Naturschutzstationen als vollen Erfolg. Das Konzept den Naturschutz vor Ort durch Kooperation zu verankern ist damit aufgegangen.

Natur und Landschaft 11/99

NRW: 40 Biologische Stationen

Die biologischen Stationen betreuen in NRW zahlreiche Schutzgebiete. Die Naturschutzstationen werden überwiegend von Vereinen getragen, in denen Naturschutzverbände, Naturschutz- und Forstverwaltung, Jäger, Angler, Landwirte, Waldbauern und andere in der Natur und Landschaft Tätige als Mitglieder zusammenarbeiten. Diese Kooperation hat Erfolg: In vielen der von biologischen Stationen betreuten Gebiete konnte der Artenrückgang gestoppt bzw. umgekehrt werden.

Natur und Landschaft 11/99

Broschüre: Fortbildung "Geprüfte/r Natur- und Landschaftspfleger/in"

Der Bundesverband beruflicher Naturschutz (BBN) hat eine Broschüre über diese erste nicht akademische Berufsausbildung im Naturschutz herausgebracht. Sie enthält zahlreiche Infos und Tipps rund um diese Fortbildung.

Zu bestellen bei: BBN e.V., Konstantinstr. 110, 53179 Bonn, 0228/8491-116, Fax: -200, eMail: beckera@bfn.de

Zweifelhafte Image-Kampagne für Nationalpark

Nun wird versucht, das angekratzte Image des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer durch eine breit angelegte Image-Kampagne aufzupolieren. Anstatt aber die Menschen, die im Nationalpark leben, in den Mittelpunkt zu rücken, werden Großkapitalisten wie Mobilcom-Chef oder Sexartikel-Königin Beate Uhse als Werbepromis herangezogen. Fragt sich, ob das nicht Akzeptanzbeschaffung auf Staatskosten für zweifelhafte Unternehmen ist.

Ministerium für Natur und Umwelt Schleswig-Holstein



Diskussion um Naturschutz-Strategien Effizienter Einsatz der Ressourcen

Erhöhte sich Anfang der 90er Jahre insbesondere als Folge der Wiedervereinigung die Zahl der Schutzgebiete erheblich, so formierte sich in letzter Zeit in der Bevölkerung Widerstand gegen Vorhaben des Naturschutzes. Häufiger auftretende Umsetzungsschwierigkeiten sowie fehlende längerfristige Erfolge lassen im Naturschutz zunehmend die Frage aufkommen, ob die finanziellen Mittel mit der bisherigen Strategie auf Dauer wirkungsvoll angelegt sind. Hohe Summen wurden teilweise in Naturschutzmaßnahmen investiert, deren Wirksamkeit schon wenige Jahre später in Frage gestellt werden musste. Während auswärtige, nicht unmittelbar betroffene Bürger Schutzgebieten meist positiv gegenüber stehen, werden die Reaktionen der Einheimischen und ihre Auswirkungen auf die Effizienz des Naturschutzes oft stark unterschätzt. Immer mehr Untersuchungen verdeutlichen allerdings, dass der Schlüssel zum langfristigen Erfolg von Schutzgebieten in der Akzeptanz durch die lokale Bevölkerung liegt.

Ziel der o.g. Studie ist es, einen Beitrag zu einer notwendigen Diskussion über neue Strategien im Naturschutz zu leisten. Am Beispiel zweier Naturschutzgroßprojekte des Bundes wurden Konflikte und Einstellungen unterschiedlicher Interessengruppen zu Natur und Naturschutz ermittelt und wesentliche Einwände zusammengetragen. Hieraus werden Vorschläge für einen langfristig wirksamen Naturschutz abgeleitet. Folgende

Zum Text unten:

Sebastian Schöne (1999): Akzeptanz von Naturschutzmaßnahmen als Ansatz für einen langfristig wirksamen Naturschutz. Dargestellt am Beispiel zweier Naturschutzgroßprojekte des Bundes (Drömling, Nuthe-Nieplitz-Niederung).

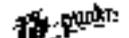
Diplomarbeit an der TU Berlin, FB 7. Bezug für 10,- DM bei S. Schöne, Hahnenstr. 27/4, 50354 Hürth; E-Mail: s_schoene@gmx.de, oder bis Ende Januar prakt.verkehr@mail.bund.net

Verbesserungsvorschläge werden u.a. genannt:

1. Keine Vorgaben von übergeordneter Ebene ohne Beteiligung der lokalen Bevölkerung. Vielmehr muß die Entscheidungsbefugnis unter Beteiligung der Bevölkerung auf die regionale Ebene verlagert werden.

2. Neue Schwerpunkte in der Planung: Viele Pläne sind überwiegend naturwissenschaftlich ausgelegt. Umfangreiche Erhebungen verschlingen enorme Summen von Mitteln, ohne Vergewisserung, daß es zu einer Umsetzung kommen wird. Mittel für Öffentlichkeitsarbeit werden i.d.R. nur zu einem sehr geringen Anteil zur Verfügung gestellt. Der Sicherung der Akzeptanz bei der sich betroffenen fühlenden Bevölkerung sollte eine größere Bedeutung beigemessen werden.

Nur wenn die örtliche Bevölkerung den Sinn der Schutzgebiete erkennt oder gar Vorteile für die Einheimischen entstehen, läßt sich ein langfristiger Erfolg erreichen. Naturschutzkonforme Landnutzung, die nur geringfügig bezuschusst werden muss, ist auf lange Sicht daher sinnvoller als auf den Schutz bestimmter Pflanzen- und Tierarten ausgelegte Pflegeprogramme. Hiernach sollten sich auch Förderungen im Naturschutz richten, die nicht mehr auf kurzfristige Erfolge im Arten- und Biotopschutz abzielen, sondern ganzheitlich am Schutz des Naturhaushaltes, der gesellschaftlichen Akzeptanz und der ökonomischen Tragfähigkeit gemessen werden.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst '99/2000

● Kurz notiert

37

Neues Nationalparkgesetz in Schleswig-Holstein eingeführt

Am Ende kann eigentlich keine/r richtig zufrieden sein, die Naturschützer fühlen sich zwar als Sieger, doch mußten sie zahlreiche Abstriche von ihren ursprünglichen Ideen machen. Und die Fischer waren enttäuscht, daß es überhaupt ein neues Gesetz gibt. So demonstrierten dann auch, parallel zur Verabschiedung des Gesetzes, die verschiedenen Parteien Pro und Contra Nationalparkgesetz. Die Protestveranstaltungen fanden räumlich getrennt statt, der WWF flog dann mutig mit einem Flugzeug über die wütenden Fischer. Weitergehende Kommunikation gab es nicht. Ein "schöner" Start für ein neues Naturschutzgesetz ...

Lesetips:

Peter D. Ward
Ausgerottet oder ausgestorben? (1998, Birkhäuser in Basel, 263 S.)
Warum sind in bestimmten Zeiträumen besonders viele Arten ausgestorben? Der Autor geht der Frage nach. Vor allem versucht er nachzuweisen, daß der

Mensch schon vor langer Zeit verantwortlich war für das Aussterben von Arten, z.B. dem Mammut. Um das zu belegen, finden sich im Buch minutiöse Beschreibungen der Ausbreitung verschiedener Menschengruppen über die ganze Welt.

Fördermittel für Ostdeutschland gefährdet

Zur Meldung der "Berliner Zeitung" vom 8.11.1999, dass den ostdeutschen Ländern EU-Fördermittel gestrichen werden, erklärt die naturschutzpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Sylvia Voß: "Wenn es in den Ländern nicht zu substantziellen Fortschritten bei der Meldung von Schutzgebieten nach der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) kommt, ist tatsächlich mit der Sperrung von EU-Fördermitteln zu rechnen. Dies ist den Ländern spätestens seit 1998 bekannt, als die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland einleitete. Wir fordern daher die Länder erneut und entschieden auf, das Meldeverfahren für die FFH-Gebiete zügig voran-

zutreiben. Geschieht dies nicht, werden vor allem die ostdeutschen Länder im nächsten Frühjahr in große Schwierigkeiten geraten."

Zusätzlich zur Nichtgewährung von EU-Fördermitteln drohen Deutschland auch erheblichen Strafgeder, falls es zu einer Verurteilung Deutschlands vor dem Europäischen Gerichtshof wegen der Vertragsverletzung kommt. Die Europäische Union hatte 1992 einstimmig den Beschluss gefasst, ein zusammenhängendes Netz von Naturschutzgebieten in seinen Mitgliedstaaten zu schaffen. Deutschland ist im europäischen Vergleich Schlusslicht bei den FFH-Gebietsmeldungen.

Weitere Hintergrundinformationen können im Berliner Büro erfragt werden: Tel. 030-227-75223, Fax 030-227-76506

Umwelt (10/99)
● Neufassung der Bundesartenschutzverordnung beschlossen

Nationalpark (3/1999)
● Wovon Zoologen träumen: Großtiere als Landschaftsgestalter?

Wattenmeer international (3/99)
● Verschiedene Artikel rund um das Nationalparkgesetz

Naturmagazin (4/1999)

● Biosphärenreservat Elbtalau

Umwelt-Informationen für Niedersachsen (4/99)

● Schwerpunkt: Direkte Demokratie
● Naturgips und Alternative

Steinbeißer (4/99)

● Fachseminar Rekultivierungslösungen beim Tagebau - Biosphärenreservate und Steinbrüche

Artenschutzbrief (2/99)

● Von der Roten Liste auf die Abschlußliste: der Kormoran
● Tierschmuggel strafrei dank Bundesregierung (3/99)
● Jagd in Deutschland land

Ö-termine

6.-9.12.2000 am Bodensee
Naturschutztage am Bodensee
BUND Naturschutzzentrum, Mühlenbachstr. 2,
78315 Radolfzell, Tel. 07732/15070, Faxn 150777

12.2.2000 in Auen
Tagung: Amphibien
Akademie Ländlicher Raum
Baden-Württemberg, Oberbetringer Str. 162,
73525 Schwäbisch Gmünd, Tel. 07171/917134,
Fax - 40, Poststelle@alallessg.bwl.dak



A20-Aktionskongreß

Mittlerweile ist die A20 in Bau, Gerichtsverfahren sind gescheitert und auch der Widerstand gegen die A20 weicht sich immer weiter auf. Einige haben sich nach dem Regierungswechsel eine Trendwende in Sachen Verkehrspolitik erhofft allerdings wurde schon im Koalitionsvertrag von einer "Zügige Fortführung der Verkehrsprojekte deutsche Einheit" gesprochen. Es wird weiter auf unsinnige Großprojekte zur Verbesserung der Infrastrukturen gesetzt. Mit jedem Meter Autobahn wird ein Teil von der Natur zerstört, und mit dem weiteren Bau der A20 wächst auch die Wahrscheinlichkeit Ihrer Verlängerung nach Westen. Auch die aktuellen Meldungen über Mittelkürzungen ändern nichts an dieser Tatsache. Nur unter Druck von uns an die PlanerInnen und VerkehrspolitikernInnen ist die Verkehrswende möglich. Für die Verkehrswende treten wir in Aktion: Wir möchten Euch einladen zum A20-Kongreß am Wochenende vom 11. 13.2.2000 im Barmstedter Jugendzentrum (Feldstr. 12) Termin noch unsicher, da wir den Kongreß jetzt wegen der aktuellen Entwicklungen doch lieber in Lübeck machen wollen. Der Kongreß soll unsere Bündnisarbeit vertiefen und unsere Gemeinschaft stärken. Wir haben gemeinsam Zeit zu planen, organisieren, Fragen zu beantworten, unsere Stärke öffentlich zu zeigen,

Anti A20 Projekt JUP (Jugend-Umwelt-Projektwerkstatt) Turmstr. 14a 23843 Bad Oldesloe Tel: 04531/4512 Fax: 04531/7116

Ansprechpartner: Jörn Hartje Tel: 04533/792259 eMail: jup@inihaus.de

oder

Umweltwerkstatt Lübeck Willy-Brandt-Allee 23554 Lübeck Tel: 0451/7070646 eMail: jupluebek@t-online.de

Schwerpunkt: Verkehr

Dieser Schwerpunkt soll zeigen, daß mehr Straßen immer auch mehr Autos bedeutet. Neben einigen Theoretischen Artikeln zu Themen wie "Trans Europäische Netzwerke" oder Umgehungsstraßen wird es einen umfangreichen Serviceteil geben, in dem Termine, Aktionsideen und sonstige Infos veröffentlicht werden.

Wer noch Ideen hat oder an dem Schwerpunkt mitwirken möchte, melde sich bitte bei der Redaktion.

Ö-Verteiler "Landschaft/Naturschutz"

- NABU Saarland
- BUND Thüringen, Nordrhein-Westf., Niedersachsen
- Grüne Liga Thüringen, Sachsen

Institut für Ökologie

Unsere Reader zu wichtigen Themen:

- Agenda 21
- Umweltbildung
- Naturlehrpfade
- Umwelt&Software
- Biologisch bauen
- Politik von unten
- Ökonomie von unten
- Großveranstaltungen

Gegen je 12 DM plus Porto.

Institut für Ökologie
Turmstr. 14A, 23843 Bad Oldesloe
institut@inihaus.de





Überregional tauschen?

Schon lange wird diskutiert, wie Tauschringe untereinander Waren und Dienstleistungen tauschen könnten. Schlagworte der Debatte: Vernetzung, Außenkonten oder Verrechnungszentrale. Doch über theoretische Diskussionen ist man bisher kaum hinausgekommen, das Thema "Vernetzung" bleibt ein Dauerbrenner in der Tauschring-Landschaft.

Mit dieser Frage sind viele Unsicherheiten und unklare Vorstellungen verbunden, wie diese Vernetzung überhaupt funktionieren soll. Besonders schwierig ist der Umgang mit der oft unbegründeten, aber ständig vorhandenen Angst, durch eine Vernetzung könnte die eigene Unabhängigkeit verloren gehen, und ein ominöses, unkontrollierbares Machtzentrum entstehen. Gleichzeitig aber gibt es den starken Wunsch, einen überregionalen Tausch von Leistungen auf die Beine zu stellen.

1998 machte "LETS-Netz München" als Organisatorin des Bundestreffens das Angebot alle Leistungen des Veranstalters auf Verrechnungsbasis zu begleichen. Trotz aller Unsicherheiten haben alle TeilnehmerInnen ohne Zögern dieses Angebot angenommen.

Die Tausch-System-Nachrichten haben danach das Tauschnetz D vorgestellt und auch die norddeutsche Verrechnungszentrale. Diese Angebote stießen auf eine geringe Resonanz – die Fragen bleiben dieselben: Ominöses Machtzentrum? Verlust der Unabhängigkeit? Funktionsweise der Vernetzung? Jede Woche erreichen das Tauschring-Archiv Anfragen zu dieser Thematik, aus denen hervorgeht: Die Unsicherheiten bestehen weiterhin, gleichzeitig aber auch der Wunsch nach einem überregionalen Austausch.

Das Tauschring-Archiv selbst hat monatlich einen überregionalen Leistungsaustausch von durchschnittlich 25 Stunden – so wollen wir auf den nächsten Seiten auf vielfachen Wunsch darstellen, wie unser Ressourcen-Tauschring funktioniert. Und dabei die Gelegenheit nutzen, mit einer Reihe von Fehleinschätzungen aufzuräumen.

Regionalität?

Ein immer wiederkehrende Argument besteht darin, den regionalen Charakter von Tauschsystem zu betonen. Das ist völlig richtig und soll auch weiterhin so bleiben. Doch trotz aller Regionalität ist es immer wieder notwendig, auf Angebote anderer Tauschringe eingehen zu können. Einige Beispiele dazu: Übernachtungen, Urlaub (auch in Deutschland), seltene Leistungen, die nicht oft angeboten werden (Übersetzungen in Fremdsprachen), oder einfach auch Leistungen, die im eigenen System nicht zu erhalten sind. Selbstverständlich wird dabei nicht daran gedacht, eine Waschmaschine von München nach Hamburg transportieren zu lassen. Das wäre ein ökologischer und sozialer Unsinn. Es geht hier vielmehr um EDV-Leistungen, Beratungen, Recherchen, und und... hier ließen sich Seiten vollschreiben, um detailliert aufzulisten, wieviele Leistungen

für einen überregionalen Tausch in Frage kommen.

1998 wurde in München eine Diplomarbeit geschrieben, die u.a. eine geographische Auswertung der Tauschbeziehungen im "LETS-NETZ München" zum Gegenstand hatte, also untersuchte diese Arbeit ein sehr großräumiges Gebiet, weit über die Stadtgrenzen Münchens hinaus. Dabei stellte sich heraus, daß sich die Tauschbeziehungen so entwickelten, daß die Partner von selbst darauf achteten, die nächstliegenden Leistungspartner zu suchen und zu finden. So sollte es auch grundsätzlich nach den Prinzipien der Tauschidee sein. Warum also die Bedenken, dies könnte sich auf Bundesebene anders entwickeln? Zudem kann dies durch eine Verrechnungszentrale reguliert werden.

Eigenständigkeit?

Die reine Verrechnung der Leistungen und eine überregionale Marktzeitung können die Eigenständigkeit eines Tauschsystems überhaupt nicht bedrohen. Dies geschieht eher bei den zur Zeit sehr beliebten Einzel-Außenkonten, die keiner echten Kontrolle unterliegen. Durch diese Außenkonten, die völlig frei benutzt werden, kann ein System in die Verschuldungsfalle geraten.

Mehr Aufwand? Kosten?

Kosten und Aufwand einer überregionalen Verrechnung sind nicht so groß, wie immer diskutiert oder angenommen wird. Durch eine Ansiedlung der Verrechnungszentrale beim Tauschring-Archiv und den Tausch-System-Nachrichten entfallen viele Kosten. Die überregionale Marktzeitung wird als Beilage der TSN ausgeliefert. Dadurch entstehen keine großen Mehrkosten, auch der Arbeitsaufwand wird so minimiert.

Vorteile?

Eine überregionale Verrechnungszentrale kann viele Probleme lösen, die häufig diskutiert werden: Kontentransfer bei Umzug, Initiierung gemeinsamer überregionaler Projekte, überregionale Leistungen von Aktiven auf der Bundesebene, usw. Aber es kann auch viel Frustration verhindert werden, wenn im eigenen Tauschring erfolglose Gesuche überregional auf Resonanz stoßen.

Kontakt: Das Tauschringarchiv, Hasenkamp 30, 49504 Lotte, 05404/72400, Fax 4812, privatier@t-online.de



Studienarbeiten zum Tauschen

Das Tauschring-Archiv unterstützt ständig StudentInnen und Institutionen bei der Erstellung wissenschaftlicher Arbeiten. Diese Hilfestellung erfolgt in der Regel kostenlos, falls der Umfang der Hilfe nicht zu aufwendig ist. Bedingung ist, daß wir die Arbeiten nach Fertigstellung zur freien Verfügung erhalten.

Liste der verfügbaren Diplomarbeiten

1. Tauschringe in Hamburg, Grand Helmut. Empirische Untersuchung im Rahmen einer Diplomarbeit. 1997
2. Die Besteuerung von Tauschringen und ähnlichen Einrichtungen und den am Tausch Beteiligten in Deutschland, Diplomarbeit von Hartmut Romppel, 1998
3. Die Antwort auf die Globalisierung. Überwindung der Beschäftigungskrise in der Regionalen Ökonomie. Reinhard Stranfeld, 1997. Beitrag zum Ingenieurkongreß zur "Zukunft der Industriegeellschaft", 1996
4. Tauschringe im Umgang mit Ämtern und sonstigen Institutionen. Ergebnis einer bundesweiten Anfrage September 1996. Zeitbörse Werra-Meißner (bei der Zeitbörse bitte bestellen)
5. Selbsthilfeeinkonomie und ihre Bedeutung für die Versorgung privater Haushalte am Beispiel des Bonner Tauschrings. Diplomarbeit, Judith Kloiber, 1998
6. Nicht-monetäre Tauschringe in Deutschland: Neue Ansätze zur Gestaltung lokaler Wirtschafts- und Sozialbeziehungen? Monika Schulte, Diplomarbeit, 1996
7. Geld und die "Nachhaltigkeit" lokaler Gemeinwesen. Roland Söker, Diplomarbeit, 1995
8. Tausche Griechisch gegen Haare schneiden. Christine Weiß, Diplomarbeit, 1996
9. LETS ein Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung Münchens im Rahmen des Agenda 21 Prozesses? Analyse eines sozialen Netzwerkes. Yvonne Außmann, Diplomarbeit, 1998
10. Tauschringe im Kontext sozialer Sicherung. Sabine Budtke, Diplomarbeit, 1996
11. Tauschringe als Elemente der Wohlfahrtsproduktion tausche Staat gegen Bürger? Annette Wallentin, Diplomarbeit, 1999, Freie Universität Berlin, FB Politische Wissenschaften
12. Tauschringe eine effiziente Alternative zum klassischen Markt? Christian Grüner, Diplomarbeit 1999, Gerhard-Mercator-Universität-Gesamthochschule Duisburg
13. "Eine Stunde macht 100 Schöpfer", Eine Untersuchung zum Talentetauschsystem am Schöpferwerk (Wien/Österreich). Irene Berlach-Pobitzer, Diplomarbeit 1998, Grund- und Intergrativwissenschaftliche Fakultät der Universität Wien
14. "Tauschringe im Kontext der Krise der Arbeit", Usel Hay, Diplomarbeit 1999, FH Düsseldorf/FB Sozialpädagogik

Ö-termine

7.-8.2.2000. in Münsterschwarzach
Direktvermarktung und Hofladengestaltung
 Stefan Reittner, Bioland Regionalstelle Unterfranken, Hauptstr. 9, D-97246 Eibelsstadt, Tel. 09303-9904-68, Fax -69

23.2.2000 in Wiesent
Direktvermarkterseminar.
 Judith Hock-Klemm, Bioland Regionalstelle Niederbayern/ Oberpfalz, Brunstr. 25, D-93053 Regensburg-Graß, Tel. 0941-94592-61, Fax -63, E-Mail: bioland-niederbayern-oberpfalz@t-online.de

29.2.-1.3.2000 in Altenkirchen
Seminar Bio-Blumen in den Handel.
 Gerhard Hirn, Evangelische Landjugendakademie Altenkirchen, Dieperzbergweg 13-17, D-57610 Altenkirchen, Tel. 02681-95160, Fax -70206, Internet: www.lja.de, E-Mail: info@lja.de

28.-29.3.2000 in Magdeburg
Seminar Landwirtschaftliche Direktvermarktung
 Bioland, Ländorfer Str. 28, 35305 Grünberg, Tel. 06401-9170-0, Fax -20

38

Winter '99/2000
• Kurznotiert

Zum Text

Der Text dokumentiert Auszüge aus der Internetseite www.tauschring-archiv.de

Zeitschriften-schau

Contraste, Sept. 99: Schwerpunkt: 20 Jahre Wagner&Co.
• Debatte um Köln-Aktivitäten (S. 3)
• Agenda 21 und TransFair (S. 5)
• Mindesteinkommen (S. 6)
• Demeter (S. 13)

Okt. 99: Schwerpunkt: Sozialpolitik
• Neue Rubrik: Umweltschutz von unten (S. 4+5)
• Kreativ-Zentrum Wolfen (S. 6)

Nov. 99: Schwerpunkt: Neoliberalismus, Global Action Day 30.11.
• 10 Jahre Rote Flora
• Spaßguerilla
• Expo&Internationalismus



Themenredaktion "Local economy"

Nicht besetzt.
Wer hat Interesse, über alternative Ökonomieansätze vierteljährlich zu berichten?
Die Texte dieser Seite stammen von der Internetseite www.tauschring-archiv.de

Ö-Verteiler "Local economy"

- koop-telegramm
- TAK AO (Rundbrief)
- cash coop (Interner Rundbrief)
- Tauschring Archiv (Interner Verteiler)



Der Infodienst für Umweltakteurinnen

Herbst '99/2000

● Kurz
notiert



Themenredaktion
"Umwelt &
Entwicklung"

Umwelt- und Nord-
Süd-Nachrichten
(Uns)
Norbert Suchanek
Siemensstr. 13
84513 Töging am Inn
nsuchanek@
amazonas.
comlink.apc.org

Ö-Verteiler
"Umwelt &
Entwicklung"

• Zeitschrift "alaska"
(z.Zt. ungeklärt)

Zur Briefaktion

Damit die bisher schon geplanten Aktivitäten wirklich Ergebnisse bringen, ist es wichtig, daß sie auch aus dem Ausland unterstützt und begleitet werden. Deshalb bitten die betroffenen Gemeinden am Lempa darum, einen Brief an die Regierung El Salvadors zu schicken/zufaxen, der die vom CUBLC formulierten Forderungen enthält. Ein Muster ist vorbereitet, eigene Briefe sind ebenso willkommen. Hauptsache es werden viele!

Vorgefertigter Brief und weitere Informationen bei:
Infostelle El Salvador,
Oskar-Romero-Haus,
Heerstr. 205,
53111 Bonn,
Tel.: 0228-694562,
Fax -631226,
salva@link-lev.de

sowie

Eine Welt Laden,
Lange Straße 49,
17489 Greifswald,
Tel.: 03834/ 892645

40 Prozent sind degradiert

"Fast 40 Prozent der Anbauflächen in der Welt sind bereits degradiert", meldet die Welternährungs- und Landwirtschaftskommission (FAO). Andere natürliche Einkommensquellen für die ärmeren Bevölkerungen – Meer, Wälder, Flüsse und Weidegebiete – sind ähnlichen Gefahren ausgesetzt. Bereits jetzt haben laut FAO mindestens 800 Millionen Menschen keinen Zugang zu angemessener Nahrung. Anmerkung: Hinzukommen mehrere Millionen US- Amerikaner, die sich – aus Geldmangel – fast nur noch von Gen-Food ernähren müssen.

Viel hilft viel

In nächsten Jahr will Kasachstan Pestizide für rund 25 Millionen Mark einsetzen, um Heuschrecken zu bekämpfen. Die etwa 8 Millionen Mark, die das an Devisen eher arme Land in diesem Jahr zur chemischen Bekämpfung der Heuschrecken einsetzten, hatten – nach Ansicht der zuständigen Behörden – nicht ausgereicht.

Was kostet die Welt-Retten?

Eine Gruppe von Wissenschaftlern der Universitäten von Cambridge und Sheffield rechnete jüngst aus, was es der Menschheit finanziell kosten würde, die Welt zu retten. Ergebnis: Es reichen jährlich rund 480 Milliarden Mark. Dies ist freilich viel zu viel Geld für einen chinesischen Fabrikarbeiter, der für gerade mal 40 Pfennig pro Stunde in Shenzhen Teletubby-Spielzeuge herstellen muss. Für die westlichen Industriestaaten allerdings, in denen die Teletubbies in Massen verkauft werden, sollten die 480 Milliarden Mark zur Rettung der Welt im Grunde "Peanuts" sein.

Eis schmilzt, Politiker reden

Während die internationalen Umweltschutz-Verhinderungs-Politiker jüngst in Bonn während der Weltklimakonferenz über Massnahmen zum Schutz unseres Klimas feilschten, brach in der Antarktis ein 64 Kilometer breiter Eisblock ab und trieb Richtung Südamerika. Lediglich die 55 Meter hohe "Spitze" des Eisbergs ragte aus dem Meer empor. Der größte Teil seiner Dicke von insgesamt rund 300 Metern blieb unter Wasser.

Der Nordpol schmilzt auch

Was die Antarktis kann, kann die Arktis schon lange. Seit 1978 nimmt das Nordpolareis jährlich im Schnitt um rund 34.000 Quadratkilometer Eis ab. Gleichzeitig scheinen sich über den Tropen immer öfter immer stärkere Wirbelstürme zusammenzubrauen. So suchte pünkt-

lich zur Bonner Klimakonferenz wieder einmal ein "Jahrhundert-Zyklus" die indische Küste heim. Mehr als tausend Menschen starben. Ob Spitzenpolitiker ala Gerhard Schröder und Wirtschafts-bosse wenigstens diese Nachricht verstanden haben?<

Panzer und Staudamm

Erst bekam die Türkei einen Test-Panzer nun will die Bundesregierung sich auch bei einem ökologisch und sozial katastrophalen Staudamm-projekt beteiligen. Es handelt sich um den Ilisu-Staudamm am Tigris nahe der



Weitere Infos: Weed,
Bertha-von-Suttner-
Platz 13, 53111
Bonn, Tel. 0228/
76613-0, Fax
0228/696470

**Campesinos am Rio Lempa in El Salvador
Briefaktion**

Als vor gut einem Jahr Hurrigan Mitch in Mittelamerika ganze Landstriche total verwüstete, gab es eine Welle internationaler Hilfsbereitschaft. Doch bei den betroffenen Menschen ist diese Hilfe selten angekommen. So leiden die Dörfer am Unterlauf des Rio Lempa in El Salvador bis heute an den Folgen. Und die Situation verschlechtert sich weiter, weil ihre Selbständigkeit und Kooperation der Regierung nicht gefällt.

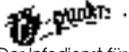
Die Menschen, die heute in dieser Region leben, haben sich dort Anfang der 90er Jahre eine völlig neue Existenz aufgebaut. Es handelt sich fast ausnahmslos um ehemalige Flüchtlinge, die während des Bürgerkrieges (1980 bis 1990) in den Bergen versteckt oder im Exil in Nicaragua bzw. Honduras gelebt hatten. Nach ihrer Rückkehr gründeten sie neue Gemeinden. In Eigenarbeit ist seitdem viel erreicht worden: Es gibt Schulen, Kliniken, Bibliotheken und Gemeindezentren; Jugendgruppen, verschiedene Projekte wie eine Näherei, Bäckereien, Milchviehhaltung usw. Strukturen wurden erprobt, das Land gemeinsam in Form von Agrarkooperativen zu bewirtschaften. Das alles ist sicher nicht selbstverständlich in einem Land wie El Salvador, in dem die AnalphabetInnenrate in ländlichen Gegenden bei 60% liegt.

Seit Mitte September 1999 hat es in der Zone des unteren Lempa nach schweren Regenfällen bereits wieder zwei neue Flutkatastrophen gegeben. Es wiederholen sich haargenau die Szenarien aus dem letzten Herbst: Menschen verlassen ihre Dörfer, um sich in höhergelegenen Siedlungen in Sicherheit zu bringen. Das Wasser steht hüfthoch in den Häusern, Haustiere ertrinken und die lebenswichtige Maisernte, die erste nach Mitch, ist wieder den Fluten zum Opfer gefallen.

Grenze zu Syrien und Irak. Der Staudamm würde der Türkei die Möglichkeit geben, Syrien und Irak den Wasserhahn abzudrehen. Darüberhinaus würde der Damm zur Überflutung Dutzender Städte und Dörfer führen. "Die Bereitschaft der Bundesregierung, die Hermesbürgschaft für den Ilisu-Damm ernsthaft in Erwägung zu ziehen, zeigt die Widersprüchlichkeit der deutschen Türkei- Politik und macht deutlich, dass die Panzerlieferung kein Ausrutscher ist", kommentiert Heike Drillisch von der Umwelt- und Entwicklungsorganisation WEED.

Von Seiten der salvadorianischen Regierung wurden weder präventive Maßnahmen ergriffen (Rekonstruktion der Deiche, die spätestens durch das letzte Hochwasser 1998 gebrochen waren, Reparatur der Straßen) noch Vorbereitungen für einen neuen Katastrophenfall getroffen. So fehlt es, wie schon im vergangenen Jahr, an Notunterkünften, sanitären Einrichtungen, Trinkwasser, Lebensmitteln und Medikamenten. Dabei sind zahlreiche finanzielle Mittel aus dem Ausland nach El Salvador geflossen, wohl ohne Umwege direkt in dunkle Kanäle. Allein Japan hat 24,8 Mio. Colones (ca. 2,85 Mio. USD) nur zum Zwecke der Deichsanierung bereitgestellt, und die Bewohner des Lempa sind mit Recht interessiert an der Frage, wo all das Geld geblieben ist.

Eine zusätzliche Bedrohung stellen die jüngsten Pläne der salvadorianischen Regierung dar, die betroffenen Gemeinden in andere Gebiete des Landes umzusiedeln. Die Hintergründe liegen auf der Hand: Erstens ist die Region ein exzellentes Ackerbaugelände. Es liegt die Vermutung nahe, daß die durch Öffnen von Staudämmen bewußt verschlimmertem, ständigen Überflutungen heimtückisch dazu genutzt werden, eine Wiederübernahme des Landes durch Firmenkonsortien des Zuckerrohranbaus zu ermöglichen. Zweitens ist die Stärke der Campesinos ihre Einigkeit, und es ist klar, daß die Regierung Agrar- Kooperativen oder eine gebildete Landbevölkerung nicht dulden will. Im September wurde das "Komitee der vereinten Gemeinden des Lempa" (CUBLC) gegründet, um Protestaktionen effektiver organisieren zu können. Die salvadorianische Regierung soll dazu gezwungen werden, den Menschen am unteren Lempa ein Leben und Arbeiten in Würde zu garantieren.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

40

Winter '99/2000

● Kurznotiert

Naturkost boomt

Im allgemeinen hat die Ernährungsbranche mit Umsatzeinbußen zu kämpfen, hingegen kann der Naturkostfachhandel mit saftigen Umsatzsteigerungen aufwarten: Mit einer Steigerung von 9 Prozent kletterte sein Umsatz 1998 auf rund 1,3 Mrd. DM. Am gesamten Lebensmittelumsatz der Bundesrepublik hat der Zweig damit einen Anteil von 0,6 Prozent. Ein großes Wachstumspotential wird bei Tiefkühlprodukten, Käse, Feinkost und Delikatessen sowie Baby- und Kindernahrung gesehen.

DLG-Mitteilungen 8/1999

stoff galt bislang als ein Qualitätsmerkmal ökologischer Fleischprodukte. Verbraucher jedoch hatten teils Schwierigkeiten, sich an die durch Nitritfreiheit (dunkel)graue Färbung der Fleischerzeugnisse zu gewöhnen. So bleibt abzuwarten, wann endlich auch Lysozym den Öko-Käseriesen das Leben leichter macht.

Infos: Bundesverband Naturkost Naturwaren Einzelhandel e.V., Tel. 02233-9633822, Fax -9633820 Quelle: www.söl.de, bio-land 4/99



Eigenständiges Forschungsinstitut für Ökologischen Landbau

Die Koalition hat sich für ein eigenständiges Forschungsinstitut für den ökologischen Landbau verständigt. Das Institut soll ab 2000 bei der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) in Trenthorst/ Schleswig-Holstein arbeiten. Mit dem Institut soll die Forschung des ökologischen Landbaus gestärkt werden. Arbeitsschwerpunkte: Ökologische Tierhaltung, ökologische Pflanzenzüchtung und Vermarktungsstrategien für Öko-Produkte. Ein ökologischer Versuchsbetrieb wird aufgebaut.

www.söl.de



Themenredaktion "Ökologischer Landbau"

Johannes Richter
c/o Umweltwerkstatt
Willy-Brandt-Allee 9,
23554 Lübeck
Tel & Fax
0451/7070646
jupluebeck
@t-online.de

2,4% Flächenanteil

Der Ökolandbau in der BRD hat mittlerweile einen Flächenanteil von 2,4 Prozent. Mecklenburg-Vorpommern hatte Ende 1998 mit 6,1 Prozent den größten Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche, das Schlußlicht bildete Niedersachsen mit einem Prozent.

Infos: Markus Rippin, Zentrales Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP), Tel. 0228-9777-363, Fax -369

Südzucker ohne Öko-Zucker

Veränderte Produktionspläne und eine geringere Nachfrage als erwartet sind angeblich die Gründe dafür, daß die Südzucker AG nur eine Saison, nachdem sie die Öko-Zuckerproduktion begonnen hat, diese auch schon wieder einstellt. Das Unternehmen hatte 1998 Anbauverträge mit 70 ökologisch wirtschaftenden Landwirten über rund 420 Hektar geschlossen. Nachdem einige größere potentielle Kunden abgesprungen waren, konnte bisher nur etwa ein Drittel des Ökozuckers aus der letztjährigen Kampagne verkauft werden. Südzucker hat allerdings auch keine aktiven Vermarktungsaktivitäten für den Ökozucker unternommen. In diesem Jahr können die beteiligten Landwirte ihre Zuckerrüben noch zu den Vertragsbedingungen mit einem Ökozuschlag von 5.-DM/dt an die Südzucker abgeben.

Quelle: www.söl.de, bio-land 4/99

AGÖL erlaubt Nitritpökelsalz

Auf ihrer letzten Mitgliederversammlung hat die Arbeitsgemeinschaft ökologischer Landbau (AGÖL) den Gebrauch von Nitritpökelsalz (0,4- 0,5% Natriumnitrit) für Fleischerzeugnisse bewilligt. Interessant ist das Zustandekommen dieser Zulassung, da die Rahmenrichtlinienkommission der AGÖL in endlosen Diskussionen aus fachlichen Gründen Nitrit immer wieder abgelehnt hatte. Jetzt liegt es an den Mitgliedsverbänden der AGÖL, ob sie Nitritpökelsalz in ihrem jeweiligem Verband zulassen möchten. Der generelle Verzicht auf diesen umstrittenen Zusatz-

Tierzuchtsperspektiven

Die Tierzucht im Ökologischen Landbau hat ein Problem, sie ist nach wie vor abhängig von der konventionellen Tierzucht. Dort bestimmen eine Handvoll weltweit tätiger Zuchtunternehmen in enger Kooperation mit Chemie- und Agrarkonzernen das genetische Potential der Geflügelzucht. Die Zusammenarbeit von Hybridzucht, Gentechnologie, Tierernährung und chemisch-synthetischer Wirkstoffproduktion bietet maßgeschneiderte Lösungen aus einer Hand: Die Turbohühner für das 3. Jahrtausend muß in 365 Tagen über 330 Eier und mehr als 20 kg Eimasse produzieren. Solche Tiere sind im Ökolandbau ungeeignet. Aufgrund des

gesellschaftlichen Drucks - z.B. gegen Käfighaltung - werden die Zuchtunternehmen dazu gezwungen, Tiere für alternative Haltungsformen zu züchten. Doch es mangelt an eigenen Zuchtinitiativen und erst langsam steigen die großen Zuchtfirmen ins Geschäft des Ökolandbaus ein. Probleme ergeben sich bspw. schon mit der Art der Hühnerzucht: Soll Rein- oder Kreuzungszucht der Weg zum jeweiligen Ziel sein? Die Reinzucht dauert länger und gibt den Eierproduzenten gegenüber den Hybridlinien wieder mehr Unabhängigkeit vor den Zuchtorganisationen!

Quellen: bio-land 5/99 und Ökologie

Tötung männlicher Küken rechtmäßig?

In der BRD werden jährlich 50 Millionen männlicher Küken aus wirtschaftlichen Erwägungen innerhalb der ersten 60 Stunden getötet - per Vergasung mit CO2 oder Kükenmuser (Apparat mit rotierenden Messern). Ursache für diese Praxis ist die Zucht und Haltung von Hühnern, die durch intensive Selektion und Prüfung auf Leistungsmerkmale geprägt ist. Ziel ist eine wachsende Eierproduktion bzw. ein rascher Fleischzuwachs, mit dem Ergebnis von zwei Hybridlinien, die der Lege- und die der Mastlinie. In der Legelinie sind die männlichen Tiere naturgemäß unbrauchbar und auch für Mastzwecke ungeeignet. Wie steht das Tierschutzgesetz dazu, wonach ein Tier nur

aus "vernünftigen Grund" getötet werden darf? In der Kommentierung des 98'ers-Tierschutzgesetzes heißt es: "Männliche Küken der Legehennenrasse allein aus wirtschaftlichen Gründen" zu töten, ist "jedenfalls nicht angemessen", denn "mit dem Eigenwert des Tieres als empfindungsfähiges Mitgeschöpf ist es unvereinbar, planmäßig ca. 50% der geschlüpften Tiere als Abfallprodukt der Eierproduktion zu behandeln" (nach KLUGE 1999). Die Legehennenbetriebe des Ökolandbaus (nicht Omas Hühnerhof) sind gleichermaßen wie ihre konventionellen Kollegen von diesen Praktiken betroffen.

Ökologie & Landbau 4/99

Der Tip:

Handbuch Angewandter Biotopschutz - dick und recht teuer ist es, aber das lohnt sich auch. Umfangreiche Sammlung für den praktischen Biotopschutz, mit ökologischen Grundlagen, Kartierungs- und Planungsmethodik, Durch- und Umsetzung einschl. Rechtsfragen und Finanzierungstips, Kartierungsbögen, Gesetzestexte und Beispiele. Die Loseblattsammlung wird z. Zt. halbjährlich aktualisiert.

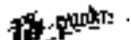
Ca. 1100 S., in 2 farbigen Ordnern ... für 178 DM (bei Abo der Nachlieferungen)
ISBN 3-609-75490-7. Autor: Jörg Bergstedt.



Zeitschriften-schau

bio-land 5/99
Schwerpunkt: Tierzucht
● Kupferpräparate
● Futterbau
● Regionalentwicklung
● Ökolandbau in Großbritannien

Ökologie & Landbau 4/99
Schwerpunkt: Tierzucht
● EU-Verordnung zur ökol. Tierhaltung
● Ökolandbau in Frankreich
● Bodenfruchtbarkeit im Trikont
● Waldwirtschaft



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst '99/2000

● Kurz notiert



Buchbesprechung

Ulrich Geier u.a. Ökobilanz Hamburger Landwirtschaft (1998, Dr. Köster Verlag)

Erstmals wird eine Ökobilanz für die Landwirtschaft vorgelegt, in dem die zwei landwirtschaftlichen Produktionsweisen Organischer und Konventioneller Landbau in der Hamburger Elbmarsch miteinander umfassend verglichen werden. Auch wenn der Untersuchungsraum keine typische agrarisch geprägte Landschaft ist, sondern sehr stark durch Überbauung und industrielle Luftverschmutzung gekennzeichnet ist, setzen die AutorInnen des Bonner Instituts für Organischen Landbau Akzente in der Beurteilung von landwirtschaftlichen Produktionsweisen. Die Ökobilanz konv. und organ. Bewirtschaftung kommt zu einem eindeutigen Ergebnis: Von den 9 untersuchten Umweltbereichen weist der Organische Landbau gegenüber dem Konventionellen Vorzüge auf; in keinem Bereich hat der Konventionelle Landbau Vorteile.

Demeter für Ökosteuern

Im Gegensatz zum Wehgeschrei der meisten Landwirte und ihrer Organisationen begrüßt Demeter die Ökosteuern der Bundesregierung ausdrücklich: Die ökologische Steuerreform sei gut und letztlich profitiere die Landwirtschaft davon, selbst wenn sie in den nächsten zwei, drei Jahren dadurch Mehrausgaben habe. Es sei ein richtiges Signal für eine regionale Landwirtschaft, die mittelfristig unabhängiger von Subventionen werden könne. Darüber hinaus schaffe die ökologische Steuerreform die geeigneten Rahmenbedingungen, um auf den Höfen, die ohnehin schon Vorreiter für alternative Energien wie Biogas oder nachwachsende Rohstoffe sind, weiter in diesen Bereich zu investieren. Mit der momentanen Situation, daß die Landwirtschaft durch die Ökosteuern höher belastet werde als andere Wirtschaftszweige, müsse natürlich sofort Schluß sein, so in einer Demeter-Pressinfo vom 6. 10.99.

Bodennutzung: Für wen?

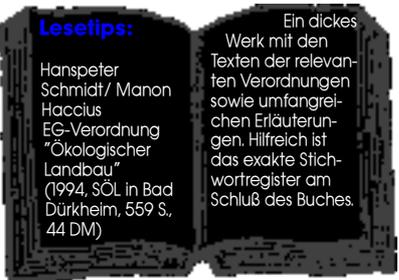
Wenn im Trikont auf 8 Millionen Hektar bei gleichzeitiger Unterversorgung der Bevölkerung Soja für Europa produziert wird (überwiegend als Futtermittel), ebenso gut aber mit Schwarbohnen oder Mais Eiweiß für 35-45 Millionen Menschen vor Ort produziert werden könnte, dann ist das Welthungerproblem eine Frage des Lebensstils und nicht eine Frage von der Bodenfruchtbarkeit. Die Frage muß aber gestellt werden "Wer produziert auf welcher Fläche für wen?" auch und gerade dem Ökologischen Landbau. Die Kaufkraft für Lebensmittel im Norden ist so mächtig und so attraktiv, daß inzwischen auch dem Ökologischen Landbau die Gefahr droht, dem "Wohlstandskolonialismus" zu verfallen (BESTE, A. in Ö & L. 4/99). Der Markt für Ökolebensmittel boomt im Norden und es wird immer deutlicher, daß sich Produzenten und auch Regierungen der "Entwicklungsländer" darum reißen, für diesen Markt zu produzieren. Damit wird eine Exportorientierung der Bodennutzung festgeschrieben. Mit einer Produktion von Ökolebensmitteln im Trikont ist damit nicht gleichzeitig verbunden, daß die Menschen vor Ort für "Öko" ein Verständnis haben und es wollen. Es ist geht nur um Devisen egal ob Tropenholz oder Ökobananen, was wir haben wollen, bekommen wir auch. Die kleinbäuerliche, für den regionalen Markt produzierende überwiegende Subsistenzwirtschaft und die regionalen weiterverarbeitenden Betriebe werden zugunsten einer exportorientierten Großflächenbewirtschaftung verdrängt. Für eine ökologische Produktion müssen sich nicht nur die Produktionsweisen sondern auch die Besitzverhältnisse ändern und auf eine übermäßige Fremdfächennutzung verzichtet werden.

Quelle: Ökologie & Landbau 4/99

Aussterben von Kulturpflanzen

Vom Aussterben bedroht sind Tausende von Kulturpflanzen. Nach den Ergebnissen einer Studie des Worldwatch Institute ist die Artenvielfalt in den Vereinigten Staaten besonders bedroht. Dort werden heute nur noch 20 Prozent der Saatgutsorten genutzt, die es vor rund 100 Jahren auf dem Markt gab. Heute sind 4.669 Pflanzenarten in den USA bedroht (ca. 29% aller dort vorkommenden Pflanzenarten). In Australien wird ein Verlust von 2245 Arten und in Südafrika von 2215 Arten befürchtet.

Worldwatch Institute



Teil-Flächenstilllegung von Äckern

Das Zentrum für Agrarlandschaft- und Landnutzungsforschung (ZALF) entwickelt mit Landwirten und Naturschützern ein Teil-Flächenstilllegungskonzept. Innerhalb von Großschlägen, wie sie typisch für Brandenburg sind, sollen nur die ertragsärmeren Areale aus der Nutzung genommen werden. Diese Bereiche – meist trockene Kuppen oder Naßstellen – sind für den Naturschutz besonders wertvoll. Die bisherige Praxis, bei der jeweils nur zwischen Stilllegung oder Nutzung ganzer Ackerschläge entschieden wird, wird besonders bei großen Schlägen dem kleinräumigen Wechsel der Standortsheterogenitäten nicht gerecht.

Gesucht wird daher nach praktikablen Möglichkeiten, unwirtschaftliche und zugleich ökologisch wichtige Extremstandorte wie arme Sandflächen, trockene Kuppen, Waldsäume oder Gewässerränder gezielt von der Bearbeitung auszusparen. Teilschlagspezifische Bewirtschaftung (precision farming) mit computergestützter Ausbringung von Pestiziden oder eben von keinen Pestiziden über eine satellitengestützte Ortsbestimmung des Tractors über GPS versprechen Zukunftschancen. Der Schlepperfahrer wird dann überflüssig.

Quellen: www.zalf.de

Biolandwirtschaft ist Zukunftstechnologie

Während führende Politiker in Deutschland weiterhin "Transrapid" und "Benzinkutschen" als fortschrittlich ansehen, hält die österreichische Akademie der Wissenschaften den Biologischen Landbau für eine "Zukunftstechnologie". Dies scheinen auch andere Länder Europas ähnlich zu sehen. So versuchen derzeit die Regierungen von Schweden, Frankreich, Dänemark aber auch Griechenland die Zahl der Biobetriebe durch staatliche Programme zu erhöhen. Doch wo bleibt die deutliche Förderung des Biolandbaus in Deutschland, die sich viele Menschen von der Rot-Grünen Bundesregierung versprochen haben?

Institut für Ökologie

Unsere Spezialitäten:
Umfassende Gutachten und Konzepte für (Kirchen-)Gemeinden Verbände und Vereine LandwirtInnen usw.

Außerdem: Beratung für Umweltgruppen, Vorträge und Seminare. Veröffentlichungen. Umweltbildung.
 Gegen 2,20 DM in Briefmarken schicken wir Ihnen unsere Angebote zu.

Institut für Ökologie
 Turmstr. 14 A, 23843 Bad Oldesloe

Ö-terminale

2.- 3.12. in FRICK/ Schweiz
Kulturpflanzenvielfalt und ökologische Pflanzenzüchtung
 Dr. Eric Wyss, FiBL, Tel. +41-62-86572-40 Fax: -73

6.- 10.12. in Witzhausen
Ausgeräumt, aber nicht ohne Visionen
 Die Zukunft des Ökologischen Landbaus. Konferenz
 Sandrine Kiesbüy, Tel. 05542-4641, Fax -981575, zukunfft@merkur.wiz.uni-kassel.de

13.- 17.12. in Altenkirchen
Einführungskurs in den organisch-biologischen Landbau
 Hans-Heiner Heuser, Evangelische Landjugendakademie Altenkirchen, Tel. 02681-95160, Fax -70206

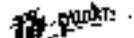
17.- 20.12. in Altenkirchen
Einführungskurs
 Organischer Land- und Gartenbau für Praktikanten, Auszubildende, Freiwillige und Interessierte Hans-Heiner Heuser, s.o.

Dezember 1999, Januar, Mai und Juni 2000 bei Hannover
Blockunterricht im Ökologischen Landbau
 Justus-von-Liebig-Schule, Tel. 0511-400498-30 Fax -59, jvli@aal.com



Ö-Verteiler "Ökologischer Landbau"

• Leider keiner.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

42

Winter '99/2000

• Kurz notiert

Erst direkte Demokratie, jetzt Partei ...

Nachdem er etliche Jahre für die direkte Demokratie gestritten hat, hat Marcus Hiller nun zur Parteiendemokratie gefunden. Eine "BürgerPartei" (Arbeitstitel) soll in Hamburg neu entstehen. Ob direkte Demokratie doch die Übungsstunden für die Parlamente ist ...?

Enttäuscht ...

Das ist diesmal nicht der Hit - die Seite über "Politik von unten." Ein Grund: Es gibt kaum noch mutmachende Modelle von BürgerInnenbeteiligung. Nur in der BürgerInnenbewegung "Mehr Demokratie" bleibt die Dynamik erhalten - trotz aller Kritik an der Zughaftigkeit und Umräumungsstrategie u.a. mit Parteien.

Enttäuschend auch das, was unter der Mogelpackung Beteiligung sonst so läuft: Agenda und andere Pseudo-Mitbestimmung mit wichtig klingenden Namen - nur Luftblasen.

Wir von der Politik-von-unten-Redaktion rufen aber alle, die an spannenden Experimente arbeiten, uns Texte zu schicken. Danke!

Der Landesverband von "Mehr Demokratie" hat sich inzwischen von der Parteigründung distanziert.

Bayern-Demokratie dreifach

Mit einem gezielten Schlag hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof die Hürden für Volksentscheide mit verfassungsändernder Wirkung

drastisch erhöht. Künftig sollen 25% der Stimmberechtigten zustimmen müssen. 1949 hatte der Verfassungsgerichtshof genau diese Klauseln aufgehoben als Verstoß gegen die Verfassung. Darin wird deutlich, wie sich Politik gewandelt hat. Galt zu Beginn der Republikzeit noch das Votum der BürgerInnen als wichtig, schützen Gerichte heute die PolitikerInnen, die RichterInnen ja auch be-rufen.

Die Initiative "Mehr Demokratie in Bayern" arbeitet mit drei Volksbegehren gegen die Machtblöcke in der Politik. Zum einen sollen landesweite Volksbegehren leichter gemacht werden - also genau das Gegenteil des Richterspruches. "Faire Volksrechte im Land" heißt das Begehren, das bereits die erste Hürde genommen hat (25000 Unterschriften zur Einreichung des Begehrens). Mit einem zweiten Volksbegehren soll der kommunale BürgerInnenentscheid gestärkt werden. Die bisherige Gesetzgebung wies Mängel auf, zudem war sie "von oben" per Landtagsbeschluss verschlechtert worden, nachdem Gerichte Verbesserungen angemahnt hatten. Jetzt soll durch eine neue Abstimmung die Durchführbarkeit von BürgerInnenentscheiden verbessert werden. Dabei geht es um die Sicherung des Prinzips "Mehrheit entscheidet" sowie die Aufnahme von Verkehrsfragen (z.B. Tempo 30) in den Katalog möglicher Abstimmungsfälle. Das dritte Begehren wendet sich gegen die verkürzten und verzerrten Strukturen selbst. RichterInnen sollen künftig nicht mehr mit einfacher Mehrheit vom Landtag bestimmt werden. So ließe sich verhindern, daß die jeweilige Landesregierung einfach ihre eigenen Leute einsetzt und sich somit selbst kontrolliert.

Laufende Begehren

Das Hamburger Begehren "Rettet das Elbufer" konnte sich vor Gericht nicht durchsetzen mit dem Antrag auf einstweilige Anordnung gegen Senat und Bürgerschaft, das Bebauungsverfahren zur stadtweiten Angelegenheit zu erklären und so der Möglichkeit eines Entscheids zu entziehen. Mit diesem Trick hatte der Hamburger Senat den BürgerInnenentscheid ausgetrickelt.

Gescheiterte Begehren

In den vergangenen Monaten sind einige Begehren gescheitert, u.a.:

Landesweites Volksbegehren gegen den bayrischen Sonderweg in der Abtreibungsfrage (Initiator: F.D.P., unterstützt u.a. durch die Grünen)

Landesweites Volksbegehren gegen den Euro in Bayern (Initiator: Republikaner)

Abschaffung der Staatssekretäre in Bayern und die Reduzierung der Landtagsabgeordneten (Initiator: ÖDP)

Neue Begehren

Die ÖDP will bayernweit ein Begehren gegen neue Atomkraftwerke ansetzen. Die erste Hürde ist bereits übersprungen. Quelle: Pressemitteilungen von Mehr Demokratie e.V.

Ö-termin

4.12. in Frankfurt
Expertengespräch zum bundesweiten Volksentscheid
 Claudine Nierth, P.-Krahn-Str. 8, 22765 Hamburg, 040/3176910-O, Fax -28

6.-10.12. auf Rügen
2. Planungsseminar zum bundesweiten Volksbegehren
 Infos: Claudine Nierth, s.o.

5.2. in Frankfurt
Bundesversammlung von Mehr Demokratie
 Infos: Mehr Demokratie, Fritz-Berne-Str. 1, 81241 München, 089/8211774, www.mehr-demokratie.de



BürgerInnenbegehren in Harburg und Bergedorf eingereicht

Wo gibt es den ersten Bürgerentscheid? Ein gutes Jahr ist es nun her, dass in Hamburg Bürgerbegehren und Bürgerentscheid auf der Bezirksebene eingeführt worden sind. Bisher sind 18 Bürgerbegehren in den 7 Hamburger Bezirken angemeldet worden, zu einem Bürgerentscheid ist es aber bisher noch nicht gekommen. Das bisher am weitesten gediehendste Bürgerbegehren - Holzhafenbebauung in Altona - wurde Mitte September von Senat und Bürgerschaft ausgehebelt.

Die aussichtsreichsten Kandidaten für den ersten Bürgerentscheid befinden sich im Augenblick in Bergedorf und Harburg. Die Bürgerinitiative Bahnhofsvorplatz Bergedorf hat bereits in der letzten Woche das Bürgerbegehren mit über 4.000 Unterschriften für ein städteplanerisches Gesamtkonzept für Bergedorf und Lohbrügge sowie gegen die geplante Bebauung durch den Investor Hochtief beim Bezirksamt eingereicht. Am 2.11. wird die Deutsche Polizeigewerkschaft über 7.000 Unterschriften gegen die von der Innenbehörde geplante Zusammenlegung der Revierwachen 45 und 46 in Harburg abgeben und damit das Bürgerbegehren abschließen. Damit sind die erforderlichen Unterschriftenquoten (Bergedorf ca. 2.500, Harburg ca. 4.100) deutlich übertroffen worden.

Das Bezirksamt hat jetzt in beiden Fällen zwei Monate Zeit, um das Zustandekommen der Bürgerbegehren sowie die rechtliche Zulässigkeit festzustellen. Fallen beide Prüfungen positiv aus, so ergeben sich für die Bezirksversammlungen (BV) 4 Möglichkeiten: die Politiker übernehmen das Bürgerbegehren wortwörtlich, der Bürgerentscheid entfällt. BV und Initiative einigen sich auf einen Kompromiß, der Bürgerentscheid entfällt ebenfalls. Die BV kann eine alternative Vorlage beschließen, über die dann zusammen mit dem Vorschlag der Initiative abgestimmt wird. Reagiert die BV überhaupt nicht, kommt es ebenfalls zum Bürgerentscheid. Der Bürgerentscheid muß spätestens 4 Monate nach der Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens stattfinden. Es entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Mehr Demokratie-Landesvorstandsmitglied Claudine Nierth: "Mehr Demokratie gratuliert den Initiativen zum - wahrscheinlich - erfolgreichen Abschluß ihrer Bürgerbegehren. Wir erwarten, daß der Senat jetzt keine Störmanöver wie im Fall Holzhafen unternimmt. Die Entscheidung sollte vor Ort fallen."

Weitere Informationen erhalten Sie von Michael Efler unter 040/317 691 00 bzw. 0172/536 89 66.



Themenredaktion "Politik von unten"

Jörg Bergstedt, c/o Ö-Punkte Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen Tel. 06401/90328-3, Fax -5 oe-punkte@gmx.de &

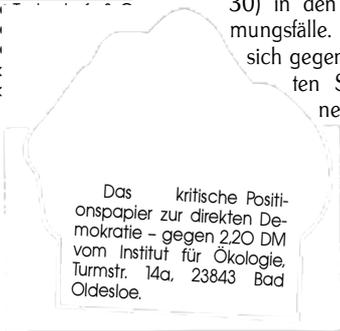
Thomas Fiedler c/o ICC, Haus der Demokratie Friedrichstr. 165, 10117 Berlin Tel. 030/2045-3190, Fax -5857 icc-cic@t-online.de

Ö-Verteiler "Politik von unten"

• Mehr Demokratie (interner Verteiler)

Zeitschriften-schau

Zeitschrift für direkte Demokratie 4/99:



Das kritische Positionspapier zur direkten Demokratie - gegen 220 DM vom Institut für Ökologie, Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe.



SATIS – Aktiv gegen Tierversuche im Studium

Noch immer müssen Studierende der Biologie, Humanmedizin, Veterinärmedizin und anderer Studienfächer Versuche an lebenden oder getöteten Tieren durchführen. Mehr als 60.000 Tiere werden aus diesem Grund jährlich an deutschen Hochschulen umgebracht. Wer die Teilnahme an diesen Versuchen aus Gewissensgründen verweigert, wird am Weiterstudium gehindert und kann den Abschluß in diesem Fach nicht erlangen.

Um ihr Recht auf Gewissensfreiheit durchzusetzen, klagen Studierende immer wieder gegen ihre Hochschulen bzw. HochschullehrerInnen, unterstützt vom Bundesverband studentischer Arbeitsgruppen gegen Tiermißbrauch im Studium, kurz SATIS e.V. Gemein ist diesen Klagen, die sich meist über Jahre hinziehen, daß die Gerichte eine sogenannte Güterabwägung vornehmen. Sowohl die "Freiheit der Forschung und Lehre" als auch die "Gewissensfreiheit" sind grundgesetzlich geschützt. Die Gerichte wägen ab, welches Recht ihrer Meinung nach stärker eingeschränkt wird, das der StudentInnen oder das der HochschullehrerInnen. Die Tiere und deren Leid interessieren die Gerichte in der Regel gar nicht sonderlich, da Tierschutz nicht im Grundgesetz verankert ist und daher bei Fragen, die grundgesetzlich geschützte "Rechtsgüter" betreffen, kaum hinzugezogen wird. Diese Tatsache zeigt wieder einmal die allgemeine Geringschätzung des Tierschutzes an sich. Wäre der Tierschutz im Grundgesetz verankert, hätten die Klagen der StudentInnen vor Gericht eine höhere Chance durchzukommen.

Ungeachtet der Frage, ob man die rechtsstaatlichen Regeln einer Gesellschaft, in der millionenfaches Quälen, Ausbeuten und Töten als legitim anerkannt wird, akzeptiert oder nicht, sollten StudentInnen, die den beschwerlichen Weg durch die Instanzen auf sich genommen haben, volle Unterstützung erfahren. Eine Übersicht über Klagen und deren Ausgang der letzten Jahre ist in der Tabelle dargestellt.

SATIS fördert den gegenseitigen Austausch von StudentInnen, die sich gegen den Tiermißbrauch in den Studiengängen an ihrer Uni wehren. An einigen Universitäten bilden sich von Zeit zu Zeit studentische Tierschutzgruppen, die dafür sorgen, daß das Thema "Tiermißbrauch im Studium" nicht unwidersprochen im kleinen Kämmerchen abgetan wird.

Auf unseren Internetseiten <http://www.tierschutz.de/SATIS> sind viele Informationen zu diesem Thema erhältlich.

Ulf Naumann für SATIS e.V. (Kontakt: siehe Info-Adressen)



Auf, auf – zum fröhlichen Jagen (verhindern)

Lustig ist es eigentlich nicht, wenn bewaffnete Männerhorden durch Wald und Feld ziehen, um mit Kugeln und Schrotmunition die Tiere zu "ernten", die sie als ihr Eigentum betrachten. Diese großen Gesellschaftsjagden finden überwiegend im Herbst und Winter statt, da jetzt fast alle Tiere gejagt werden dürfen. Lustig ist es auch nicht, wenn mensch gegen dieses Mordsvergnügen aktiv wird, sondern oft mit Stress, Angst und Trauer verbunden, wenn der Jäger, obwohl du vor ihm stehst, doch noch durch deinen Regenschirm hindurch einen Hasen abgeknallt hat. Bei dieser Situation waren sogar Vertreter des Ordnungsamtes vor Ort – um die Jäger zu schützen und gegen JagdgegnerInnen vorzugehen. Ordnungshütern und Hüterinnen sollte mensch aus dem Weg gehen (den sie meistens nicht verlassen, da ihre Schuhe nicht schmutzig werden sollen.) Nicht weichen sollte mensch allerdings von den Gewehren, um das Schiessen zu verhindern. Ein gutes Gefühl ist es, am Ende eines (Anti) Jagdtages den Sonnenuntergang in der Natur zu erleben und zu wissen, das Du einen Hasen, ein Wildschwein einen Fuchs oder eine Taube davor bewahrt hast, von diesen "grünen" Gewalttätern getötet zu werden.

Störung von Hubertusmesse und Treibjagd in Bayern

Etwa fünfzig Jägerinnen und Jäger hatten sich am Samstagmorgen, 30. Oktober 1999 versammelt, um im bayerischen Dorf Gauaschach einer sogenannten 'Hubertusmesse' beizuwohnen. Was als feierliche Zeremonie geplant war, wurde allerdings zum peinlichen Tumult: Während vor der Kirche etwa zwanzig JagdgegnerInnen lautstark protestierten, wurde in der Kirche eine kurzzeitige Unterbrechung der Andacht erzwungen. Auch die dornah anschließende Treibjagd wurde spürbar behindert. Rund 20 TierrechtlerInnen bewegten sich zwischen Treibern und Jägern und störten so mit Pfiffen und Rufen die Jagd (10.00 Uhr – 16.00 Uhr). Gejagt sollte alles werden "was die Jagdzeit zuläßt", ausser Rehwild. Es wurden ca. 8 – 10 Hasen getötet.

Schrot und Knüppel gegen JagdgegnerInnen Gegen

Ende Oktober wurden AktivistInnen des Komitee gegen den Vogelmord und italienische NaturschützerInnen von Vogeljägern und deren UnterstützerInnen unweit des Gardasees angegriffen. Ein Wagen der NaturschützerInnen wurde von mehreren Schrotsalven der Jäger getroffen, ein Aktivist verletzte sich auf der Flucht vor den Bewaffneten, als er einen Hang hinunterstürzte. Das Komitee gegen den Vogelmord sucht noch Freiwillige für die Aktionen gegen Wilderei und Frühlingsjagd in Italien, Frankreich und den neuen Bundesländern, wo alljährlich 40.000 überwinternde sibirische Wildgänse von deutschen Waidmännern erlegt werden. Für Einsätze im Ausland werden Fremdsprachenkenntnisse, Teamgeist und eine gute Kondition für die oft recht anstrengenden Gebirgstouren in den Fanggebieten vorausgesetzt. Übernachtet wird in einfachen Ferienbungalows, auf Campingplätzen und bei Bedarf auch im Gelände. (Kontakt: siehe Info-Adressen)

Freispruch für unaufmerksame Wildsau-Jäger

Die beiden Jäger, die 1992 zwei Rumänen erschossen hatten, als sie in der Nähe der deutsch-polnischen Grenze auf Wildschweinjagd waren, sind vor dem Amtsgericht Pasewalk freigesprochen worden. Die Indizien ließen keinen anderen Schluss zu, sagte der Vorsitzende Richter. Es könne unter anderem nicht bewiesen werden, welcher der beiden Jäger welchen Rumänen getroffen habe. Die Staatsanwaltschaft hatte den Angeklagten – einem einheimischen Jagdführer und seinem Jagdgast aus Flörsheim im Main-Taunus-Kreis vorgeworfen, die Rumänen bei der Jagd fahrlässig getötet zu haben. Die Ausländer hatten sich zusammen mit anderen illegalen [KEIN MENSCH IST ILLEGAL!] Grenzgängern in einem Kornfeld versteckt. Die Angeklagten gaben zu, dass sie am fraglichen Juni-Morgen 1992 geschossen hatten, sie hätten aber Wildschweine treffen wollen.

Quelle: dpa

Themenredaktion sucht SpezialistInnen!

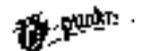
Ihr seid vielleicht sehr aktiv gegen die Pelzindustrie, für veganes Essen in der Unimensa, gegen Zoo und Zirkus mit Tieren, für vegane Permakultur Kommunen und ähnliche Subsistenz-Lebens Perspektiven, gegen Jagd, gegen Tierversuche im Studium, auf philosophischer Erkundung der Möglichkeiten zur Abschaffung des (Tiere) beherrschenden Systems, ... WIR BRAUCHEN EUCH! Ihr könntet uns durch eure Mitarbeit helfen, noch besser am Ball zu bleiben und den aktuellen Stand der Bewegung mitzubekommen, indem ihr über die Neuigkeiten bei "eurem" (momentanen) Top-Thema berichtet. Bitte wendet euch an die Themenredaktion!

Zur Tabelle

Vergangene bzw. noch laufende Klagen von StudentInnen gegen die Teilnahmepflicht an.

GS = Grundstudium
HS = Hauptstudium

Ort	Zeit	Fach	Praktikum	Ausgang
Frankfurt	1991	Medizin	Physiologie	GS gewonnen in 1. Instanz verloren in 2. Instanz
Frankfurt	1988-92	Medizin	Physiologie	GS gewonnen in beiden Instanzen
Hamburg	1992-93	Biologiangebot		
München	1988-94	Tiermedizin	Physiologie	GS abgewiesen in 1. und 2., Vergleich in 3. Instanz
Göttingen	1992-94	Biologie Dipl.	Zoologie	GS abgewiesen in 1. Instanz in 2. nicht weiterverfolgt
Aachen	1992-95	Biologie Dipl.	Tierphysiologie	GS Verfahren ruht kein Teilnahmeverzweigung wegen fehlender Studienordnung
Frankfurt	1992-96	Medizin	Physiologie	GS gewonnen in 1. Instanz
Gießen	1992	Medizin	Biol. Praktikum	GS außergerichtliche Einigung
Karlsruhe	1992-offen	Biol. Lehramt	Zool. Großprakt.	u.a. HS abgewiesen in 1. 2. und 3. Instanz
Mainz	1994-offen	Biologie Dipl.	Zoologie	Verfassungsbeschwerde offen GS abgewiesen in 1. & 2. Instanz Revision abgelehnt
Bochum	1995-offen	Biologie Dipl.	Zoologie	Verfassungsbeschwerde offen GS teilweise abgewiesen in 1. und 2. Instanz
Hohenheim	1998-offen	Agrarbiologie Dipl.		Verfassungsbeschwerde offen GS teilweise abgewiesen in 1. und 2. Instanz



Der Infodienst für
UmweltfaktoreInnen

44

Winter '99/2000

● Kurz
notiert



**Themenredaktion
Tierschutz –
Tierrechte – Tier-
befreiung (TTT):**

Briefe: RAGE c/o Um-
weltzentrum, August-
Bebel-Str. 16-18,
33602 Bielefeld

NEUE EMAIL:
rage@gmx.net

IDEMNÄCHST IM IN-
TERNET!: www.
vegan-welt.de/ttt

PS: Die Themenre-
daktion sucht noch
MitarbeiterInnen, die
sich vorstellen könn-
en sich mindestens
alle 2 Monate (zum
Redaktionsschluss)
einen Tag zu treffen
und Artikelauswahl...
zu machen. Auch
freie Mit- und Zuar-
beiterInnen die z.B.
Artikel zu Spezialthe-
men, Diskussionsbei-
träge... verfassen,
sind sehr willkommen.
Allerdings solltet
Ihr die Artikel mög-
lichst per Intern-
et oder auf Diskette
einreichen, um uns
die Tipparbeit zu er-
leichtern.

Neue Tiertransporte-Datenbank

"Dieses Internet-Projekt [www.geocities.com/tiertransporte] ist auf ihre/deine Hilfe und Informationen angewiesen. Wir wollen in der Datenbank alle die Orte auflisten, an denen die Transportfirmen ihr blutiges Geschäft betreiben. Informationen die wir benötigen (soweit bekannt):

- Name und Art des Betriebes (z.B. Transportfirma, Verladeplatz, Versorgungsstation,...)
- Postanschrift und Ort des Betriebshofes (welches Bundesland),
- Wieviele LKW gehören zum Betrieb,
- Welche Tiere werden transportiert,
- Wohin gehen die Transporte,
- weitere interessante Informationen (evtl. Routen der Transporte, Zwischenstopps...)

Informationen und Anregungen bitte an die Email: tiertransporte@gmx.de ...

Unser Traum ist, dass keine Tiere mehr für die Tierproduktindustrie gequält und ermordet werden. Auf daß der Traum Wirklichkeit wird – das Tiertransportedatenbank Kollektiv!



Kampagnen gegen Pelz bleiben am Ball

Zum Herbst hin werden die Tiere getötet, die in den "Pelzfarmen" eingesperrt sind. Per Genickbruch, Stromschlag, oder auch mit Gas. Verschiedene Initiativen nehmen die kalte Jahreszeit zum Anlaß, um gegen die Tötungen und den Pelzhandel zu protestieren, leider sind aber nur kurzfristige Termine bekannt, die Dir, liebeR LeserIn, nicht viel nützen (aktuelles beim Infotelefon und Termin-Internetseite, siehe Termine). In Düsseldorf finden Kundgebungen und Infostände statt. An der größten Pelzfarm in NRW in Borken ist eine große Demonstration am 20.11. angekündigt. Die Kampagne gegen die Pelzfarm in Willich-Schiefbahn (bei Düsseldorf) macht vor Ort 24-Stunden Mahnwachen, Demos und Infostände, was auch das Interesse und Unterstützung durch örtliche Bevölkerung und Tierschützerinnen weckt/e. Als Anreiz, auch in deiner vielleicht abgelegenen Region etwas zu machen (z.B. gucken, ob Farmen noch existieren, dokumentieren mit Fotos/evt. Video, Protestieren), haben wir eine Liste der Farmen in der BRD von der Internetseite der ANTI-PELZ-KAMPAGNE hier veröffentlicht.

Tierschutz/Rassismus am Beispiel der Makah-Wal-Jagd

Zu Beginn möchten wir hier die Resolution der "Settlers in Support of indigenous Sovereignty" dokumentieren, die sich auf die Wiederaufnahme der ehemals traditionellen Makah Waljagd (auf einen Wal) und die unter anderem rassistischen Folgen der Proteste dagegen bezieht. Versandt wurde sie an eine Mailliste von einem Menschen, der sich selbst sowohl als Umweltschützer wie auch als Tierrechtler versteht. Er berichtete, das Weisse Ladenbesitzer den Makah keine Produkte mehr verkauften, und es rassistische Überfälle auf Makah gegeben habe, wie schon seit Jahren nicht mehr (aus dem englischen): "Obwohl wir, die Unterzeichnenden verschiedener Ansicht über die Waljagd sind, sind wir uns über folgendes einig:

1) Rassismus in allen Formen muss entgegengewirkt werden. Wir verurteilen jeden Versuch von UmweltschützerInnen, TierrechtsaktivistInnen oder irgendeiner anderen Gruppe, Rassismus als Mittel zum Zweck aus irgendeinem Grund zu benutzen.

2) Wir rufen alle Gruppen und Einzelpersonen, die über die Waljagd besorgt sind, auf, sich aktiv gegen den rassistischen Backlash zu wenden, der durch die Verwendung von rassistischer und aufhetzender Rhetorik von Umweltschutz- und Tierrechtsgruppen wie der Sea Sheppard Society, verursacht wurde.

3) Wir anerkennen und unterstützen die Souveränität aller "Native Nations", einschließlich der Makah. Wir verurteilen Versuche diese Waljagd zu benutzen, um den Kampf der "Native Nations" für ihre Selbstverwaltung zu unterminieren.

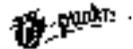
4) Wir lehnen die Polarisierung dieses Themas in "die Makah gegen die Wale" ab. Diese Vereinfachung spielt mit rassistischen Stereotypen, anstatt auf die Frage der Tieraufbeutung zu verweisen. Wie die Makah betont haben, töten "non-native" Menschen jeden Tag Tiere für Nahrung, Kleidung, Unterhaltung, Versuche... ohne auf das Leiden der Tiere und die Folgen für die gesamte Umwelt zu achten. Die "non-native" Industrie ist verantwortlich für den Tod unzähliger Wale jedes Jahr.

Obwohl wir, die Unterzeichnenden, teilweise unterschiedlicher Ansicht zur Waljagd selbst sind wie die Makah, sind wir einig in der Ablehnung der rassistischen Techniken die gegen die Jagd verwendet wurden. Wir unterstützen den Kampf der "native people" in Pacific Northwest und bieten unsere Hilfe im Kampf gegen den rassistischen Backlash an." Ich möchte mich hier an die Gruppen und Personen richten, die sich speziell gegen das "Schächten" engagieren. Ich lehne jeden absichtlichen Tiermord ab ... Allerdings finde ich es etwas anderes, wenn dann speziell das Schächten und nicht im selben Atemzug auch andere "deutsche" Schlachtmethoden verurteilt werden. Und ganz widersinnig und abzulehnen finde ich Proteste gegen das Schächten, die von womöglich selber Fleisch essenden "Deutschen" organisiert werden. Deutschland hat eine Geschichte, die aus der Ablehnung des "Fremden" schlimmen Terror hervorgebracht hat. Deshalb sollten wir differenziert und sensibel für diese Geschichte gegen die Unterdrückung und Ermordung der Tiere eintreten!

Pelzfarmen in der BRD

Angegeben sind Adressen von Pelztierfarmen in der BRD (nach Postleitzahlen geordnet) mit Angabe der gehaltenen Tierarten. Bei Farmen ohne Vermerk (z.B. definitiv vorhanden, evtl. geschlossen?) ist nicht sicher ob sie (noch) existieren. Zeichen: hb = hauptberuflich – nb = nebenberuflich. Wenn weitere Informationen, aktuelle Fotos,... zu Farmen vorhanden sind, bitte weiterleiten an die ANTI-PELZ-KAMPAGNE (siehe Kontaktadressen).

- Pöschel, Hans – Edelpelztierzucht Dresdner Straße 46 01454 Radeburg Tel.: 03528/443623
- Kleiber, Georg – Nerzzucht Am Weiher 1 02692 Großpostwitz Tel.: 035938/50319
- Braicks, W. und I. – Pelztierzucht Cosuler Straße 2 02692 Großpostwitz OL Tel.: 035938/50318
- Weitzmann – Pelztierfarm Rittersbachweg 10 02730 Ebersbach/Sa. Tel.: 0161/4320043
- Grünert, Paul – Nerzzucht Nordstraße 53 02782 Seithennersdorf Tel.: 03586/404159
- Rätz, Waldemar – Pelztierzucht Bröthener Weg 20 02977 Hoyerswerda Tel.: 03571/8818
- Jaeger, Ingeborg Am Feldberg 12 04600 Altenburg Tel.: 03447/81495
- Bieligk, Manfred – Nerzfarm O4838 Laußig Tel.: 034243/23231
- Heideland Agrar AG Bad Düben – evtl. nur eine Farm (entweder Laußig o. Söllichau) Felahof 3 O4838 Laußig Tel.: 034243/316-0 (siehe auch O6774 Söllichau)
- Stoffregen, Otto – Nerzfarm Am Heidelberg 99 04889 Mockrehna Tel.: 034221/50467
- Virkus, Gerhard – Nerzfarm Amtsweg 3a 06188 Brachstedt Tel.: 034604/20210
- Gottschling, Lilli – Nerzfarm Winkelstr. 10 06333 Arnstedt Tel.: 0171/3305091 oder 0171/3319371
- Linde, Birgit – Nerzzucht Neustädter Straße 2 06493 Ballenstedt Tel.: 039483/80862 und 0172/7606972
- Merkert, Rudi – Pelztierfarm Großgörscher Str. 7 06686 Lützen Tel.: 034444/20307
- Heideland Agrar AG – Nerzfarm Gleinermühle 3 O6774 Söllichau Tel.: 034243/21789 (siehe auch O4838 Laußig)
- Schröder, Rudolf – (Edelpelztierzucht) – evtl. geschlossen? Seestraße 8 O6774 Schlaitz Tel.: 034955/20550
- Hampfl, Kurt – Nerzfarm Brauhausstraße 19 O6779 Raguhn Tel.: 034906/20404
- Both, Wilfried – Edelpelztierzüchter – wahrscheinlich geschlossen, jetzt Fuhrunternehmen Fritze-Reuther-Str. 1a O6792 Sandersdorf Tel.: 03493/88204
- Löser, Wilfried – Pelztierzucht Weischwitz Ortsstraße 34 O7338 Kaulsdorf Tel.: 03671/2635
- Knoch, Gerhard – Edelpelztierzucht Klosterlausnitzer Straße 45 O7607 Eisenberg/Thür Tel.: 036691/43624
- Preuß, Harry – Pelztierzucht Dorfstraße 31 O7616 Albersdorf bei Stadroda Tel.: 036692/20588
- Haustein, Siegfried – Blaufuchsfarm – evtl. geschlossen? Wildenfelsener Straße 19a O8056 Zwickau Tel.: 0375/241298
- Oefftel, Gudrun – Edelpelztierzucht Dorfstr. 62b O8427 Fraureuth Tel.: 037600/2677
- Schönfelder, Hans – Edelpelztierzucht – evtl. geschlossen? Seumestraße 109 O8525 Plauen Tel.: 03741/525475
- Schuster, Ewald – Fuchsfarm Philosophenweg 11 O9484 Oberwiesenthal Tel.: 037348/8405
- Kienast, Günter – Edelpelztierzucht Blossiner Weg 4, 15754 Wolzig Tel.: 033767/80554



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst '99/2000

● Kurz
notiert

45

Adressen

Archiv Tierrechte/Ra-
dikalökologie
das Archiv,
PSF, 100706,
04007 Leipzig

Anti-Pelz-Kampagne,
c/o AZ, Auerstr. 51,
45468 Mülheim a. d.
Ruhr, Internet:
<http://www.geocities.com/RainForest/Wetlands/6456> Email:
antipelz@gmx.net

Initiative für die Ab-
schaffung des "Pelz-
handels" - Bite Back!
- c/o Langer August,
Braunschweiger Str.
22, 44145 Dortmund

SATIS e.V. Pressestelle,
Gneisenaustr. 41,
45472 Mülheim-Ruhr
Internet:
<http://www.tier-schutz.de/SATIS>

Komitee gegen den
Vogelmord e.V.,
Auf dem Dransdorfer
Berg 98, 53121 BONN,
Tel.: +49 228 66 55 21,
Fax: +49 228 66 52
80, email: komi-
tee@komitee.de,
www.komitee.de



Ö-Verteiler
"Tierschutz -
Tierrechte -
Tierbefreiung"

• Tierbefreiung
aktuell

S.I.S.I.S. Settlers In Sup-
port of Indigenous
Sovereignty
P.O. Box 8673,
Victoria, "B.C." "Ca-
nada" V8X 3S2
sisis@envirolink.org,
<http://kafka.uvic.ca/vipirg/SISIS/SISmain.html>

Knörrich, Günter – Pelztierzucht Fritz-Weineck-
Straße 24 16227 Eberswalde Tel.: 03334/32556
Schröter, Wolfgang – Pelztierzucht Am Bester
Fließ 16244 Finowfurt Tel.: 03335/554
Burscheck, Werner – Pelztierzucht Spechthause-
ner Straße 35 16244 Finowfurt Tel.: 03335/669
Schröder, Wolfgang – Edelpelztierzucht – siehe
Schröter in Finowfurt (gleich?) Siedlungsweg 9
16307 Tantow Tel.: 033333/478
Hildebrandt, Irene & Jürgen – Edelpelztierzucht
Brunhildstr. 2 16348 Wandlitz Tel.: 033397/21658
Gräbner, Werner – Edelpelztierfarm Eichenallee 1
16515 Oranienburg Tel.: 03301/524255
Dickersbronn 17209 Bütow
Winterfeldt, Horst – Nerzzucht Peenenstraße 39
17406 Usedom Tel.: 038372/70354
Labahn, Helge – Nerzzüchter Schwarzer Weg 28
17454 Zinnowitz
Schnittker, Uwe – Nerzfarm Carl-Heydemann
Ring 166 18437 Stralsund Tel.: 03831/293423
Lubieniecki, Roman – Edelpelztierzucht – evtl. ge-
schlossen? Wendisch Baggendorf Hs.Nr. 37 18513
Wendisch-Baggendorf Tel.: 038326/629
Rutz, Werner – Pelztierfarm Glutzw Hof (?)
18574 Poseritz Tel.: 038307/273
Phillip, Isa – Edelpelztierzucht Hauptstraße 82
19348 Reetz Tel.: 038782/40290
Appelburger-Futter-Service GmbH (Besitzer der
Farmen Zirtow und Güstrow, Inhaber Josef Bro-
kamp – siehe 46325 Borken) Meyenburger
Chaussee 14 19395 Plau Tel.: 038735/46402
19067 Zittow
Zupke, Werner – Pelztierfarm Ostlandweg 9
21745 Hemmoor Tel.: 04771/2113
Glasa, Hans-Günter – Nerz, nb – evtl. geschlos-
sen? Ringstraße 11 22946 Brunsbek
Tel.: 04107/7088
Görtz, Heinz – Nerzfarm 23774 Heiligenhafen
Tel.: 04362/8242
Topp, Christian – Pelztierfarm Seetwiete 5
23845 Itzstedt Tel.: 04535/8013
Oilmann, Robert – Pelztierfarm 23883 Sterley
Tel.: 04545/1248
Truch, Josef – Pelztierzüchter 24250 Löptin
Tel.: 04342/3727
Pflug, Brunhilde – Pelztierzüchterin Goosefeld
(Go) 24340 Goosefeld Tel.: 04351/42447
Richter, Hubert – Nerz & Fuchs, nb Holm 55
24392 Süderbrarup Tel.: 04641/527
Loselein – Pelztierzucht Exhöft 24404 Maasholm
Tel.: 04642/69192
Paulsen, Rudolf Pelztierfarm 249... Flensburg
Tel.: 0461/74841
Jessen, Jürgen-H. – Nerz Sörupmühle
24966 Sörup Tel.: 04635/2353
Jöns, Kurt – Pelztierzucht Wiesengrund 4
25358 Horst Tel.: 04126/1447
Landesverband d. Pelztierzüchter Mars-la-Tour-
Str. 13 26121 Oldenburg Tel.: 0441/801-0
Seemann (Jun.), Heiner – Nerzfarm, Rauchwaren
263.. Wilhelmshaven Tel.: 04421/994566
Höhns, Marianne A. – Nerz Alter Brockler Mühlen-
weg 151 oder 58 27386 Hemsbünde
Tel.: 04266/380
Grote, Heinrich – Nerzfarm & Felle Brockeswalder
Chaussee 49 27474 Cuxhaven Tel.: 04721/22249
Leftow, Herbert – Pelztierzüchter Weißenstein 12
27574 Bremerhaven Tel.: 0471/37639
Lübke, Jürgen – Nerz, hb Stinstedter Weg 6 27612
Loxstedt-Düring (Bremerhaven) Tel.: 04744/2661
Ries, Robert – Nerzzucht Hauptstraße 10 29303
Bergen (Kr. Celle) Tel.: 05051/4632
Glaubitz, Günter/Helga – Nerz Neue Straße 8a
29348 Eschede Tel.: 05142/630
Mörtens, Gerhard – Pelztierzüchter – evtl. ge-
schlossen? Hellendorfer Str. 30 30900 Wede-
mark Tel.: 05130/2401
Sommer, Therese – Nerzfarm – evtl. geschlossen?
Schadepoh 4 30900 Wedemark
Tel.: 05130/8928
Stahl, Heinrich – Nerz Landwehrstr. 131 32257 Bünde
Tel.: 05223/43221
Kübert, Gerhard – Pelztierfarm – definitiv vorhan-
den Rehmerloher Str. 244 32278 Kirchlingern
Tel.: 05744/2616
Keller, Johannes ist Betreiber (gemeldet Lülif,
Heinrich u. Kl.) – Nerzfarm, hb – definitiv vorhan-
den Varl 306, Westerheidestraße (parallel Op-

penwehestraße) 32369 Rahden/Westf
Tel.: 05771 / 3117
Schierz KG – Rauchwaren und Edelpelztierzucht
– Farmadresse nicht bekannt Nachfr. Wilhelmine
Schierz Herzog-Ferdinand-Str. 54 (Haus) 32425
Minden Tel.: 0571/41400
Wegener, Günter – Nerzfarm Jentzschstraße 3
33100 Paderborn Tel.: 05251/56986
Stüker, Heinz – Nerzfarm, hb – definitiv vorhan-
den privat: Dellitzschweg 7 33378 Rheda-Wie-
denbrück Tel.: 05242 / 46561 Farm: In der Worth
(hinter Tierheim) 33334 Gütersloh
Tel.: 05241/46980
Tohernes, Rudi – Nerzfarm Greffener Straße 43
33442 Herzebrock-Clarholz Tel.: 05245/70307
Lüke, Josef – Pelze u. Pelztierfarm Lütteken Feld 3
34474 Diemelstadt (We) Tel.: 05694/688
Götz, Werner – Nerz, hb Bergstraße 2 36282
Hauneck-Bodes Tel.: 06621/61964
Grosser, Edelgard – Nerzfarm "Artemis" – defini-
tiv vorhanden Laarerstraße 70 (oder Vilsendor-
ferstraße = Verlängerung der Laarerstraße)
33739 Bielefeld Tel.: 0521/82370 (siehe auch
Farm in 49324 Melle)
Beck, Reinhold – Nerz Hildesheimer Straße 26
38271 Baddeckenstedt Tel.: 05062/1220
Müller, Fritz – Nerzzucht Silstedter Straße 21
38820 Halberstadt Tel.: 03941/442546
Schneevoigt, Fritz – Nerzzucht Minslebener Str.
24 38855 Wernigerode Tel.: 03943/21479
Hohndorf, Gerda – ? Hollehochstraße 39 39110
Magdeburg 0391/7391079
Roth, Helga – Edelpelztierzucht Akazienweg 2
39175 Biederitz Tel.: 039292/2424
Wernicke, Heinz – Edelpelztierzucht Erich-Müh-
sam-Straße 10 39288 Burg bei Magdeburg
Tel.: 03921/3547
Norbert Scheuten



(ehem. Schnock, A. u. J.) – Fuchs &
Nerz, nb – definitiv vorhanden Vorbruch
53 41334 Lobberich (alt: Nettetal) Tel.: 02153/
70313

Bürger, Gerhard – Nerzfarm – geschlossen
Pletschmühlenstraße 18 41849 Wassenberg
Brokamp, Josef – Nerz, nb – definitiv vorhanden
Gemenwirth 66 Farm: Uhlenstegge 20
46325 Borken Tel.: 02862/ 2684
Rieping, Georg – Nerz, nb – definitiv vorhanden
Hassumer Straße 224 47574 Goch (Asperden)
Tel.: 02827/ 341



Manfred Roßberger – Nerzfarm
– definitiv vorhanden Im Eschert
7 47877 Willich-Schiefbahn
Tel.: 02154/5620

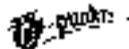
Wiedemhöver, Albert – Pelztierfarm, Pelzwaren –
definitiv vorhanden Appelhüesener Straße 57 (im
Industriegebiet) 48301 Nottuln Tel.: 02502/569
Grosser, Alfons u. Edelgard – Nerz, hb – definitiv
vorhanden Segelfliegerweg 9 49324 Melle (Eik-
ken-Brüche) Tel.: 05422 / 1483 (siehe auch
33739 Bielefeld)
Wiehenkamp, Fritz – HäuteHdg., Pelztierfarm –
Häutehandlung unter der angegebenen Adres-
se, Farm nicht gefunden, evtl geschlossen? Ra-
denstraße 70 49326 Melle Tel.: 05428/303
Klockzien, Günter – Fuchs (keine Nerze mehr), hb
– definitiv vorhanden Wiesenweg 1 (privat) Zoo-
pharm GmbH & Co KG Grünenmoor (Farm)

49377 Calveslage (Vechta) Tel.: 04441/ 6036
(Betrieb), 6037 (Wohnung)
Hasse, Karin – Nerzfarm – definitiv vorhanden
Fladderlohasen Neuenkirchener Straße 49451
Holdorf Tel.: 05494/ 8480
Reyering, Gerd – Nerzfarm – definitiv vorhanden
Haarmeyers Kamp 25 (Haus) 49586 Neuenkir-
chen bei Bramsche Farm: Reyering Straße (süd-
lich von Neuenkirchen) Tel.: 05465/ 631
Huthmacher, Eberhard – Nerzfarm, Pelzwaren,
hb – evtl. geschlossen? Industriestraße 24 50389
Wesseling-Berzdorf (alt: Godorfer Weg, Bühl)
Tel.: 02232/ 51451
Hennecken, Wolfgang – Nerz & Fuchs, nb – defi-
nitiv vorhanden Finkenweg 350 52074 Orsbach
(Aachen) Tel.: 0241/14763 (Meldeadresse: Cler-
montstraße 71, 52068 Aachen)
Seidel, Horst – Nerzzucht, hb – evtl. geschlossen?
Kasenerstraße 26 (Haus) 54516 Wittlich (alt: Auf
dem Strauß 8, 5560 Bruch) Tel.: 06571/ 29193 (alt:
06578/ 251)
Pistono, Johann – Nerzfarm Hauptstraße 26
56332 Dieblich Tel.: 02607/4495
Schellhas, Friedrich – Nerz – wahrscheinlich ge-
schlossen? Wesselbachstr. 103 58119 Hagen
Fax: 02334/43591
Lange, Wilhelm – Nerzfarm – zur Zeit leer Im Ho-
erm 10 59368 Werne Tel.: 02389/2574
Seifried, Karl – Nerzfarm Südstraße 8 61194 Nid-
datal Tel.: 06187/22763
Ambrosius, Gerhard – Nerzfarm – Farmadresse
nicht bekannt (oder nicht vorhanden?) Auweg 2
(Haus) 61206 Wöllstadt Tel.: 06034/3805
Sommer, Elisabeth – Nerz, hb (Pbh) Wehrheimer-
straße 11 61273 Wehrheim, Ts. Tel.: 06081/3868
Seng, Edwin – Nerz & Fuchs, hb Am Hasenpfad 2
61273 Wehrheim/Ts. Tel.: 06081/ 5018
Römer, Norbert – Nerzzucht & Pelzkonfektion –
Farmadresse nicht bekannt (oder nicht vorhan-
den?) Heinrich-Heine-Str. 3 (Haus) 63517 Roden-
bach (Niederrodenbach) bei Hanau
Tel.: 06184/52374
Sauer, Georg – Nerz, hb Buschstraße 4 63768
Hösbach (Aschaffenburg) Tel.: 06021/54110
Hofmann, Klaus-Dieter/Gisela – Nerzfarm? Mar-
garethenstr. 10 66798 Wallertangen
Tel.: 06837/342
Duppel, Gertrud – Fuchsfarm 79868 Feldberg
(Schwarzwald) 07655/314
Stangassinger, Hubert – Nerzfarm – im Moment
sehr wenig Tiere Freilmann 83329 Waging
Tel.: 08681/4919
Kessler, Erika – Fuchsfarm Schwarzwasser-
talstraße 53 87568 Hirschegg Kleinwalsertal
Tel.: 08329/5822
Müller-Marc, Dr. med. Eddy – Fuchsfarm
Schwarzwasseraltstraße 27 87568 Hirschegg
Kleinwalsertal Tel.: 08329/5922
Marsch, Helmut – Edelpelztierzucht Ansbacher
Straße 45 90579 Langenzenn Tel.: 09101/2267
Blümlein, Herbert Fuchs, hb Dickersbronn 2 91626
Schopfloch Mfr. Tel.: 09857/1094
Merkel, Lotte – Pelzwaren – Nerzzucht Gumpen-
hof bei 92249 Vilseck, Oberpfalz Tel.: 09662/
1386
Seebauer, Brigitte – Nerzfarm, hb – definitiv vor-
handen Alte Dorfstraße 45 Ursulaoppenricht
92256 Hahnbach Tel.: 09621/62612
Nerzfarm – evtl. geschlossen? Grünau(er
Straße?) 92706 Luhe-Wildenaus
Billr, Bernhard – Nerz & Nutria, hb – definitiv vor-
handen Ritterstraße 1 (nur Textilgeschäft und pri-
vates Wohnhaus auf dieser Adresse) 92729 Wei-
herhammer Tel.: 09605/1375 Farm mit 500 –
700 Nerzen gegenüber von Pilkington Flachglas
Fabrik im Waldweg
Edelpelztierzucht – definitiv vorhanden Fürsten-
zeller Straße 23 94036 Passau Tel.: 0851/81280

Termine

Aktuelle Demo- und Veranstaltungstermine
gibt es ... im Internet: [http://www.die-tierbe-
freier.de/termine](http://www.die-tierbe-
freier.de/termine)

...auf dem Tierrechts-Infotelefon: Termine ab-
rufen: 02 08 – 59 34 02 bekanntgeben: 02
08 – 59 34 00 zufaxen: 02 08 – 59 34 01
TierquälerInnen hören mit!

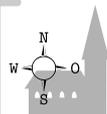


Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

46

Winter '99/2000

• Kurz
notiert



Themenredaktion "Über den Tellerrand"

Redaktion:
Florian Busch
Jan Schenck

Post: JUMP
Postfach 306137
20327 Hamburg

Literatur

Aaron Sachs
Umweltschutz und
Menschenrechte
(1997, Wochenschau
Verlag in Taunusstein,
69 S.)

Sie bedingen einander. Keine Verwirklichung der Menschenrechte ohne die Sicherung der Lebensgrundlagen von Menschen - und kein Schutz der Umwelt, wo Menschen ihre Interessen nicht einbringen können. Dennoch bleibt das Buch bei der Analyse stehen und beläßt es im Bereich der Vorschläge bei allgemeinen Perspektiven. Dabei wäre ein radikaler Entwurf emanzipatorischer Umweltschutzstrategien naheliegender gewesen ...

Johannes Klotz
Schlimmer als
die Nazis?
(1999, Papyrossa in
Köln, 208 S., 26 DM)
Das Schwarzbuch des Kommunismus hat eine breite Debatte losgetreten mit dem Ziel, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren und mit den Toten und Vertriebenen kommunistischer Regimes zu vergleichen. Verschiedene Autoren greifen mit diesem Buch in die Debatte ein, um Unterschiede herauszuarbeiten, die die Einmaligkeit des Faschismus zeigen.

Freiheit für Mumia Abu-Jamal

Mumia Abu Jamal ist ein revolutionärer afro-amerikanischer Journalist, Schriftsteller und politischer Gefangener in der USA. Mit 15 Jahren wurde er Mitbegründer der Black Panther Ortsgruppe in Philadelphia und "Informationsleutnant" für die Black-Panther-Zeitung. Wie eine etwa 800-Seitige FBI Akte dokumentiert, wird Mumia schon seit seinem 14. Lebensjahr von den örtlichen Behörden und dem FBI verfolgt. Nach Zerschlagung der Black Panther Party hat er in den 70er Jahren als freier Journalist in Philadelphia, die rassistische Brutalität der Polizei entlarvt. Auf den Straßen wurde er wegen seiner mutigen Reportagen gegen Rassismus, Ausbeutung und Unterdrückung als "Voice of the Voiceless" (Stimme der Stimmlosen) bekannt. Nicht zuletzt deshalb war Mumia ein Fall für den Sicherheitsindex des FBI, "eine Bedrohung der bestehenden Lokal- und Bundesregierung" und damit schon als freier Mann Zielscheibe polizeilicher Verfolgung. Während die Polizei ihn haßte, und die herrschende Elite in den USA nach Wegen suchte ihn zum Schweigen zu bringen, wurde er 1980 Vorsitzender der Ortsgruppe der Vereinigung Schwarzer Journalisten gewählt.

Am 9.12.1981 wurde Mumia von der Polizei angeschossen, zusammengeschlagen und fast getötet. Dies geschah als Mumia, der zu dieser Zeit als Taxifahrer arbeitete bemerkte wie sein Bruder von der Polizei kontrolliert wurde. Bei diesem Zwischenfall starb ein Polizist. Im Sommer 1982 wurde Mumia wegen Mordes an dem Polizisten angeklagt und in einem Schauprozeß für schuldig befunden. "Nachweislich wurde die Zusammensetzung der Geschworenen rassistisch manipuliert, Zeugen massiv von der Polizei bedroht, unter Druck gesetzt und zu belastenden Aussagen gezwungen. Mumia durfte sich nicht Selbstverteidigen, sondern im wurde ein unwilliger Pflichtverteidiger zugewiesen. Entlastende Beweise wurden nicht untersucht oder unterschlagen. Finanzielle Mittel für eigene Recherchen wurden vom Gericht nicht bewilligt. Als Beweise der Staatsanwaltschaft mußten Mumias Vergangenheit und seine revolutionäre Gesinnung erhalten. Der gesamte Prozeß wurde von einer rassistischen Hetzkampagne des rechtsradikalen Polizeiodens FOP begleitet.

"Mumia hatte nie eine Chance seine Unschuld vor Gericht zu beweisen, obwohl es so viele Beweise dafür gibt, daß ganze Bücher darüber geschrieben wurden. 1982 wurde Mumia von Richter A. Sabo des Mordes für schuldig erklärt, zum Tode verurteilt und sitzt seitdem in der Todeszelle. Damit ist Mumia zur Zeit der Einzige politische Gefangene in einem westlichem Industrieland der auf die Hinrichtung wartet. Die Verfolgung von Mumia macht in konzentrierter Form deutlich, wie tagtäglich Schwarze und andere Minderheiten in den USA von der Polizei, den Gerichten und in den Gefängnissen systematisch diskriminiert und mißhandelt werden. Sie macht deutlich wie die Regierung in den USA immer mehr Rechte von Angeklagten und Gefangenen einschränkt und abschafft; wie immer mehr Menschen zum Tode verurteilt und schneller hingerichtet werden. Und sie belegt aufs neue, wie die US-Regierung mit ihren politischen Gefangenen umgeht, sie verfolgt und bestraft.

Weltweit leiden Milliarden von Menschen unter solchen Regierungen. Viele werden durch die Worte Mumias ermutigt für ihre Rechte aufzustehen und zu kämpfen. Mumia hat kompromißlos immer über Brutalität und Rassismus der Polizei

berichtet und die Methoden entlarvt, mit denen der Staat Minderheiten und arme Menschen unterdrückt und sie ihrer Rechte beraubt. Weil er diese Rechte auspricht, bedeutet er eine Gefahr für das System. Auch in der Todeszelle ist er ein unbeugsamer Gegner von Ausbeutung und Unterdrückung geblieben. Isolierung, ständige Schikanierung, Zensur und Mißhandlung konnten ihn nicht zum Schweigen bringen. Seine Kommentare, Artikel



und Bücher, die er weiterhin schreibt, sind weit über die Grenzen der USA verbreitet.

1995 hat der Gouverneur von Pennsylvania, T. Ridge, den Hinrichtungsbefehl unterschrieben. Damals konnte eine Hinrichtung durch eine große internationale Bewegung gestoppt werden. Die rassistische Hetzkampagne der FOP dauert bis heute an. Am 29.10.1998 lehnten die, von der FOP finanzierten, Richter des Obersten Gerichts von Pennsylvania den Antrag von Mumia auf ein Wiederaufnahmeverfahren ab. Dies stellt eine neue bedrohliche Entwicklung im Kampf um Mumias Freiheit dar.

Inzwischen ist die internationale Bewegung für Mumia, innerhalb der USA und in allen Teilen der Welt immer stärker geworden. Allein 1999 fanden weltweit unterschiedlichste Aktionen für Mumia statt .z.B.: am 28.1 war ein Benefizkonzert in New York mit Rage against the Machine, Chumbawamba und anderen Bands, zum ca.20.000 Menschen kamen. Am 20.2 war in Hamburg eine bundesweite Aktion mit ca. 5000 Teilnehmern. Am 23.4 streikt in Rio de Janeiro die gesamter Lehrervereinigung um für eine Stunde über Mumia zu berichten. Am 24.4, dem Millions for Mumia Tag fanden weltweit Aktionen statt.

Am 4.10.99 hat das oberste Gericht der USA in Washington DC den Antrag von Mumia auf Beendigung seines Verfahrens abgelehnt. Am selben Tag gab der Pressesprecher von Gouverneur T.Ridge bekannt, daß ein neuer Hinrichtungsbefehl innerhalb der nächsten 30 Tage unterzeichnet wird. Damit wird Mumia dann in Phase 2 verlegt, das bedeutet u.a. vollständige Isolation und Entzug aller persönlichen Dinge.

Wenn der Hinrichtungsbefehl unterschrieben ist, werden die Anwälte von Mumia vor das Bundesdistriktgericht gehen, womit der Hinrichtungsbefehl erstmals ausgesetzt wird. Dort hat ein ausgewählter Richter zu entscheiden, ob Mumia ermordet wird oder nicht. Gesetzlich ist dieser Richter befugt die Entscheidung Richter Sabos abzulehnen und eine Anhörung mit alten und neuen Beweisen zuzulassen. Verliert Mumia vor diesem Gericht, werden seine Anwälte in Berufung gehen, gewinnt Mumia vor diesem Gericht, wird die Staatsanwaltschaft Berufung einlegen. Dieses Berufungsgericht ist laut Mumias Anwalt L.Weinglass die letzte reale gerichtliche Chance, damit sind voraussichtlich alle juristischen Möglichkeiten bis zum Frühjahr 2000 erschöpft.

Die Solidaritätsbewegung in den USA und weltweit muß den Kampf gegen die Hinrichtung und für die Freiheit Mumia Abu Jamals dringend verstärken und ausweiten, um die US-Regierung zu zwingen Mumia frei zu lassen und seine Forderung nach einem neuem Prozeß zu erfüllen.

Deutsche Waffen, deutsches Geld

...sollen auch zukünftig in aller Welt mitmorden. Das will zumindest der Bundessicherheitsrat, der genehmigt hat, den Kampfpanzer Leopard 2 A5 in die Türkei zu exportieren. Die Panzer, die auf dem aktuellsten Kriegswaffenstand sind, sollen der Türkei "probeweise" überlassen werden. Das Menschenrechte in der Türkei wenig zu sagen haben, und Menschenrechtsgruppen in der Vergangenheit immer wieder aufgezeigt haben, daß kurdische Gebiete mit deutschen Waffen angegriffen wurden, interessiert wenig, wenn es um die Exporte der deutschen Wirtschaft geht. Die Türkei plant, im Jahr 2001 tausend weitere Panzer des gleichen Typs anzuschaffen. Sollten diese tatsächlich geliefert werden, kann der Krieg gegen die KurdInnen noch weiter intensiviert werden.

IMI, Informationsstelle Militarisation e.V., Burgholzweg. 116/2, 72070 Tübingen

Koepe nicht verkauft

Am 2. November fand der zweite Versuch statt, daß Berliner Wohn- und Kulturprojekt Koepe zu versteigern. Nachdem am 30. Oktober zweitausend Menschen gegen Vertreibungspolitik und die Kommerzialisierung der Berliner Innenstadt demonstriert hatten, scheiterte die Versteigerung wieder daran, daß es niemanden gab, der die festgelegten Verkehrswert von 5,4 Mio. DM bieten wollte. In der 1990 besetzten Koepe wohnen ca. 40 Menschen – einige Kinder schon seit ihrer Geburt. Es gibt hier vegane und vegetarische Volkküchen, kostenloses Kino, Konzerte, Soliveranstaltungen und einen Kneipenbetrieb auf Selbstkostenbasis.

Doch das die Koepe nicht versteigert wurde, bedeutet keine Rettung vor der drohenden Luxussanierung. Eine weitere Versteigerung – ohne Mindestgebot – ist abzusehen.

Köpe, Köpenicker Str. 137, 10179 Berlin-Mitte

Hilfe für Buchprojekt gesucht

Wir erinnern uns an den eindrucksvollen, mehrteiligen Dokumentarfilm von Claude Lanzmann zur Massenvernichtung der Juden. Seit ca. 2 Jahren ist das Buch vom deutschen Buchmarkt verschwunden. Als der Claasen-Verlag den Titel verramschte, hat der Trotzdem-Verlag, ein linker Kleinverlag, die Restauflage aufgekauft, um diesen wichtigen Titel weiterhin im Buchhandel lieferbar zu halten. Nachdem diese Restauflage im Jahr 1998 völlig vergriffen war, hat sich der Trotzdem-Verlag um die Rechte bemüht und zum Jahresende 1998 erworben.

Diese Investitionskosten sind bereits bezahlt, ein neuer Satz ist hergestellt – jetzt suchen wir die Unterstützung breiter Kreise für die Neuaufgabe dieses Buches. Jede und jeder, die für diesen Zweck auf eines der unten genannten Konten einen Betrag ab 50.- DM spendet, wird in der Danksagung des Buches genannt werden und das Buch nach Erscheinen zugesandt bekommen. Sollte jemand anonym spenden wollen, so bitten wir um einen entsprechenden Hinweis bei der Spende.

Wer nicht spenden kann, aber das Buch durch eine feste Bestellung unterstützen möchte, kann diese Bestellung direkt an die Verlagsadresse richten. Das Buch wird 34.- DM kosten und nach Erscheinen portofrei zugestellt werden.

Trotzdem-Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau/Würt.

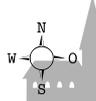
Konto:
Postbank
Stuttgart –
Wolfgang
Haug –
Ktonr.
13874-
706



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst '99/2000

● Kurznotiert



Ö-Verteiler "Über den Tellerrand"

- FZS-Rundbrief (ASTAs)
- Gegenwind (Schleswig-Holstein)
- Ausgeschlossen:
 - LIRA-Rundbrief (Uni-Gruppen)



Safwan Eid erneut freigesprochen

Mehr als drei Jahre nach dem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in der Lübecker Hafensstraße, bei dem 10 Menschen starben, ist der Angeklagte Safwan Eid erneut freigesprochen worden.

Die Art und Weise, wie während der Ermittlungen Täter gedeckt und ein Opfer angeklagt wurde, können als ein weiterer Meilenstein in der Geschichte rassistischer Justiz betrachtet werden. Daß in der Nähe des Tatorts in der Brandnacht vier Grevesmühlener Neonazis mit brandstiftertypischen Versengungsspuren im Gesicht auffielen, von denen einer die Tat gestand, macht den rassistischen Hintergrund des Anschlags mehr als deutlich. Da derartige Anschläge jedoch nicht in das Bild passen, mit dem Deutschland sich nach außen präsentieren will, mußte dieses Bild wieder gerade gerückt werden. Der Verdacht der Brandstiftung wurde dreierweise gegen Safwan Eid, einen Bewohner der Flüchtlingsunterkunft, ausgesprochen. Ein Sanitäter behauptete, von ihm die Worte "Wir warn s" gehört zu haben. Somit verbrachte Eid, der in der Brandnacht im Haus bei seinen Brüdern schlief, fast 6 Monate in U-Haft, wurde vor

dem Lübecker Landgericht angeklagt, und am 30.6.97 mangels Beweisen freigesprochen.

Doch damit nimmt das Schauspiel noch kein Ende. Der Anwalt der Familie El Omari, der einzigen im Haus lebenden BewohnerInnen, die an Eids Schuld glauben, hatte vor dem Bundesgerichtshof auf eine Revision des Verfahrens geklagt. So wurde der Prozeß am 3.9. diesen Jahres am Landgericht Kiel wieder aufgenommen. Die einzigen neuen Indizien, Protokolle abgehörter Gespräche zwischen Eid und seinen Angehörigen, wurden fünf Tage lang von zwei Sachverständigen übersetzt. Danach war klar, daß sich auch hier keine belastenden Indizien gegen Safwan Eid finden ließen – er mußte erneut freigesprochen werden.

Maik Wotenow, einer der vier Neonazis, gestand zwar, den Brandanschlag mit den anderen begangen zu haben. Das jedoch interessierte die Lübecker Staatsanwaltschaft wenig. Sie stellte die Ermittlungen gegen die vier Nazis mit dem Argument ein, daß der von Wotenow geschilderte Tathergang mit ihren Erkenntnissen nicht übereinstimme.

Ö-termine

3.–5.12. in Brandenburg
Rechte Ökologie und Esoterik
JungdemokratInnen/Junge Linke,
Rosa-Luxemburg-Str. 19, 10178 Berlin,
030/24729747, info@jungdemokraten.de

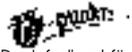
3.–5.12. in Werftpfuhl
Solidaritätsarbeit in Ost und West
Unterschiedliche Geschichte,
unterschiedliche Wirklichkeit?
BUKO, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg,
040/393156

6.–11.12. in Bochum
Erste Feministische Winteruniversität
f.wu, c/o Lehrstuhl für Frauen- und
Sozialstrukturforschung, GC 04/505,
Universitätsstr. 150, 44780 Bochum,
0234/7038-75, Fax -11, f.wu@gmx.de

17.–19.12. in Castrup-Raukel
To be a (wo)man
**Perspektiven feministischer
Philosophie**
JungdemokratInnen/Junge Linke NRW, Kieler
Str. 29c, 42107 Wuppertal, 0202/4938354,
Fax 451123

Literatur

Jens Mecklenburg
Was tun gegen rechts
(1999, Elefantpress in Berlin, 248 S., 34,90 DM) Auch wenn der Titel etwas anderes suggeriert - es geht nicht um einfache Handlungsanleitungen, sondern um die Grundlagen gesellschaftlichen Engagements gegen rechte Ideologien, z.B. in der Bildungs- und Jugendarbeit. Für die praktische Umsetzung fehlen allerdings Serviceseiten mit Adressen, Medien und mehr.



Der Infodienst für
UmweltfaktoreInnen

48

Winter '99/2000

• Kurz
notiert



**Themenredaktion
"Umwelt-
bildung"**

Peter Szekeres
Liebigstr. 50,
35037 Marburg
Tel. 06421/24552
petersz@apg.lahn.de

Ökoführerschein in Hamburg

Der Ökoführerschein will ökologisch interessierte junge Menschen mit Umweltverbänden und Projekten in Kontakt bringen. Auf diese Weise soll Umweltaarbeit besser vernetzt werden und für die TeilnehmerInnen ein Leitfadens für die verschiedenen Aktionsmöglichkeiten entstehen. Aus dem Ökoführerscheinprogramm können Seminare, Exkursionen, Camps ... ausgesucht werden. Wie wäre es beispielsweise mit einem Sommercamp in Südfrankreich, einem Forschungsprojekt Bach oder einer Bauwoche in einem Ökodorf? Die Angebote werden fünf Themen zugeordnet: Handlungsorientierung, Naturerleben, Berufsfelder im Umweltschutz, Alltagskompetenz, Eine Welt/politische Ökologie. Die TeilnehmerInnen erhalten ein Zertifikat.

Infos: AGfJ (Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände), Alfred-Wegener-Weg 3, 20459 HH, Tel.: 040/316568, Fax: 3171013.

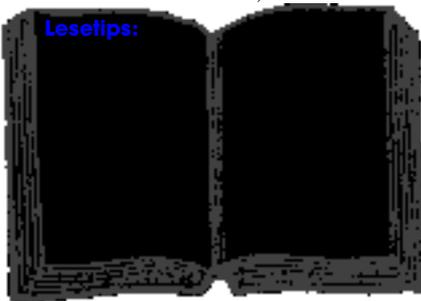
Vogelfütterung im Winter

Soll man oder soll man nicht? Die Frage läßt sich so beantworten: Für den Vogelschutz ist es nicht notwendig. BiologInnen sagen, es ist ökologisch überflüssig, einige sprechen sogar von einer schädlichen Wirkung. In der Regel profitieren nur „Allerweltsarten“ von der Fütterung. Ein Großteil aller BundesbürgerInnen füttern die Vögel im Winter gelegentlich oder regelmäßig. Die Millionenbeträge wären im Naturschutz oder den Vogelwarten sicher besser einzusetzen. Im Rahmen der Umweltbildung Kindern die Vögel nahe zu bringen, wird als einziger akzeptabler Grund für eine Winterfütterung angesehen.

Infos gibt es beim NABU, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn, 0228/97561-0, Fax -94 oder den NABU-Landesverbänden.

Veröffentlichungen zum Thema: Winterfütterung, NABU (s.o.)

Lesetips:



Umweltbildung integrieren – Kindergeburtstage

Meistens wird Umweltbildung als spezielle Veranstaltung angeboten. Statt die Umweltbildung aber vom Alltag abzutrennen, ist es erfolgversprechender sie in den Alltag zu integrieren, normaler Bestandteil des Alltags werden lassen. In diesem Rahmen ist vom Umweltzentrum Karlshöhe eine neue Broschüre erschienen: Kindergeburtstag – Ökologisch feiern im Grünen. Es werden praxisnahe Tipps für Eltern und ErzieherInnen gegeben: Gestaltungsideen, Naturerfahrungsspiele und Essensrezepte.

Bezug für 5 DM incl. Rückporto beim Umweltzentrum Karlshöhe, Karlshöhe 60 d, 22175 Hamburg, Tel. 040/640 20-19, Fax. -93.





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst '99/2000

● Kurz notiert



Zeitschriften-schau

- Ökopädnews Nr. 98
- Umweltbibliotheken Nr. 99
- Qualifikation für den Arbeitsmarkt Nr. 100
- Umweltmediation

Rundbrief Ökopädagogik Aug/Sept. 99
Lokale Agenda 21 – Beispiel Wasser Okt. 99
Ökol. Kindergärten und Waldkindergärten

- umwelt&bildung 1/99
- Zu Fuß in der Natur
- Nationalparkpädagogik 2/99
- Landwirtschaft

DGU Nachrichten Nr. 19

- Lokale Agenda 21



Ö-Verteiler "Umweltbildung"

- Leider keiner.

Unterricht Biologie

- Nr. 246
- Biologie im Krimi Nr. 247
- Abfall&Recycling Nr. 248
- Lebensraum Vivarium

Biologie in der Schule

- 3/99
- Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Fledermaussekursionen
- Fächerübergreifende Projekte

BUND-Magazin 3/99

- Atomusstieg
- Grünes Band ehem. Grenzstreifen

Naturschutz heute

- 3/99
- Alte Haustierrassen

Naturerfahrung im Winter

Aktionskisten

Eine praktische Sache, diese Kisten. Man leiht sie sich aus, und bekommt alles zur Hand, um z.B. das Thema Wasser im Unterricht oder der Jugendgruppe umfassend zu behandeln. Kein langes Suchen mehr nach Ideen, Material und Büchern. Eine Adressenliste, wo man Aktionskisten/-koffer bestellen kann, ist beim Umweltschutzamt Schwabach gegen Rückporto zu beziehen. Die Liste bietet ca. 60 Adressen, die nach den Themen Umwelt, Natur, Abfall, Papier, Wasser, ... sortiert sind.

Bezug: Matthias Fischer, Umweltschutzamt Schwabach, Eisentrautstr. 2, 91126 Schwabach



Literatur für die Umweltbildung

Der Büchermarkt bietet für die Umweltbildung viel. Beliebt sind Praxisbücher, aus den LehrerInnen, KindergärtnerInnen, JugendgruppenleiterInnen und PädagogInnen der Umweltzentren handfeste Tipps für die Gestaltung Ihrer Einheiten bekommen. Im folgenden werden empfehlenswerte Bücher für die Praxis der Umweltbildung vorgestellt.

J. Fritz (Hg.): Meditations- und Wahrnehmungsspiele in der Natur, (1998, Matthias-Grünewald-Verlag, 104 S., 16,80 DM) In diesem preiswerten Buch sind Aktionen zusammengestellt, die die Erfahrung der Sinne und die Begegnung mit einzelnen Naturelementen umsetzen: von Meditation und Phantasie Reisen über Body-Painting bis hin zu Spieleketten aus einzelnen Wahrnehmungsspielen. Damit wird eine breite Palette an Naturerfahrungen für die Umweltbildung abgedeckt. Die Beiträge sind sehr praxisnah gestaltet und machen Lust zum selber ausprobieren.

D. Burnie: 101 spannende Experimente aus der Natur, (1998, Loewe Verlag, 95 S., 29,80 DM) Das Buch soll Kinder ansprechen. Die Experimente sind alle bildreich dargestellt. Es macht Spaß in dem Buch zu blättern und zu überlegen, was man wohl machen möchte: eine Wurmfarm anlegen, Nachtfalter anlocken oder Gipsabdrücke machen? Leider wirken die Fotos klinisch und naturfern.

BSR: Abfälle in der Schule (Berlin 1996, 86 S., 15,- DM) Fax: 030/7592 4403 Wer seine Schule entmüllen will, findet hier einen idealen Begleiter. Es gibt Tipps zur konkreten Abfallvermeidung aber auch zur pädagogischen Herangehensweise. Praktisch ist eine Checkliste, in der die Schritte zur Abfallvermeidung und -verwertung aufgeführt sind. Ein zweites Buch ist für Kitas herausgegeben.

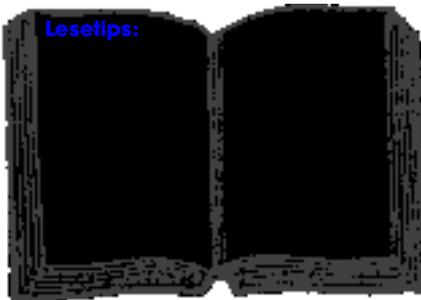
Zukunftsufgabe Umweltbildung, (Politische Ökologie 51, 98 S., 19,80 DM) Die Artikel geben gut den Stand der Diskussion in der und um die Umweltbildung wider. Das Heft bietet Bestandsaufnahmen, Analysen, Perspektiven und Projektbeispiele. Insgesamt kommen mehr namhafte Personen der Öffentlichkeit als PraktikerInnen zu Wort. Dadurch wirken viele Artikel recht trocken. Insgesamt aber eine gelungene Spiegelung des Status Quo der Umweltbildung.

Institut für Ökologie (Hg.): Aktionsmappe Umwelt, (1997, Bremen, 280 S., 29,80 DM) Die Mappe ist eine Arbeitshilfe aus der Praxis für die Praxis. Sie bietet viele Tipps für die Pressearbeit, Layout, Kontakt mit Behörden, Konzept- und Kampagnenplanung, Gruppenarbeit, Umweltbildung und vieles mehr. Wertung der Berliner Empfehlungen Ökologie und Lernen '98: Ausgezeichnet.

Was macht man mit der Kindergruppe im Winter? Viele umwelpädagogische Übungen sind nur für den Sommer geeignet. Im Winter werden die Angebote rar. Tipps, was man im Winter machen und beobachten kann, bieten folgende Broschüren und Bücher:

Natürlich Lernen: 1) Winterspiele, 2) Naturbeobachtung, Bezug: LBV, Kirchenstr. 8, 91161 Hilpoltstein, Tel. 09174 / 90 85

Tips zur Saison: 1) Überwintern, 2) Wind&Wetter, Bezug: BUND-Laden, Im Rheingarten 7, 53225 Bonn, Fax. 0228/4009740



V. Straab: Natur erleben das ganze Jahr. BLV-Verlag 1998, 238 S., 39,90 DM. *Wer in Sachen Natur unterwegs sein will, um in Kindern die Neugier auf das große Abenteuer Umwelt zu wecken, hat mit dem Buch einen guten Wegweiser in der Hand.*

H. Buck: Tu was für Natur und Umwelt. Cornelsen Verlag 1997, 94 S., 19,80 DM. *Es werden Experimente, Bastelmöglichkeiten, Kochrezepte neben Sachtexten vorgestellt. Wer Ideen und konkrete Tipps für den Unterricht sucht, wird in diesem Buch fündig.*

G. de Haan (Hg.): Berliner Empfehlungen Ökologie und Lernen '98, (1998, Beltz Verlag, 243 S., 39,80 DM) In dem Buch werden 200 Materialien des letzten Jahres empfohlen. Die Buchreihe erscheint seit 1991 jährlich. Die Berliner Empfehlungen machen es leichter, sich über die breite Palette von Themen zu informieren und jene Materialien anzuschaffen, die für die eigene Tätigkeit hilfreich sind.

ANU (Hg.): Umweltzentren in Deutschland, (1996, ökom Verlag, 584 S., 24,80 DM) Das Verzeichnis beschreibt knapp 500 Umweltzentren in Deutschland. Dabei werden Infos über Räumlichkeiten, Lehrinhalte, Schlafplätze, Finanzierung, ... gegeben. Die Ergebnisse sind zudem umfassend statistisch ausgewertet. Ein empfehlenswertes Handbuch.

Jugend-Umwelt-Werkstatt (Hg.): Naturelebnismappe, (1997, Bad Oldesloe, 144 S., 24,80 DM) Die Mappe bietet eine Vielzahl an Tipps für die Gestaltung von Aktivitäten in der Umweltbildung. Aus dem Inhalt: Fahrten in die Wildnis, Spiele in der Natur, Basteln und Bauen, Projekte für die Umwelt. Nach dem pädagogischen Konzept der Selbstorganisation ist das Buch direkt an Kinder und Jugendliche gerichtet. Die Aufmachung ist aber auch für UmweltbildnerInnen ansprechend. Für letzte ist ein Zusatzband in Arbeit, in dem spezielle umwelpädagogische Hintergründe dargestellt werden sollen.

A. Schulze u.a.: CD: Vogelstimmentrainer, (1999, Edition Ample, 78 Min., 49,80 DM) Die CD ist für AnfängerInnen der Vogelkunde gut geeignet, um schnell eine gehörte Vogelstimme zu bestimmen. Die Gesänge werden nach Lebensräumen geordnet kurz angespielt. Die Vogelarten sind dabei nach abnehmender Wahrscheinlichkeit angeordnet.

K. Ruge & C. Preuß: CD: Waldgeräusche-Spiel (Verlag an der Ruhr, 33 Min., 28 DM) Von CD kommen die Geräusche, auf dem Tisch liegen 28 Bilder. Was paßt zueinander? Als Einstiegsspiel oder zur Nachbereitung für Waldexkursionen mit Kindern gut geeignet. In der Reihe sind auch Wetter-, Bauernhof-, Wasser- und Alltagsgeräusche erschienen.

Ö-termin

29.11.99 in Hamburg
Ökoführerschein
Um 18.30 gibt es in der AGfJ eine Infoveranstaltung zum Ökoführerschein. Der Ökoführerschein bietet die Möglichkeit, in verschiedene Umweltbereiche reinzuschneppern. Kontakt: AGfJ, Alfred-Wegener-Weg 3, 20459 HH, Tel.: 040 / 316568, Fax: 3170103.

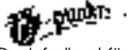
26.12.99-21.2000 in Göttingen
Winterseminar des DJN
Jugendliche von 12 bis 25 können abseits der großen Feierlichkeiten den Jahrtausendwechsel feiern. Neben umwelpolitischen Arbeitsgruppen und naturkundlichen Exkursionen wird auch das Feiern stehen. DJN – Deutscher Jugendbund für Naturbeobachtung, Tel. 040/52 07 379, djn@gmx.de

14.-16.12.000 in Hannover
10. Reisepavillon
150 AusstellerInnen präsentieren auf der alternativen Reisemesse Ihre Projekte. Für AkteurInnen im Bereich des sanften Tourismus ist der Besuch ein muß. Parallel läuft der Kongreß „Tourismus und Erholung in Landschaft aus Menschenhand“. Geöffnet ist die Messe von 10 bis 18 Uhr. Infos: Staffreisen Hannover e.V., Tel. 0511/16 40 391, info@staffreisen.de

5.-7.4.2000 in Leipzig
7. Dt. Fundraising-Kongress
Die Organisation von Drittmitteln für Projekte wird immer komplexer. Mit Sponsoring versuchen viele Gruppen ihre Finanzlöcher zu stopfen. Neuste Infos zum Thema gibt's auf dem Kongreß. Infos: Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialmarketing, Bachstr. 10, 63785 Oberburn, Tel. 06022/6815-63, Fax. -61

18.1.2000 in Hamburg
FÖJ-Infoveranstaltung
Wer ein Freiwilliges Ökologisches Jahr in Hamburg machen will, kann sich darüber auf einer Veranstaltung informieren. Es werden Ziele und Inhalte des FÖJ dargestellt. Infos: Umweltzentrum Karlshöhe, Karlshöhe 60 d, 22175 HH, Tel. 040/640 20-19, Fax. -93

2000 in Schneverdingen
Öffentlichkeitsarbeit
Die Naturschutzakademie in Schneverdingen bietet für die erste Hälfte 2000 verschiedene Seminare für die Öffentlichkeitsarbeit: Moderation 4.-6.2., Aufbaukurs Moderation 16.-18.2., Pressen und Öffentlichkeitsarbeit 4.-5.3., Umweltmediation 8.-10.3., Umgang mit Konflikten 22.-24.3., Aufbaukurs Umgang mit Konflikten 28.-30.6.



Der Infodienst für UmweltfaktoreInnen

50

Winter '99/2000

• Kurz notiert



Themenredaktion "VerbraucherInnenpolitik"

Nicht besetzt.

Wer Interesse hat, sollte sich melden!

Heilen mit der Kraft der Natur

Krankenkassen und Naturheilverfahren: gefördert, genehmigt, gestrichen

Von der Schulmedizin noch vor nicht allzu langer Zeit meist nur mit größter Skepsis wahrgenommen, sind die sogenannten Naturheilverfahren heute bei der Krankheitstherapie nicht mehr wegzudenken. Kaum ein Arzt bestreitet noch die Wirkung zumindest einiger alternativer Heilmethoden. Das Umdenken hat sich auf breiter Front auch bis zu den Krankenkassen durchgesetzt, die inzwischen fast immer auch Therapien auf der Basis von Wärme, Wasser oder Pflanzen in ihr Programm aufgenommen haben. Für welche Therapie die Kostenübernahme allerdings vertraglich garantiert, in Einzelfallentscheidung abgewogen oder generell abgelehnt wird, da scheiden sich die Geister.

Bestens auf Fragen zum Thema Naturheilverfahren eingestellt, sind die Techniker- und die Deutsche Angestellten Krankenkasse (TK und DAK). Bei beiden gesetzlichen Krankenkassen liegt eine Broschüre parat, in der nicht nur die wichtigsten allgemein anerkannten Naturheilverfahren kurz vorgestellt werden, sondern auch gleich eine Liste enthalten ist, die die von der Kasse jeweils finanzierten Leistungen nennt. Findet die Behandlung bei einem Vertragsarzt statt -mehr als vierzig Adressen listet die DAK in ihrem Schreiben allein für Stuttgart auf- werden bei beiden Kassen als "Bestandteil der vertragsärztlichen Versorgung" und damit für den Patienten kostenlos, folgende Naturheil-Therapien angeboten: Phytotherapie, Wärme- und Kältetherapie, Chirotherapie, Massage, Lymphdrainage, Atemtherapie, Mikrobiologische Therapie, Neuraltherapie, Homöopathie, anthroposophische Medizin. Und -dies allerdings nicht generell, sondern nach Absprache- die Schmerzakupunktur.

Konkret genannt werden bei der Techniker-Kasse außerdem unter anderem Hypnose und Aderlaß, Übungsbehandlung nach Vojta, Bobath, Frostig, Kabat sowie Relaxationsbehandlung nach Jacobson. Sowohl DAK als auch TK bieten darüber hinaus an, von Fall zu Fall auch nicht aufgeführte Verfahren zu berücksichtigen. Die TK-Broschüre: "Es kommt vor, daß der Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen eine Methode noch nicht überprüft hat, obwohl ihre Wirksamkeit indikationsbezogen bereits anhand wissenschaftlich einwandfrei geführter Statistiken nachgewiesen ist." In diesen Fällen sei eine Einzelprüfung möglich.

Als besondere Attraktion in Sachen Naturheilverfahren hat die DAK in Bad Elster in Sachsen eine Fachklinik für Naturheilverfahren eingerichtet, in der sich Versicherte mit chronischen Schmerzzuständen, chronisch wiederkehrenden Infekten, Erschöpfungs- und Ermüdungszuständen oder funktionellen Gefäßerkrankungen oder Darmstörungen nach den Regeln der anerkannten Naturheilkunde kurieren lassen können.

Modellprojekt für die sanfte Medizin

Auch die AOK "steht den Methoden der Naturheilverfahren grundsätzlich positiv gegenüber, wenn es sich hierbei um qualitätsgesicherte Verfahren handelt." Auf Nachfrage werden von der Gesundheitskasse zur Kostenübernahme folgende Therapien aufgelistet: Bäder, Massagen sowie Kneippische Kuranwendungen, homöopathische Behandlungen, anthroposophische Therapie und Phytotherapie. Außerdem beteiligt sich die AOK Baden-Württemberg mit fünfzig Mark an Schmerzakupunktur-Behandlungen bei maximal zehn Behandlungen. Darüber hinaus behält sich auch diese gesetzliche Krankenkasse die Überprüfung im Einzelfall vor.

Während man bei der Boshc Betriebskrankenkasse gar keine generellen Aussagen macht, sondern in jedem Fall auf die Einzelprüfung verweist, ist man bei der BKK Post auf ein Modellprojekt in Sachen Naturheilverfahren stolz, das "durch achtjährige wissenschaftliche Begleitung den Nachweis darüber erbringen soll, ob und wie die sogenannte 'sanfte Medizin' wirkt". Da die größte BKK in Deutschland nach aktueller Gesetzeslage ebenso wie jede andere Krankenkasse inzwischen für jedermann offen ist, hofft man mit dem AHA-Modell (Akupunktur, Homöopathie, Anthroposophische Medizin) in der Mitgliederwerbung Punkte zu machen. Zu den von der Kasse finanzierten Leistungen gehören neben den üblichen homöopathischen Behandlungsformen auch diverse "nicht ärztliche Therapieverfahren", wie zum Beispiel Heileurythmie, therapeutisches Plastizieren oder Rhythmische Massage. Dabei erstattet die BKK Post 85 Prozent der Behandlungskosten, den Rest trägt der Versicherte. Kalkuliert sind zum Beispiel für eine Stunde Eurythmie als Gesamthonorar 63 Mark, für eine Stunde einzeltherapeutisches Malen (50 min.) 70 Mark.

Damit liegt die Post-Kasse etwas über den Sätzen, die die Securvita BKK "ihre Kasse für Ganzheitlichkeit" veranschlagt. Die Krankenkasse, die mit dem BUND kooperiert, hat vier Kriterien entwickelt, die helfen sollen, seriöse Naturheilverfahren von der schillernden Vielfalt der alternativen Heilmethoden abzugrenzen. Demnach muß "die Besonderheit des Therapieverfahrens theoretisch erklärbar und praktisch bewährt sein, das Verfahren muß lehr- und lernbar sein, die eingesetzten Mittel und Wege müssen mit den theoretischen Denkansätzen ein plausibles Konzept ergeben und das Therapieverfahren muß die überwiegende Anerkennung durch die Vertreter der jeweiligen besonderen Therapierichtung genießen. Das gilt laut Liste der Securvita BKK neben den bereits bei der TK und der AOK genannten Verfahren unter an-

derem auch für die Eigenblutbehandlung, für bestimmte Sauerstoff-Therapien, wie die "Hämatogene Oxydationstherapie", für Symbioselenkung oder die Colon-Hydrotherapie. Die Originalrechnungen für die Therapie muß bereits von dem Versicherten bezahlt sein, die Kostenübernahme erfolgt auch hier nur bei Behandlung oder Verordnung durch einen Vertragsarzt -wer sich in die Hände eines Heilpraktikers begibt, muß nach dem derzeit gültigen Gesetz dies selbst bezahlen. Es sei denn, der Versicherte bucht eines der angebotenen privaten Zusatzpakete. Bei dem von Securvita und BUND gemeinsam angebotenen "VerBUND"-Tarif, den nur BUND-Mitglieder in Anspruch nehmen können, werden nicht nur auch Ärzte ohne Kassenzulassung berücksichtigt, sondern zum Beispiel die Kosten für eine Laboruntersuchung auf Wohnraumgifte oder Amalgamsanierung sowie Schwermetall-Ausleitung übernommen.

Von Bachblüten bis Eigenurin

Bei der Debeka erfolgt die Kostenübernahme bei Naturheilverfahren unter folgender Bedingung: "Der Versicherungsnehmer muß auch bei der Inanspruchnahme einer Methode der alternativen Medizin deren medizinische Notwendigkeit nachweisen, daß unter anderem die Behandlung also generell geeignet ist, das Leiden zu beseitigen, zu bessern oder zu lindern", wobei ein Hinweis auf einen "angeblich eingetretenen Behandlungserfolg" im Einzelfall nicht ausreichend sei. "Es gibt keine konkrete Liste von Naturheilverfahren und heilpraktischen Verfahren, für die wir tarifgemäß erstatten", meldet die Debeka auf Nachfrage, aber grundsätzlich leiste man zum Beispiel für folgende alternative Behandlungsmethoden tariflich: "Akupunktur zur Schmerztherapie, Anthroposophische Medizin, Atemtherapie, Chiro-Therapie, Homöopathie, Kneipp-Therapie, Massagen, Neuraltherapie nach Hunecke und Schröpfen.

Keine Kostenübernahme erfolge dagegen zum Beispiel für Bachblütentherapie, Bio-Feedback, Bio-Resonanz-Therapie, Eigenurin-Therapie, Frischzellen-Therapie ... Therapieformen, die von der ebenfalls privaten Victoria Krankenversicherungs AG teilweise übernommen werden. Immer vorausgesetzt, die laut Gesetz geforderte "medizinische Notwendigkeit" ist ebenso gegeben, wie die "Einhaltung des notwendigen medizinischen Maßes". Unter der Rubrik "erstattungsfähige Therapieeinrichtung" sind bei der Victoria Versicherung, neben den bereits bei TK und DAK aufgelisteten Verfahren, zum Beispiel auch die traditionelle chinesische Medizin, Shiatsu, Enzymtherapie, Thyms- und Zelltherapie, Ozon-Therapie, Oxygenierungstherapie oder die Sauerstoff-Überdruck-Therapie aufgeführt.

Autorin

Iris Lehmann in Ecoregio, <http://www.ecoregio.de>



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Herbst '99/2000

● Kurz notiert

51

Zeitschriften-schau

- Verbraucher konkret
4-5/99:
- Konvertieren im Haushalt
 - Rindfleischetikettierung
 - Wasseraufbereitung
 - Dioxin-Skandal
 - Hautpflege



Themenredaktion "VerbraucherInnenpolitik"

• Leider keiner.

Garantiert gesundes Essen

Die österreichischen Grünen haben eine Broschüre für garantiert gesundes Essen erstellt. "Mit unserer Service-Broschüre "Bio-Tips für garantiert gesundes Essen", so Agrarökologe Wolfgang Pirkhuber, "wollen wir verunsicherten KonsumentInnen konkrete, brauchbare Informationen liefern, aber selbstverständlich auch politischen Druck für eine Umstellung der Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion hin zu einer Ökologisierung machen. Die Broschüre ist zu beziehen unter Telefon: 0043-732/739400. Anmerkung: Eine gute Idee, die auch andere Grüne übernehmen könnten.

Lärm schädigt

Laut Umweltbundesamt fühlt sich schon jeder fünfte Bundesbürger durch den Lärm von Autos, Lastwagen oder Motorrädern belästigt. Hinzu kommen Lärm durch Flugzeuge und Schienenfahrzeuge. Bei etwa 16 Prozent der Bevölkerung könne dieser Lärm zu einem Herzinfarkt beitragen. Ausserdem verursache der "Umweltlärm" Kosten in Höhe von mindestens 25 Milliarden Mark jährlich.

Vorsicht vor fremden Holzschnitzeln

Hackschnitzelheizungen sind "In" und im Grunde auch ökologisch. Doch dies gilt nur solange die in den Heizungen oder Kraftwerken eingesetzten Holzschnitzel aus einheimischen, unbehandelten Hölzern stammen. Aber leider kontrollieren die Behörden dies nicht, gibt das Bundesumweltministerium zu. Wie der jüngste Dioxin-Skandal in Brandenburg zeigt - dort wurden Futtermittel durch den Einsatz von kontaminierten Holzschnitzeln aus einem Baurecyclingunternehmen hochgradig mit Dioxinen verseucht - können auch Hackschnitzel illegal in den Handel kommen, an denen Pestizidstoff und Lackreste oder schädliche Pestizide haften. Möglich ist ebenso, dass Holzschnitzel aus Ländern auf den Markt kommen, in denen Raubbau an den Wäldern betrieben wird.

3,5 Milliarden nutzen Heilpflanzen

Der Blick auf die vielen Medikamentenpackungen in unseren Apotheken täuscht. Die Gesundheit der meisten Menschen auf unseren Planeten - etwa 3,5 Milliarden - hängt von rein pflanzlichen Medikamenten ab, meldet das amerikanische Time-Magazin.

Strahlende Wildschweine

Auch 13 Jahre nach Tschernobyl sind Jagd und vor allem der Verzehr von Wildschweinen in Bayern nicht ungefährlich. Die Untersuchung einer in dieser Jagdsaison erlegten Wildsau ergab eine Strahlenbelastung in Höhe von 20.000 becquerel radioaktives Cäsium je Kilo.

Wie natürlich sind Naturheilmittel?

Geht der Verbraucher davon aus, daß ein Kräuterpräparat, das er im Reformhaus erwirbt, aus ungespritzten Pflanzen hergestellt wurde? Oder geht der Anspruch der Käufer von Naturheilmitteln gar nicht so weit. Gibt es überhaupt ein entsprechendes Angebot solcher Bio-Naturheilmittel?

Kräuter für Tees wie für Heilmittel werden global gehandelt. Preisgünstige Drogen (getrocknete Kräuter) aus konventionellem Anbau bekommt man jederzeit, in fast jeder beliebigen Menge. Meist weiß man nichts über Anbau, Erntezeitpunkt und Vorbehandlung wie Begasung und Bestrahlung. Der Bioanbau für spezielle Heilpflanzen steckt jedoch noch in den

Anfängen, da die Mehrzahl der Hersteller von Phytopharmaka bisher keinen Wert auf Rohstoffe aus biologischem Anbau gelegt haben. Bei Tees und Gewürzen haben mehrere Naturkosfirmen ein breites Biosortiment für die Naturkostläden, das aus dem Angebot nicht mehr wegzudenken ist. Pflanzenheilmittel haben noch in den wenigsten Geschäften ihren Platz gefunden. Soll der Naturkosthandel in den Verkauf von rezeptfreien Pflanzenheilmitteln einsteigen, müssen diese überwiegend aus biologischen Rohstoffen hergestellt sein.

Quelle: Biopress-Verlag

BDI-Chef Henkel will Basisdemokratie bei Ladenschluss

BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel hat sich für die vollständige Abschaffung des Ladenschlussgesetzes auf Bundesebene ausgesprochen. Stattdessen müßten Städte und Gemeinden eigenständig entscheiden dürfen, wann die Geschäfte in ihrem Bereich geöffnet haben dürften, sagte Henkel in einem am Dienstag veröffentlichten Interview der Zeitschrift "Super-Il-lu". Beim Thema Ladenschluss lasse sich ein Stück Basisdemokratie wagen. «Wenn die Leute in Halle sonntags gerne einkaufen, kann der Stadtrat dort beschließen, dass die Läden an diesem Tag offen sein dürfen», sagte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Wenn die Leute in Nürnberg lieber in die Kirche gehen wollten, dann könne der Stadtrat dort Gegenteiliges beschließen. Und wenn dies den Bürgern nicht passe, dann könnten sie den Stadtrat abwählen, argumentierte Henkel.

Institut für Ökologie



Immer nur ...
Agenda 21, Nachhaltigkeit, Ökosteuern?

Schmusekurs mit der Wirtschaft?

Wir bieten kritische Stimmen:
Vorträge und Seminare
Reader und Bücher
Internet: <http://go.to/umwelt>

Gegen 2,20 DM in Briefmarken schicken wir Ihnen unsere ReferentInnenlisten zu.

Institut für Ökologie
Turmstr. 14A, 23843 Bad Oldesloe
institut@inihaus.de

Wir bitten um Spenden ...

Die Ö-Punkte werden nicht weiter ohne feste FörderInnen überleben können. Wir brauchen 20.000 DM pro Jahr als Basis - das entspricht der Hälfte der Kosten für Druck und Versand.

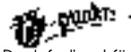
Bitte werden Sie FörderIn - mit einer festen Summe pro Jahr! Damit es diesen Infodienst noch lange geben kann!

Spendenbescheinigung möglich!

- Windkraft ab 5.000 DM
- Baufinanzierung
- Renditebauparen 5% + Wohnungsbauprämie oder Bauen in Zukunft
- Vorsorgekonzepte (z.B. priv. Haftpflicht ab 70,- DM)

Karl-Anton-Str. 17 - 40211 Düsseldorf

☎ **0211-171 00 12**
www.fairinvest.de



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

52

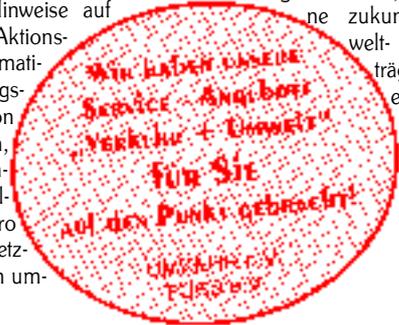
Winter '99/2000

• Kurz notiert

FUSS und UMKEHR haben ihre Angebote auf den Punkt gebracht!

Präsenz-Bibliothek, Literatur- und andere Text-Recherchen, Hinweise auf Veröffentlichungen und Aktionshilfen, regelmäßige Informationsdienste, Veranstaltungstermine, Vermittlung von Kontakten und Adressen, Beratung zu Ausstellungen, Video, Film und Kultur. Das Gemeinschaftsbüro nimmt mit seiner in den letzten 25 Jahren aufgebauten um-

fangreichen Datenbank in Deutschland eine Sonderstellung ein. beiden Vereine bieten zu kostendeckenden geringen Gebühren ihre individuellen Recherchen und Beratungen allen an, die sich für eine zukunftsfähige, umwelt- und sozialverträgliche Mobilität einsetzen: Beschreibung für 3,- DM bei der Themenredaktion erhältlich.



Stau am Himmel

Seit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft haben sich Bundesverkehrsministerium und Lufthansa auf "Warteschleifen" als zentrales Umweltproblem des Flugverkehrs geeinigt. Die veröffentlichten Zahlen sind in der Tat beeindruckend: 70 bis 100 000 Tonnen Kerosin werden im Stau über den europäischen Flughäfen nach Angaben der Lufthansa von dem Unternehmen durch die Düsen gejagt. "Da muß etwas geändert werden!" wird uns suggeriert. UMKEHR e.V. setzt als 1.-Hilfe-Maßnahme den Status Quo dagegen: "Rettet die Warteschleifen!"

Was führt der ADAC im Schilde?

Laut Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) sind Bund, Länder, Kreise und Kommunen für die Sicherheit und Ordnung des Verkehrs zuständig. Diese Aufzählung ist seit neuestem nicht mehr komplett. Zumindest für die Ordnung hat sich der ADAC jetzt selbst zuständig erklärt. Mit seinen aktuellen Kampagnen "Schilderwald entrümpeln" zeigt der ADAC, was Ordnung in seinem Sinne ist. An diese Kampagne darf sich dann die jeweils auserkorene Kommune anhängen. Die Gemeinden ziehen sich damit freiwillig aus ihrem Verantwortungsbereich zurück und eine Lobby setzt ihre Sicht von Sicherheit und Ordnung durch.

Während die Öffentlichkeit die StVO-Änderung 1997 als "Fahrrad-Novelle" feierte, wurde das Regelwerk unauffällig im Sinne des Autoverbandes geändert. Quasi als Präambel ist nun den Schilderparagrafen vorangestellt, daß "örtliche Anordnungen nur dort getroffen (werden), wo dies aufgrund besonderer Umstände zwingend geboten ist." Parallel zur StVO-Lobbyarbeit wurde Selm in Westfalen ausgesucht, das sich im Sinne des ADAC für eine beispielhafte Kampagne eignete. In Zusammenarbeit mit der Verwaltung wurde massiv Öffentlichkeitsarbeit betrieben und eine Woche später hatte Selm ein Drittel weniger Verkehrszeichen.

1998/99 wurde das Modell Selm zum Selbstläufer. Von NRW über Hessen breitete sich die Nachricht nach Osten aus: Man kann Schilder abmontieren! Diese schlichte Möglichkeit hat so viel Glanz und Überzeugungskraft, dass niemand Zweifel hegt. Es gibt in all diesen Städten keine Vor- und Nachuntersuchungen über das Unfall- oder Konfliktgeschehen, alle Verantwortlichen sind sich einfach ganz sicher, daß nichts Unsicheres damit produziert wird. Ein paar Fragen und Bedenken daher von dieser Seite:

Warum will der ADAC Schilder abmontieren?

Der ADAC hat einsichtige wahrnehmungspsychologische Argumente parat: Es gibt zu viele verschiedene Zeichen und zu viele aufgestellte Schilder im Straßenverkehr. Die Folge: "Der Kraftfahrer ist überfordert und erkennt die Ver-

kehrszeichen nicht mehr." Dem kann man eigentlich nur zustimmen, die Frage ist allerdings, welche Schilder wichtig sind und welche abmontiert werden können. Der ADAC wußte es schon vor der Selmer Aktion: "Das Konzept des ADAC: Eine Stadt ohne Verkehrszeichen – Beginn bei null Schildern außer Vorfahrt und Wegweisung." Hauptstraße soll also Hauptstraße bleiben und die Autofahrer sich rasch orientieren können. Das dient der Beschleunigung des Autoverkehrs.

Wie sieht das Ganze in der Selmer Modell-Praxis aus? Über die Hälfte der abgebauten Schilder waren Vorschriftszeichen – zwei Drittel des gesamten Bestandes der Ge- und Verbotsschilder wurden entfernt! Schilder, die ein konkretes Verhalten verlangen – meist aus guten Sicherheitsgründen.

Wessen Interessen werden durchgesetzt?

Dass Fußgänger und Radfahrer andere Sicherheits- und Komfortinteressen haben, ist in der Regel für die Behörden nicht ständig präsent. Sie werden aber von "höherer Seite" auch kaum unterstützt: Schon die Argumentation des ADAC und der StVO-Gestalter ist widersprüchlich. Als Beispiel für die Unübersichtlichkeit des Schilderwaldes führt der ADAC die 32 Zeichen an, die das Parken auf Gehwegen regeln. Um Klarheit zu schaffen und um die 32 Variationen loszuwerden, würde eigentlich die Formulierung "Das Parken auf Gehwegen ist nicht gestattet" in der StVO ausreichen. Tatsächlich geht es dem ADAC lediglich um das Plakative. Natürlich will er nicht das Parken auf den Gehwegen beschränken. Im Rahmen der Selmer Aktion bestrafen knapp zwei Prozent der abgebauten Schilder das Parken auf Gehwegen.

An die Lichtung der Schilderwälder könnte man viel konsequenter herange-

hen als der ADAC. Gälte in allen Gemeinden z.B. flächendeckend Tempo 30, müßten nicht an jedem Abzweig von der Hauptstraße Tempo 30-Zonen-Schilder angebracht werden. Gälte die Regel Rechts-vor-Links flächendeckend, müßten keine Stopp-, keine Vorfahrtgewähren- und Vorfahrt-Schilder angebracht werden. Diese Maßnahmen würden der Sicherheit dienen und zusätzlich die StVO übersichtlicher gestalten.

Der ADAC will aber mehr Information im Straßenverkehr für die Autofahrer haben. Die innerörtliche Wegweisung wird von den ADAC-Aktionen nicht nur nicht angetastet, vielmehr werden diese Schilder immer mehr und immer größer. Große Schilder verschandeln nicht nur das Stadtbild, sie haben für Autofahrer einen großen Vorteil: Man kann sie auch bei hoher Geschwindigkeit erkennen.

Während die Informationsüberflutung der Autofahrer im Straßenraum für alle offensichtlich ist, ist das Informationsüberangebot im Fahrzeug – angepriesen unter dem Begriff Telematik – noch kaum unter dem Blickwinkel der Sicherheit betrachtet worden. Experten warnen vor den Displays, Skalen und den diversen Ein- und Ausgabemöglichkeiten, die die Aufmerksamkeit der Fahrer vom tatsächlichen Geschehen ablenken. Auch hier ist der ADAC im Vorantreiben der Unübersichtlichkeit aktiv. Telematik ist die umfangreichste Investition, die der ADAC in nächster Zeit plant. – Es ist höchste Zeit für die Gemeindevertreter zu erkennen, daß mit ihrem Namen die Interessen eines Lobbyverbandes durchgesetzt werden. Für die Mitglieder des ADAC wird es höchste Zeit zu durchschauen, daß ihre eigenen Sicherheitsinteressen nicht durch den selbsternannten Ordnungshüter wahrgenommen werden. Fußgängern und Radfahrern sollte sowieso klar sein, dass sie sich selbst um ihre Belange kümmern müssen.



Themenredaktion "Verkehr"

Umkehr e.V.
Exerzierstr. 20,
13357 Berlin-Wedding
Tel. 030/4927473,
Fax 4927972
info@umkehr.de



Zum Text:

UMKEHR und FUSS e.V. bereiten ein Info- und Aktionspaket zum Thema vor. Es soll Artikelvorschläge, Pressemitteilung, Grundlagen, Brief an die zuständige Behörde und Aktionsbeispiel als Papiervorlage und Diskette enthalten. Gegen Unkostenbeitrag bei der Themenredaktion ab Ende November erhältlich. – Nicht warten: Handeln. Der ADAC kommt auch zu Dir!

Ein Mitarbeiter des Kontakt- und Infobüros für kritische Verkehrsteilnehmer rückt die Größenordnung des angeblichen Problems zurecht: "Hier handelt es sich um ein klassisches Ablenkungsmanöver. Die angeblichen 100 000 Tonnen Kerosin sind gerade mal zwei Prozent des Treibstoffverbrauchs des Konzerns. Nicht die Warteschleifen sind das Problem sondern das Fliegen!" In der Tat wird hier aus einer Fliege ein Elefant gemacht. Jedes Jahr steigt der Kerosinverbrauch der Lufthansa um etwa fünf Prozent. Der Fortfall der Warteschleifen würde der Umwelt also ein halbes Jahr Atempause beim Anstieg verschaffen. Aber zu welchem Preis?

Verkehrsministerium und Lufthansa betreiben als Problemlösung den Aufbau eines europaweiten Flugsicherungssystems. Tatsächlich könnten dann Umwege am Himmel gespart werden. Durch den effektiver genutzten Luftraum würden allerdings auch mehr Flugzeuge fliegen. Der gewonnene Nutzen für die Umwelt wäre schnell wieder verloren. Das gewünschte Leitsystem würde umgehend ausgebaut werden, um alle Möglichkeiten der Fluggesellschaften auszuschöpfen. Die Installation von neuen Leitsystemen wird zum Ausbau der Flughäfen und damit zu immer mehr Flugverkehr und Warteschleifen führen. Der Sprecher von UMKEHR e.V. gibt zu Bedenken: "Da die Politik versagt, sind Warteschleifen zur Zeit das einzige Mittel, um den Anstieg beim Kerosinverbrauch zumindest zu verzögern!"

DB: Mitarbeiterprämie für Gleisabbau

Laut Presseberichten bezahlt die DB AG ihren Mitarbeitern Prämien, wenn diese der Unternehmensleitung nicht mehr regelmäßig genutzte Gleisanlagen zum Rückbau melden. Die Strategie der Bahn, durch eine Reduzierung der Infrastruktur Kosten zu senken, anstatt durch Akquisition von Mehrverkehr



Radler mit und ohne Recht

Dass Radfahrer bei der Querung der Straße auf Zebrastreifen nur dann die Vorrechte der Fußgänger gegenüber dem fließenden Autoverkehr genießen, wenn sie schieben, dürfte durch alle Tagesmedien gegangen sein. Wegen ihrer Schnelligkeit und Wendigkeit genießen Radfahrer auf Zebrastreifen keinen Schutz. Aus diesem Grunde haben sie auch nichts auf Gehwegen verloren, urteilten die Richter.

(OLG Düsseldorf, AZ 5 Ss Owi 39/98 – Owi 40/98)

Unbekannter ist dagegen wahrscheinlich ein Urteil des Oberlandesgerichtes

die Einnahmen zu erhöhen, wird von den niedersächsischen Grünen kritisiert. Offizielle Stilllegungsverfahren werden teilweise unterlaufen, womit die Bahn keine Rücksichten auf die Interessen anderer Unternehmen, die das Netz der Bahn nutzen wollen, nimmt. Zum Teil wurden auch Überholgleise abgebaut, was bei Zugverspätungen schnell zu weiteren Verspätungen führt.

Treibhausreifen

Ein Kilogramm Schwefelhexafluorid (SF6) wirkt gleich schädlich hinsichtlich des Treibhauspotenzials wie 24 000 kg Kohlendioxid. Während der Gebrauch von SF 6 in anderen Bereichen stark zurückgeht, wird er nach wie vor als Füllmittel von Autoreifen rege weiterverwendet. 1995 waren knapp die Hälfte aller SF6-Emissionen auf die Verluste aus Autoreifen zurückzuführen. Der Reifenhandel begründet die Verwendung mit erhöhter Druckkonstanz (was bei so vielen Verlusten ja auch nicht sehr glaubwürdig klingt.) Wie auch immer entschieden wird über die Verwendung von SF 6, das entwichene Gas bleibt uns lange erhalten: 3200 Jahre verweilt es in der Atmosphäre!

Flugurlaub = Autourlaub

Vor zwei Jahren hatten wir ausgerechnet, dass nicht das eventuelle ökologische Verhalten am Urlaubsort sondern die Wahl des Transportmittels dorthin, entscheidend ist für die Umweltbelastung. Für Flugurlaube hatten wir bei 14 tägigem Aufenthalt 92-97% angegeben. Das reicht nicht aus. Denn drei von vier Urlaubern nutzen während ihres Auslandsaufenthaltes einen Mietwagen. Allein auf Mallorca gibt es 30 000 Exemplare für die Touristen, die meisten kann man entweder im Reisebüro oder am Flughafen mieten. Hinzu kommt noch der Preisverfall beim Automieten. Die Unternehmen prognostizieren einen

schnell wachsenden Markt. – Wir wissen nur eines sicher: Mehr als 100% kann der Anteil des Transports beim Urlaub nicht betragen!

Blaue Flagge für Segelflug "sport"

Für Flugzeuge gibt es jetzt so etwas wie den Blauen Engel des Umweltbundesamtes. Es nennt sich Blaue Flagge und wurde für vorbildliches Umwelterhalten vom Bundesverkehrsminister Ende Juli 15 Segelflugvereinen überreicht. Diese Vereine waren vorbildlich in der Gestaltung des Fluggeländes, in der clubinternen Umweltkommunikation und im Stand ihrer Ausrüstung. Als Problem wurde in der entsprechenden Presseerklärung lediglich die aerodynamische Geräusentwicklung genannt. Der Redaktion ist nur einer der gewürdigten Flugplätze bekannt: Der Märkische Flugsportverein Lüsse e.V. Gegründet wurde dieser Verein von Heribert Martin, der zur Zeit tief im Korruptionsskandal um den Berliner Großflughafen steckt. Gelegentlich ist der Flugplatz an einem Naturschutzgebiet, in dem es Trappen gab – bis der Flugplatz in Betrieb genommen wurde. – Wer weiss mehr von prämierten Segelfluggeländen?

Ö-termine

2000. bis 9.12.2000 im Museum in Weil
Ausstellung "Automobility – Was uns bewegt"

Hierbei handelt es sich um keine gewöhnliche Ausstellung, denn sie besteht aus Computerterminals und Videoterminals.

3.12.99 in Wien

Seminar "Faire und gerechte Preise im Güterverkehr – Schwerverkehrsabgabe für Europa"

Kontaktadresse: AG Verkehrspolitik, z. Hd. J. M. Palfinger, Tel. 0043/1/5268303

4.12.99 in Wien

Seminar "Alpen-Transit – Taten statt Worte!"

Kontakt: AG Verkehrspolitik, siehe oben

9.–10.12.99 in Hofheim/Taunus

Tagung "Chance oder Risiko – Den Wettbewerb im ÖPNV gestalten"

Die Gebühr beträgt 190 DM. Kontaktadresse: SRL, z. Hd. Matthias Altenheim, Tel. 06151/7094291

14.–16.12.2000 in Hannover

Messe "IO. Reise Pavillon – Marktplatz für anderes Reisen"

Kontakt: Stattreisen, Tel. 0511/164 03 31

24.1.–12.2.2000 in der Uni Basel

Ausstellung "Schöne neue Alpen – Eine Ortsbesichtigung"

14.2.–12.3.2000 in Chur/Schweiz

Die gleiche Ausstellung

21.–23.2.2000 in Dortmund

railtec 2000

2. Internationaler Bahngipfel

Kontaktadresse: Lüttgen & Scholt, Tel. 01805–212300

3.–4.3.2000 in Chamonix/Frankreich

ITE Transittagung

Diese Tagung findet zur gleichen Zeit auch in Martigny in der Schweiz statt. Kontaktadresse: Alpen-Initiative, Renate Zauner, Tel. 0041/27/9242226

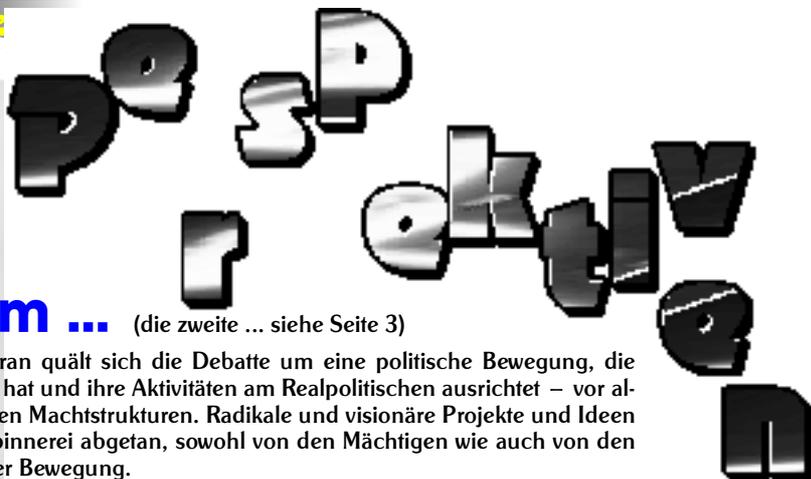


Ö-Verteiler "Verkehr"

• Leider keiner.

Termine:

Um Ihnen einen aktuelleren Überblick über Veranstaltungstermine zu geben als ihn die Erscheinungsweise des IDV ermöglicht, veröffentlichen wir die Termine auch im Internet unter www.umkehr.de (Rubrik Termine). Die Seite wird dort alle sechs Wochen aktualisiert. Die nächste Aktualisierung erfolgt Ende Januar



Mühsam ... (die zweite ... siehe Seite 3)

Stück für Stück voran quält sich die Debatte um eine politische Bewegung, die kaum noch Visionen hat und ihre Aktivitäten am Realpolitischen ausrichtet – vor allem an den gegebenen Machtstrukturen. Radikale und visionäre Projekte und Ideen werden wieder als Spinnerei abgetan, sowohl von den Mächtigen wie auch von den angepaßten Teilen der Bewegung.

Die folgenden Texte sollen einige Facetten der aktuellen Debatte zeigen. Ansonsten sei auf den Perspektiven-Rundbrief verwiesen – zusammen mit den Ö-Punkten ist er für 40 DM (oder Förder-Abo entsprechend höher) regelmäßig zu haben.

Video

GipfelstürmerInnen
(1999, Medienprojekt der Stadt Wuppertal, 60min)
Köln Ende Mai und im Juni 1999: Viele Menschen kommen in die Stadt, um gegen den EU- und Weltwirtschaftsgipfel zu protestieren. Alles zu dokumentieren, ergäbe einen langen (und angesichts der zentralistischen Organisationsstrukturen auch langweiligen) Film. Die Filmteams aus Wuppertal haben einen anderen Weg gewählt: Sie begleiten vier junge WuppertalerInnen zu den Orten, wo sie an Aktionen teilnehmen – aber auch bereits bei ihrer Vorbereitung, bei den Anfahrten und in der jeweiligen Stimmung nach den Aktionen. Dadurch wird vieles deutlich, was die Köln-Aktivitäten auszeichnete: Enttäuschende Aktionen, entsprechend oft frustrierte Kommentare der AktivistInnen. Ebenso deutlich sichtbar ist das eigene Unvermögen der gefilmten AkteurInnen, Ideen und Aktionsstrategien zu entwerfen.
Bestelladresse:
Fax 0202/4468691,
borderline@wuppertal.de

Aus der gleichen Filmschmiede stammt der Video "Trainstopping" – eine Dokumentation über den Castor-Widerstand im März 1998 rund um Ahaus.

Workshop "Anti-Expo-Widerstand und die Reorganisation der Radikalen Linken"

"Um aus der politischen Defensive zu kommen, muß sich die radikale Linke reorganisieren". So hieß die Einladung samt Thesenpapier zu einem Workshop auf dem BUKO entwicklungspolitischen Aktionsgruppen Ende Oktober in Hannover. Und: "Bisher setzt sich in der Regel ein Politikstil durch, der die inzwischen altbekannten Fehler wiederholt".

Das aus einer Bremer Gruppe stammende Papier und die Debatte drehen sich vor allem um die Möglichkeiten, den Anti-Expo-Widerstand zu nutzen, um eine Neuorientierung emanzipatorischen Widerstandes zu erreichen: "Erfolgreiche Aktionen gegen die Expo 2000, die den Anspruch einlösen, über die Expo als Veranstaltung und den Oktober 2000 hinauszugehen, kann es nur im Zusammenhang mit einer entwickelten Strategiedebatte geben. Ansonsten wird Hannover die radikale Linke keinen Millimeter weiter bringen und wieder einmal lediglich die übliche Aktionswoche, die übliche Demonstration ... zur Folge haben."

Neben der Wichtigkeit einer Strategiedebatte sehen die Autoren des Papiers die Notwendigkeit, wieder eigene Gesellschaftsentwürfe zu entwickeln und der Expo gegenüberzustellen. Klärungsprozesse bis hin zu einer Konfrontation mit NGOs sind nötig, um klare Positionen zu erreichen. In der Debatte, an der ca. 50 Personen teilnahmen, gelang höchstens ein Anfang. Der schleppende Verlauf deutete erneut darauf hin, daß Strategiedebatten zur Zeit außer Übung sind.

Anti-Atom-Bewegung und emanzipatorische Politik

Diesen Titel trug eine Arbeitsgruppe auf der Herbstkonferenz der Anti-Atom-Bewegung in Dannenberg. Eigentlich ging es um die Klärung des Verhältnisses des Ringens um einen Ausstieg aus der Atomenergie und Forderungen nach Selbstbestimmung und Selbstorganisation, also grundlegenderen politischen Zielen. Dazu kam es aber in der Debatte nicht. Vielmehr nahm der Versuch, den Begriff des Emanzipatorischen zu definieren und festzuhalten, fast die gesamte Zeit ein. Viele Begriffe wurden notiert und diskutiert. Ob auf dieser Basis die Debatte weitergeht, werden die nächsten Monate zeigen.

Auf der anderen Seite gibt es Annäherungen von Teilen der Anti-Atom-Bewegung und den regierungsnahen NGOs. So standen auf den Redelisten und bei den Pressekonferenzen zur Stunkparade am 13.11. vor allem die Führungsleute der großen Verbände ganz vorne, die bis vor kurzem noch der Anti-Atom-Bewegung meist kalt den Rücken gezeigt hatten. Nun ist sie zur Profilierung gerade gut und wird gleich dominiert. Bemerkenswert: Der Hauptredner der Stunkparade, Peter Hennicke vom Wuppertal-Institut, tritt auch als Autor bzw. Redner für die atomfirmengesteuerten Expo 2000 und IZE auf. So nahe waren sich Anti-Atom-Bewegung und Atomfirmen noch nie ...

Ratschläge für Radikale

In verschiedenen Zeitungen erteilen UmweltschützerInnen, die früher selbst mal für Selbstorganisation und radikale Positionen eintraten, heute Ratschläge für mehr Staatsnähe und Lobby-Orientierung. In der Restrisiko gibt Felix Kolb aus dem Verden-Projekt der Anti-Atom-Bewegung Tipps:

Kolb: Sie (die Anti-Atom-Bewegung, Anm. Red.) hat immer wieder dafür gesorgt, Druck für die Suche nach Lösungen zu erzeugen, ohne sich dann bei der Diskussion um die Lösungen ernsthaft einzubringen. ... Ich denke, der Atomausstieg wird sich in akzeptablen Fristen nur erkämpfen lassen, wenn die Anti-AKW-Bewegung ihre Aktionsformen erweitert. Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Lobbying, sowie eine systematischere Zusammenarbeit mit anderen Gruppen wie den Umweltverbänden, den Gewerkschaften und der Wissenschaft sind dafür unabdingbar."

Tatsächlich zeigt sich in Teilen der Anti-Atom-Bewegung die Neigung, stärker mit solchen Verbänden oder Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, die sich vor allem als Berater und Partner von Regierungen und Konzernen sehen.

Im Raben Ralf (Nov. 99), der Berliner Umweltzeitung, tritt Tilman Heller der Idee des emanzipatorischen Umweltschutzes entgegen. Auszüge aus seinem Leserbrief:

"Die historische Aufgabe der heutigen Linken sollte es sein, den Staat gegen die Angriffe der neoliberalen Deregulierer zu verteidigen und auszubauen. ... Die emanzipatorische Linke braucht heute ein positiveres Verhältnis zum Staat ... Warum soll Umweltschutz denn stattfinden können, wenn Menschen nach freiem Willen und in freien Vereinbarungen entscheiden? Die größten Umweltverschmutzer sind doch diejenigen, die die größte Entscheidungsfreiheit haben: Konzerne, die Millionen- oder Milliardengewinne machen."

19.+20.1. in Bremen Seminar "Strategien radikaler Linker"

Reorganisation radikaler, emanzipatorischer Bewegung: Welche Strategien sind nötig, welche Schritte und Inhalte? Hintergrund: Siehe Text oben.
Info: FROXS, St.-Pauli-Str. 10/12, 28203 Bremen

Frühjahr in Saasen und Nordrhein-Westfalen 2 Seminare

"Umweltschutz von unten"

Einführungs- und Vertiefungsseminar für alle, die sich mit den Ideen des emanzipatorischen Umweltschutzes vertraut machen wollen:
Demokratisierung des Flächen- und Rohstoffverbrauchs, Umweltbildung von unten und vieles mehr. 35-60 DM nach Selbsteinschätzung.
Info: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, Tel. 06401/903823

14.-16.1. in Hannover 5. bundesweites Anti-Expo-Treffen

Debatte um Strategien der Bewegung und konkrete Aktionen gegen Neoliberalismus und Expo 2000
Info: Anti-Expo-AG, c/o ASTA Hannover, Welfengarten 1c, 30167 Hannover

AK "Umweltschutz von unten" auf dem BUKO

Trotz oder dank mangelnder Teilnahme fiel die eigentliche Diskussion aus – dafür gab es aber am zweiten Tag Zeit, einige Definitionen zu versuchen, die für die Debatte von Wichtigkeit sein dürften: Der Begriff und der Wert von Natur sowie der Sinn von Naturschutz. Herausgekommen sind einige Gedankenketten, die Grundlage für die weitere Diskussion bilden sollen.

Zum Naturbegriff: Die Natur ist immer eine menschliche Projektion. Sie wird nie als solches wahrgenommen, sondern je nach Stimmung, Erfahrungen und Wissen unterschiedlich, z.B. als gefährlich, romantisch, heil oder zerstört. Alles ist relativ – eine berankte Wand ist im Vergleich zu Betonwüsten naturnah. Im naturnahen Wald wäre sie das nicht. Auch der Wert von Natur ist immer eine menschliche Definition. Ein Selbstzweck oder ein Wert an sich ist nicht vorstellbar, denn auch diesen festzustellen, wäre Sache des Menschen. Auf keinem Stein und auf keinem Baum steht sein Wert. Etwaige Berechnungen des Wertes haben eher dazu geführt, die Natur zum Rohstoff zu degradieren. Der Wert, den die Natur für den Menschen hat, ist abhängig vom Menschen selbst. Der Natur, Tieren, Pflanzen oder unbelebten Teilen, einen Wert und/oder Rechte zu verleihen, ist wichtige Aufgabe des Menschen bzw. der Gesellschaft.

Für den Naturschutz bedeutet das, die Menschen als Subjekte, d.h. als den Wert von Natur definierende Personen zu stärken und dafür zu werben, die natürlichen Lebensgrundlagen, die Tiere und Pflanzen für wichtig zu nehmen. Welche Position dabei wer einnimmt, kann sehr unterschiedlich sein. Es gibt keine von außen oder gar oben definierten Grenzen oder Rahmenbedingungen. Der Mensch definiert, was ihm an der Natur wichtig ist und wie er sie schützen bzw. gestalten will, welchen Raum er Tieren, Pflanzen und natürlichen Prozessen gibt. Daß er das tut und die Natur (oder z.B. Tiere) keinen Wert an sich haben, ist nicht das Ende des Naturschutzes, sondern der Anfang. Er legt die Entscheidung in die Hand der Menschen. Emanzipatorischer Umweltschutz stellt genau diese Machtfrage: Es gibt keinen Staat, keine Religion und auch kein Naturgesetz, das den Menschen von der Aufgabe entledigt, selbst werten und entscheiden zu müssen. Die Debatte geht weiter.

Positionspapiere

Die Reihe der Diskussionspapiere zum emanzipatorischen Umweltschutz ist stark erweitert worden. Die Papiere sind keine endgültigen Positionen, sondern fixieren einen Stand der Diskussion. Die Papiere können können einzelnen gegen 2,20 DM, bis 5 Stück für 3 DM oder alle als Infopaket "Umweltschutz von unten" angefordert werden (6 DM). Die Themen:

Umweltschutz von unten Das Grundlagenpapier zum Thema

Gewaltfrei oder militant, wichtig ist der Widerstand! Zu Sinn und Unsinn von Militanz

Direkte Demokratie Reformismus oder Schritt zu einer Gesellschaft von unten?

Analyse der Umweltbewegung Von ArtenschützerInnen, Öko-ManagerInnen und vielen weiteren

Dem Öko-Neoliberalismus widerstehen! Positionspapier der Gruppe Landfriedensbruch

Expo No – denn die Welt sieht anders aus! Diskussionspapier der Anti-Expo-Gruppe TIPP-EX

Ökosteuern steigern die Vorherrschaft der Ökonomie vor der Politik! Thesenpapier des Instituts für Ökologie

Umweltbildung von unten Heraus aus dem Würgegriff des Staates!

Vom Gipfel kann es nur noch aufwärts gehen Resümee zu den Gipfelaktionen in Köln (Juni 1999)

Ein Desaster: Umweltverbände und Krieg! Kritische Betrachtungen zum Kosovo-Krieg

Naturschutz von unten! Ein neuer Naturschutz mit den Menschen

Stein des Anstosses Agenda-Fieber statt eigener Perspektiven?

In Vorbereitung: Diskussionspapiere zur Tierrechts-Frage und zu Harmonisierungstechnologien.

Eso-öko-neoliberaler Wahn: Mehr Humankapital!

Die neue "Zukünfte" ist erschienen. Diese Zeitung ist sicher nicht bedeutsam als Debatte in der Umweltbewegung, aber doch aufschlußreich. Die dahinterstehenden Personen und Gruppen agieren in verschiedenen Organisationen. Ihnen gemeinsam ist die Sympathie für einen völlig inhaltsentleerten Nachhaltigkeitsbegriff. Darunter fühlen sich Expo-2000- und Science-Fiction-Fans und Eso-Ökos wie E.O. Müller aus dem Haus der Demokratie in Berlin ebenso wohl wie Adrian Reinert von der Stiftung Mitarbeit, der Sozialwissenschaftler Rolf Schwendter oder Oliver Wendenkampff vom BUND Sachsen-Anhalt.

Esothemen bereichern die Zeitschrift, auf mehreren Seiten wird die Expo gelobt – tief sinnig geht es dabei z.B. um die technische Machart von Expo-Werbeanzeigen, darüberhinaus taucht die Expo immer wieder zwischendurch auf, benannt als spannende Zukunftsschmiede. Welche Denkkategorien in diesem esoökoneoliberalen Lager herrschen, zeigt der Artikel "Mehr Platz für alle?", in dem die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland beschrieben wird. Zusammenfassend wird dort (leicht gekürzt) festgestellt:

"Ausblick: Die künftige deutsche Bevölkerungsentwicklung wird dadurch bestimmt, wie sie das "Bevölkerungsdilemma", das in ihr angelegt ist, meistert. Dazu müssen folgende Dinge bewältigt werden:

Die Folgen des fortwirkenden Geborendefizits und das damit verbundene schrumpfende junge Humankapital. ... Die zweite Frage zielt auf die Wirkungen einer markanten Alterung und ihrer Sozialkosten. ... Die dritte Frage betrifft den Zuwanderungsdruck, ganz unabhängig davon, wie sich unsere eigene wirtschaftliche Lage darstellt. Früher wurden durch Zuwanderung Lücken am Arbeitsmarkt geschlossen. Unsere Gesellschaft, die den Großteil ihres Einwanderungsgeschehens über eine "Humanschiene" laufen läßt (Asylbewerbung, Flucht, Familienzusammenführung), hat keine Chance, nach wirtschaftlichen Kriterien Zuwanderer auszusuchen, ... Zur Lösung dieser Problematik bieten sich drei Alternativen an: Abschottung gegenüber Zuwanderungsdruck aus Entwicklungsräumen, verstärkte Integration der Zuwanderer oder Versuch, die Geburtenbilanz der Bevölkerung zu verbessern. Da keine dieser Alternativen für sich genommen eine Trendwende herbeiführen kann, käme es für die Politik auf eine Kombination dieser drei an. Trotz der abnehmenden Jugendjahrgänge hat Deutschland keine Alternative für sich genommen innovative Industriestaat, um der Globalisierung und den Kulturkonflikten begegnen zu können." (Autor: Prof. Josef Schmid, Uni Bamberg)

Hinweis

Wer Interesse hat, Veranstaltungen, Seminare, Workshops usw. zu diesen Themen zu veranstalten, sollte sich melden bei der

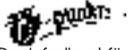
Projektwerkstatt,
Ludwigstr. 11,
35447 Reiskirchen-
Saasen,
Tel. 06401/90328-3,
Fax -5

ReferentInnen- und
Themenliste gegen
2,20 DM in Briefmarken.

Mögliche Themen
u.a.:

- Kritik an Agenda und Nachhaltigkeit
- Expo 2000: Kritik und Widerstand
- Emanzipatorischer Umweltschutz statt Öko-Neoliberalismus (Ökosteuern, Nachhaltigkeit & Co.)





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

56

Winter '99/2000

Widerstand

Niederlande:

Eine Woche voll direkter Aktion

Die Gütertransport – Eisenbahnlinie "Betuwelijn" von Rotterdam ins Ruhrgebiet trifft in den Niederlanden auf viel Widerstand aus der Bevölkerung. GroenFront!, ein hierarchieloses Netzwerk von Menschen mit dem Grundsatz "Kein Kompromiß, keine Gewalt" veranstaltete dagegen vom 12. bis 18. September eine Aktionswoche in einem der von ihnen besetzten Häuser auf der Betuweroute.

"Die Betuwelijn wird nicht den Transport auf der Straße ersetzen, sondern nur dazu führen, daß mehr Transportverkehr entsteht", meint Bonita, eine der BewohnerInnen der 8 besetzten Häuser. "Außerdem können genauso gut Schiffe genutzt werden, die sind fast ebenso schnell, ökologisch sinnvoller und auch billiger.

Wer profitiert denn von diesem Projekt? Es werden kaum Nahrungsmittel, sondern hauptsächlich Giftmüll und Rohstoffe für die Industrie transportiert: Das bedeutet doch nur mehr Konsum und mehr Zerstörung dieses Planeten." Ca. 10 Milliarden DM wird die Eisenbahnstrecke von gerade mal 120 km Länge nach offiziellen Angaben kosten. Dieser Wert wurde seit Beginn der Planungen 1990 von 2 Milliarden immer wieder nach oben korrigiert und wird noch weiter steigen bis zur voraussichtlichen Fertigstellung in 2005. Bis dahin werden auch hunderte von Häusern und einige wunderschöne Gebiete, zum Beispiel ein Sumpf mit zwei seltenen Tierarten, zerstört sein.

Carly, eine andere GroenFront! – Aktivistin, erzählt: "Ich denke nicht, daß wir in der Lage sind, die Betuwelijn zu stoppen. Aber wir können durch Direkte Aktionen viele Menschen informieren und mehr werden." Zur Aktionswoche kamen 50 Menschen. "Die Presse hat im Vorfeld viel über die gewaltbereiten AktivistInnen von GroenFront! berichtet, statt dessen machen wir eine friedliche Bürobesetzung bei einem Planungsbüro für die Betuwelijn", so lautet das Konzept für die erste Aktion. Als die Reporter kommen, spielen die AktivistInnen mit Spielzeugeisenbahnen und Puzzles, und nach ein paar Stunden gehen sie wieder.

Am nächsten Morgen: Abfahrt vier Uhr zur größten Baustelle an der Betuwelijn. 28 Menschen besetzen drei Kräne, zwei Pfahlrammen und einen

Bagger und blockieren das Eingangstor durch mehrere Lock-ons. Der Plan geht auf: 200 Bauarbeiter können einen Tag lang nicht arbeiten und werden wieder nach Hause geschickt, der Schaden durch Arbeitsausfall beträgt laut Zeitungsbericht ungefähr 350.000 DM. Nachmittags verlassen die BesetzerInnen das Gelände freiwillig und werden nicht von der Polizei aufgehalten.

Als nächstes wird eine Konferenz gestürmt, auf der über Probleme bei Infrastrukturausweitungen geredet wird. Dabei werden einige Torten auf die anwesenden Politiker geworfen, und ein Kurzschluß hindert den weiteren Verlauf. Auf dem Rückweg werden 37 Menschen verhaftet und für 24 Stunden festgehalten. Die nächste Aktion fällt daraufhin aus. Ein Picknick mit Anwohnern auf einem ehemaligen besetzten Gelände – nun für einen Tag wieder besetzt – ist der ruhige Abschluß der Aktionswoche. "Es gab sehr gute Aktionen, aber wir hätten mehr machen können, und die Störung der Konferenz war zu schlecht vorbereitet", kommentiert Bonita. Nach der Aktionswoche geht das Leben in den besetzten Häusern wieder "normal" weiter: "In Meteren bauen die Leute so viele Barrikaden gegen die Räumung wie möglich. In Zetten-Andelst versuchen wir auch, unsere Häuser sicherer zu machen, aber hier organisieren wir auch eine veganes Restaurant einmal in der Woche, um den Kontakt zu den Nachbarn zu halten. Auch in den anderen Häusern wird etwas zur Verteidigung der Häuser getan, aber hier sind auch viele, die den ganzen Tag arbeiten oder lernen. Manchmal ist es deshalb schwierig, alle zusammenzubekommen um über weitere Aktionen zu reden." Aber es wird bestimmt mit dem Protest weitergehen. "Falls ihr etwas tun wollt, kommt her, oder organisiert Widerstand gegen Projekte in Deutschland, z.B. Autobahnen!", meint sie noch zum Schluß.



Themenredaktion "Widerstand, Direkte Aktion"

Direkte Aktionsgruppe c/o ASTA der TU Katharinenstr. 1 38106 Braunschweig

Fotos

Aktion gegen Baufahrzeuge auf deren Weg zur VW-Halle (siehe Text rechts)





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Winter '99/2000

Widerstand

57

Widerstands-Netzwerke

Gewaltfreie Klettergruppe
c/o JUMP in der Roten Flora
Postfach 306137, 20327 Hamburg
jump_hamburg@hotmail.com
Aktionen gegen Castor und Autobahnen.

Aktionsgruppen und A-20-Widerstand
c/o Umweltwerkstatt
Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck
Tel&Fax: 0451/7070646, jupluebeck@t-online.de
Vierteljährliche Übersicht und Berichte von Aktionen in der Zeitung "Ö-Punkte".

Projektwerkstatt AbraXas
Marschtorstr. 56, 29641 Dannenberg
Tel.+Fax 05861/2527
Anti-Atom und Besetzung von Genfeldern.

Direkte Aktionsgruppe DABS
c/o ASTA TH Braunschweig,
Katharinenstr. 1, 38106 Braunschweig
Anti-Expo, Baumkletterseminare, RTS.

Gruppe Landfriedensbruch
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen
Tel. 06401/90328-3, Fax -5
projektwerkstatt@t-online.de
Büchertisch, Seminare, ReferentInnenliste, Archive
im Haus, Vernetzung.

Anti-Expo-Netzwerk
c/o Büro für mentale Randle
Wickingstr.17, 45657 Recklinghausen
Tel. 02361/17483, antifa-rel@koma.free.de
Regelmäßiger Rundbrief zu Anti-Expo-Arbeit.

Gen-ethisches Netzwerk
Schönewelder Str. 3, 12055 Berlin
030/6857073, Fax 6841183
Infoservice, Koordination von
Anti-Gentechnik-Aktionen.

NiX mehr! Nord
c/o Haus für alle
Amandastr. 58
20357 Hamburg

Hüttendorf gegen A33
Stockkämperstr. 22a
33829 Borgholzhausen
Tel. 0172/5603161

Infam Ahaus
Postfach 1632
48666 Ahaus
02561/96394

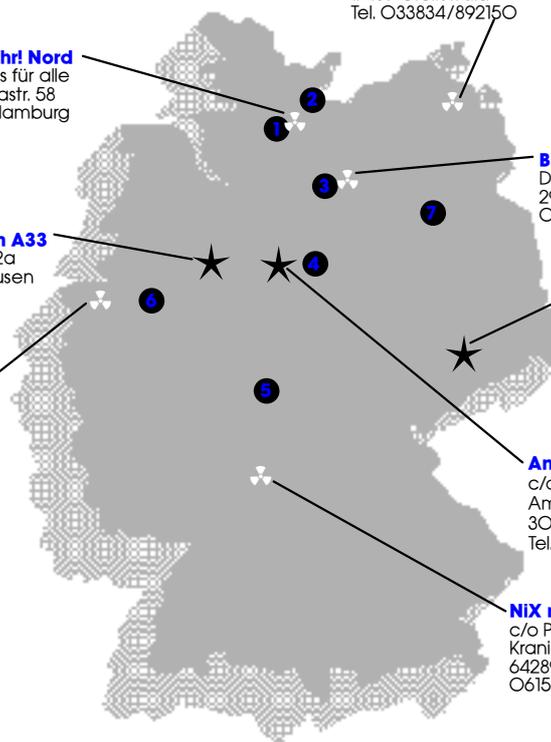
BI Kernenergie
Fleischerstr. 22
17489 Greifswald
Tel. 033834/892150

BI Lüchow-Dannenberg
Drawehner Str. 3
29439 Lüchow
05841/4684

Hüttendorf gegen A17
Talstr. 7, 01099 Dresden
Tel. 0171/1748466+8429408
EA, 0351/8582916
oder Infoladen: 0351/8045444
th.schmutzer@gmx.de

Anti-Expo-AG/TIPP-EX
c/o ASTA Uni Hannover
Am Welfengarten 1
30167 Hannover
Tel. 0511/7625061, Fax 717441

NiX mehr! Süd
c/o Projektwerkstatt
Kranichsteiner Str. 81
64289 Darmstadt
06151/712365



Widerstand gegen VW-Halle

Die geplant VW-Halle wird jetzt trotz des anhaltenden Widerstands gebaut. Die Halle soll 9.000 Plätze für kommerzielle Großkonzerte und Sportveranstaltungen bieten. Sponsoren wie VW schießen das Geld zunächst vor. Die Stadt trägt das zu erwartende jährliche Defizit und kauft den Sponsoren die Halle erst Jahre später ab. Statt ein leicht radioaktiv verseuchtes Gelände zu sanieren und dort die Halle zu bauen, wird ein Teil des innestadt-nahen Bürgerparks plattgemacht, damit die Halle rechtzeitig zur Expo fertig wird.

Bereits im Herbst '98 begann der Widerstand mit einem einwöchigem Camp mit vielfältigen Veranstaltungen unter den Bäumen im Park. Danach errichtete die Jugendlichen auf dem Rasen des Parks einen Spielplatz. Dieser wurde vom Grünflächenamt einfach zersägt. Ab April 1999 hielt die Direkte-Aktionsgruppe Braunschweig (DABS) die Bäume für einige Monate besetzt. (Die Ö-Punkte berichteten)

Daraufhin erklärte die DABS öffentlich, mit der Baubesetzung den Bau der Halle verzögert bzw. verhindert zu haben. Da startete der Braunschweiger Politikklüngel aus CDU, SPD und Braunschweiger Zeitung eine Medienkampagne, in der der Bau der Halle groß und breit angekündigt wurde. Als Quittung für diese Politik bekam der Braunschweiger Oberbürgermeister (OB) Werner Steffens eine Torte ins Gesicht geworfen. So konnte auch dieser Werbefeldzug nicht ungestört über die Bühne gehen. Über so etwas musste die

Lokalpresse berichten, denn wer sieht nicht gerne einen OB mit Torte im Gesicht? Da die Kräfte der BaubesetzerInnen nicht mehr ausreichten, war es im Juli für die Behörden ein Leichtes, die verlassenen "Hütten" aus den Bäumen zu holen und die Walkways (gespannte Seile) durchzuschneiden und mit der Abspernung der Baustelle zu beginnen. Private Sicherheitsdienste und die Polizei bewachten nun die Baustelle.

Der DABS gelang es allerdings, ein Baufahrzeug zu blockieren, bevor es die Baustelle erreichte: mit einer Sitzblockade konnte die Großbaumpflanzungsmaschine zum Stehen gebracht werden, obwohl der Fahrer versuchte, auszuweichen. Drei AktivistInnen ketten sich schnell um den LKW-Reifen mit Eisenröhren (Lock-ons) fest. Ein Anti-Expo-Transparent wurde am LKW befestigt, (Foto auf der Titelseite der letzten Ö-Punkte) so dass nun auch in der Lokalpresse der Zusammenhang zur Expo erwähnt werden musste. Die eintreffende Polizei begann Passanten von den Angeketteten abzudrängen, letztere einzuschüchtern und sie mit Gewalt an ihrem Protest zu hindern oder auch mit einer Reifenschanze "einfach drüber" zu fahren. Nur durch lautstarke Proteste konnten sie daran gehindert werden. Der hinzugezogene Katastrophenschutzpfarrer erwies sich als parteiischer Informant der Polizei. Erst nach dreieinhalb Stunden hatte die Feuerwehr die Eisenröhren mit einer Handsäge durchgesägt. Die AktivistInnen wurden mit Handschellen abgeführt.

Vor der Grundsteinlegung äußerte sich der Widerstand noch einmal mit einigen "Anschlägen": Einige Baumaschinen wurden mit Bauschaum außer Gefecht gesetzt. Die Reinigung dauerte ungefähr 7 Stunden. Am Wochenende vor der Grundsteinlegung wurde Buttersäure bei Gebäuden in der Nachbarschaft "verteilt", um deutlich zu machen, dass Macht stinkt. Bei der Grundsteinlegung selbst sperrte ein massives Polizeiaufgebot die Baustelle ab, die mittlerweile einer Mondlandschaft glich. Bei Menschen, die sich in der Nähe aufhielten, wurden unbegründet Personalien aufgenommen. Die Firmenchefs, Politiker und andere "wichtige" Leute feierten im intimen Kreis für die Presse die Halle ab. BürgerInnen hatten keine Möglichkeit, in das Zelt zu gelangen, wo für Macht und Kapital "gefeiert" und gefressen wurde. GegnerInnen blieb nichts Anderes übrig, als außerhalb der Baustelle ein wenig Lärm zu machen.

Während die Braunschweiger Zeitung gegen HallengegnerInnen hetzt und sie als Terroristen und gescheiterte Existenzen diffamiert, müssen diese mit Repressionen umgehen: den Festnahmen, Verhören und erkennungsdienstlichen Mißhandlungen folgten Anklagen und Prozesse. Zum Beispiel droht den AktivistInnen der Baufahrzeugblockade Rechnungen von Feuerwehr und der Gartenbaufirma für den Stillstand des Großbaggers. Dazu kommen Anwaltskosten für die Verteidigung vor Gericht. Die AktivistInnen erwarten eine Gesamtbelastung von 6000 DM. Unser Wille ist groß, unser Geldbeutel ist klein!

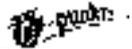


Ö-Verteiler "Widerstand"

Mikas & Credos Informationen

Rechtshilfe:

Niels Tornette
Volksbank Braunschweig e.G.
Kontonr.: 347161



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

58

Winter '99/2000

Widerstand

Der lange Weg der MST

Eine der bedeutendsten sozialen Bewegungen Brasiliens, ist die **Movimento Sem Terra (MST)**, wo unter anderem viele landlose ArbeiterInnen mitwirken. Zusammen mit Gewerkschaften und anderen Gruppierungen organisieren sie einen breiten Widerstand gegen eine Regierung, die mittlerweile nur noch von 8% der Bevölkerung unterstützt wird.

In 15 Jahre haben sie Land für 250.000 Familien in 2.600 Siedlungen besetzt. In einem Land wo 4,8 Mio. Familien landlos sind und 2% der Bevölkerung 48% des Landes besitzt, ist das schon eine beeindruckende Leistung. Aber bei Landbesetzungen bleibt es nicht stehen, die LandbesetzerInnen bauen in

Kooperativen und Kleinbetrieben ihre Agrarprodukte ausschließlich ohne Pestizide an.

Die MST setzt auch auf Bildung. Zur Zeit gehen 75.000 Kinder auf selbstverwaltete Schulen und Kindergärten. 8.000 Erwachsene lernen gerade lesen und schreiben. Sie setzen sich ebenfalls mit gender Problemen auseinander, heute kommen in den wichtigen Organisationsbereichen 6 Frauen auf 15 Männer.

Vor kurzem organisierte die MST einen 1.600 km langen

Protestmarsch bis zur Hauptstadt Brasilia. Bei diesem Marsch wandten sich die 1.100 MarschiererInnen direkt an die Bevölkerung. Es geht ihnen um einen "Diskurs des Beispiels der viel ehrlicher ist und für sich selbst spricht".

Jo'ô, ein 41-jähriger erzählt: "Die Unterstützung der Leute für uns war unglaublich: wir sind aus Rio de Janeiro am 26. Juli gestartet und hatten Essen für eine Woche dabei, von dann an bis zum 7. Oktober sind wir von der Bevölkerung ernährt und unterstützt worden. Die Leute sind wütend auf die Politiker, aber sie sollten lernen, daß Politik machen sich selbst organisieren bedeutet. (...) Es genügt jetzt nicht mehr einfach "Fora FHC" (weg mit der FHC, die regierende Partei) zu rufen. Es geht jetzt darum, daß die Leute ein alternatives gesellschaftliches Projekt diskutieren".

Dieses Gesellschaftliche Projekt (Projecto Popular), haben 5000 Leute noch 3 Tage lang nach ihrer Abschlußdemo in Brasilia debattiert. "Wir bauen eine radikale Alternative auf, die auf eine tiefe Verbundenheit mit den Menschen beruht, die deren Rhythmen, Kultur, Lebensformen respektiert; die einfach Teil der Leute ist. Der Marsch und diese Versammlung sind nur Kapitel in dem Aufbau dieses Populären Projektes."

Im Plenum erklärten sich alle verbindlich dazu bereit, dieses

Projekt umzusetzen, das auf fünf Punkten beruht, wo unter anderem die 'Souveränität des Volkes' als "die Fähigkeit der Leute in Autonomie sowohl ihre Ziele zu formulieren, als auch die Wege die sie gehen möchten um diese Ziele umzusetzen" definiert wird. Die Demokratisierung der Macht ist das erste Ziel.

In den Erklärungen wird auch mit Begriffen wie 'Einheit, Volk und Vaterland' jongliert, die sich aber nicht einfach so, ohne weiteres, vom brasilianischen in den deutschen Kontext übertragen lassen. Der Kampf der MST ist ein Kampf um die Macht wo trotzdem von 'Ehrlichkeit, Selbstorganisation, Autonomie und Diskurs des Beispiels' die Rede ist. Es dürfte also spannend sein, die Entwicklung dieser sozialen Bewegung und deren Widerstand weiter zu beobachten.

Kontakt: MOVIMENTO DOS TRABALHADORES RURAIS SEM TERRA - MST,

Alameda

Bar o

de

Li-

meira,

1232

01202-002

S o Paulo - SP,

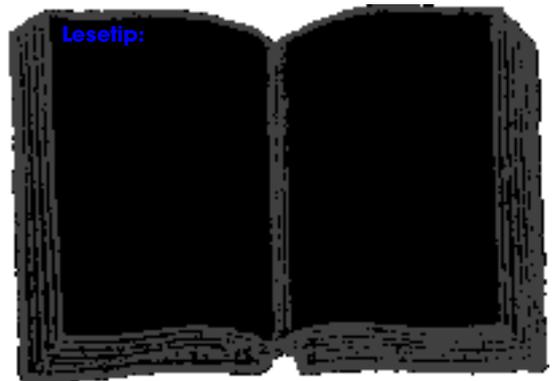
Brasil. Tel/Fax: (55 - 11) 3361-3866

<semterra@mst.org.br>, HomePage: www.mst.org.br (Portugiesisch), www.mstbrazil.org (Englisch) – viele Bilder erhältlich !



"Noch nie war die wirtschaftliche Lage von externen Einflüssen so abhängig wie heute. Die Steuerung der Wirtschaft wurde dem Internationalen Währungs-Fond (IWF) überlassen, der Staat hat seine Fähigkeit verloren, öffentliche Dienste zu leisten. Die Arbeitslosigkeit hat unvorstellbare Dimensionen erreicht, Familienlandarbeit wird marginalisiert, Gesundheitswesen und Erziehung sind kurz vor dem Kollaps, Verzweiflung und Gewalt verbreiten sich"

Aus der Assembly of grass-root fighter



6-termine
2.-4.12.
Wagentage in Leipzig
24.12.-1.1.
Hüttendorfcamp (u.a. Anti-AKW)
Dem Staat eine schöne Bescherung bereiten
...
Info: Anti-A33-Hüttendorf, Stockkämperstr.
22a, 33829 Borgholzhausen, 0172/5603161
oder 0170/4401663

Interview

Direkte Aktion und Reformismus in Frankreich

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Winter '99/2000

Widerstand



In Frankreich tobt in den Medien die Diskussion um Gentech in der Landwirtschaft und die Politik der WTO. Direkte Aktionen haben dazu beigetragen, das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen. Kurz vor der Ministerkonferenz in Seattle sitzen jedoch die radikalen Aktivisten am Verhandlungstisch auf Einladung des französischen Landwirtschaftsminister! Cédric hat im Rahmen der Interkontinentalen Karawane für Solidarität und Widerstand die Entwicklung beobachtet.

Cédric: Der radikale Flügel der Confédération Paysanne¹ (CP) mit Leuten wie José Bové hat 1998 durch die Zerstörung von Novartis-Genmais, Aktionen gegen Großkonzerne und Patente auf Leben die Debatte um GMOs in die Öffentlichkeit getragen. Während der Interkontinentalen Karawane (Juni 99) gab es 2 Aktionen. Eine davon war im CIRAD, ein staatfinanziertes Forschungsinstitut, daß jedoch ganz klar für die Interesse der Großkonzerne arbeitet. Dort wurde ein Labor zerstört, wo GM-Reis angefertigt wurde. An der Aktion beteiligten sich BäuerInnen der CP, InderInnen der Karawane und Leute aus ganz verschiedenen Verhältnissen. Die politischen Forderungen gingen ziemlich weit und stellten Fragen wie: Was ist Forschung, Entwicklung?

Kann ernähren? Die Karawane lehnte die WTO und politische Lobby ab. Im Sommer 99 gab es dann eine Aktion, an der José Bové beteiligt war und ein McDonalds im Larzac zertrümmert wurde. Eigentlich handelte es sich eine kleine Aktion, die nicht die gleiche Reichweite hatte wie die Aktion im CIRAD. Es handelte sich hier stets um den 'camembert', Astérix Aspekt, d.h. "wir sind immer hier und wir leisten Widerstand gegen die Mächtigen". Die Aktion fand eine erstaunliche hohe Resonanz und rasch eine breite Unterstützung. Ich bin überzeugt, daß die Karawane stark dazu beigetragen hat, daß diese Unterstützung so schnell kristallisieren konnte. Ab dann wurde viel in den Medien von der WTO und der Ministerkonferenz in Seattle berichtet. Das Problem war, daß nicht die ursprünglichen Inhalte und Forderungen aufgegriffen wurden, sondern die Analysen und Forderungen der NGOs wie Ecoropa, ATTAC, Observatoire de la Mondialisation² und auch die Confédération Paysanne. Die reformistische Debatte nahm also die Überhand. Die CP ist jedoch sehr breit, und innerhalb von ihr gibt es eine Minorität die für eine totale Ablehnung der WTO ist. Die französische Koordination gegen das MAI fordert heute "eine Kontrolle der WTO durch die Zivilgesellschaft". Der Hammer als die Zeitung Libération mit Foto auf der Titelseite über ein Treffen von José Bové mit Mike Moore (Präsident der WTO) berichtete. Nun sollen 2-3 Mitglieder der CP nach Seattle fliegen, um am Verhandlungstisch der WTO zu sitzen. Der Flug wird ihnen sogar vom französischen Landwirtschaftsministerium gestiftet! Die CP profiliert sich gerade, um eine Beratungs- und

Verwaltungsfunktion beim Staat im Bereich der Landwirtschaft zu übernehmen.

Frage: Wie sah denn die Zusammenarbeit zwischen Graswurzel-Gruppen und etablierten Organisation aus?

Cédric: Vor der Karawane haben die NGOs wortwörtlich gesagt: "Wir werden nicht etwas unterstützen, das wir nicht unter Kontrolle haben". Die autonome Arbeitsweise paßt nicht in deren Konzept. Sie haben direkte Aktion abgelehnt. Der Diskurs von José Bové akzeptiert zwar direkte Aktion, aber nur wenn du von einem Syndikat oder einer Organisation bist.

Frage: Was können deiner Meinung nach Graswurzel-Gruppen tun, um dieses Aufgreifen der Vorarbeit durch NGOs zu vermeiden?

Cédric: Ich glaube nicht, daß es sich vermeiden läßt. Bei unserem bundesweiten Treffen haben wir entschieden, nur mit NGOs zu arbeiten, wenn sie unsere autonome Arbeitsweise akzeptieren. Was wir versuchen werden, ist die Debatte unter die Leute zu bringen, das sie selbst einfach merken, daß Reformismus nichts bringt und was in den Medien steht, nicht dem entspricht wird. Für unsere Argumentation wir von der Analyse des Business Dialogue³ ausgehen, klar die Grenze zwischen dem, was das System verträgt und was nicht.

¹ Confédération Paysanne: Bedeutende Bauerngewerkschaft, die in den 68er-Jahren gegründet wurde und besonders die Interessen der Kleinbauern vertritt. Sie lehnt unter anderem das System der Subventionen ab und führt Aktionen wie die Zerstörung von Novartis-Genmais durch.

² Diese NGOs befinden sich alle in Paris und setzten sich für einen durch den Staat und supranationale Institutionen gezähmten Kapitalismus ein. Sie fordern unter anderem die Einführung der sogenannten Tobin Tax (Spekulationssteuer) und keine neue Verhandlungsrunde in der WTO. Le Monde Diplomatique ist ganz oft deren Sprachrohr.

³ Treffen der Internationalen Handelskammer mit den Vereinigten Nationen. Siehe www.xs4all.nl/ceo

100.000



Ö-Verteiler "Expo, Weltwirtschaft ..."

- alaska (?)
- Anti-Expo-Rundbrief

Materialien zu den Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit

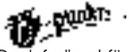


Agenda, Expo Sponsoring:

- **Band 1:** Recherchen im Naturschutzfilz. Infos zum Filz zwischen Umweltschutz, Wirtschaft und Staat, Beschreibung der Umweltverbände und -einrichtungen, Rechte Ökologie, Esoterik, Agenda/ Nachhaltigkeit, Anbieterung, Umweltparteien und vieles mehr. 400 S., IKO. 39,80 DM.
- **Band 2:** Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutz Kapitel zu Strukturen, Naturschutz, Ökonomie, Umweltbildung und mehr. 280 Seiten, IKO-Verlag. 39,80 DM.
- **CD "Agenda, Expo, Sponsoring"** Gesammelte Dokumente, Internetauszüge und mehr zum Filz. Mit Acrobat-Reader. Für DOS, Windows, Apple, Linux und OS/2. IKO-Verlag. 49,80 DM
- **Gesamtpaket** (2 Bände plus CD): 115 DM pro Paket.
- **Reader** zu Ökonomie von unten, Agenda 21, Politik von unten. A4, je ca. 70 S., je 12 DM.

Institut für Ökologie
Turmstr. 14A, 23843 Bad Oldesloe
Tel. 04531/4512, Fax 7116

Umweltschutz von unten ... <http://www.thur.de/philouvu.htm>



Der Infodienst für
UmweltaktivistInnen



Winter '99/2000

Widerstand

Infos

Feministische Expo-Kritik: mamba. (AG feministische Expo-Kritik) c/o Asta Uni Hannover, Welfengarten 1c, 30167 Hannover

Ökologische Expo-Kritik: Institut für Ökologie, Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe, institut@inihaus.de

Emancipatorischer Widerstand, ReferentInnen: Gruppe Landfriedensbruch, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, landfriedensbruch@gmx.de

Koordination Süd: Anti-Expo-AG Tübingen c/o Infoladen, Schellingsstr. 6, 72072 Tübingen

InnenStadt!Aktion, Repression: Innenstadt-Aktionsgruppe c/o Asta Uni Hannover, Welfengarten 2c, 30167 Hannover

Rundbrief, Einsteigerinnen-Infopakete (je gegen 10 DM): Büro für mentale Randalen, Wickingstr. 17, 45657 Recklinghausen, 02361/17483, antifa-rei@koma.free.de.

Region Hannover, ReferentInnen, Aktionswoche: Anti-Expo-AG c/o Asta Uni Hannover, Welfengarten 1c, 30167 Hannover

Internationalistische Expo-Kritik, Strategien: FROXS, St.Pauli-Str. 10/12, 28203 Bremen.

Pavillon, Lister Meile 4, 30161 Hannover, 0511/344558

Vorher

30.11. überall
Global Action Day
Gegen Neoliberalismus und Expo 2000
Info: <http://come.to/n30-de>

15.12., 20 Uhr
Hannover, Pavillon
AK zu diesem Aktionskalender und regionales Koordinationstreffen
Info: Pavillon

31.12./1.1. in Berlin
Revolutionärer Aktionstag
Info: www.antifa.de

14.-16.1.
Hannover
5. bundesweites Anti-Expo-Treffen
Info: Anti-Expo-AG

Ca. Februar in Hannover
Anti-Genetech-Kongress
Info: ASTA Hannover

7.3.-14.4. (Eröffnung: 7.3. 18 Uhr)
Hannover, Pavillon
GENiale Zeiten
(Ausstellung und mehr)
Info: Pavillon

8.3. überall
Intern. Frauentreiktag
Info: 0511/21979-0

21.3. überall
Aktionstag gegen Rassismus
Info: Pavillon, Klaus Stempel, 0511/344558

24.3. überall
Aktionstag gegen NATO und Krieg
(aus Anlaß des Kriegsbeginns vor einem Jahr)

1.5. überall
Global Action Day
gegen Neoliberalismus und Expo 2000
Info: Büro für mentale Randalen

Aktionswoche gegen die Expo 2000

27.5. in Hannover
Große Demo gegen Expo 2000
Info: Anti-Expo-AG

27.5.-4.6. in Hannover und in anderen Eröffnungsorten
Aktionen, Aktionscamps, direkte Aktion und mehr
Ziel sind bunte, vielfältige Aktionen, die von Basisgruppen und regionalen Bündnissen entwickelt werden. In Hannover wird eine Infrastruktur als Büroräumen, Camps und mehr bereitgestellt.
Info: Anti-Expo-AG

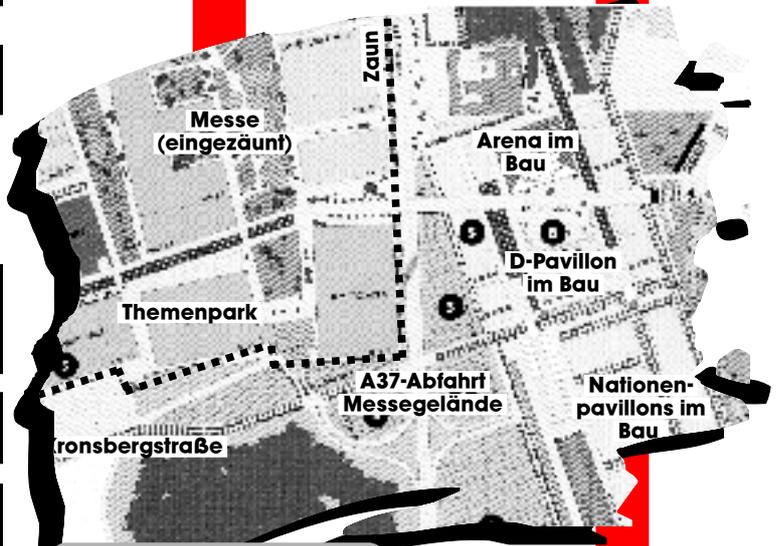
Juni 2000

1.6.
Eröffnung der Expo

Aktionswoche gegen die Expo 2000

1.6. in Hannover und anderswo
Aktionstag
Kleine und große, nette, spaßige oder direkte Aktionen gegen die Expo – seid Sand oder Steine im Getriebe!
Rechtzeitig vorher wird ein Stadt(ent)führer mit allen Daten zur Expo und den beteiligten Firmen, Lagepläne usw. veröffentlicht!
Info: Anti-Expo-AG

3./4.6. in Hannover
Innenstadtaktionstage
Info: Innenstadt-AG, c/o ASTA Hannover



Zu den Zahlen:
3 = Parkplätze und Messeabfahrt
5 = Neue Messehallen (links), Industriepavillons (rechts)
6 = Plaza, zentraler Platz der Expo 2000

31.5.-4.6. in Berlin
Gesundheitstag 2000
(menschliche Gesundheit, auch als Gegenbild zur Expo 2000 – genannt "Impo 2000")
Info: Christl Burkhardt, 030/7940343-4, Fax -5

4.6. unterwegs
Radtour "Das Tote Meer soll leben"

9.-13.6. in Mellendorf
Anti-Expo-Camp
Info: JANUN, BDP und Naturfreundejugend, 0511/3940415

9.-13.6. in Walsrode
Anti-Expo-Camp
Info: Falken (Bundesverband), 0228/221055

11.6. in Hannover
Innenstadt-Aktionstag
Info: Die Falken, 0511/528298

Juli 2000

Sommer in Lutter
Anarchistisches Sommercamp
Info: a-camp@gmx.de

Juli in Hannover
Internationales JournalistInnen-treffen

Juli in Berlin
Expo-Kongress "Local Heroes 21"
Nachhaltigkeit, Agenda, ökoneoliberale Konzepte sowie NGO/Konzern-Verbrüderungs-Symbolik (Veranstalter sind die deutschen Umwelt- und Entwicklungsverbände)
Aktionen gegen den Kongress geplant
Info: Netzwerk "Umweltschutz von unten", <http://go.to/umwelt>

7.-9.7. in Hannover
IKK – InterkonneXiones
Info: Pavillon

15.7.-20.8. bei Hannover
Zeltcamp der DLRG-Jugend
Info: DLRG-Jugend Nds., 0511/8379212

Mitte Juli – Anfang August
Friedensreiter
(unterwegs im Raum Hannover gegen Expo-Projekte)

18.7.
Spanien-Aktionstag
(aus Anlaß des Nationaltages von Spanien auf der Expo)

22.7.-30.7. in Hannover
Interkulturelle FrauenLesben-Uni
Info: Bego, c/o ASTA Hannover, 0511/7625064

August 2000

Erstes Augustwochenende in Hannover
Chaos-Tage

20.8. in Hannover
Mexiko-Aktionstag: Chiapas und mehr
(aus Anlaß des Nationaltags von Mexiko auf der Expo)
Info: Ya Basta, karawane@mail.nadir.org

Dieser Anti-Expo-Kalender wird fortlaufend aktualisiert. Neue Termine bitte mitteilen.

Achtung: Die offiziellen Infos der Expo 2000, z.B. die Nationentage, sind unter www.expo2000.de abzurufen.

Der Kalender ist ein Service



Bitte kopieren, weitergeben oder aufhängen!!!

September 2000

9.9. in Hannover
Subversives Kulturfest

Oktober 2000

3.10. in Hannover und Dresden
Antinationaler Aktionstag
(aus Anlaß des Tages der Deutschen Einheit, der gleichzeitig Deutschland-Nationaltag auf der Expo ist)
Info: Infoläden Dresden und Wiesbaden

3.10. im Pavillon Hannover:
"Wir begrüßen unsere Diktatoren"

ca. 9.-13.10.
Europäische Konferenz gegen Rassismus
UNITED for intercultural Action,
0031/20/6834778

punkte
Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Winter '99/2000

Widerstand



Expo in Hannover

Das Hauptgelände liegt südöstlich der Stadt (Messegelände und Kronsberg). Aber auch in der Innenstadt finden sich etliche Expo-Punkte:

Weltpartner der Expo

- 1 Deutsche Bahn
- 2 Finanzgruppe Sparkassen
- 3 Telekom

Produktpartner der Expo

- 4 Deutsche Post
- 5 Adecco Personalleistungen

Dezentrale Expo-Projekte

- 6 Altes Rathaus
- 7 Rathaus

Gesellschafter der Expo GmbH

- 8 Asea Brown Boveri
- 9 Expo-Beteiligungsgesellschaft der Wirtschaft (c/o IHK)

Prestige und Werbung

- 10 Expo-Cafe
- 11 Expo-Uhr
- 12 Fahrenwald der Expo-Länder

Sonstiges

- 13 Passarelle (von 2 gekauft)

Die Expo-Geschäftsstelle liegt in der Hildesheimer Straße/Ecke Peiner Straße im Südosten Hannovers.



31.10.
Offizielles Ende der Expo
(bis hierhin hoffen die Expo-MacherInnen, durchzuhalten)

Auch der Tag, an dem Birgit Breuel stöhnt:
"Puuhhh, hätten wir das nur nie angefangen"

Fazit

Der Kampf für eine Welt von unten hat erst begonnen ...



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

62 Winter '99/2000
 • Widerstand

Viertes Bundestreffen des Anti-Expo-Widerstandes

Vom 12. bis zum 14. November trafen sich Anti-Expo-AktivistInnen in Bielefeld, um strategische Konzeption und Möglichkeiten von Widerstandsaktionen zu diskutieren.

Die Debatte um Aktionsvorbereitung und Konkretisierung der Gegenaktivität konzentrierte sich im wesentlichen auf die Planung der Aktionswoche, die Produktion einer Mobilisierungszeitung und eines "Demo-TouristInnenführers" für Hannover. Die bereits in der vorherigen Ö-Punkten erwähnte Aktionswoche vom 27.5 bis 3.6. 2000 soll ihren Auftakt in einer bündnisgetragenen Großdemonstration in Hannover finden. Vorbereitender Zusammenhang und Ansprechpartnerin ist hier die Anti-Expo-AG Hannover. Während der Woche soll in Hannover in Gestalt eines Camps oder einer äquivalenten Infrastruktur (Schlafplätze, Diskussionsforen, Essen,...) die Möglichkeit geschaffen werden, das hohe Aktionspotential (viele motivierte Menschen an einem Ort) zu fokussieren und die Woche der Expo-Eröffnung mit permanenten Störungen, Protestaktionen oder sonstigen Interventionen zu begleiten.

Zur Mobilisierung wird 1-2 Monate vor der Eröffnung eine Massenzeitung erscheinen, die einen inhaltlichen Artikel zur Expo und weitere Beiträge zu Terminen, Aktionen, sonstigen Infos zum Widerstand enthalten soll. Zusätzlich sollen diese auf dem Innenformat angesiedelten globalen Infos durch eine regionalspezifische Titel- und Rückseite komplettiert werden.

Im Stadtführer, einer Broschüre, in der alle aktionsrelevanten Repräsentationsobjekte der Expo in und um Hannover gesammelt werden, sollen neben

kommentierten "Kristallisationspunkten", wie Expoprojekte oder NGO-Adressen auch in Hannover ansässige Firmen mit Schlüsselfunktionen für die Weltausstellung oder attraktive Besichtigungsrouten durch Expo-City zu finden sein. Eine zweite Broschüre, ein Tourguide zum Widerstand mit Hintergrundinfos, Kontaktadressen, Anlaufstellen etc. während der Expo wurde andiskutiert.

Die Strategiediskussion bewegte sich primär entlang der Frage, wie eine szeneninterne inhaltliche Debatte anzuregen und weiterzuentwickeln sei, neben dem Versuch, die Expo-Thematik in andere emanzipatorische Strömungen zu tragen. Betont wurde unter anderem der Einwand, daß sich ein Angriff auf die Expo als Umweg zum eigenen Themenfeld unattraktiv für Teilbereichsbewegungen zeigt.

Ohne die Perspektive, linke Ein-Punkt-Bewegungen vor dem Hintergrund radikaler Herrschaftskritik im gemeinsamen Projekt Anti-Expo-Widerstand zu bündeln, um eine Reorganisation der Bewegung voranzutreiben, wird kaum eine Szene wie Anti-Atom- oder Antifabewegung für den Anti-Expo-Widerstand zu gewinnen sein. Letztlich wurde noch die Überlegung aufgeworfen, inwieweit nicht die gesamte radikalpolitische Landschaft der BRD momentan unter der Unfähigkeit leidet, Analyse und Theorie in Praxis zu übersetzen. Ansätze aus den 70ern und 80ern erscheinen nicht mehr zeitgemäß oder realistisch, eine erfolgreiche charakteristische politische Strategie der 90er ist, abgesehen von sporadischen Versuchen wie der Kommunikationsguerilla oder neueren Trends aus dem Direct Action-Spektrum, nicht zu lokalisieren.

Expo-Burger: McDonald's auf der Weltausstellung

Wie der Pressedienst der Expo jüngst verlautbaren liess, ist der Buletten-Multi nicht nur als weiterer Produktpartner und Konzessionär gewonnen worden, sondern wird sich auf der Messe auch als Wohltäter im ökologischen und sozialen Bereich gerieren. Neben drei Fastfoodtempeln und kleineren "McSnacks" wird der Megakonzern, der für die hemmungslose Ausbeutung seiner MitarbeiterInnen, ökologischen Raubbau und aggressive Machtpolitik bekannt ist, auch in Form einer "McDonald's Kinderwelt" auf der Expo präsent sein, in der Natur und Umwelt als Felder traditionellen McDonald's-Engagements strapaziert werden. "Wenn ein Kind eine Blume pflückt, ist das schön. Wenn alle Kinder Blumen pflücken, ist die Wiese leer - so wird das Expo-Thema Nachhaltigkeit schon den Kleinsten in spielerischer Weise vermittelt."

Guten Appetit ...

EXPO wird zum Mülldesaster

Die EXPO wird einen Haufen Müll hinterlassen. Da sich das nicht mit ihrem angeblich ökologischen Image verträgt, drängt das Bundeskanzleramt auf eine Verbesserung des Abfallkonzepts. Beispielsweise sollen Mehrwegsysteme für die Getränkeversorgung zum Einsatz kommen. Doch bereits jetzt ist klar, daß dies nur ungenügend umgesetzt werden wird. Daher wird von den Verantwortlichen vorsorglich darauf verwiesen, man habe ja "[...] mit dem Dualen System Deutschland einen Weltpartner, der eine umweltverträgliche Verwertung von Getränkedosen gewährleiste."

Quelle: DNR-Deutschland Rundbrief 9/99

Termin

Das nächste bundesweite Anti-Expo-Treffen wird voraussichtlich in Hannover vom 14. bis zum 16. 1. 2000 stattfinden.



Redaktionen

"Expo"

Anti-Expo-AG, c/o Büro für mentale Randalde Wickingstr. 17 45657 Recklinghausen Tel. 02361/17483 antifa-rel@koma.free.de

"Weltwirtschaft"

Eine große Runde (ca. 15 Leute) aus verschiedenen Anti-MAI-, Anti-WTO- und internationalistischen Aktionsgruppen

Die genaue Redaktionsstruktur ist bislang ungeklärt. Weitere Personen mit Interesse an diesem Themenkomplex sind zur Mitarbeit eingeladen.

Die Zusammenstellung dieser Ausgabe erfolgte im Rahmen der Endredaktion aus Beiträgen der benannten Redaktionen.



Der Infodienst für UmweltschützerInnen

Institut für Ökologie (gemeinnütziger Verein)
 Servicestelle für BIs und Umweltgruppen
 V.i.S.d.P. der Rubriken: ThemenredakteurInnen
 Sonstige Seiten: Jörg Bergstedt

Redaktionen:

Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen
 Tel. 06401/90328-3, Fax -5, 0171/8348430
 mail: oe-punkte@gmx.de

Abfall: Christian Ohly
 Alt-Moabit 41, 10555 Berlin
 Tel. 030/3936827

Anti-Atom: Bernd Hanewald
 Hermann-Levi-Str. 9, 35392 Geißen
 0641/29125 (auch Fax)

Chemie&Industrie: Coord.gg. BAYER-Gef.
 Postfach 150418, 40081 Düsseldorf
 0211/3339-11, Fax -40

Energie/wende: Hartmut Groth
 c/o Umschalten, Nernstweg 32, 22765 Hamburg
 040/394078 (auch Fax)

Freiräume: Nicht besetzt!

Gentechnik: Thomas Schmidt
 Umweltwerkstatt, Willy-Brandt-Allee 9, 23554
 Lübeck, Tel. 0451/7070646 (auch Fax)

Landschaft/Naturschutz: Jörn Hartje
 Steinfeld 61, 23858 Feldhorst
 04333/792259 (Fax 04531/7116)

Lokale Ökonomie: Nicht besetzt!

Ökol. Landbau: Johannes Richter
 Umweltwerkstatt, Willy-Brandt-Allee 9, 23554
 Lübeck, Tel. 0451/7070646 (auch Fax)

Politik von unten: Jörg Bergstedt
 Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen
 06401/90328-3 (Fax -5), 0171/8348430

Tierschutz: RAGE, c/o Umweltzentrum (ra)
 August-Bebel-Str. 16-18, 33602 Bielefeld

Über den Tellerrand: Florian, c/o JUMP
 Postfach 306137, 20327 Hamburg

Umweltbildung: Peter Szekeres
 Liebigstr. 50, 35037 Marburg
 06421/24552 (Fax vorher anrufen)

Umweltrecht: Nicht besetzt!

Umwelt&Entwicklung: Norbert Suchanek
 Siemensstr. 13, 84513 Töging am Inn
VerbraucherInnenpolitik: Nicht besetzt!

Verkehr: Umkehr e.V.
 Exerzierstr. 20, 13357 Berlin-Wedding
 030/4927-473 (Fax -972)

Wasser: Nicht besetzt!

Widerstand/Direkte Aktion: Dir. Aktionsgruppe
 c/o ASTA, Katharinenstr. 1, 38106 Braunschweig

Expo/Weltwirtschaft/Neoliberalismus: Jörg Pohl
 Büro für mentale Randalde, Wickingstr. 17,
 45657 Recklinghausen, 02361/17483

Endredaktion: 11 Leute aus Lübeck, Hamburg,
 Bad Oldesloe und Saasen
Druckerei: Gießen-Druck
Beilichung: druck&graphic

Bildarchiv:

Auslöser, Hamburger Str. 5, 23843 Bad Oldesloe

Auflage: 14.000

Diese Auflage erreicht ca. 12.000 Basis-Umweltgruppen, Umweltzentren und -einrichtungen, Umweltbeauftragte und -beraterInnen, Rest an Presse, Büchertische und AbonnentInnen.

Vertrieb für den Buchhandel

Trotzdem-Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau
 07033/44273, Fax 445265
 trotzdemusf@t-online.de

Konto

Nr. 928820,04 bei Volksbank Gießen (BLZ 51390000), Spenden sind steuerlich absetzbar.

Wie suchen finanzielle FördererInnen ... am besten mit einem regelmäßigen Förderbeitrag pro Jahr.
Konto siehe rechts. Infos bei der Redaktion!

Infodienste, Zeitungen und Ö-Punkte-Verteiler:

Abfall:

Das Bessere Müllkonzept
 ☛ Infos und Texte rund um Abfallvermeidung und -politik.
 Feldstr. 6, 82282 Unterschweinbach
 MüllMagazin (Rhombos)
 Kurfürstenstr. 17, 10785 Berlin

Anti-Atom:

anti atom aktuell (5 DM, Abo 60 DM, 12x)
 ☛ Vernetzungszeitung der unabhängigen Anti-Atom-Bewegung mit Berichten, Infos und Terminen. Einladung zu Konferenzen.
 Helgenstockstr. 15, 35394 Gießen
 Atom-Pressespiegel
 Am Lindenplatz 28, 47820 Krefeld
 Forum des IPPNW
 Körtestr. 10, 10967 Berlin
 THTR-Rundbrief (BI Hamm)
 Postfach 1242, 59002 Hamm

Chemie & Industrie:

Informationsdienst Chemie & Umwelt (ICU)
 Beethovenstr. 31, 79100 Freiburg
 Stichwort Bayer (60 DM/Jahr, 4x)
 ☛ Informationen zur Chemieindustrie, hrsg. von der Coordination gegen Bayer-Gefahren.
 Postfach 150418, 40081 Düsseldorf

Energiewende:

Energie-Depesche (4,50 DM, 24 DM/Jahr, 4x)
 Grabenstr. 17, 53619 Rheinbreitbach
 Neue Energie (BWE)
 Herrenteichstr. 1, 49074 Osnabrück
 Solarthemen (204 DM/Jahr, 24 Hefte)
 Bülfestr. 85, 32645 Bad Oeynhaus

Jugend und Umweltschutz

Lupe (Rundbrief des Deutschen Jugendbund für Naturbeobachtung), c/o DJN
 ☛ Nachrichten aus dem DJN und zu Aktionen.
 Justus-Strandes-Weg 14, 22337 Hamburg

Landschaft:

Naturschutz und Landschaftsplanung
 Postfach 700561, 70574 Stuttgart
 Natur und Landschaft (118 DM/Jahr, 11x)
 Postfach 400263, 50832 Köln
 Steinbeißer (IG Gesteinsabbau)
 Prof.-Virchowstr. 8, 08280 Aue
 Wattenmeer international
 WWF, 60591 Frankfurt

local economy:

bankspiegel (GLS Gemeinschaftsbank)
 Postfach 100829, 44708 Bochum
 Contraste
 Postfach 104520, 69035 Heidelberg
 koop telegramm (15 DM/Jahr, Beitrag: 60 DM)
 ☛ Mitteilungsblatt der Bundesarbeitsgemeinschaft Lebensmittelkooperativen mit vielen Infos für Food-Coops.
 Im Mailand 131, 44797 Bochum

Ökologischer Landbau:

Ökologie & Landbau (SÖL)
 Weinstr. Süd 51, 67098 Bad Dürkheim
 Unabhängige Bauernstimme (5 DM, 60 DM/Jahr, 11x)
 ABL, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

Organisation, Tips:

Media Perspektiven
 Am Steinernen Stock 1, 60320 Frankfurt
 KGV-Rundbrief (Öko-Institut)
 Bunsenstr. 14, 64293 Darmstadt

Magazine

Gegenwind (Schleswig-Holstein)
 ☛ Schwefelstr. 6, 24118 Kiel

Politik von unten:

mitarbeiten (Stiftung Mitarbeit)
 und Rundbrief Bürgerbeteiligung
 Bornheimer Str. 37, 53111 Bonn
 Schwarzer Faden (8 DM, 30 DM/Jahr, 4x)
 Postfach 1159, 71117 Grafenau
 Zeitschrift für direkte Demokratie
 Marcusallee 29, 28359 Bremen

Tierschutz/Tierrechte:

Brennpunkte
 Promenadeplatz 12, 80333 München
 Du und das Tier (DTSB)
 Baumschulallee 15, 53115 Bonn
 Tierbefreiung aktuell (25 DM/Jahr, mind. 4x)
 ☛ Informationen und Berichte über die Tierrechtsbewegung und Autonomie Tierschutz.
 Schmilnstkystr. 7, 2009 Hamburg
 Voice (3 DM, 20 DM/Jahr, 4x)
 Ahornstr. 16, 63322 Rödermark

Über den Tellerrand:

Antifa-Infoblatt, L. Meyer (5 DM, Abo 30 DM)
 Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
 Antifaschistische Nachrichten (26x, Abo 78 DM)
 GNN, Postfach 260226, 50515 Köln
 blick nach rechts (14tägig, 125,-/Jahr, erm. 64,-)
 Pressehaus I/216, Heußallee 2-10, 53113 Bonn
 Der rechte Rand (3 DM, Abo 20 DM/Jahr)
 Postfach 1324, 30013 Hannover
 Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen
 Postfach 1546, 65173 Wiesbaden
 Friedensforum (Friedenskooperative)
 Römerstr. 88, 53111 Bonn
 Graswurzelrevolution (Schnupperabo 10 DM)
 Breul 43, 48143 Münster
 Interim, Bezug nur über Dealer und Infoläden
 Kampagne aktuell (Rüstungsexporte)
 Bismarckring 3, 65185 Wiesbaden
 Kinderrechtliche News, c/o K.R.A.T.Z.Ä
 „Dunckerstr. 11, 10437 Berlin
 Konkret (gibts am Kiosk)
 Ruhrstraße 111, 22761 Hamburg
 Ökolinx, Jutta Dittfurth (8 DM + 2 DM Versand)
 Neuhofstraße 42 60318 Frankfurt
 Regenbogen
 c/o K.R.A.T.Z.Ä., Dunckerstr. 11, 10437 Berlin

Umwelt allgemein:

Kritische Ökologie
 Langgasse 24 HH, 65183 Wiesbaden
 ÖkoLinX (Ökologische Linke)
 Neuhofstr. 42, 60318 Frankfurt
 Ökologisches Wirtschaften
 Waltherstr. 29/III Rgb., 80337 München
 Öko-Mitteilungen (Öko-Institut)
 Postfach 6226, 79038 Freiburg
 Perspektiven radikaler, emanzipatorischer
 ☛ Umweltschutzarbeit (40 DM/Jahr, 4-8x)
 Einschl. Ö-Punkte, zusätzlich Termine, Texte und Infos zu Perspektiven radikaler Umweltschutz, alternativem Lebens usw.
 Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen
 Politische Ökologie und punkt.um
 Waltherstr. 29, 80337 München
 http://www.oekom.de
 Rathaus und Umwelt (100 DM/Jahr, 6 Ex.)
 U.A.N., Arnswaldstr. 28, 30159 Hannover
 Umwelt kommunale ökologische Briefe
 (298 DM/Jahr, erm. 149 DM, 14tägig)
 Kaiser-Friedrich-Str. 90, 10585 Berlin
 Umweltnachrichten (5 DM)
 Schwere-Reiter-Str. 35/1b, 80797 München

Umweltbildung:

Biologie in der Schule
 Postfach 269, 10107 Berlin
 DGU Nachrichten
 Ulmenstr. 10, 22299 Hamburg
 NUAnzen (Zeitschrift der NUA)
 Siemensstr. 5, 45659 Recklinghausen
 Ökopädnews (Beilage zu punctum)
 c/o ökom, Waltherstr. 29, 80337 München
 Rundbrief Ökopädagogik
 Welsenstr. 15, 81373 München
 Unterricht Biologie
 Postfach 10 01 50, 30917 Seelze
 Rundbrief der Initiative Psychologie im Umweltschutz (2x/Jahr), c/o Geschäftsstelle
 ☛ Humboldt-Uni, Inst. für Psychologie, C 107,
 Oranienburgerstr. 18, 10178 Berlin
 Umweltberatung aktuell (BUND)
 ☛ Dunantstr. 16, 79110 Freiburg

Umwelt & Entwicklung:

alaska
 ☛ Kritische Zeitung zum Internationalismus
 Bernhardtstr. 12, 28203 Bremen
 BUKO-Agrar-Info
 BUKO Agrar, Nernstweg 32, 22765 Hamburg
 Germanwatch
 Berliner Platz 23, 53111 Bonn

Informationsdienst Weltwirtschaft&Entwicklung
 WEED, Berliner Platz 1, 53111 Bonn
 iz3w-Blätter (8 DM, 60 DM/Jahr, 8x)
 Postfach 5328, 79020 Freiburg
 Relaciones (VEN)
 Bahnhofstr. 16, 49406 Barnstorf
 Rundbrief "eine Welt"
 Mittelstr. 4, 34474 Wethen

Umweltrecht:

Recht der Natur (Schnellbrief), Schleusenstr. 18,
 60327 Frankfurt
 Zeitschrift für Umweltrecht, Contrescarpe 18,
 28203 Bremen

Verbands-Infodienste:

Alligator (Grüne Liga)
 Friedrichstr. 165, 10117 Berlin
 BBU-Infodienst (unregelmäßig bis 4x/Jahr)
 ☛ Infozeitung des BBU, für Mitglieder,
 Prinz-Albert-Str. 43,
 53113 Bonn
 BUNDmagazin
 Im Rheingärten 7, 53225 Bonn
 Deutschland-Rundbrief (DNR)
 Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
 EU-Rundschreiben (DNR)
 Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
 Hochschul-Umwelt-Info (5 DM)
 ☛ Zeitung für alle Mitglieder, d.h. studentische
 Umweltgruppen und FördererInnen. Infos zur
 Hochschul-Umweltarbeit,
 BSO, c/o ASTA Uni Münster
 Schloßplatz 1, 48149 Münster
 Naturschutz heute
 Postfach 301054, 53190 Bonn

VerbraucherInnenpolitik:

Verbraucher konkret (Mitgliedszeitung)
 Verbr.-Initiative, Breite Str. 51, 53111 Bonn

Verkehr:

Informationsdienst Verkehr (Umkehr e.V.)
 Exerzierplatz 20, 13357 Berlin
 radWELT (ADF)
 Postfach 107747, 28077 Bremen

Wasser:

Wasser-Rundbrief (AK Wasser des BBU)
 Rennerstr. 10, 79106 Freiburg
 Waterkant (AKN)
 Kreuzstr. 61, 28203 Bremen

Widerstand/Direkte Aktion:

Mikas & Credos Informationen (40 DM/Jahr)
 ☛ Vor allem Termine und Adressen. Auf Wunsch
 mit Ö-Punkten als Beilage.
 A-Laden, Rathenower Str. 22, 10559 Berlin

Ö-Punkte in Rundschreiben

Anti-Expo-Netzwerk (10-30 DM/Jahr)
 ☛ Vernetzung zwischen Anti-Expo-Gruppen, Ter-
 mine, Berichte, Infos zur Expo.
 Büro für mentale Randale, Flaesheimer Str. 80,
 45739 Oer-Erkenschwick
 Rundbriefe von ...

☛ BUND Thüringen, Niedersachsen und Nord-
 rhein-Westfalen, BUND-Jugend, FZS: Zusam-
 menschluss der StudentInnenenschaften, Grün-
 alternatives Jugendbündnis (GAJB), Grüne Li-
 ga Sachsen und Thüringen, JANUN: Jugend-
 umweltnetzwerk Niedersachsen, Jungde-
 mokratinnen/Junge Linke Nordrhein-Westfa-
 len, Mehr Demokratie: Länderrundbrief, NABU
 Saarland, Naturschutzjugend Baden-Würt-
 temberg, Theorie-Arbeitskreis Alternative
 Ökonomie.

Verteilung über die Themenredaktionen der Ö-
 Punkte und über die Ö-Depots (siehe Rücksei-
 te), Abonnements.

Ö-Punkte

Der Infodienst für
 UmweltakteurInnen

Winter '99/2000

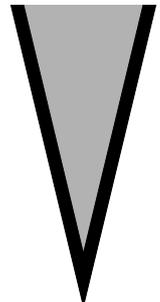
• Anhang,
 Verteiler



Erläuterung

☛ Ö-Punkte liegen
 regelmäßig bei.

☛ Ö-Punkte liegen
 unregelmäßig bei,
 d.h. der/die Beziehe-
 rin erhält nicht alle
 Ö-Punkte.



Die nächsten
 Ö-Punkte
 Frühjahr 2000:

Termine:

• Redaktionsschluss:
 12.2000.
 • Endredaktion: Ort
 werden wieder Bad
 Oldesloe und Saasen
 sein, 4.–20. Februar.
 • Erscheinen:
 ca. 23.2.'00.
 Die Redaktionsstreffen
 und -arbeit sind offen
 für alle Interessierten!

Schwerpunkt:

Schwerpunkt-
 Redaktion: Ö-Punkte,
 c/o Institut für
 Ökologie
 Turmstr. 14A,
 23843 Bad Oldesloe,
 institut@inihaus.de

Thematische Texte
 bitte direkt an die zu-
 ständigen Themenre-
 daktionen schicken.
 Allgemeine Artikel
 und Beiträge, Kleinan-
 zeigen und Anzeigen-
 aufträge an die
 Redaktionsadresse.

Und weiter ...:

Redaktionsschluss der
 Ausgabe "Sommer"
 ist voraussichtlich
 der 1. Mai 2000.

Die nächsten
 Ö-Punkte kommen ... bestimmt!

Mitarbeit erwünscht:

- Bei allen Themenredaktionen, vor allem aber dort, wo es noch oder wieder ganz fehlt: **VerbraucherInnenpolitik, FreiRäume, Über den Tellerrand und Widerstand.**
- **Mitwirken in der Endredaktion: Layouten, Zusammenkleben, Gestalten und vieles mehr.**
- **Zum kommenden Schwerpunkt "Verkehr" siehe Seite 37 (Rubrik "Landschaft").**

